

**Erscheinungsformen
gefährlicher Gewohnheitsverbrecher**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Paul Wetterich
Landgerichtsrat
aus Karlsruhe / Baden

1963

1964

Erscheinungsformen
gefährlicher Gewohnheitsverbrecher

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Paul Wetterich
Landgerichtsrat
aus Karlsruhe/Baden

1963

Dekan:	Professor Dr. Hesse
Referent:	Professor Dr. Jescheck
Korreferent:	Professor Dr. Württenberger



Tag der mündlichen Prüfung: 26.2.1964

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<u>Einleitung</u>	
1. <u>Kapitel:</u> Die Aufgaben und Arbeitsweise der Untersuchung	1
§ 1: Grundlagen der Arbeit	1
I. Die Bedeutung kriminologischer Einzelforschungen	1
II. Verwertbarkeit anderer Untersuchungen und der Kriminalstatistik	2
§ 2: Gesichtspunkte der Arbeit	7
I. Bei der Auswahl der auszuwertenden Akten	7
II. Gesichtspunkte bei der Auswertung	9
§ 3: Fehlerquellen und ihre Auswirkung	10
2. <u>Kapitel:</u> Einige allgemeine Bemerkungen zum Begriff und zum Wesen des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers	12
§ 4: Grundgedanken der §§ 20a und 42 e StGB	12
I. Zur Geschichte und Entstehung und der gerichtlichen Anwendung	12
II. Die Bedeutung des §§ 20a und 42e StGB	13
§ 5: Verbrecherischer Hang und Gefährlichkeit	16
I. Die Voraussetzungen des "verbrecherischen Hangs"	16
II. Das Erfordernis der Gefährlichkeit des Täters	17
§ 6: Die Prognose künftigen Rückfalls als Voraussetzung der Anordnung der Sicherungsverwahrung	20
§ 7: "Strafschärfungsreife" und "Verwahrungsreife"	21
1. <u>Teil: Die Taten</u>	24
3. <u>Kapitel:</u> Die Begehungsarten	24
§ 8: Allgemeines zur Gruppenbildung	24
§ 9: Die im Aktenmaterial vorkommenden Tatbestände	25
§ 10: Das Erscheinungsbild der Taten der gefährlichen Gewohnheitsdiebe	28

	<u>Seite</u>
I. Auswertung der Urteile	28
II. Einfache Diebstähle	32
III. Schwere Diebstähle	33
IV. Ergebnisse	37
§ 11: Gewalttäter mit Bereicherungsabsicht	40
§ 12: Gefährliche Gewohnheitsbetrüger und Täter verwandter Delikte	41
I. Auswertung der Urteile	41
II. Betrugstaten unter Vorspiegelung nicht vorhandener persönlicher Eigenschaften (Persönliche Betrügereien)	43
III. Gegenständliche Betrügereien	46
IV. Reine Fälschungsdelikte	49
V. Erpressung	50
VI. Ergebnisse	50
§ 13: Gefährliche Gewohnheitsabtreiber	53
§ 14: Gefährliche Sittlichkeitsverbrecher	54
I. Homosexualität	55
II. Unzucht mit Kindern (ausser Homosexualität)	56
III. Zuhälterei	57
IV. Notzucht und Gewalttaten aus sexuellem Motiv	58
V. Ergebnisse	60
§ 15: Brandstifter und Sachzerstörer	61
§ 16: Gewalttäter aus Rauflust und Widersetzlichkeit	61
4. <u>Kapitel</u> : Besonderheiten der Begehungsweise der Verbrechen	62
§ 17: Beteiligung anderer an den Straftaten	62
I. Zusammenwirken mehrerer Gewohnheitsver- brecher	62
II. Zusammenwirken mit Nicht-Gewohnheitsver- brechern	62
§ 18: Sonstige Besonderheiten der Begehungsweise	64
I. Versuch	64
II. Wahlfeststellung	64

	Seite
§ 19: Anzahl der Einzeltaten und Tathäufigkeit	64
I. Allgemeine Bemerkung zur Anzahl der Einzeltaten	64
II. Obere und untere Grenzfälle	65
III. Wechselnde Begehung verschiedener Straftaten	67
IV. Zeitliche Häufigkeit der Straftaten	67
5. <u>Kapitel</u> : Die Tatumstände	68
§ 20: Der Tatort	68
I. Einfacher Diebstahl	68
II. Schwerer Diebstahl	69
III. Andere Vermögensdelikte	70
IV. Körperverletzung	70
V. Sittlichkeitsdelikte	70
VI. Laufender Wechsel des Tatortes	71
§ 21: Die Tatzeit	71
I. Tatbegehung bei Nacht	71
II. Tatbegehung bei Tag	72
III. Jahreszeiten	72
§ 22: Die Tatobjekte	72
I. Einfacher Diebstahl	73
II. Schwerer Diebstahl und Raub	75
III. Betrug	76
§ 23: Der Schaden	77
I. Einfacher Diebstahl	77
II. Schwerer Diebstahl und Raub	78
III. Betrug	79
IV. Sittlichkeitsdelikte	80
§ 24: Die Geschädigten	80
I. Einfacher Diebstahl	81
II. Schwerer Diebstahl	82
III. Betrug	82
IV. Körperverletzung	84
V. Abtreibung	84
VI. Sittlichkeitsdelikte	85

	<u>Seite</u>
§ 25: Sonstige Besonderheiten der Taten	86
6. <u>Kapitel</u> : Die Ursachen der Taten	86
§ 26: Einflüsse der Umwelt	86
I. Die physische Umwelt	87
II. Die wirtschaftliche Umwelt	88
III. Krieg und Nachkriegszeit insbesondere	89
IV. Soziale und kulturelle Umwelt	93
V. Die sog. Tatsituation	95
§ 27: Die Motive der Tat	97
I. Motive bei Vermögensdelikten	98
II. Motive bei anderen Straftaten	100
2. <u>Teil</u> : Die Täter	101
7. <u>Kapitel</u> : Geschlecht und Alter	101
§ 28: Das Geschlecht der Täter	101
I. Der Anteil der Geschlechter und ihre Verteilung auf die einzelnen Delikte in der Vorkriegs- und Kriegszeit	101
II. Anteil der Geschlechter 1951 - 1953	107
§ 29: Das Alter der Täter und sein Einfluss auf Tat und Strafe	109
I. Auswertung der Akten	109
II. Vergleiche und Folgerungen	112
8. <u>Kapitel</u> : Die Familie des Täters	117
§ 30: Die Abstammung des Täters	117
I. Familienbeziehungen erbbiologischer Art (Erbliche Belastung des Täters)	117
II. Familienbeziehungen soziologischer Art	118
§ 31: Der Familienstand der Täter	123
I. Statistik	123
II. Besonderheiten des Familienstandes	124
§ 32: Täter mit eigenem Hausstand	126
I. Die Ehe der Täter	126
II. Sonstige Einflüsse der Familie	128

	<u>Seite</u>
9. <u>Kapitel</u> : Körperliche, geistige und seelische Verfassung der Täter	129
§ 33: Krankheiten des Täters und ähnliche Mängel	129
I. Körperliche Krankheiten und Mängel	129
II. Psychische Mängel	131
§ 34: Intelligenz der Täter	132
I. Unterbegabung	133
II. Überdurchschnittliche Intelligenz	133
§ 35: Temperament, Neigungen und Triebe	134
I. Gefühlsleben der Täter	134
II. Triebe und Neigungen	135
III. Heterosexuelle Beziehungen	136
§ 36: Der Charakter der Täter	137
I. Mangel an moralischer Haltung	137
II. Schlüsse aus der Art der Tatbegehung	138
III. Schlüsse aus dem Verhalten nach der Tat	140
IV. Arbeitsscheu	141
10. <u>Kapitel</u> : Erziehung und Beruf	141
§ 37: Bildung und Erziehung der Täter	141
I. Das Elternhaus	141
II. Die Schule	143
III. Lehre und Berufsausbildung	145
IV. Fürsorgeerziehung insbesondere	145
V. Ein typisches Beispiel für eine miss- glückte Erziehung	147
§ 38: Der Beruf	148
I. Anteil der Berufe allgemein	148
II. Einflüsse des Berufs auf die Art der Straftaten	150
III. Besonderheiten des Berufs	153
§ 39: Die wirtschaftlichen Verhältnisse	154
I. Gesichertes Einkommen	154
II. Verschwenderische Ausgaben	156
III. Notlage	158

	<u>Seite</u>
11. <u>Kapitel:</u> Einwirkung politischer Verhältnisse	159
§ 40: Konzentrationslageraufenthalte	159
§ 41: Kriegsfolgen	162
I. Flüchtlinge aus den Ostgebieten	162
II. Verschleppte Ausländer	163
III. Sowjetzonenflüchtlinge	163
12. <u>Kapitel:</u> Die kriminelle Laufbahn der Täter	164
§ 42: Die Gewohnheitsverbrecherkriminalität im Vergleich der Urteile und der Vorstrafen	164
I. Männliche Verurteilte 1934 - 1945	164
II. Weibliche Verurteilte 1934 - 1945	174
III. Männliche Verurteilte 1951 - 1953	175
IV. Weibliche Verurteilte 1951 - 1953	187
V. Auswertung der Tabellen	188
§ 43: Der Beginn der Kriminalität	191
I. Beginn der Kriminalität bei den Männern	191
II. Beginn der Kriminalität bei den Frauen	195
§ 44: Anzahl und Dauer der Vorstrafen	197
I. Die Vorstrafen der in der Vorkriegs- und Kriegszeit verurteilten Männer	197
II. Die Vorstrafen der Täterinnen 1934 - 1945	199
III. Die Vorstrafen der 1951 - 1953 abgeurteilten Männer	200
IV. Die Vorstrafen der Täterinnen 1951 - 1953	202
§ 45: Die Wirkung der Vorstrafen	204
I. Der Erfolg früheren Straf- und Maßregelvollzugs	204
II. Die Wirkung früherer Verurteilungen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher	204
§ 46: Die Rückfallgeschwindigkeit	206
§ 47: Besonderheiten der Vorstrafen	211
I. Bemerkungen in den Urteilen zur Dauer und zum Vollzug der Vorstrafen	211

	<u>Seite</u>
§ 48: Andere behördlich angeordnete Freiheitsentziehungen und Massnahmen	217
I. Vollzug von freiheitsentziehenden Massregeln	217
II. Polizeiaufsicht	217
III. Berufsverbot	218
§ 49: Auslandsaufenthalte der Täter	218
I. Fremdenlegionäre	219
II. "Internationale Täter"	219
III. Ausländer	220
§ 50: Die Unrechtsfolgen im Vergleich mit den Vorstrafen	221
I. Männliche Verurteilte 1934 - 1944	221
II. Männliche Verurteilte 1951 - 1953	230
III. Weibliche Verurteilte 1934 - 1944	245
IV. Weibliche Verurteilte 1951 - 1953	246
§ 51: Der Vollzug und die Wirkung der ausgesprochenen Strafe und Massregel	249
I. Besonderheiten des Vollzugs	250
II. Führung im Vollzug	250
III. Wirkung bedingter Entlassung	251
IV. Sonstige Entlassung	252
§ 52: Besondere Verbrecher	252
I. "Berufsverbrecher"	252
II. "Interlokale Verbrecher"	253
§ 53: Einige Lebensläufe gefährlicher Gewohnheitsverbrecher	254
I. Sittlichkeitsverbrecher	254
II. Betrüger	255
III. Diebe	257
IV. Diebe und Betrüger	268

	<u>Seite</u>
<u>Schluss: Ergebnis und Ausblick</u>	279
13. <u>Kapitel:</u> Vergleiche mit den Gesamtergebnissen der Reichs- und Bundeskriminalstatistik	279
§ 54: Die Gewohnheitsverbrecher in der Kriminal- statistik	279
I. Reichskriminalstatistik 1934 - 1936, mit Hauptergebnissen 1937 - 1939	279
II. Bundeskriminalstatistik 1950 - 1957	282
§ 55: Vergleich der Gesamtstatistik mit dem Material der Arbeit	285
§ 56: Kritische Betrachtung der Sicherungsverwah- rungspraxis der Nachkriegszeit	287
14. <u>Kapitel:</u> Die Behandlung der gefährlichen Gewohnheits- verbrecher und der Rückfalltäter im Entwurf 1962	290
§ 57: Der Wegfall des § 20a StGB	290
§ 58: Die Neuregelung des Rückfalls	292
§ 59: Die Reform der Massnahmen gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher	294
I. Die Neuregelung der Sicherungsverwahrung	294
II. Die vorbeugende Verwahrung	296
<u>Schlusswort</u>	299

Abkürzungsverzeichnis

(vor allem zum Verständnis der Tabellen)

a.a.O.	am angegebenen Orte
Abtr	Abtreibung
a.F.	alter Fassung
AG	Ausführungsgesetz
amer	amerikanisch
AOSV	Anordnung der Sicherungsverwahrung
ArbHs	Arbeitshaus
ausl	ausländisch
B	Betrug
Ber	Berufung
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidung des BGH in Strafsachen (zitiert nach Band und Seite)
Brd	Brandstiftung
D	Damenfahrrad (in Tabelle 19, S.73)
D	Diebstahl
E	Entwurf
DB	Diebstahl und Betrug
DBU	Diebstahl, Betrug und Unterschlagung
DJ	Deutsche Justiz
DP	displaced Person
DR	Deutsches Recht
ED	Einbruchsdiebstahl Einschleichdiebstahl (= schwerer Diebstahl)
Erw	Erwachsener
fahrl T	fahrlässige Tötung
Falschm	Falschmünzerei
FE	Fürsorgeerziehung
fg H	fortgesetzte Handlung
Gef	Gefängnis
gefGewV	gefährlicher Gewohnheitsverbrecher
ges	gesamt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz

gleichgeschl Unz	gleichgeschlechtliche Unzucht
H	Herrenfahrrad (in Tabelle 19, S.73)
Hann RPfl	Hannoversche Rechtspflege
HPflA	Heil- und Pflegeanstalt
HRR	Höchstgerichtliche Rechtsprechung
Hw	Heranwachsender
i.R.	im Rückfall (bei Diebstahl oder Betrug)
J	Jahr, Jahre
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JR	Juristische Rundschau
Jug	Jugendlicher
JugGef	Jugendgefängnis
Jug St	Jugendstrafe
JW	Juristische Wochenschrift
KG	Kammergericht
KV	Körperverletzung
KZ	Konzentrationslager
LG	Landgericht
LK	Leipziger Kommentar
LM	Lindenmaier-Möhring
M, m	männlich
Mo	Monat, Monate
Mj	Minderjähriger
Nachtr SV	nachträgliche Sicherungsverwahrung
Nachtr Verf	nachträgliches Sicherungsverfahren
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Notz	Notzucht
Nr	Nummer
o.A.	ohne Angaben
OLG	Oberlandesgericht
PolAufs	Polizeiaufsicht
R	Raub
Rev	Revision
RG	Reichsgericht
RGBl	Reichsgesetzblatt

RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen (zitiert nach Band und Seite)
S.	Seite
SB	Sachbeschädigung
SchöG	Schöffengericht
Sitt	Sittlichkeitsdelikte
SoG	Sondergericht
Sonst.	Sonstige Delikte
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
SV	Sicherungsverwahrung
SVt	Sicherungsverwahrte
U	Unterschlagung
üb.	über
UF, UrkF	Urkundenfälschung
UHPflA	Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt
UnzK	Unzucht mit Kindern
Urt	Urteil, zitiert unter der Nummer des Urteilsverzeichnisses
Vers	Versuch
versch	verschieden
vgl.	vergleiche
VSt	Vorstrafe
W, w	weiblich
Wdst	Widerstand
Wo	Woche(n)
Z	Zuchthaus (bei Strafen) Ziffer (bei Gesetzesbestimmungen)
Zuh	Zuhälterei
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafwissenschaft
+	mehr als
-	weniger als

Schrifttumsverzeichnis

- Die Abgeurteilten und Verurteilten (Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik im Jahre 1954)
Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden
(Statistik der Bundesrepublik Deutschland,
Band 158) Stuttgart 1957.
- Die Abgeurteilten und Verurteilten (Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik im Jahre 1955)
Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden
(Statistik der Bundesrepublik Deutschland,
Band 172) Stuttgart 1957.
- Die Abgeurteilten und Verurteilten (Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik im Jahre 1956)
Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden
(Statistik der Bundesrepublik Deutschland,
Band 210) Stuttgart 1958.
- Die Abgeurteilten und Verurteilten (Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik im Jahre 1957)
Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden
(Statistik der Bundesrepublik Deutschland,
Band 229) Stuttgart 1959.
- Amtlicher Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches
nebst Begründung.
Veröffentlicht auf Anordnung des Reichsjustiz-
ministeriums
1. Teil: Entwurf
2. Teil: Begründung
Berlin 1925 (E 1925)
- Aschrott, P.F. und
Kohlrausch, Ed.: Reform des Strafrechts.
Kritische Besprechung des Amtlichen Entwurfs
eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches,
Berlin und Leipzig 1926.
- Bader, Karl, Siegfried:
a) Soziologie der deutschen Nachkriegskriminalität, Tübingen 1949.
b) Beobachtungen zur Nachkriegskriminalität
unter besonderer Berücksichtigung der Ge-
waltverbrecher, Biel 1952.
- Bekämpfung von Betrug und Urkundenfälschung, Bundeskriminalamt
Wiesbaden, 1956.
(Bericht über die Arbeitstagung im Bundeskri-
minalamt Wiesbaden vom 23.4.-28.4.1956 über
Bekämpfung von Betrug und Urkundenfälschung).
(Die einzelnen Aufsätze sind nach Verfasser
und Titel zitiert).

- Bekämpfung von Diebstahl, Einbruch und Raub, Bundeskriminalamt Wiesbaden 1958. (Bericht über die Arbeitstagung im Bundeskriminalamt Wiesbaden vom 21.4.-26.4.1958 über Bekämpfung von Diebstahl, Einbruch und Raub). (Die einzelnen Aufsätze sind nach Verfasser und Titel zitiert).
- Bekämpfung der Sittlichkeitsdelikte, Bundeskriminalamt Wiesbaden 1959 (Bericht über die Arbeitstagung im Bundeskriminalamt Wiesbaden vom 20. - 25.4.1959 über Bekämpfung der Sittlichkeitsdelikte). (Die einzelnen Aufsätze sind nach Verfasser und Titel zitiert).
- Bockelmann, Paul: Studien zum Täterstrafrecht, Teil I und II (Abhandlungen des Kriminal-Instituts der Universität Berlin, 4.Folge, 4.Band, 4.Heft), Berlin 1939 und 1940.
- Berndt: Diebstahl aus Kraftfahrzeugen, in "Bekämpfung von Diebstahl", S.61.
- Brauneck, Anne-Eva: Die Entwicklung jugendlicher Straftäter, Hamburger Rechtsstudien, Heft 49, Hamburg 1961.
- Brückner, Günther: Untersuchungen über die Rückfallprognose bei chronischen Vermögensverbrechern. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Band 41, Köln 1958, S.93 ff.
- Doetsch, Werner: Erscheinungsformen und Strafzumessung bei den Unzuchtsdelikten (§§ 175 bis 177 StGB), Dissertation Freiburg 1951.
- Drecolll, Karlheinz: Das kriminologische Erscheinungsbild und die Strafzumessung beim Diebstahl, Dissertation Freiburg 1951.
- Dreher, Eduard: Liegt die Sicherungsverwahrung im Sterben? Deutsche Richterzeitung, Köln und Berlin 1957, S.51 ff.
- Ebermayer - Lobe - Rosenberg - Jagusch - Mezger - Schäfer - Werner: Strafgesetzbuch (Leipziger Kommentar) fortgeführt von Johannes Nagler, 8.Aufl., Berlin 1957 und 1958.
- Engisch, Karl: Zur Idee der Täterschuld, Kritische Betrachtungen zu: Paul Bockelmann, Studien zum Täterstrafrecht, 2. Teil. Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (ZStW) Heft 61, Berlin 1942.
- Entwürfe zu einem Deutschen Strafgesetzbuch. Veröffentlicht auf Anordnung der Reichsjustizministeriums, Berlin 1920.
Zweiter Teil: Entwurf 1919 (E 1919)
Dritter Teil: Denkschrift zu dem Entwurf von 1919.

- Entwurf eines Strafgesetzbuches (StGB) - E 1960 - mit Begründung.
- Entwurf eines Strafgesetzbuches (StGB) - E 1962 - mit Begründung,
- Bundestagsvorlage - Bonn 1962.
- Eschenbach: Die Täterpersönlichkeit des Diebes (Einbrechers,
und seine Opfer, in "Bekämpfung von Diebstahl",
S.35 ff.
- Exner, Franz: a) Kriminologie, 3.Aufl., Berlin, Göttingen,
Heidelberg 1949.
b) Die Theorie der Sicherungsmittel: Abhand-
lungen des kriminalistischen Instituts an
der Universität Berlin, 3.Folge, 1.Band,
1.Heft, Berlin 1914.
- Gamber, Gerhard: Erscheinungsformen und Strafzumessung bei der
Beihilfe, Dissertation Freiburg 1953.
- Geerds, Friedrich: Zur kriminellen Prognose, Monatsschrift für
Kriminologie und Strafrechtsreform, S.92 ff.,
Köln und Berlin 1960.
- Goedecke, Willi: Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, Schriften-
reihe des Bundeskriminalamtes 1962, Wiesbaden
1962.
- Girshausen, Ernst, Günther: Erscheinungsformen und Strafzumessung
beim einfachen Diebstahl, Dissertation
Freiburg 1951.
- Grassberger, Roland: Die gleichgeschlechtliche Unzucht, in
"Bekämpfung der Sittlichkeitsdelikte", S.59 ff.
- Heinitz, Ernst: Strafzumessung und Persönlichkeit, Zeitschrift
für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Heft
63, Berlin 1951.
- Heiss, Robert: Die Lehre vom Charakter, 2. Auflage, Berlin
1949.
- Hellmer, Joachim: Der Gewohnheitsverbrecher und die Sicherungsver-
wahrung 1934 - 1945. Kriminologische For-
schungen, Band 2, Berlin 1961.
- Hoelkeskamp: Die Raubkriminalität im Landgerichtsbezirk
Wuppertal in den Jahren 1928 - 1948, Disser-
tation Bonn, 1950.
- Holle: Diebstahl, Einbruch und Raub in der polizei-
lichen Kriminalstatistik, in "Bekämpfung von
Diebstahl", S. 17 ff.

- John: Die Rückfalldiebe, Kriminalistische Abhandlungen, Band 2, Leipzig 1929.
- Keutgen: Über die Strafzumessungspraxis der deutschen Gerichte bei Sittlichkeitsdelikten, in "Bekämpfung der Sittlichkeitsdelikte", S.193 ff.
- Kinzig: Das Delikt des Raubes im Landgerichtsbezirk Bonn in den Jahren 1910 - 1940, Dissertation Bonn 1941.
- Kleffel: Bearbeitung von Diebstahl, Einbruch und Raub in der staatsanwaltschaftlichen Praxis, in "Bekämpfung von Diebstahl", S. 235 ff.
- Kohlrausch, Eduard
und Lange, Richard: Strafgesetzbuch, 43. Aufl., bearbeitet von Richard Lange, Berlin 1961.
- Kohnle, Edgar, Friedrich: Die Kriminalität ehemaliger Fürsorgezöglinge und die Möglichkeit einer Erfolgsprognose. Kriminalistische Abhandlungen, Band 33, Leipzig 1938.
- Krieger, Werner: Erscheinungsformen und Strafzumessung bei der Abtreibung. Dissertation Freiburg 1952.
- Die Kriminalität in den Jahren 1950/1951.
Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbader (Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 110), Stuttgart 1955.
- Die Kriminalität in den Jahren 1952/1953.
Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbader (Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 129), Stuttgart 1955.
- Kriminalstatistik für das Jahr 1934, Statistik des Deutschen Reiches, Band 507, Berlin 1938.
- Kriminalstatistik für die Jahre 1935 und 1936 mit Hauptergebnissen 1937, 1938 und 1939, Statistik des Deutschen Reiches, Band 577, Berlin 1942.
- Lange, Richard: Der gemeingefährliche Rausch, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Heft 59, Berlin 1939.
- Lenz, Adolf: Grundriß der Kriminalbiologie, werden und Wesen der Persönlichkeit des Täters nach Untersuchungen an Sträflingen, Wien 1927.

- Lenz, Edgar: Der Betrogene. Kriminologische Schriftenreihe aus der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft. Band 1, Hamburg 1961.
- Lindenmaier - Möhring: Nachschlagwerk des Bundesgerichtshofs, Kurzausgabe 1950 - 1960, München und Berlin 1961.
- v. Liszt, Franz: Der Zweckgedanke im Strafrecht 1882, in "Strafrechtliche Aufsätze und Vorträge", 1. Band (1875 - 1891) S. 126 ff, Berlin 1905.
- Lotz, Ludwig: Der gefährliche Gewohnheitsverbrecher. Kriminalistische Abhandlungen, Band 41, Leipzig 1939.
- Mezger, Edmund: a) Kriminologie, Ein Studienbuch, Auflage München und Berlin 1951.
b) Strafrecht, Ein Studienbuch, Teil I, Allgemeiner Teil, 9. Aufl., München 1960.
- Möller, Heinz: Entwicklung und Lebensverhältnisse von 135 gefährlichen Gewohnheitsverbrechern. Kriminalistische Abhandlungen, Heft 38, Leipzig 1939.
- Nährisch, Walter: Die Kriminalität der unehelich Geborenen. Kriminologische Untersuchungen, Heft 2, Bonn 1951.
- Nagler, Johannes: siehe Ebermayer - Lobe - Rosenberg.
- Niederschriften über die Sitzungen der Grossen Strafrechtskommission, 12. Band, Zweite Lesung des Entwurfs, Allgemeiner Teil.
- Niggemeyer: a) Einführung zu "Bekämpfung von Betrug", S.7 ff.
b) Grundlagen des Sittlichkeitsstrafrechts, in "Bekämpfung der Sittlichkeitsdelikte", S.7 ff.
c) Überblick über die gegenwärtige Situation der Diebstahls-, Einbruchs- und Raubkriminalität, in "Bekämpfung von Diebstahl", S.7 ff.
- Olshausen, Justus: Strafgesetzbuch, 12. Auflage, Berlin 1942.
- Pfundtner-Neubert: Das neue Deutsche Reichsrecht, Berlin 1935. (Gewohnheitsverbrechergesetz, bearbeitet von Rietzsch).
- Piecha, Walter: Die Lebensbewährung der als "unerziehbar" entlassenen Fürsorgezöglinge, Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, Band 27, Göttingen 1959.

- Raumer, Konrad: Räuber und Raubsituationen, Kriminalistische Abhandlungen, Band 28, Leipzig 1937
- Rietzsch: siehe Pfundtner-Neubert.
- Rudolph: Zum Vollzug und zur bedingten Entlassung aus der Sicherungsverwahrung, Deutsche Richterzeitung 1956, S. 176 ff, Köln und Berlin 1956.
- Sauer, Wilhelm: Kriminalsoziologie, Berlin und Leipzig 1933.
- Sauter, Ehrenfried: Erscheinungsformen und Strafzumessung beim Betrug, Dissertation Freiburg 1950.
- Schäfer, Leopold,
Wagner, Otto und
Schafheutle, Josef: Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Massnahmen der Sicherung und Besserung mit dem dazugehörigen Ausführungsgesetz, Berlin 1934.
- Schiedt, Robert: Ein Beitrag zum Problem der Rückfallprognose, Dissertation München 1936.
- Schmidt, Edgar: Sicherungsverwahrung in Zahlen, Deutsche Justiz 1938, S.192.
- Schmitz, Käte: Die Kriminalität der Frau, Dissertation Köln 1937.
- Schoenke-Schroeder: Strafgesetzbuch (Kommentar), München und Berlin, 10. Aufl., 1961.
- Schwaab, Fritz: Die soziale Prognose bei rückfälligen Vermögensverbrechern, Kriminalistische Abhandlungen, Band 43, Leipzig 1939.
- Schwarz, Paul: Erscheinungsformen und Strafzumessung beim schweren Diebstahl, Dissertation Freiburg 1954
- Schwarz, Reinhold: Erscheinungsformen und Strafzumessung beim Raub, Dissertation Freiburg 1956.
- Seelig, Ernst: Lehrbuch der Kriminologie, 2.Aufl., Nürnberg und Düsseldorf 1951.
- Seelig, Ernst und
Weindler, Karl: Die Typen der Kriminellen, Berlin und München 1949.
- Seibert: Die Sicherungsverwahrung in der richterlichen Praxis (de lege lata und de lege ferenda), in "Bekämpfung von Diebstahl", S. 257 ff.

Statistik des Deutschen Reiches, Bände 507 und 577.

Utsch, Friedrich Wilhelm: Erscheinungsformen und Strafzumessung bei der Deliktsgruppe des verbotenen Glücksspiels. Dargestellt an Hand von Gerichtsakten des Landgerichts Duisburg aus den Jahren 1945-1950, Dissertation Freiburg 1953.

Versen, Paul: Erscheinungsformen und Strafzumessung bei der Körperverletzung, Dissertation Freiburg 1951.

von Weber, Hellmuth: Kriminalsoziologische Einzelforschungen, Untersuchungen zur Kriminalität in Deutschland Heft 1, Jena 1939.

Weinzierl: Bekämpfung von Kraftfahrzeugdiebstählen, in "Bekämpfung von Diebstahl", S. 47 ff.

Wend, Johannes: Untersuchungen an Straflisten vielfach rückfälliger Verbrecher, Kriminalistische Abhandlungen, Heft XXIII, Leipzig 1936.

Wessel, Gerhard: Das Delikt der Kinderschändung im Landgerichtsbezirk Bonn, Untersuchungen zur Kriminalität in Deutschland, Heft 4, Jena 1939.

Wetterich, Gottfried: Die Strafzumessung in der Rechtsprechung, Dissertation Freiburg 1948.

Zirpins: Die Täterpersönlichkeit des Betrügers, in "Bekämpfung von Betrug", S. 13 ff.

Verzeichnis der ausgewerteten Urteile

I. Landgerichtsbezirk Freiburg i.Brg. 1934 - 1945

A) Männliche Verurteilte

1. Schöffengericht Freiburg vom 16.2.1934, I G 16/34 (M 97/5)
2. Schöffengericht Freiburg vom 21.3.1934, I G 39/34 (M 104/7)
3. Schöffengericht Freiburg vom 7.2.1934, I G 13/34 (R 88/2)
4. Schöffengericht Freiburg vom 10.10.1934, I G 134/34 (Sch 117/11)
5. Schöffengericht Freiburg vom 28.2.1934 (J 23/8)
6. Schöffengericht Freiburg vom 12.9.1934, I G 123/34 (Sch 116/14)
7. Schöffengericht Freiburg vom 4.7.1934, I G 93/34 (G 86/6)
8. Schöffengericht Freiburg vom 9.5.1934, I G 72/34 (H 129/3)
9. Schöffengericht Freiburg vom 29.8.1934, ISG 113/34 (H 134/3)
10. Landgericht Freiburg vom 24.5.1934, SH 41/34 (K 63/13)
11. Landgericht Freiburg vom 11.10.1934, SH 54/34 (B 79/5)
12. Landgericht Freiburg vom 7.6.1934, SH 76/34 (K 64/1)
13. Landgericht Freiburg vom 28.3.1935, SH 88/34 (P 18/10)
14. Landgericht Freiburg vom 12.7.1934, SH 57/34 (K 64/2)
15. Landgericht Freiburg vom 28.3.1934, SH 29/34 (R 38/7)
16. Landgericht Freiburg vom 28.3.1934, SH 33/34 (G 46/8)
17. Landgericht Freiburg vom 15.3.1934, SH 21/34 (G 46/3)
18. Landgericht Freiburg vom 8.3.1934, SH 15/34 (W 50/7)
19. Landgericht Freiburg vom 22.2.1934, SH 7/34 (L 29/7)
20. Landgericht Freiburg vom 12.7.1934, SH 39/34 (L 29/3)
21. Landgericht Freiburg vom 1.8.1955, 4 KLS 15/35
22. Landgericht Freiburg vom 6.6.1935, 2 Ls 5/35
23. Schöffengericht Freiburg vom 28.8.1935, 2 Ls 17/35
24. Landgericht Freiburg vom 29.5.1955, 2 KLS 12/35
25. Landgericht Freiburg vom 14.8.1935, 2 KLS 30/35
26. Schwurgericht Freiburg vom 3.7.1935, 2 Ks 1/35
27. Landgericht Freiburg vom 5.12.1935, 2 KLS 43/35
28. Schöffengericht Freiburg vom 6.11.1935, 2 Ls 29/35
29. Landgericht Freiburg vom 6.5.1936, 4 KLS 15/36
30. Landgericht Freiburg vom 14.5.1936, 2 KLS 25/36

31. Landgericht Freiburg vom 2.4.1936, 2 KLS 13/36
32. Landgericht Freiburg vom 14.5.1936, 2 KLS 30/36
33. Landgericht Freiburg vom 13.8.1936, 2 KLS 36/36
34. Landgericht Freiburg vom 27.4.1936, 2 KLS 16/36
35. Landgericht Freiburg vom 1.4.1937, 2 KLS 52/36
36. Landgericht Freiburg vom 14.1.1937, 2 KLS 56/36
37. Landgericht Freiburg vom 9.9.1937, 2 KLS 5/37
38. Landgericht Freiburg vom 3.5.1937, 2 KLS 21/37
39. Landgericht Freiburg vom 3.5.1937, 2 KLS 22/37
40. Landgericht Freiburg vom 4.11.1937, 3 KLS 24/37
41. Landgericht Freiburg vom 9.12.1938, 3 KLS 48/38
42. Landgericht Freiburg vom 22.12.1938, 4 KLS 31/38
43. Landgericht Freiburg vom 4.11.1938, 4 KLS 22/38
44. Landgericht Freiburg vom 13.10.1938, 4 KLS 21/38
45. Landgericht Freiburg vom 10.2.1938, 2 KLS 5/38
46. Landgericht Freiburg vom 24.2.1938, 2 KLS 7/38
47. Landgericht Freiburg vom 28.7.1938, 2 KLS 23/38
48. Landgericht Freiburg vom 27.9.1939, 3 KLS 34/39
49. Landgericht Freiburg vom 3.8.1939, 4 KLS 6/39
50. Landgericht Freiburg vom 29.6.1939, 4 KLS 13/39
51. Landgericht Freiburg vom 23.11.1939, 4 KLS 29/39
52. Landgericht Freiburg vom 26.10.1939, 4 KLS 26/39
53. Landgericht Freiburg vom 19.10.1939, 4 KLS 24/39
54. Landgericht Freiburg vom 9.3.1939, 2 KLS 6/39
55. Landgericht Freiburg vom 3.4.1939, 2 KLS 7/39
56. Landgericht Freiburg vom 21.12.1939, 2 KLS 21/39
57. Landgericht Freiburg vom 14.2.1940, 3 KLS 3/40
58. Landgericht Freiburg vom 27.11.1940, 3 KLS 22/40
59. Landgericht Freiburg vom 7.3.1940, 4 KLS 10/40
60. Landgericht Freiburg vom 6.3.1941, 4 KLS 3/41
61. Landgericht Freiburg vom 5.6.1941, 4 KLS 7/41
62. Sondergericht Freiburg vom 14.2.1941, So KLS 10/41
63. Songergericht Freiburg vom 16.9.1941, So KLS 48/41
64. Sondergericht Freiburg vom 6.6.1941, So KLS 29/41

- 65. Sondergericht Freiburg vom 20.6.1941, So KLS 4/41
- 66. Landgericht Freiburg vom 27.2.1941, 2 KLS 2/41
- 67. Landgericht Freiburg vom 2.7.1942, 4 KLS 12/42
- 68. Landgericht Freiburg vom 4.6.1942, 4 KLS 8/42
- 69. Landgericht Freiburg vom 9.4.1942, 2 KLS 7/42
- 70. Landgericht Freiburg vom 5.3.1942, 4 KLS 4/42
- 71. Landgericht Freiburg vom 26.2.1942, 4 KLS 3/42
- 72. Sondergericht Freiburg vom 2.4.1942, So KLS 31/42
- 73. Sondergericht Freiburg vom 3.9.1942, So KLS 91/42
- 74. Landgericht Freiburg vom 8.4.1943, 2 KLS 5/43
- 75. Landgericht Freiburg vom 25.8.1943, 2 KLS 19/43
- 76. Sondergericht Freiburg vom 23.8.1943, So KLS 80/43
- 77. Sondergericht Freiburg vom 19.2.1943, So KLS 80/42
- 78. Sondergericht Freiburg vom 5.8.1943, So KLS 79/43
- 79. Sondergericht Freiburg vom 22.4.1943, So KLS 48/43
- 80. Landgericht Freiburg vom 19.9.1944, 3 KLS 12/44
- 81. Landgericht Freiburg vom 11.10.1944, 2 KLS 15/44
- 82. Landgericht Freiburg vom 6.9.1944, 4 KLS 4/44
- 83. Landgericht Freiburg vom 31.7.1944, 3 KLS 3/44

B) Weibliche Verurteilte

- 84w. Schöffengericht Freiburg vom 28.2.1934, I G 23/34 (P 25/8)
- 85w. Landgericht Freiburg vom 28.3.1934, SH 30/34 (F 33/8)
- 86w. Schöffengericht Freiburg vom 16.10.1935, 2 Ls 25/35
- 87w. Landgericht Freiburg vom 28.5.1936, 4 KLS 18/36
- 88w. Landgericht Freiburg vom 10.6.1937, 4 KLS 9/37
- 89w. Landgericht Freiburg vom 4.8.1943, 4 KLS 7/43
- 90w. Landgericht Freiburg vom 25.10.1944, 4 KLS 5/44
- 91w. Sondergericht Freiburg vom 16.8.1944, So KLS 55/44

II. Länder Baden Württemberg und Bayern 1951 - 1953

A) Männliche Verurteilte

1951

92. Landgericht Freiburg vom 19.1.1951, 3b KLS 4/50
93. Landgericht Deggendorf vom 7.8.1951, KLS 28/51
94. Landgericht München II vom 26./27.6.1951, 1 KLS 38/51
95. Landgericht Regensburg vom 19.7.1951, KLS 60/51
96. Landgericht München II vom 10.4.1951, 2 KLS 44/51
97. Landgericht Traunstein vom 16.10.1951, KLS 42/51
98. Landgericht Memmingen vom 14.12.1951, KLS 91/51
99. Landgericht Traunstein vom 2.8.1951, KLS 29/51
100. Landgericht Kempten vom 13.11.1951, KLS 35/51
101. Landgericht Augsburg vom 13.10.1950, 2 KLS 16/50
102. Landgericht München I vom 23.2.1951, 3 KLS 3/51
103. Landgericht München II vom 29.11.1951, 11 KLS 65/51+73/51
104. Landgericht Stuttgart vom 2.11.1950, 2 KLS 144/50
105. Landgericht Waldshut vom 16.10.1951, KLS 10/51
106. Landgericht München I vom 29.11.1950, 7 KLS 6 a-c/50
107. Landgericht München I vom 19.5.1950, 7 KLS 57/49
108. Landgericht Traunstein vom 19.6.1951, KLS 2/51
109. Landgericht Ravensburg vom 8.11.1950, KLS 20/50
110. Landgericht Würzburg vom 10.7.1951, KLS 5/51
111. Landgericht Heilbronn vom 30.11.1950, KLS 74/50
112. Landgericht München I vom 9.5.1951, 3 KLS 8/51
113. Landgericht Schweinfurt 1 Js 879/50 = KLS 36/50

1952

114. Landgericht Mannheim vom 8.7.1952, II KLS 31/52
115. Landgericht Konstanz vom 10.6.1952, KLS 14/52
116. Landgericht Konstanz vom 17.6.1952, KLS 15/52
117. Landgericht Konstanz vom 19.2.1952, KLS 5/52
118. Landgericht Augsburg vom 4.9.1952, AK 158/52, VRs 640/52
119. Landgericht Traunstein vom 10.6.1952, KLS 12/52

120. Landgericht Stuttgart 4b VRs 118/52 = 4 KLS 118/52
121. Landgericht Schweinfurt vom 21.12.1950, KLS 86/50
122. Landgericht Deggendorf vom 17.6.1952, KLS 26/51
123. Landgericht Traunstein vom 30.6.1951, KLS 8/51
124. Landgericht Heidelberg vom 4.1.1952, 3 KLS 20/51
125. Landgericht Traunstein vom 27.2.1952, KLS 5/52
126. Landgericht Traunstein vom 12.2.1952, KLS 69/51
127. Landgericht Hof vom 21.8.1951, KLS 26/51
128. Landgericht Memmingen vom 27.6.1952, KLS 6/52
129. Landgericht Memmingen vom 18.4.1952, Ms 31/51
130. Landgericht Würzburg vom 11.12.1951, KLS 30/51
131. Landgericht Bamberg vom 17.6.1951, 4 KLS 119/51
132. Landgericht Nürnberg-Fürth vom 20.7.1951, 210 KLS 59/51
133. Landgericht Regensburg vom 10.10.1951, KLS 53/50
134. Landgericht Nürnberg-Fürth vom 6.6.1952, 443 KLS 128/52
135. Landgericht Bayreuth vom 30.9.1952, KLS 12/52
136. Landgericht Stuttgart vom 19.12.1951, 3 KLS 134/51
137. Landgericht Stuttgart vom 23.1.1952, 3 KLS 139/51
138. Landgericht Lindau VRs 10/1952 = KLS 14/51
139. Landgericht Regensburg vom 20.2.1952, KLS 4/52

1953

140. Landgericht Passau vom 27.10.1952, KLS 32/52
141. Landgericht Memmingen vom 17.10.1952, KLS 40/52
142. Landgericht Schweinfurt vom 10.2.1953, KLS 3/53
143. Landgericht Regensburg vom 20.5.1953, KLS 17/53
144. Landgericht München I vom 19.3.1953, 8 KLS 1/53
145. Landgericht München I vom 30.9.1953, 5 KLS 47/52
146. Landgericht Würzburg vom 26.5.1953, KLS 6/53
147. Landgericht Ellwangen vom 3.2.1953, KLS 19/52
148. Landgericht Karlsruhe vom Januar 1953, 2 KLS 11/52
149. Landgericht Memmingen vom 23.12.1952, KLS 53/52
150. Landgericht Würzburg vom 5.5.1953, KLS 7/53
151. Landgericht Heidelberg vom 8.5.1953, 2 KLS 7/53

- 152. Landgericht Mannheim vom 16.10.1952, 2 KLS 46/52
- 153. Landgericht Heilbronn vom 25.6.1953, KLS 19/50
- 154. Landgericht Heidelberg vom 22.8.1952, 2 KLS 12/52
- 155. Landgericht Würzburg vom 24.2.1953, KLS 1/53
- 156. Landgericht Traunstein vom 3.7.1953, KLS 26/53
- 157. Schwurgericht München II vom 15.9.1952, 12 Ks 12/52
- 158. Landgericht Heilbronn vom 16.12.1952, KLS 108 + 132/52
- 159. Landgericht Konstanz vom 3.2.1953, KLS 1/53
- 160. Landgericht Ravensburg vom 20.11.1953, KLS 15/53
- 161. Landgericht Ravensburg vom 22.9.1953, KLS 10/53
- 162. Landgericht Konstanz vom 10.2.1953, KLS 2/53
- 163. Landgericht Stuttgart vom 23.5.1952, 4 KLS 29/52
- 164. Landgericht Stuttgart vom 20.4.1953, 3 KLS 14/53
- 165. Landgericht Stuttgart vom 30.4.1953, 4 KLS 19/53
- 166. Landgericht Stuttgart vom 24.11.1952, 3 KLS 97/52
- 167. Landgericht Stuttgart vom 17.7.1953, 3 KLS 39/53
- 168. Landgericht Stuttgart vom 5.10.1953, 3 KLS 51/53
- 169. Landgericht Stuttgart vom 20.11.1953, 3 KLS 68/53
- 170. Landgericht Stuttgart vom 24.4.1953, 3 KLS 10/53
- 171. Landgericht Stuttgart vom 29.6.1953, 2 KLS 8/53
- 172. Landgericht Stuttgart vom 8.6.1953, 3 KLS 25/53
- 173. Landgericht Augsburg vom o.A. 1953, VRs II 689, 690/52
(AK 182/52)
- 174. Landgericht Memmingen vom 17.9.1953, KLS 50/52

B) Weibliche Verurteilte

- 175w. Landgericht Regensburg vom 1.12.1950, KLS 35/50
- 176w. Landgericht Stuttgart vom 20.6.1951, 3 KLS 187/48
- 177w. Landgericht Stuttgart vom 13.6.1951, IV KLS 50/51
- 178w. Landgericht München II vom 16.10.1951, 2 KLS 42/51
- 179w. Landgericht Stuttgart vom 24.7.1951, 1 KLS 72/51
- 180w. Landgericht Augsburg vom 14.12.1951, 3 KLS 165/51
- 181w. Landgericht Karlsruhe vom 13.4. + 14.6.1952, 2 KLS 11/51
- 182w. Landgericht Heilbronn vom 9.9.1953, KLS 69/53
- 183w. Schöffengericht Stuttgart vom 26.3.1953, B 5 Ls 194/53

Einleitung

1. Kapitel: Die Aufgaben und Arbeitsweise der Untersuchung

§ 1: Grundlagen der Arbeit

I. Die Bedeutung kriminologischer Einzelforschungen

Schon seit längerer Zeit versucht man, einen Einblick in die Verbrechensverursachung und in die Gesamtzusammenhänge der Kriminalität zu erlangen, indem man die Kriminalität in ihren Einzelercheinungen und die Täter in ihren Eigenschaften beobachtet. Man findet auf diese Weise geeignete Abwehrmethoden gegen das Verbrechen und kann diese auch wissenschaftlich untermauern. Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist es aber nicht nur, einen Baustein zum Lehrgebäude der theoretischen Kriminologie zu liefern, sondern auch der praktischen Strafrechtspflege zu dienen. Dem Praktiker sollen an Hand des ausgewerteten Materials Möglichkeiten gezeigt werden, die der Persönlichkeit der Verbrecher entsprechenden Behandlungsweisen zu finden; insbesondere sollen Vergleichsmaßstäbe für die Strafzumessung und die Wahl und Anordnung von Maßregeln gegeben werden.

Die richtige Strafzumessung ist eine der wichtigsten und vorrangigsten Aufgaben der Strafjustiz. Jede unzureichende Bestrafung eines gefährlichen Kriminellen ist ein schwerer Schaden für die Allgemeinheit; ebenso ist aber auch jeder Tag, den ein sonst gut gearteter Mensch unnötigerweise der Freiheit, seiner Familie und seiner Arbeit entzogen wird, ein grosser Nachteil für unsere Kultur und Wirtschaft¹⁾.

Das Gewohnheitsverbrechertum verlangt hierbei eine besondere Behandlung; die Möglichkeit hierzu hat das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.1933²⁾ dem Strafrichter in die Hand gegeben. Jedoch setzt diese gesetzliche Regelung den Typus eines

1) Seelig-Weindler, a.a.O., Vorwort S.VIII.

2) RGBl 1933 I, S.995 und Ausführungsgesetz dazu, ebenfalls vom 24.11.1933, RGBl I, S.1000.

Strafrichters bezw. eines Staatsanwaltes voraus, der nicht nur Jurist ist, sondern zugleich über gründliche Sonderkenntnisse auf kriminologischem Gebiet verfügt¹⁾.

Um eine immer eingehendere Erforschung des Gewohnheitsverbrechertums bemüht sich die Wissenschaft seit längerem. Je genauer Ursachen und Erscheinungsformen bekannt sind, umso sicherer wird die Praxis Abwehrmethoden entwickeln können, die wirklich zu einem weitestgehenden Schutz gegen das Gewohnheitsverbrechertum führen²⁾.

II. Verwertbarkeit anderer Untersuchungen und der Kriminalstatistik

Sinn und Aufgabe dieser Untersuchung ist es, einen Beitrag zu dieser Erforschung des Gewohnheitsverbrechertums zu liefern. Im Gegensatz zu einigen anderen Arbeiten (z.B. Wend), die das gleiche Ziel ohne Auswertung von Aktenmaterial lediglich aufgrund der Beobachtung von Straflisten (bei Wend 384) vielfach rückfälliger Verbrecher zu erreichen versuchten, stützt sich diese Arbeit auf die Auswertung von Urteilen gegen solche Gewohnheitsverbrecher, bei denen die Gerichte die Eigenschaft "gefährlicher Gewohnheitsverbrecher i.S. § 20 a StGB" annahmen. Die Untersuchung von Hellmer verwertet 250 Personalakten von Sicherungsverwahrten aus 4 Strafanstalten³⁾, ohne sämtliche Verurteilungen aus einem bestimmten Bezirk zu erfassen.

Durch Vergleich der gefundenen Ergebnisse mit den Resultaten ähnlicher Untersuchungen soll ermöglicht werden, die dort gefundenen Aussagen von angeblich allgemeiner Geltung zu überprüfen.

Durch die Auswertung einer grossen Zahl von Einzelfällen sollen die typischen Erscheinungsformen herausgearbeitet werden. Auf diese Weise wird es weiter möglich sein, angemessene Strafen zu

1)Wend, a.a.O. S.9 (Wend verlangt kriminalbiologische, kriminalpsychologische und kriminalsoziologische Sonderkenntnisse).

2)Wend, a.a.O. S. 9.

3)Hellmer, a.a.O. S.14.

finden¹⁾, denn das spezifische Unwerturteil bei Straftaten wird durch deren besondere kriminologische Merkmale geprägt²⁾.

Es ist üblich, das zahlenmässige Verhältnis einer Erscheinung der Kriminalität zur Gesamtkriminalität zu gewinnen durch einen Einblick in die amtlichen Kriminalstatistiken. Bei der Kriminalität der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher war dieser Weg zur Zeit des Beginns der Materialsammlung für die vorliegende Arbeit leider noch nicht gangbar.

Einmal gab es damals noch keine Bundeskriminalstatistik und dann enthielt die später veröffentlichte Verurteiltenstatistik des Statistischen Bundesamts³⁾ zunächst bis einschliesslich 1953 (also dem Jahre, mit dem die vorliegende Untersuchung abschließt), nur Angaben über Verurteilungen mit einer Anordnung der Sicherungsverwahrung, nicht aber über Verurteilungen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher schlechthin, die ja auch ohne die Anordnung der Sicherungsverwahrung oder unter Anordnung einer anderen Maßregel (z.B. Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt) erfolgen konnten. Das in den amtlichen Statistiken bis 1953 erhältliche Material gibt infolgedessen über die Kriminalität der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher kein erschöpfendes und deshalb kein wirklich zutreffendes Bild.

Erst die Statistiken von 1954 an sind als Anschauungsmaterial brauchbar. Da auch die Delikte, wegen deren die Verurteilung erfolgte, aufgeführt sind, erhält man ein - allerdings grobes - Bild der Kriminalität der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher. Hier zeigt sich schon ein erheblicher Mangel, der mit Mitteln der Statistik allein nicht behoben werden kann: Die Statistik weist für jeden Täter nur eine Straftat aus (z.T. sogar Straftaten, wie §§ 222, 230, 316 Abs. 2 StGB, die als bloße Fahrlässigkeitstaten garnicht zu einer Bestrafung nach § 20 a StGB führen können)⁴⁾, so dass mit Sicherheit gesagt werden kann,

1) v.Weber, a.a.O., S. 55

2) Dreccoll, a.a.O., S. 2, Paul Schwarz, a.a.O., S.1.

3) siehe unten S. 282 ff.

4) vgl. Wortlaut von § 20 a Abs. 1 und Abs. 2 StGB.

dass die die Verurteilung tragende Bestimmung des StGB überhaupt nicht in Erscheinung tritt; in der Praxis zeigt es sich aber, dass die Täter meist auch wegen anderer, in Tateinheit oder Tatmehrheit begangener Delikte verurteilt wurden¹⁾. Außerdem kann man sich über die Schwere der Kriminalität der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher nur durch Aufzählung der Urteile kein Bild machen, da die gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher erkannten Strafen und Maßregeln (ausser der Sicherungsverwahrung) in den Statistiken nicht aus den Angaben über Verurteilungen bei den einzelnen Delikten hervorgehoben sind.

Schliesslich ist die statistische Methode nicht verwendbar, wo es darauf ankommt, durch typenmässige Erfassung der einzelnen Kriminellen ein möglichst anschauliches und lebensnahes Bild der kriminologischen Physiognomie der Zeit zu erhalten. Hierzu muß der Weg der Einzelbeobachtung grösserer Gruppen von Krimi-

1) zum Vergleich anliegende Tabelle 1:

Zusammenstellung der im Jahre 1951 in Bayern zu Sicherungsverwahrung verurteilten Täter.

Erkennendes Landgericht	Urt.	Delikte (§§ des STGB)	Erkannte Strafen
Augsburg	101	263,264,267	5 J Z
Deggendorf	93	176 Z.3,175,175a Z.3	2 J Z
Kempten	100	176 Z.3,175,175a Z.3,174	2 J 9 Mo Z
Memmingen	98	176 Z.3	2 J 6 Mo Z
München I	106	243,244	7 J Z
München I	112	263,264	2 J 6 Mo Z
München I	107	263,264	6 J Z
München I	102	263,264	2 J 6 Mo Z
München II	178w	242,244	1 J 6 Mo Z
München II	94	242,243 Z.2,4,7	8 J Z
München II	103	263,264	2 J Z
München II	96	263,264	2 J 8 Mo Z
Traunstein	97	176,Z.3,175a Z.3	2 J Z
Traunstein	99	176,Z.3,175a Z.3	3 J 6 Mo Z
Traunstein	108	242,244	5 J Z
Regensburg	175w	263,264	4 J Z
Regensburg	95	176 Z.3,175,175a Z.3	6 J Z
Schweinfurt	113	263,264,267	4 J Z
Würzburg	110	242,243	5 J Z

nellen gegangen werden¹⁾.

Besonders interessant erscheint es, die gefundenen Typen unter dem Einfluss des Zeitgeschehens zu beobachten. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben zwar auf die quantitative Verschiebung der absoluten und relativen (statistischen) Zahlen eingewirkt¹⁾, mit denen die einzelnen Typen in der Gesamtkriminalität jeweils vertreten sind; die Wandlung der einzelnen Verbrecherpersönlichkeit ist aber noch nicht genügend beobachtet worden.

Auch die Methode Wend's²⁾, die Kriminalität der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher nur an Hand von Straflisten rückfälliger Verbrecher zu beobachten, erscheint - wenn auch schon wesentlich aussagekräftiger als ein rein statistischer Vergleich - noch nicht genügend, um diese Kriminalität richtig zu kennzeichnen; es handelt sich hierbei allerdings um eine verfeinerte statistische Methode.

In der vorliegenden Arbeit wird versucht, die Vorteile einer statistischen Auswertung mit dem Wert einer Einzeluntersuchung der auftretenden kriminologischen Phänomene zu kombinieren, d.h. zwar zahlenmässige Verhältnisse aufzuzeigen, aber auch besonders kennzeichnende Einzelzüge hervorzuheben. Diese Einzelschilderungen werden auf die Fälle beschränkt, bei denen sie dem Falle oder dem Täter eine besondere Note verleihen. Solche Eigentümlichkeiten können und werden meist bei der Strafzumessung oder bei der Beurteilung der Notwendigkeit der Anordnung der Sicherungsverwahrung eine besondere, oft ausschlaggebende Rolle spielen. Auch insoweit wird mittelbar das Ziel verfolgt, durch eine Vielzahl von Einzelaussagen und deren systematische Zusammenordnung die Gesamtkriminalität der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher anschaulich zu kennzeichnen.

Versuche gleicher Art sind auf diesem speziellen Gebiet bisher noch kaum unternommen worden. Erst nach der Auswertung der Ur-

1) Seelig-Weindler, a.a.O., Vorwort S. VII und VIII.

2) Wend, a.a.O., S. 9.

teile ist das Werk von Joachim Hellmer "Der Gewohnheitsverbrecher und die Sicherungsverwahrung 1934 - 1945" erschienen. Ein Vergleich der Ergebnisse beider Arbeiten drängte sich umso mehr auf, als andere vergleichbare Untersuchungen das Geschehen nur bis zum Kriegsbeginn erfassen. Darüberhinaus erscheint der Kreis der Untersuchten in den sämtlich zu den "Exnerschen" Abhandlungen gehörenden Untersuchungen¹⁾ zu eingeengt²⁾.

Für die Nachkriegszeit liegt eine Arbeit von Goedecke vor, der 2024 männliche und 96 weibliche Täter aus Niedersachsen erfasst hat, die nach den für die Polizeiarbeit massgebenden Gesichtspunkten als Berufs- und Gewohnheitsverbrecher anzusehen sind³⁾, weil sie bei der Würdigung ihrer Gesamtpersönlichkeit entweder infolge der Häufigkeit ihrer Straftaten in schneller Reihenfolge oder der Wirkungslosigkeit von Freiheitsstrafen oder wegen Willensschwäche oder starker verbrecherischer Energie oder Einsichtslosigkeit oder wegen gemeinschaftswidriger Gesinnung ständig eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen⁴⁾, sofern sie dreimal wegen Verbrechen oder vorsätzlicher Vergehen bei Intervallen von nicht mehr als 5 Jahren zwischen den beiden letzten Verurteilungen zugrundeliegenden Taten und der jeweils vorangegangenen Strafverbüßung zu Freiheitsstrafen von mindestens 6 Monaten verurteilt worden sind. Von diesen 2120 Personen sind lediglich 138 als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt worden⁵⁾. Schon daraus ergibt sich, dass sich der in der Arbeit Goedeckes verwendete Begriff des Berufs- und Gewohnheitsverbrechers nicht mit der strafrechtlichen Begriffsbestimmung deckt⁶⁾. Für Vergleichszwecke sind die Feststellungen Goedeckes deshalb nur bedingt brauchbar.

-
- 1) Hier kommen vor allem die Arbeiten von Lotz, Der gefährliche Gewohnheitsverbrecher, Kriminalistische Abhandlungen, Heft 41, Leipzig 1939, und von Heinz Möller, Entwicklung und Lebensverhältnisse von 135 Gewohnheitsverbrechern, Kriminalistische Abhandlungen, Heft 38, Leipzig 1938, in Betracht.
 - 2) vgl. Hellmer, a.a.O., S.13. Lotz hat Verwahrte der Sicherungsanstalt Straubing (vgl.a.a.O., S.5), Möller vom Landgericht Hamburg in den Jahren 1934 - 1936 im nachträglichen Sicherungsverfahren Abgeurteilte untersucht (a.a.O., S.9).
 - 3) Goedecke, a.a.O., S.20, 21.
 - 4) BGH NJW 1953, 674.
 - 5) Goedecke, a.a.O., S.92 und 25; Stichtag: 1.1.1959.
 - 6) Goedecke, a.a.O., S.21.

Bisher waren es wohl die im nächsten Abschnitt aufgezeigten Schwierigkeiten der Materialbeschaffung, die davon abgehalten haben, die interessante Materie in ähnlicher Weise zu untersuchen.

§ 2: Gesichtspunkte der Arbeit

I. Bei der Auswahl der auszuwertenden Akten

Verglichen mit der Gesamtzahl der Verurteilungen sind nur wenige Urteile mit dem Schuldspruch "gefährlicher Gewohnheitsverbrecher" ergangen. Schon deshalb war es weit schwieriger, geeignetes Aktenmaterial zu erhalten, als es bei einer Untersuchung über ein häufig vorkommendes Delikt der Fall ist¹⁾. Ausserdem wurde das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher erst 1933 erlassen, so dass Material nur für die Jahre nach 1934 zur Verfügung steht.

Dabei war die Aufgabe der Materialbeschaffung für die Jahre 1934 bis 1944 einfach. Insoweit standen die an Hand der Register der Staatsanwaltschaft Freiburg i.Br. ermittelten Urteile der Großen Strafkammer des Landgerichts und später auch des Sondergerichts Freiburg i.Br. sowie des Schöffengerichts Freiburg i.Br. zur Verfügung. Die 91 Urteile dieser Epoche reichten aus, um ein anschauliches Bild der Kriminalität der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher in diesem Bezirk zu erhalten, und um brauchbare Vergleiche mit den Verhältnissen der Nachkriegszeit zu ermöglichen. Hellmer²⁾ hat durch Auswertung von 250 Personalakten aus 4 Strafanstalten ein für die allgemeinen deutschen Verhältnisse repräsentativeres Bild zeichnen können. Hier wurde dagegen bewusst angestrebt, die Kriminalität eines räumlich kleinen Bezirks, dafür aber vollständig zu erfassen. In der Nachkriegszeit sind sowohl absolut, als auch relativ, weniger Verurteilungen mit dem Schuldspruch "gefährlicher Gewohnheitsverbrecher" erfolgt.

1) So konnte sich z.B. Versen in seiner Dissertation über "Erscheinungsformen und Strafzumessung bei der Körperverletzung" auf Akten des Amtsgerichts Bad Dürkheim der Jahre 1936 bis 1946 beschränken. P.Schwarz hatte im LG-Bezirk Koblenz an Hand der Akten von 1930 bis 1950 genügend Material für seine Arbeit "Erscheinungsformen und Strafzumessung beim schweren Diebstahl".

2) Hellmer, a.a.O., S.15.

In ganz Südbaden (also etwa dem Bezirk, für den im Kriege das Sondergericht Freiburg i.Br. zuständig war) ergingen in den Jahren 1947 bis 1953 nach Feststellungen des Statistischen Landesamtes Baden in Freiburg i.Br. bzw. des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg in Stuttgart insgesamt folgende Urteile, in denen Sicherungsverwahrung angeordnet wurde:

Tabelle 2:

Verurteilungen mit Anordnung der Sicherungsverwahrung in Südbaden 1947 bis 1953

1947	1
1948	1
1949	0
1950	1
1951	1
1952	3
1953	1

Von diesen 8 Urteilen waren lediglich 2 Urteile von Freiburger Gerichten ausgesprochen worden.

Selbst wenn hierzu im Höchstfalle nochmals die gleiche Anzahl von Urteilen mit dem Ausspruch "gefährlicher Gewohnheitsverbrecher", aber ohne die Anordnung der Sicherungsverwahrung hinzukämen¹⁾, hätte sich bei diesen geringen Zahlen die Durchsicht sämtlicher Register der Staatsanwaltschaften Konstanz, Waldshut, Freiburg i.Br. (einschl. Zweigstelle Lörrach), Offenburg und Baden-Baden nicht gelohnt, da auch 15 Urteile nicht ausreichen, um daraus brauchbare Schlüsse auf die Gewohnheitsverbrecherkriminalität der Nachkriegszeit zu ziehen und diese mit der der Vorkriegs- und Kriegszeit zu vergleichen.

Deshalb war es notwendig, den Bezirksbezirk auf etwa die zehnfache Grösse zu erweitern und auf eine Untersuchung der ersten, anormalen Nachkriegsjahre zu verzichten, um etwa so viele Urteile und ein etwa gleiches Aktenmaterial zu erhalten, wie es aus der

1) Wie die neuesten Verurteiltenstatistiken zeigen, gibt es weniger Urteile, die sich auf den Schuldspruch "gefährlicher Gewohnheitsverbrecher" und die Strafschärfung beschränken, als solche, die gleichzeitig die Sicherungsverwahrung anordnen (vgl. für die Jahre 1954 bis 1957 unten S.283). Immerhin ist für die Entwicklung bezeichnend, dass bei einem erheblichen Wiederansteigen der Verurteilungen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher die Anordnungen der Sicherungsverwahrung nicht Schritt halten. 1954 wurde noch gegen 77,3% der verurteilten gefährlichen Gewohnheitsverbrecher die Sicherungsverwahrung angeordnet, 1957 waren es nur noch 51,4% (1955 =68,1%; 1956 = 53,5%).

Vorkriegs- und Kriegszeit zur Verfügung stand. Die notwendige Erweiterung des Untersuchungsbezirks war darüberhinaus vorteilhaft, als ein besseres, weniger ortsgebundenes Bild der gefährlichen Gewohnheitsverbrecherkriminalität gewonnen werden konnte. Denn je grösser und in seiner Struktur uneinheitlicher ein Bezirk ist, umso leichter ist es möglich, Rückschlüsse auf die Gesamtkriminalität zu ziehen. Im Laufe der Aktenammlung stellte sich heraus, dass in Baden-Württemberg und Bayern in den Jahren 1951 bis 1953 92 Urteile gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher ergangen sind, die statistisch erfasst worden waren und deren Aktenzeichen durch die Statistischen Landesämter mitgeteilt werden konnten. Ohne diese Einzelauswertung durch die Statistischen Landesämter wäre die Durchführung der Arbeit unmöglich gewesen. Die meisten dieser Urteile sind solche mit Anordnung der Sicherungsverwahrung; wenigstens für das Jahr 1953 wurden vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg in Stuttgart die Aktenzeichen auch der Urteile ermittelt, in denen eine Verurteilung nach § 20 a StGB - ohne Anordnung der Sicherungsverwahrung - erfolgte.

Die Beschaffung der Akten und die Fertigung von Aktenauszügen, die erforderlich war, weil die Akten wieder zurückgesandt werden mussten und meist keine überzähligen Urteilsabschriften vorhanden waren, hat naturgemäß einige Jahre in Anspruch genommen. Bereits 1951 wurde damit begonnen.

II: Gesichtspunkte bei der Auswertung

Bei der Auswertung wurde an dem bewährten Schema festgehalten, aus den Urteilen jeweils solche Tatsachen zu vermerken, die für die Beurteilung der spezifischen Taten und Täter von Bedeutung waren, wobei das Schwergewicht - wie es bei gefährlichen Gewohnheitsverbrechern natürlich ist - bei der Täterkennzeichnung liegen musste.

Bei den Tatmerkmalen konnten dabei der Natur der Sache entsprechend lediglich einige Besonderheiten aufgeführt werden, ohne dass zahlenmässige Vergleiche angestellt werden konnten und ohne dass ausgesagt werden könnte, diese Tatmerkmale seien ge-

rade typisch für Gewohnheitsverbrecher. Es handelt sich allerdings immer um Merkmale, die für die Strafzumessung irgendwie von Bedeutung waren; schon allein deshalb waren sie der Erwähnung wert. Solche Tatmerkmale sind u.a. objektiv feststellbare Besonderheiten der Tatbegehungsart, des Tatorts, der Motive, der Erscheinungsform (Teilnahme, Versuch) auf der Täterseite und der Tatobjekte und des Schadens sowie des Personenkreises der Geschädigten auf der Opferseite¹⁾.

Aus den festgestellten Tätermerkmalen konnten demgegenüber zuverlässige Schlüsse auf die Eigenarten der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher gezogen werden. Insoweit ist das Material auch statistisch verwertbar, insbesondere, was die Angaben über die Vorstrafen betrifft.

Auch hier handelt es sich zum grossen Teil um objektiv einwandfreie und unmittelbare Feststellungen äußerer Art (z.B. Geschlecht, Alter, Beruf, Familienstand, Schulbildung, Vorstrafen u.a. der Täter); zum anderen ebenso wichtigen Teil konnten aus den Taten, den Vorstrafen und den Lebensläufen der Täter mittelbar Schlüsse in Bezug auf deren Triebleben und Charakter gezogen werden. Gerade diese Schlüsse sind zur Beurteilung der Gefährlichkeit bzw. der Erforderlichkeit einer Anordnung der Sicherungsverwahrung besonders wichtig. Es ist eine der Hauptaufgaben der Arbeit zu zeigen, auf welchem Wege und auf Grund welcher Tatsachen die Gerichte die hierfür notwendigen Feststellungen getroffen haben.

§ 3: Fehlerquellen und ihre Auswirkung

Hauptfehlerquelle der Untersuchung ist die unrichtige (unterlassene) statistische oder registermässige Erfassung der Fälle, in denen es zu einer Verurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher kam.

Von gleicher Bedeutung sind (bei der Auswertung) unvollständige

1) Die Zusammenhänge zwischen Täter und Opfer von Straftaten darzustellen ist das Anliegen einiger neuerer kriminologischer Untersuchungen, z.B. Edgar Lenz, Der Betrogene.

Angaben in den Urteilen. Schwierigkeiten bei der Einzelauswertung der Akten gab es vor allem insoweit, als manche Urteile gemäss § 267 Abs. 4 StPO abgekürzt abgefasst waren. Für die Vorkriegs- und Kriegsverurteilungen in Freiburg i.Br. standen jeweils die Akten zur Verfügung und Unklarheiten (z.B. wegen der Kürze der Urteilsgründe) konnten aus der Hauptverhandlungsniederschrift beseitigt werden. Aber auch einige wenige der Nachkriegsurteile lagen nur in der abgekürzten Fassung vor, so dass sie nicht voll ausgewertet werden konnten. Im Interesse wissenschaftlicher Erforschung gerade der schweren Kriminalität sollte zumindest da, wo Verurteilungen zu einer Zuchthausstrafe oder einer mehrjährigen Gefängnisstrafe erfolgt, die Möglichkeit der abgekürzten Fassung der Urteilsgründe ausgeschlossen werden, zumal man bei einem grossen Teil dieser Urteile mit Sicherheit sagen kann, dass bereits die Strafvollzugsbehörden - die sich ja lange Zeit mit diesen Verurteilten zu beschäftigen haben - aber auch die Gerichte, die später in aller Regel wieder mit solchen Verurteilten zu tun haben werden, zur Erfassung und richtigen Würdigung und Behandlung dieser Verbrecherpersönlichkeiten auf möglichst genaue Angaben in den Urteilen angewiesen sind. Die Mehrzahl der Gerichte handhabt dies ohnehin so. Urteile gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher sind in diesem Sinne immer von praktischem, besonders aber auch von wissenschaftlichem Interesse. Die Strafrechtspraktiker können mit der vergleichbar kleinen Mehrarbeit der Wissenschaft wertvolle Dienste leisten.

Der Fehler mangelnder statistischer Erfassung ist in der Zwischenzeit behoben worden. Heute werden die Urteile, sowohl, was die Anwendung des § 20 a StGB, als auch, was die Anordnung der Sicherungsverwahrung betrifft, in den Kriminalstatistiken des Bundes und der Länder genau erfasst, was andererseits wieder eine genauere Führung der Register bei den Strafverfolgungsbehörden zur Voraussetzung und zur Folge hatte.

Trotz dieser Fehlerquelle konnten typische Erscheinungsformen der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher herausgearbeitet und allgemeingültige Aussagen über die Täter und die jeweiligen Unrechtsfolgen gemacht werden. Von besonderem Wert erscheinen hierbei die Ergebnisse der Auswertung der Angaben über die kriminelle

Laufbahn der Täter, der Vorstrafen und der Rückfallgeschwindigkeit insbesondere.

Nachteilig hat sich bei der Bearbeitung die Seltenheit ähnlicher Untersuchungen über die Kriminalität der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher ausgewirkt. Zum Vergleich konnten deshalb im wesentlichen nur die Untersuchungen von Wend¹⁾ und Hellmer²⁾ herangezogen werden. Auch dieser Nachteil wird sich bei späteren gleichartigen Untersuchungen nicht mehr auswirken können.

2. Kapitel: Einige allgemeine Bemerkungen zum Begriff und zum Wesen des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers

§ 4: Grundgedanken der §§ 20 a und 42 e StGB

I: Zur Geschichte der Entstehung und der gerichtlichen Anwendung

Zu den Programmpunkten der Reformbewegung des vorigen Jahrhunderts unter Führung von Franz von Liszt hatte bereits die Forderung gehört, nicht nur den Gelegenheitstäter zu warnen und den kriminell anfälligen Täter zu bessern, sondern auch die Allgemeinheit vor den unverbesserlichen Verbrechern zu schützen³⁾.

Die Unverbesserlichen verdienen nicht nur wegen der hartnäckigen Wiederholung von Rechtsbrüchen auf Grund der dadurch indizierten höheren Schuld eine höhere Strafe⁴⁾, die oft - gerade bei Vergehen - aus dem Regelstrafrahmen nicht gefunden werden kann ,

-
- 1) Wend untersucht nicht den gefährlichen Gewohnheitsverbrecher, sondern den Rückfall schlechthin und zwar auf Grund der statistischen Auswertung von Straflisten.
 - 2) Die Arbeit von Hellmer ist erst nach der Materialauswertung und Zusammenstellung erschienen, so dass wichtige Vergleichsmöglichkeiten wegen der verschiedenen Methoden und Aspekte der Untersuchungen verloren gingen, die bei einem früheren Erscheinen jenes Werkes hätten beachtet werden können und müssen.
 - 3) Entwurf 1962, Begründung, a.a.O., S.93; Schäfer-Wagner, Schafheutele, a.a.O., Einleitung, S.35 f.
 - 4) Zur dogmatischen Frage, ob die Gefährlichkeit des Täters für sich allein einen Grund zur Schärfung der Strafe bilden darf oder nur dann, wenn sie verschuldet ist, wird unten S.19 f. Stellung genommen.

sondern wegen der Wirkungslosigkeit auch hoher Strafen verlangt die Sicherheit der Allgemeinheit die Unschädlichmachung solcher Verbrecher.

Dem entsprechend waren bereits in den Strafgesetzentwürfen von 1919 und 1925 Strafschärfungsmöglichkeiten unter bestimmten Rückfallvoraussetzungen und die Sicherungsverwahrung vorgesehen¹⁾. Gesetzlich geregelt wurde die Materie aber erst Ende 1933. Dass die nationalsozialistischen Machthaber die alten Ideen aufgriffen und verwirklichten, hat in der ersten Nachkriegszeit eine Rechtsunsicherheit hervorgerufen. Die vor allem im Kriege ausgesprochenen drakonischen, oft unmenschlichen Urteile, haben in der Nachkriegszeit eine deutlich feststellbare Scheu der Gerichte vor der Verurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher und der Anordnung der Sicherungsverwahrung bewirkt. Diese Zurückhaltung wurde erst allmählich aufgegeben. Während in den Jahren 1934 bis 1945 eine Vielzahl von Verurteilungen mit Strafschärfung nach § 20 a StGB und Anordnung der Sicherungsverwahrung nach §42e StGB erfolgten, sind solche Urteile in den ersten Nachkriegsjahren ausgesprochen selten. Wie die Statistik zeigt²⁾, ist die Zahl der rechtskräftigen Anordnungen der Sicherungsverwahrung von 1950 bis 1957 ganz beträchtlich gestiegen; noch mehr haben von 1954 bis 1957 die Verurteilungen als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ohne Anordnung der Sicherungsverwahrung zugenommen.

II: Die Bedeutung der §§ 20 a und 42 e StGB

Heute dienen die durch das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher eingeführten §§ 20 a und 42 e StGB wieder in grösserem, allerdings noch nicht genügendem Umfang³⁾ der Verwirklichung

1) E 1919, a.a.O., §§ 120, 100; Denkschrift zu E 1919, S.92 f und 105 f., E 1925, a.a.O., §§ 45, 77; Begründung zu E 1925, S.40 f und 54ff.; kritisch zu E 1925 Freudenthal in Aschrott-Kohlrausch, a.a.O., S.168 ff.

2) Zu dieser Überzeugung muss man gelangen, wenn man aus Goedecke a.a.O., S. 20 ff und 92 entnimmt, dass von 2120 Personen, die von der Polizei nach ihren Richtlinien als "Berufs- und Gewohnheitsverbrecher" behandelt werden, nur 138 als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt wurden.

3) Vgl. unten § 56, S. 287 ff,

beider Erfordernisse der Bekämpfung des Schwerverbrechertums. Während die durch den allgemeinen Strafschärfungsgrund des § 20a ermöglichte höhere Strafe vor allem eine gerechte Sühne für die begangene Tat und eine angemessene Vergeltung für die erhöhte Schuld des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers herbeizuführen geeignet ist, wird durch die Anordnung der Sicherungsverwahrung nach § 42 e StGB zum Schutze der Gesellschaft die Ausmerzung der Täter erreicht, die wegen ihres unwiderstehlichen Hangs zur Begehung schwerwiegender Straftaten eine Gefahr für die Sicherheit der Allgemeinheit darstellen.

Das Strafgesetz hat mit der Einführung der Maßregeln der Sicherung und Besserung den früher herrschenden Grundsatz der Einspurigkeit durch den der Zweispurigkeit ersetzt, um das Verbrechen zwar auf getrennten Wegen und mit nach ihrem Rechtsgrund verschiedenen Mitteln, aber zu dem gemeinsamen Zwecke des Schutzes der Allgemeinheit gegen den Verbrecher zu bekämpfen¹⁾.

Die geltende gesetzliche Regelung erfolgte aufgrund wichtiger, seit langem erhobener und durch kriminologische Erkenntnisse untermauerter Forderungen der Kriminalpolitik. Schon v. Liszt und seine Anhänger forderten, sich nicht nur mit der Feststellung der Tat zu begnügen und dem Täter dafür allein eine Strafe aufzuerlegen, sondern zwecks Feststellung der angezeigten Strafe dem Grunde der Tat nachzugehen, den Zusammenhang zwischen der Tat und der Person des Täters zu erforschen und hierzu auf die Persönlichkeit des Täters zurückzugehen. Von Liszt selbst stellte so dem Augenblicks- oder Gelegenheitsverbrecher den "Zustandsverbrecher" gegenüber, dem nur mit ernsteren Strafen beizukommen ist. Unter den Zustandsverbrechern unterschied er verbesserliche oder unverbesserliche Täter; für die letzteren forderte er deren Unschädlichmachung²⁾.

Die Unterscheidung von Liszt's wird in der Rechtsprechungspraxis zu § 20 a dazu benutzt, auszusagen, wer gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist. Man verlangt, dass ein solcher Täter eine innere

1) Rietzsch, a.a.O., Vorbem. zu § 20 a, S.2.

2) v.Liszt, a.a.O., S. 158 ff, besonders S. 163 ff.
Vgl. unten § 56, S. 287 ff.

Neigung (RG: "Hang")¹⁾ zum Verbrechen aufweist, die auf abnormen vererbten oder erworbenen Eigenschaften beruht, wobei zu befürchten ist, dass diese Neigung durch die Strafe nicht beeindruckt werde, wenn die Strafe nicht von vornherein unter Berücksichtigung der Tatsache bemessen werde, dass ein solcher Täter durch Strafe weit weniger beeinflussbar ist, als ein Konflikts- oder Gelegenheitsverbrecher²⁾.

Ziel des § 20 a ist daher vor allem, die Rückfallneigung, die beim Gewohnheitsverbrecher auf einer Abnormität der Persönlichkeit beruht, durch härtere Strafen zu bekämpfen³⁾. Im Grunde genommen ist neben § 20 a die bisherige Rückfallregelung entbehrlich; sie hat nur dann Sinn, wo die Tätermerkmale des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers nicht oder noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden können⁴⁾. § 20 a unterscheidet sich von der Rückfallregelung des geltenden Rechts wesentlich dadurch, dass es nicht darauf ankommt, dass der Täter wiederholt dieselbe oder eine gleichartige Tat begangen und denselben gesetzlichen Tatbestand verwirklicht hat, sondern darauf, dass der Rückfall mit dem Charakter des Täters zusammenhängt.

Vom Reichsgericht wird der Begriff des Gewohnheitsverbrechers definiert:

"Gewohnheitsverbrecher ist eine Persönlichkeit, die infolge eines auf Grund charakterlicher Veranlagung bestehenden oder durch Übung erworbenen inneren Hangs wiederholt Rechtsbrüche begeht oder zur Wiederholung von Rechtsbrüchen neigt".⁵⁾

Die Persönlichkeit des Gewohnheitsverbrechers muss demnach ein kriminogenes Gefüge aufweisen, d.h. die verbrecherische Neigung

1) RGSt 68, 364; Schäfer-Wagner-Schafheutle, a.a.O., § 20 a StGB, Anm. 12 - 21, S.46 ff.

2) Rietzsch in Pfundtner-Neubert, a.a.O., Vorbem. zu § 20 a, S.3. RGSt 68, S.364.

4) Der Entwurf 1962 beseitigt umgekehrt die Strafschärfung entsprechend § 20 a StGB, weil er diese Möglichkeit im Hinblick auf die neue Rückfallbestimmung des § 61 E für entbehrlich hält (vgl. hierzu unten S.290).

5) RGSt 68, S.155 (mit Anmerkung Schafheutle JW 1934, S.1664); RGSt 72, 295; RG HRR 1939, Nr.1551; RG DR 1939, 1979 und 1943, 747.

muss für den Aufbau der Persönlichkeit grundlegend sein; sie muss zum Kern der Persönlichkeit gehören und sich in ihrer Struktur durchsetzen. Die Straftaten müssen "Geist vom Geist des Täters, Blut von seinem Blute sein. Sie müssen ihm gleich oder ähnlich sehen"¹⁾.

An dem, was zum Wesen des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers gehört, hat sich auch nach dem Kriege nichts geändert²⁾, dies hat auch der Bundesgerichtshof in mehreren Entscheidungen hervorgehoben³⁾.

§ 5: Verbrecherischer Hang und Gefährlichkeit

I: Die Voraussetzungen des "verbrecherischen Hangs"

Zu den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern in diesem Sinne gehören vor allem Täter, die man als Berufsverbrecher zu bezeichnen pflegt, also die Täter, die überwiegend und in erster Linie von dem durch strafbare Handlungen Erworbenen leben. Aber auch mehr passive Naturen können gefährliche Gewohnheitsverbrecher sein; sie stellen sogar die Mehrzahl. Als Ursachen des verbrecherischen Hanges kommen hauptsächlich innere Haltlosigkeit, leichte Beeinflussbarkeit oder Willensschwäche, insbesondere psychopathische Veranlagung in Frage.

Worauf der Hang beruht, ist für den Begriff des Gewohnheitsverbrechers unerheblich⁴⁾; es ist sogar unwesentlich, dass die Entwicklung des Hangs durch vom Täter nicht zu vertretende Umstände, z.B. durch ein unverschuldetes körperliches Leiden⁵⁾, wesentlich beeinflusst wurde. Bei der Strafzumessung spielt es selbstverständlich eine Rolle, ob der verbrecherische Hang auf angeborenen oder unverschuldet erworbenen Eigenschaften beruhte oder

1) Rietzsch in Pfundtner-Neubert, a.a.O., § 20 a, Anm.1.

2) Schönke, Schröder, § 20a, Anm. 1; OLG Celle, HannRPfl.1946, Nr.135, KG JR 1948, S.164.

3) BGHSt 1, S.94 und Lindenmaier-Möhring (Kurzausg.) § 20a,Nr.1.

4) RGSt 73, 44; RG DJ 1938, 1597; RG HRR 1939, Nr.585; RG DR 1939, 1979; RGSt 68, 155 (Anm. Schafheutle in JW 1934, 1664); Schäfer-Wagner-Schafheutle, a.a.O., § 20a, Anm.19, S.50 f.

5) RGSt 69, 131.

nicht, da erfahrungsgemäss z.B. angeborene Eigenschaften vom Täter selbst schwerer zu bekämpfen sind als durch Gewöhnung erworbene¹⁾.

Der verbrecherische Hang braucht auch nicht die ausschliessliche und alleinige Ursache der Tat zu sein, wenn er nur die letztlich entscheidende Ursache war²⁾. Gleichgültig ist insbesondere der äussere Anlass der Tat, sofern der Täter auf Grund seines Hanges zur Begehung strafbarer Handlungen auf den äusseren Anreiz verbrecherisch reagiert³⁾. Auch der ist ein Gewohnheitsverbrecher, der dem Hang zum Verbrechen in solchen Fällen nachgibt, in denen andere Auswege finden und den Anreiz zur Begehung einer Straftat überwinden⁴⁾. Nur wenn eine äussere Situation allein die Tat verursacht hat, ist die Anwendung des § 20 a StGB ausgeschlossen⁵⁾.

II: Das Erfordernis der Gefährlichkeit des Täters

Die Eigenschaft "gefährlich" wird von der h.L. in einem objektiven Sinne gefasst. An sich stellt jeder Gewohnheitsverbrecher ein Gefahrenmoment für die Allgemeinheit dar, weil er die Besorgnis rechtfertigt, dass er weitere Straftaten begehen wird. Deshalb muss die Eigenschaft "gefährlich" mehr beinhalten, als die blosser Wiederholungsgefahr. Es ist zwar nicht erforderlich, mit Sicherheit festzustellen, dass der Täter "unverbesserlich" ist; auch ein noch besserungsfähiger Täter kann "gefährlich" sein⁶⁾. Jedoch genügt nicht die Feststellung der blossen Möglichkeit einer alsbaldigen neuen Störung des Rechtsfriedens, vielmehr muß eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine Wiederholung solcher Straftaten bestehen, so dass der Täter dafür auch Strafen von einer gewissen Schwere zu erwarten hat⁷⁾. Das Erfordernis einer gewis-

1) Rietzsch in Pfundtner-Neubert, a.a.O., § 20 a, Anm. 1, S.6.

2) RGSt 73, 181.

3) RG DJ 1939, 1473.

4) RGSt 72, 296.

5) RG DJ 1938, 1873; RG HRR 1939, Nr. 387 und 1941, Nr.726; RG DR 1943, 137.

6) DJ 1939, S.269.

7) RG 72, S.259, 295 und 356; RG JW 1939, 620 u.a., Schönke, § 20 a, Anm. IV 2 b.

sen Erheblichkeit der zu erwartenden späteren Strafe bedeutet dabei nur einen Maßstab, um den "gefährlichen" von dem nur "lästigen" Gewohnheitsverbrecher zu unterscheiden¹⁾; es bedeutet nicht, dass es sich bei den zu erwartenden späteren Taten um solche handeln müsste, die normalerweise (beim Fehlen von Vorstrafen) mit 6 Monaten Gefängnis und mehr geahndet würden²⁾.

In der Praxis wird aber auch durch die h.L. das Erfordernis einer objektiven Gefahr nicht durchgeführt; das ist auch nicht möglich. Wäre nämlich bereits zur Bestimmung der Eigenschaft "gefährlich" eine objektive Gefahr erforderlich, so müsste bereits bei der Entscheidung über die Anwendbarkeit des § 20 a und damit über die Möglichkeit der Strafschärfung ein Urteil über die Entwicklung des Täters in der Zukunft abgegeben werden; die Strafschärfung hinge dann von der Beurteilung eines wahrscheinlichen zukünftigen Verhaltens des Täters ab, was mit dem Schuldprinzip unvereinbar ist³⁾. Vor allem diese Kritik an der herrschenden Auslegung des § 20 a StGB führte auch zu dessen Wegfall nach dem Entwurf 1962⁴⁾. Wenn mit "gefährlich" lediglich diese zukünftige Gefahr gemeint wäre, würde auch dasselbe Merkmal, nämlich die ungünstige soziale Prognose, zweimal verwendet werden, nämlich einmal bei der Bestimmung der Gefährlichkeit als Voraussetzung der Strafschärfung, zum anderen aber bei der Prüfung nach § 42 e, ob die öffentliche Sicherheit die Anordnung der Sicherungsverwahrung erfordert⁵⁾.

1) Vgl. HRR 1934, Nr. 1637.

2) Lotz, a.a.O., S. 17. (Eine so enge Auslegung würde § 20 a Abs. II weitgehend seiner praktischen Bedeutung berauben).

3) Rietzsch in Pfundtner-Neubert, a.a.O., § 20 a, Anm. 3; Bockelmann, a.a.O., II, S. 56.

4) Der Entwurf 1962 geht davon aus, dass in § 20 a ein objektiver Begriff der Gefährlichkeit verwendet wurde. Unverschuldete Gefährlichkeit des Täters allein dürfe kein Strafschärfungsgrund sein. Deshalb wird im Entwurf von einer dem geltenden § 20 a StGB entsprechenden Vorschrift abgesehen. (Begründung zu E 1962, a.a.O., S. 97).

5) So z.B. Geerds, a.a.O., S. 93 f, wobei für die Prognose als Voraussetzung der Gefährlichkeit der Zeitpunkt der Tat und als Voraussetzung der Anordnung einer Massregel der Zeitpunkt der Verbüßung einer Freiheitsstrafe massgebend sei.

Die soziale Prognose gehört aber nur zur Entscheidung über die Notwendigkeit einer Massregel, nicht zur Schuldfrage.

Da der Begriff "gefährlich" in § 20 a zur Strafschärfung führen, mithin für die Bestimmung der Schuld von Bedeutung sein kann, muss das entscheidende Moment in der Gesinnung des Täters, in seiner Einstellung zum Verbrechen, gefunden werden. Diese Einstellung ist dann "gefährlich", wenn sie so beschaffen ist, dass sie eine Neigung ("Hang") zu ernsteren Taten erkennen lässt. Diese Neigung festzustellen ist keine Aufgabe der Zukunftsprognose, vielmehr muss die Neigung zur Zeit der Tat vorgelegen haben¹⁾. Deshalb ist es auch erforderlich, die Neigung zu ernsteren Straftaten nicht allein aus der abzuurteilenden Tat, sondern aus mindestens drei Taten und aus der Persönlichkeit des Täters zu erschliessen. Hierzu dürfen nur Tatsachen aus der Vergangenheit und der Gegenwart herangezogen werden, keineswegs solche einer Zukunftsprognose (wie z.B. Einfluss der Strafverbüssung oder der zukünftigen Umgebung). Das ist unumstritten²⁾. Die Meinung Rietzsch's, eine Veränderung der Verhältnisse nach der Tat gehöre nicht in die Prüfung der Voraussetzungen des § 20 a, sondern die des § 42 e, erscheint logischer und passt mehr zu unserem hergebrachten Schuldprinzip³⁾. Da die Gefährlichkeit von der Persönlichkeit des Täters geprägt wird, ist es auch richtig, wenn das RG es als unzulässig ansah, vor Anwendung des § 20a erst die Wirkungen einer anderen Strafschärfung (etwa wegen Rückfalls i.S. von §§ 244 oder 264 StGB) abwarten zu wollen⁴⁾.

-
- 1) Schäfer-Wagner-Schafheutle, a.a.O., § 20 a, Anm. 57, S.69, Rietzsch in Pfundtner-Neubert, a.a.O., § 20 a, Anm.3; Bockelmann, a.a.O., II, S.48 ff; Lange, ZStW 59, 582; a.A. RGSt 68, 389; 72, 224: danach solle sich § 20 a auf die Schuldfrage nicht beziehen.
 - 2) So auch die sonst h.L., die bei der Bestimmung der Gefährlichkeit auf den Zeitpunkt der Hauptverhandlung abstellt: RGSt 72, S.356; Kohlrausch, § 20 a, Anm.IV, 2 b; Schönke, § 20 a, Anm. IV, 2 d. Beispiel: Der lahmgeschossene Fassadenkletterer sei nicht gefährlich.
 - 3) Auch das RG nahm an, dass von der Feststellung der Gefährlichkeit die Höhe der Strafe erst abhängen (RGSt 68, 385 ff., DJ 1939, S.269 und 1616); es sei auch unerheblich, ob die neue Strafe den Täter zur Umkehr bewegen werde (JW 1939, S.620). Die Entscheidung, dass gefährlicher Gewohnheitsverbrecher auch sein könne, wer ein Alter erreicht hat, das schon mit Rücksicht auf die körperliche Verfassung weitere Straftaten der früheren Art nicht mehr erwarten lasse (HRR 1939,Nr.337 und 1270), erscheint mit der von Rietzsch vertretenen Meinung besser begründet.
 - 4) HRR 1940, Nr. 322.

Weiter ist auch die Rechtsprechung, wonach die Eigenschaft als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ein die Strafbarkeit erhöhender Umstand i.S. von §§ 50 und 59 StGB ist¹⁾, mit der von Rietzsch vertretenen Meinung gut zu begründen.

"Objektiv" ist der Begriff der Gefährlichkeit nur insoweit zu erfassen, als feststeht, dass der Täter nicht mit dem Bewusstsein zu handeln braucht, ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher zu sein²⁾. Es handelt sich bei § 20 a nicht um eine Strafschärfung für bestimmte Taten, sondern für bestimmte Täter³⁾.

Dies allein wird auch den kriminologischen Erkenntnissen über das Wesen des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers als eines sog. Charakterverbrechers gerecht.

§ 6: Die Prognose künftigen Rückfalls als Voraussetzung der

Anordnung der Sicherungsverwahrung

Ist festgestellt worden, dass ein Täter ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher (§ 20 a StGB) ist und erfordert die öffentliche Sicherheit die Verwahrung des Täters, so hat das Gericht seine Sicherungsverwahrung anzuordnen (§ 42 e StGB).

Die Sicherungsverwahrung hat also - wie jedes Sicherungsmittel - eine chronische Gefährlichkeit zur Voraussetzung⁴⁾ (vgl. hier § 20 a); die weitere Voraussetzung, dass die öffentliche Sicherheit die Verwahrung des Täters erfordert, bedeutet, dass ein Schutz der Gesellschaft vor dem Wirksamwerden der bereits vorhandenen chronischen Gefährlichkeit des Täters allein durch die Sicherungsverwahrung gewährleistet erscheint.

1) RGSt 68, 391 f.

2) RGSt 68, 349; Schäfer-Wagner-Schafheutle, § 20 a, Anm. 20, S. 51 (es sei unerheblich, ob der Täter sich bewusst ist, dass er von einem Hang zum Verbrechen beherrscht ist, oder ob er diesem Hang mehr unbewusst gehorcht).

3) Bockelmann, a.a.O., II, S. 145 ff (153); Lange in Kohlrausch-Lange, § 20 a, Anm. 2; Schönke (5), § 20 a, Anm. I; Engisch, ZStW 61, 166 f; Heinitz, ZStW 63, 75; Mezger, Studienbuch I, S. 222; Olshausen, § 20 a, Anm. 2 a c; a.A. Nagler, LK, S. 15.

4) Exner, Sicherungsmittel, S. 67.

Vorausgesetzt wird hier also eine Prognose künftigen Rückfalls, die allerdings auf den Zeitpunkt des voraussichtlichen Strafen-des¹⁾ gestellt werden muss. Gegen Personen, die gefährlich waren, aber es nicht mehr sind, bedarf die Gesellschaft nicht des Schutzes durch Sicherungsverwahrung²⁾. Solche Ausnahmefälle sind möglich, sie bedürfen aber einer sorgfältigen Begründung.

Ursächlich für den Wandel vom gefährlichen zum nicht-mehr-gefährlichen Täter können beispielsweise sein die fortgeschrittene Alterung des Täters, ein radikaler Wechsel seiner äusseren Lebensumstände, aber auch ein besonders eindrucksvolles Straferlebnis³⁾.

§ 7: "Strafschärfungsreife" und "Verwahrungsreife"

Sowohl bei der Festsetzung der Strafe eines gefährlichen Gewohnheitsverbrechers (bei Bestimmung der Eigenschaft und der Zuordnung des schärferen Strafrahmens), als auch bei der Anordnung der Sicherungsverwahrung werden formale (als Rechtsschranken wirkende) und materielle Erfordernisse vorausgesetzt⁴⁾. Man kann die formellen Voraussetzungen einer Verurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher (nämlich das Vorliegen mehrerer Verurteilungen oder doch - § 20 a Abs. 2 - mehrerer Straftaten, an die bestimmte formale Anforderungen gestellt werden) als "formelle Strafschärfungsreife", die materiellen Voraussetzungen (= dass nach Gesamtwürdigung aller Straftaten der Schluss gezogen wird, dass der Täter ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist) als

1) Exner, Kriminologie, S.291.

2) RGSt 72, 356.

3) Exner, Kriminologie, S.291; Wenn der Angeklagte noch nie eine längere Freiheitsstrafe verbüsst hat, also noch nie ein energischer Versuch gemacht worden ist, ihn auf andere Bahnen zu lenken, dann wird die Anordnung der Sicherungsverwahrung nur bei besonders deutlichen Anzeichen seiner Gefährlichkeit zu verantworten sein.

4) Wend, a.a.O., S. 7 benennt das hier als "formelle Strafschärfungsreife" bezeichnete Erfordernis -m.E. falsch - im Hinblick auf die mögliche Anordnung der Sicherungsverwahrung bereits als "formale Verwahrungsreife", die oben als "materielle Strafschärfungsreife" bezeichnete Voraussetzung als "materielle Verwahrungsreife".

"materielle Strafschärfungsreife" bezeichnen; dem würde bei der Prüfung der Frage einer Anordnung der Sicherungsverwahrung die formelle und materielle Verwahrungsreife entsprechen, wobei erstere die Verurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher überhaupt, letztere die Voraussetzung, dass die Sicherungsverwahrung im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist, beinhalten würde.

Bei der gesetzlichen Regelung liegt das Schwergewicht für die praktische Anwendung der Bestimmungen auf der Feststellung der materiellen Strafschärfungsreife und der materiellen Verwahrungsreife. Das ergibt sich schon daraus, dass das Gesetz in § 20 a Abs. 2 die Möglichkeit offen lässt, unter Verringerung der normalen formellen Erfordernisse (§ 20 a Abs. 1) auch dann zu einer Verurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher zu gelangen, wenn die materielle Strafschärfungsreife gegeben ist. Die Schwierigkeit liegt in der Praxis in der Tat darin, wie man aus einer verhältnismässig grossen Zahl von formell Strafschärfungs- und Verwahrungsreifen gerade die Täter herausfinden kann, bei denen die Strafschärfung bzw. die Anordnung der Sicherungsverwahrung am Platze ist, welche Merkmale man prüfen muss und auf welchem Wege man zu einem richtigen Ergebnis gelangen kann.

Hierbei hat man sich an die von der kriminologischen Wissenschaft insbesondere von Exner, herausgearbeiteten Grundsätze gehalten.

Exner¹⁾ bezeichnet als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher einen Zustandsverbrecher mit einem verbrecherischen Hang, der durch wiederholte erhebliche Straftaten erwiesen ist und weitere derartige Straftaten erwarten lässt²⁾; man muss aus den festgestellten äusseren und inneren Tatsachen nahezu mit Sicherheit auf eine neuerliche Rückfälligkeit schliessen können. Der Hang selbst kann einer verhängnisvollen Anlage entspringen oder einer Gewöhnung, die sich unter dem Einfluss äusserer Widrigkeiten entwickelt hat; er kann auch (wie oft bei sittlichen Verfehlungen) auf Erscheinungen des Rückbildungsalters beruhen³⁾.

1) Exner, Kriminologie, S.289 ff.

2) Dem entspricht etwa auch der (weite) Begriff des "Berufsverbrechers" i.S. von Seelig-Weindler, a.a.O., S. 29 ff und S. 180, den er als Hauptvertreter des Tätertyps des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers bezeichnet.

3) Vgl. RGSt 73, 276.

Zu unterscheiden ist der Gewohnheitsverbrecher danach vor allem vom Gelegenheitsverbrecher; der Gewohnheitsverbrecher hat die inneren Hemmungen bereits überwunden, die für den Gelegenheitsverbrecher bezeichnend sind,

Das Verbrechen ist Ausdruck seiner dauernden Eigenart, auf die die Veränderung der äusseren Umstände ohne Einfluss ist. Im Gegensatz dazu ist die Tat des Gelegenheitsverbrechers seinem Wesen und seiner Persönlichkeit verhältnismässig fremd und überwiegend aus den unglücklichen äusseren Versuchungen und Konflikten verstehbar; auch bei ihm sind Rückfälle denkbar bei Wiederholung der unglücklichen, tatfördernden Umstände. Diese Fälle sind von den Gewohnheitsverbrechern oft schwer abzugrenzen, zumal ein Gewohnheitsverbrecher nicht unbedingt vorbestraft zu sein braucht.

Abzugrenzen ist der gefährliche Gewohnheitsverbrecher schliesslich vom bloss "lästigen" Gewohnheitsverbrecher, worunter Exner¹⁾ z.B. einen alten Bettler versteht, der ausser vielen Bettelstraßen auch oft wegen der üblichen geringfügigen Landstreicherdelikte (Bagatelldiebstähle, kleine Zechprellereien) bestraft wurde. Dem entspricht die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes²⁾, der ausdrücklich betont, dass es sich bei den begangenen wie bei den zu erwartenden Straftaten um solche von erheblicher Schwere handeln muss, wobei die Erheblichkeit nicht nur aus der Grösse des angerichteten Schadens, sondern auch aus anderen Umständen zu entnehmen ist.

Wichtig ist, dass die Taten auf dem verbrecherischen Hang beruhen. Schwierigkeiten der Abgrenzung ergeben sich demzufolge dann, wenn ein Zustandverbrecher in einer besonders gearteten Situation zu einer Tat kommt, die mit seiner persönlichen Verbrechensneigung in keinem Zusammenhang steht.

1) Exner, Kriminologie, S. 289 ff.

2) Urteil vom 4.4.1951, 1 StR 54/51 - BGHSt 1, 94 im Anschluss an RGSt 68, 149, 156 und 70, 214. (Das Urteil ist auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des LG Heilbronn vom 30.11.1950 ergangen, das unter Nr. 111 hier ausgewertet ist).

1. Teil: Die Taten

3. Kapitel: Die Begehungsarten

§ 8: Allgemeines zur Gruppenbildung

Da theoretisch sämtliche vorsätzlichen Verbrechen und Vergehen von bestimmten Tätern unter den Voraussetzungen des § 20 a StGB als "gefährliche Gewohnheitsverbrecher" begangen werden können, ist eine Einteilung in Gruppen recht schwierig. Ähnliche Schwierigkeiten sind beispielsweise bei gleichartigen Untersuchungen über die Erscheinungsformen bei den einzelnen Teilnehmern oder beim Versuch zu überwinden, wenn die Untersuchung nicht auf einzelne Tatbestände beschränkt ist¹⁾.

Bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern erscheint es zweckmässig, die Erscheinungsgruppen im wesentlichen nach den Deliktstatbeständen einzuteilen, denn es liegt auf der Hand, dass z.B. ein gefährlicher Gewohnheitssittlichkeitsverbrecher in seinem Persönlichkeitskern ganz anders zu beurteilen ist als z.B. ein Gewohnheitseinsteigedieb.

Eine weitere Schwierigkeit entsteht dadurch, dass bei der oft grossen Zahl von Einzeltaten, die den einzelnen Urteilen zugrundeliegen, sehr oft die Täter unter gleichzeitig mehreren Tatbeständen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt werden, so dass sie in mehreren Gruppen auftauchen. Das gleichzeitige Auftreten von Diebstahl und Betrug z.B. ist so häufig, dass man hier schon von einer besonderen Erscheinungsgruppe sprechen kann.

Eine Einteilung nach den gesetzlichen Erscheinungsformen (§ 20 a Abs. 1 bzw. Abs. 2) erschien demgegenüber nicht tunlich, da die Unterscheidungen nicht den kriminologischen Kern der Persönlichkeit oder der Taten berühren, sondern lediglich die formellen Voraussetzungen betreffen, ob die Personen, die kriminologisch nach der Gesamtwürdigung als gefährliche Gewohnheitsverbrecher anzusehen sind, auch rechtlich als solche behandelt werden können. Da in den einzelnen Absätzen des § 20 a nicht verschiedene

1) Vgl. Gamber, a.a.O., S.16 ff.

Typen aufgezählt sind, können diese Unterschiede auch nicht für eine Einteilung der Erscheinungsformen verwendet werden¹⁾.

Die Gruppeneinteilung muss sich auf die im Aktenmaterial und in der Praxis tatsächlich aufgetretenen Formen beschränken. Eine grosse Zahl von Verbrechen und Vergehen des StGB scheidet deshalb aus, auf der anderen Seite sind Erscheinungsformen von gefährlichen Gewohnheitsverbrechern auch bei Delikten, die ihren Strafgrund ausserhalb des StGB (z.B. Strassenverkehrsgesetz²⁾, Lebensmittelgesetze) finden, denkbar und auch tatsächlich schon aufgetreten³⁾.

Für die Arbeit ergibt sich danach eine Unterteilung der Taten und Täter in folgende Gruppen:

1. Diebstähle und Unterschlagungen,
2. Gewalttaten aus Bereicherungsabsicht,
3. Betrügereien und verwandte Delikte,
4. Abtreibungen,
5. Sittlichkeitsverbrechen,
6. Brandstiftungen und Sachzerstörungen,
7. Gewalttaten aus Rauflust und Widersetzlichkeit, Taten aus mangelndem Ein- und Unterordnungsvermögen der Täter.

§ 9: Die im Aktenmaterial vorkommenden Tatbestände

Meist wurden die Täter in einem Urteil - schon allein wegen der Vielzahl der Einzeltaten - unter mehreren rechtlichen Gesichts-

- 1) Gamber konnte sich bei seiner Untersuchung über die Beihilfe demgegenüber an die Unterscheidung physischer und psychischer Beihilfe halten, zumal eine Reihe von Beihilfefällen als gesetzlich selbständige Straftaten nicht Gegenstand der Untersuchung waren (a.a.O., S.15, § 6; vgl. §§ 120, 121, 347; 180, 181; 354, 355, 357; 218 Abs. 3 und 4; 203 StGB).
- 2) BGHSt 17, 213; Auch das nur mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 2 Monaten bedrohte Vergehen des Führens eines Kraftfahrzeugs ohne Fahrerlaubnis (§ 24 Abs. 1 Nr. 1 und 2 StVG) kann die Bestrafung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher rechtfertigen.
- 3) Vgl. Utsch, a.a.O., S.34: Bei dem 1948 zu 3 Jahren Zuchthaus und Sicherungsverwahrung verurteilten, 21 mal vorbestraften W waren bei der Beurteilung als gefGewV gerade auch die Vergehen gegen das Rennwett- und Lotteriegesetz von ausschlaggebender Bedeutung.

punkten verurteilt. Bei Feststellung eines deutlichen Übergewichts eines Delikts wird in der Zusammenstellung wegen der Überschaubarkeit und Auswertbarkeit von einer Einbeziehung der weniger in Betracht kommenden Tatbestände abgesehen.

Tabelle 3:

Vorkommende Tatbestände - Männliche Täter 1934 - 1945

	D	DB	B	Zuh	Sitt	KV	Ges
Anzahl	29	18	24	7	2	3	83
%	35	21,7	28,9	2,4	8,4	3,6	100

88 % aller Täter, also etwa 7/8, sind - da die Zuhälterei auch einen Einschlag eines Vermögensdelikts hat - wegen Vermögensdelikten verurteilt worden¹⁾.

Noch grösser ist der Anteil der Vermögensdelikte bei den Frauen: Sämtliche Täterinnen, sowohl 1934 bis 1945, als auch 1951 bis 1953 sind wegen Vermögensdelikten verurteilt worden:

Tabelle 4:

Vorkommende Tatbestände - Weibliche Täter

		D	DB	B	Gesamt
1934 - 1945	Anzahl	4	3	1	8
	%	50	37,5	12,5	100
1951 - 1953	Anzahl	2	3	4	9
	%	22,2	33,3	44,4	100

Besonders auffallend ist die Verschiebung zugunsten des Betrugs bei den Verurteilungen in der Nachkriegszeit.

1) Wend, a.a.O., S.28 findet bei vielfach Vorbestraften folgendes Verhältnis: Diebstahl (u.Betrug) 80 %
Betrug (u.Diebstahl) 42 %
Sittl.Delikte 5 %

Der Unterschied ist in Anbetracht der engeren Voraussetzungen von §§ 20 a und 42 e StGB sowie der grösseren Bedeutung der Sittlichkeitsdelikte bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern, weiter auch bei der steigenden Tendenz der Betrugstaten, erklärlich. Nach Heilmann, a.a.O., S.31 sind die Vermögenstäter unter den GefGwV über sechsmal so häufig wie die übrigen Täter(bei den Fällen nachträglicher AOSV ist das Verhältnis 75 : 17, a.a.O., S.34).

Tabelle 5:

Vorkommende Tatbestände - Männliche Täter 1951 - 1953

	D+R	D	DB	B	Abtr	Sitt	Gesamt
1951	0	4	3	7	0	8	22
1952	2	9	4	8	1	2	26
1953	1	16	5	5	1	7	35
	3	29	12	20	2	17	83
%	3,6	35	14,4	24,1	2,4	20,5	100

Rund 80 % der Täter wurden demnach im Berichtsbezirk in den Jahren 1951 bis 1953 wegen Vermögensdelikten verurteilt. Das Ansteigen des Verhältnisses der Verurteilungen wegen Sittlichkeitsdelikten hängt dabei wohl mit dem veränderten Berichtsbezirk zusammen. Der erweiterte Bezirk umfasst die ländlichen Gegenden Ober- und Niederbayerns, Schwabens und des Allgäus. Die Zahl der dort abgeurteilten gefährlichen Sittlichkeitsverbrecher ist verhältnismässig gross. 1951 z.B. waren in Bayern von 19 zu Sicherungsverwahrung verurteilten Tätern sechs Sittlichkeitsverbrecher¹⁾. Völlig gleich ist trotz Veränderung der Verhältnisse und des Bezirks der Anteil der Diebe geblieben.

Aus den Tabellen 3 bis 5 ist zu ersehen, dass die Täter in der Regel nicht gleichförmig nur Diebstahl oder nur Betrug begehen, dass vielmehr in vielen Fällen neben einer vorherrschenden Deliktsart noch andere Delikte begangen wurden; manchmal (gekennzeichnet DB = Diebstahl und Betrug) lässt sich eine ungefähre Gleichwertigkeit mehrerer Deliktsarten feststellen²⁾.

In den folgenden Einzelaufstellungen sind die Fälle verschiedener Deliktsbegehung durch einen Täter sowohl beim einen wie bei anderen Delikt aufgeführt, um einen zahlenmässigen Vergleich innerhalb der einen Deliktsart zu ermöglichen.

1) Vgl. oben Tabelle 1, S.4.

2) Wend, a.a.O., S. 25 legt seinem auf Grund von Straflisten gefundenen Tabellenmaterial 3 Typen zu Grunde:

1. reiner Typ = es besteht nur eine Hauptrichtung, die durch das ganze kriminelle Leben wirksam ist;
2. paralleler Typ = zwei oder mehr Hauptrichtungen beherrschen zeitlich nebeneinander die kriminelle Betätigung;
3. Wandlungstyp = das kriminelle Leben zerfällt in Entwicklungsabschnitte mit jeweils verschiedenen Hauptrichtungen.

Auch innerhalb der nach einem rechtlichen Tatbestand zu beurteilenden Taten kommen beim selben Täter oft mehrere Begehungsweisen vor (z.B. Fahrraddiebstahl und Einbrüche in Wochenendhäuser). Auch hier erscheint derselbe Täter bei jeder der einzelnen Begehungsweisen.

Gewalttäter kommen in den ausgewerteten Akten selten vor; die Zeit der besonderen Häufigkeit von Gewalttaten lag ja auch unmittelbar nach dem Zusammenbruch und war 1951 bereits beendet¹⁾. Nur drei Täter wurden 1951/1953 wegen Raubs²⁾, weitere drei wegen Notzucht³⁾ verurteilt; dabei handelt es sich bei den Räufern nicht um reine Typen, vielmehr wurden sie sämtlich auch wegen Diebstahls bestraft. Von den wegen Notzucht Verurteilten wurde ein Täter⁴⁾ zugleich wegen Abtreibung bestraft.

(Im Interesse der Nachprüfbarkeit der Ergebnisse bzw. besonders bemerkenswerter Feststellungen werden in den Anmerkungen als Fundstelle die Urteile jeweils mit einer Ziffer bezeichnet; die genaue Bezeichnung der Fundstelle nach Gericht und Aktenzeichen befindet sich hinter dem Literaturverzeichnis).

§ 10: Das Erscheinungsbild der Taten der gefährlichen Gewohnheitsdiebe

I: Auswertung der Urteile

Tabelle 6:

Täter mit eindeutigen Übergewicht beim Diebstahl - Männliche Verurteilte 1934 - 1944 -

Urt	Deutlich überwiegende Begehungsweise
2	Einbrüche in Warenlager
3	Einschleichdiebst. in Wohnungen
8	Diebstahl von Waren
10	Einbrüche in Geschäfte und Warenlager
11,12	keine Spezialität
13	Fahrraddiebstähle
14	Diebstahl von Waren

(Fortsetz.S.29)

- 1) Bader, Soziologie, S. 87 ff und derselbe, Nachkriegskriminalität, S.15.
2) 115, 132, 136,
3) 159, 160, 167.
4) 160.

Fortsetzung Tabelle 6 (S.28)

Urt	Deutlich überwiegende Begehungsweise
15	Einbrüche in Wohnhäuser
20	Kleintierdiebstähle
24	Kleindiebstähle
29	keine Spezialität
32	Einbrüche in Wohnungen
33	Einbrüche in Gasthäuser
35	Einbrüche in Warenlager
37	Opferstockdiebstähle
40	ohne Besonderheiten
44	Einbrüche in Wohn- und Geschäftshäuser
51	Fahrzeugdiebstähle
52	Diebstähle aus Sportplatzgarderoben
54	Lebensmitteldiebstähle
55	Diebstähle beim Arbeitgeber (Geld u. Waren)
56	Einbrüche in Wohnungen
58	Fahrraddiebstähle und Einbrüche in Geschäfte
65	Einbrüche in Keller und Speicher
67	Tierdiebstähle
77	Logis-Diebstähle
78	Wohnungseinbrüche ("Klingelfahrer")
79	Kleintierdiebstähle
- Weibliche Verurteilte 1934 bis 1945 -	
87w	Logisdiebstähle bei Dienstherrschaft
88w	Lebensmitteldiebstähle in Geschäften
89w	Warenhausdiebstähle
90w	Diebstähle verschiedener Waren

Tabelle 7:

Täter mit eindeutigen Übergewicht beim Diebstahl - Männliche Verurteilte 1951 - 1953 -

Urt	Deutlich überwiegende Begehungsweise
94	Einbrüche in Läden und Güterhallen
104	Wohnungseinbrüche ("Klingelfahrer"), Einbrüche in Geschäfte
108	Wohnungseinbrüche ("Klingelfahrer")
110	Einbrüche in Geschäfte und Lager
114	Geschäftseinbrüche
119	Warendiebstähle (Wahlfeststellung Hehlerei)
120	Einbrüche in Wochenendhäuser
124	Speicher- und Lagereinbrüche
125	Einbrüche in Almhütten und Wochenendhäuser
131	Geschäftseinbrüche
137	Einbrüche in Garten- und Wochenendhäuser
138	ohne Angaben
141	Opferstockdiebstähle
142	Fahrraddiebstähle, Lagerhauseinbrüche
146	Geschäftseinbrüche (Fortsetz.S.30)

Fortsetzung Tabelle 7 (S.29)

Urt	Deutlich überwiegende Begehungsweise
147	Logisdiebstähle
150	Einbrüche in Gaststätten und Geschäfte
151	Geschäftseinbrüche
157	Wohnungs- und Kellereinbrüche
161	Diebstähle (Einbrüche) aus Automobilen
162	Einbrüche in Juweliergeschäfte
163, 165	Geschäftseinbrüche
166	Geschäfts- und Lagereinbrüche
168	Einbrüche in Geschäfte, Vereinshäuser und Bauhütten, Fahrraddiebstähle
169	Kirchendiebstähle, Diebstähle von Wäsche und Lebensmitteln (aus Scheunen)
170	Wohnungseinschleichdiebstähle
171	Wohnungs- und Geschäftseinbrüche
173	ohne Angaben

-Weibliche Verurteilte 1951 - 1953

182w	Wohnungsdiebstähle (Hausierdiebstähle)
183w	"Besuchsdiebstähle"

Tabelle 8:

Täter, die mit etwa gleichem Gewicht wegen Diebstahls und Betrugs verurteilt wurden

- Männliche Verurteilte 1934 - 1945

Urt	Überwiegende Begehungsweise	
	a)beim Diebstahl	b)beim Betrug
1	GarderobenD	Zechprellerei
4	KleinD	MildtätigkeitB, Zechprellerei
5	FahrradD	WarenbeschaffungsB
9	LogisD	LogisB
16	ohne Besonderheiten	ohne Besonderheiten
22	LogisD	LogisB
23	ohne Besonderheiten	DarlehensB
31	FahrzeugD (Landstreicher)	BettelB
42	FahrzeugD	LogisB
48	FahrradD (Landstreicher)	Zechprellerei
57	KleinD	DarlehensB
60	Wohnungs-(Nachschlüssel)D	ohne Besonderheiten
63	FahrradD	Zechprellerei
64	LogisD	LogisB, HeiratsB
70	KleinD	WarenlieferungsB (Anzahlungen)
59	ohne Besonderheiten	ohne Besonderheiten
75	KleinD	DarlehensB
76	ohne Besonderheiten	WarenlieferungsB (verknappte Waren)

(Fortsetz.S.31)

Fortsetzung Tabelle 8 (S.30)

- Weibliche Verurteilte 1934 - 1945

Urt	Überwiegende Begehungsweise	
	a)beim Diebstahl	b)beim Betrug
85w,86w 91w	ohne Besonderheiten GeldD	ohne Besonderheiten DarlehensB

Tabelle 9:

Diebstahl und Betrug, etwa gleichgewichtig

- Männliche Verurteilte 1951 - 1953

Urt	Überwiegende Begehungsweise	
	a)beim Diebstahl	b)beim Betrug
96	GeldD	falsche Grußbesteller
106	Klingelfahrer	LeistungsB
107	GesindeD	Hochstapelei, Inkasso- schwindel
117	LogisD	Heimkehrerschwindel, HeiratsB
126	LogisD	WarenB, DarlehensB
130	FahrradD	HeiratsB, WarenliebB
135	GarderobenB	HeiratsB, WarenbeschB
140	D aus Umkleideräumen	MildtätigkeitsB
143	LogisD	Heimkehrerschwindel
144	Klingelfahrer	WarenliebB
156	Wohnungseinbrüche	DarlehensB
158	LogisD	DarlehensB

- Weibliche Verurteilte 1951 - 1953

175w	D nach Einmieten	Grußbestellerin
178w	LogisD	LogisB
180w	GeldD	DarlehensB, Inkasso- schwindel, MildtätigkeitsB

Die folgende Darstellung beschränkt sich - wie bei den nachfolgenden Gruppen - auf die Erscheinungsformen, die im zur Verfügung stehenden Aktenmaterial vorkommen⁰⁾.

0) Soweit in den einzelnen Gruppen keine Urteile zitiert sind, - oder bei Erwähnung von mehreren Fällen nur ein Urteil angeführt ist - wird auf die Tabellen 6 - 9 Bezug genommen.

II. Einfache Diebstähle

Bei den einfachen Diebstählen finden sich in der Zeit bis 1945 mehrere Fälle, in denen die Täter lediglich wegen Kleintierdiebstählen zu erheblichen Strafen¹⁾, in einem Falle sogar im Krieg zum Tode²⁾ verurteilt worden sind; das Todesurteil ist (1943) auch vollstreckt worden.

Eine grosse Zahl der Täter sind (Berufs-) Fahrraddiebe. Einer davon³⁾ stahl innerhalb von drei Monaten etwa 40 vor der Universität Würzburg abgestellte Fahrräder und verkaufte sie gewöhnlich am selben Tage noch in Ortschaften, die bis 40 km entfernt waren.

Besonders häufig sind auch Einmiet- und Besuchsdiebe und -die-binnen⁴⁾ sowie Warenhausdiebe⁵⁾. Auch Garderobendiebe sind recht häufig: Ein solcher Täter stattete längere Zeit hindurch den Ankleideräumen des Freiburger Universitätsstadions seine Besuche ab und stahl aus den dort aufgehängten Kleidern vorwiegend Geldbeutel⁶⁾.

Von besonderem Interesse ist die Begehungsweise mancher Trickdiebe. Die besondere Gefährlichkeit spiegelt sich im Strafmaß (4 Jahre Z) eines Trickdiebes⁷⁾ wider, der unter sechs verschiedenen Namen in ganz Westdeutschland auftrat, sich wie ein vornehmer Ausländer gab und in Juwelierläden eilige Angebote für etwa 100-teilige, massivsilberne Bestecke verlangte; die Verkäuferinnen mussten, um ein Angebot zu errechnen, gewöhnlich den Laden verlassen; in dieser Zeit nahm sich der fachkundige Täter die besten Stücke (Ringe u.a.) aus der Auslage.

Ein anderer Trickdieb⁸⁾ suchte Mannschaftsräume bei Bundesbahngüterabfertigungen oder Fernfahrerübernachtungsstätten auf und gab sich als (Bundesbahn-) Fernfahrer aus; hierbei benutzte er jede sich bietende Gelegenheit, oft unter Ausnutzung eines ihm

1) 67

2) 79

3) 130

4) z.B. 22, 107, 175w, 183w

5) z.B. 89w

6) 52

7) 162

8) 140

besonders entgegengebrachten Vertrauens, zu Diebstählen aus.

Weibliche Trickdiebe beschäftigen sich meist mit Entwendungen aus Wohnungen. Typisch weiblich ist die Begehungsart einer Täterin, die in den Wohnungsinhabern durch Vortäuschen eines plötzlichen Leidens derart Mitleid erweckte, dass diese sie in die Wohnung einliessen und sich selbst entfernten, um ärztliche Hilfe zu holen; während der Abwesenheit stahl die Täterin, was ihr in die Hände fiel¹⁾. Eine andere Wohnungsdiebin stahl dreimal hintereinander am selben Ort aus einer im Wäscheschrank versteckten Margarineschachtel einem Bäckermeister Beträge von jeweils mehr als DM 1.000,--, jeweils mit Zwischenräumen von 2 bis 3 Monaten, ohne dass der Geschädigte den Schaden überhaupt festgestellt hätte²⁾!

III. Schwere Diebstähle

Bei den schweren Diebstählen überwiegen sowohl nach der Anzahl als auch nach dem Umfang des angerichteten Schadens die Wohnungseinbrüche in ihren verschiedenen Variationen. Das gilt besonders für die Jahre 1951 bis 1953.

Gerade bei den Wohnungs- und Kellereinbrechern und-einschleichen kommt es öfter vor, dass ein Täter in derselben Nacht mehrere Diebstähle begeht, wenn er beim ersten Einbruch nicht genügend erbeutet hat³⁾. Die Täter sind gewöhnlich Einzelgänger. Besonders gefährlich sind unter ihnen die Nachschlüsseldiebe⁴⁾. Bei dem einen Täter⁵⁾ wurde als besonderes Merkmal seiner Gefährlichkeit ausgeführt, dass er in die Wohnungen jeweils eindrang ohne Rücksicht darauf, ob die Bewohner in nächster Nähe oder gar in der Wohnung selbst waren. Gewöhnlich haben es die Täter auf Geld abgesehen. Als Geschädigte müssen oft frühere Arbeitgeber herhalten⁶⁾, in einem Falle sogar eine Frau, mit der der Täter ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis unterhielt⁷⁾.

1) 90w

2) 182w

3) 157, 170: Beide Täter wechselten laufend den Tatort.

4) z.B. 56, 60, 144

5) 144

6) 12, 156

7) auch 156

Von ganz besonderer Bedeutung bei den Wohnungsdieben sind die sogenannten "Klingelfahrer"¹⁾: Die Täter ziehen - oft als Bettler oder Hausierer²⁾ - durch die Häuser, kundschaften Wohnungen aus, in denen niemand anwesend ist, und vergewissern sich dessen, indem sie an der Wohnungstür mehrfach läuten. Bei Versuchen ertappt, wird die Ausrede gebraucht, sie suchten jemanden. Die Begehungsart bringt es mit sich, dass die Diebstähle immer am hellen Tag ausgeführt werden. In einem Fall³⁾ führen die Täter "auf alle Fälle" Waffen bei sich.

Nahe verwandt den Wohnungseinbrüchen sind die Einbrüche in gerade unbewohnte Almhütten, Garten- und Wochenendhäuser. Sie kommen in den untersuchten Akten recht häufig vor⁴⁾. Meist übernachteten die Täter zuerst in diesen Räumen, bevor sie sie ausrauben⁵⁾.

1) u.a. 78, 104, 106, 108, 131, 171.

Im Urteil 131 führt das Gericht (Urteilsseite 9) aus:
"Kennzeichnend für Sch. ist ... die Art der Tatausführung. Mit einziger Ausnahme des Falles 12, bei dem er sich zur Nachtzeit in einen Ladenraum einschlich, hat er alle Taten bei Tage begangen. Er gab sich regelmässig als Hausierer aus und hatte so Gelegenheit, unauffällig einzelne, besonders ländliche, Anwesen auszukundschaften. Stellte er fest, dass die Bewohner gerade abwesend waren, sei es zur Arbeit oder zum Kirchgang, so nahm er die Gelegenheit zum Diebstahl gleich wahr. Wenn er verschlossene Türen vorfand, so war das für ihn kein Hindernis. Mit Leitern, Brechwerkzeugen und Nachschlüsseln verschaffte er sich Eintritt. Wurde er im vermeintlich leeren Haus überrascht, so fand er irgendeine Ausrede, die seine Anwesenheit rechtfertigen sollte. Er fragte etwa nach dem Sohn, nach dem Bürgermeister, nach Eiern, Gänsen, bat um eine Tasse Wasser oder gab an, austreten zu müssen. Besonders hatte er es auf Geld abgesehen, wobei er geradezu einen sechsten Sinn entwickelte, auf Grund dessen er in kürzester Zeit die verschiedenartigsten Verstecke herausbekam, wo die unvorsichtigen Landleute oft erhebliche Bargeldbeträge verwahrt hatten. Daneben nahm er aber vor allem auch Uhren, Schmuckstücke, Haushaltwäsche und Kleiderstoffe mit. Konnte später festgestellt werden, dass er Diebesgut weiterveräußert hatte, so bestritt er die Tat trotzdem und erfand ein Märchen von einem Mann aus der Ostzone, von dem er die Sachen erworben haben wollte."

2) 150. Der Täter verschaffte sich als Verkäufer von - gestohlenen - Postkarten die erforderlichen Ortskenntnisse.

3) 105.

4) 120, 125, 137.

5) 125. Der Täter zertrümmerte mit seinen beiden Kumpanen dann aus Muthwillen das gesamte vorhandene Porzellan- und Glasgeschirr, indem sie es an die Wand warfen. Das Emaillegeschrir durchlöcherten sie mit Hilfe eines Spitzhammers. Dann verrichteten die Täter in die zerschlagenen Töpfe ihre Notdurft.

Für die Volkswirtschaft weit schädlicher sind wegen der meist hohen Schadensbeträge und der weit grösseren Zahl der Einzeltaten die Einbrüche in Warenlager und Läden¹⁾, in Kioske²⁾, Kaffees und Gaststätten³⁾. Dabei weist diese Begehungsform in der Nachkriegszeit einen viel grösseren Umfang - auch wertmässig, nicht nur zahlenmässig - auf. Die Begehungsweisen dagegen sind auch heute noch die althergebrachten: z.B. die Täter warten ab, bis der Nachtwächter seinen Rundgang fortsetzt⁴⁾. Eines allerdings hat sich geändert: Die Verwendung von Kraftfahrzeugen als Mittel zum schnellen Wegschaffen der Beute spielt eine immer grössere Rolle⁵⁾.

In der gefährlichsten und höchstausgebildetsten Form treten diese Diebe in wohlorganisierten Banden auf⁶⁾.

Auch heute noch gilt der Geldschrankknacker als der König der Einbrecher, gerade, weil er es versteht, seine Taten trotz der Vervollkommnung der Sicherheitsmassnahmen auszuführen. Dies wird bei dem in den Akten vorkommenden Täter als besonderes Merkmal seiner Gefährlichkeit angeführt⁷⁾.

Eine Besonderheit des schweren Diebstahls stellen heute die Autoeinbrüche⁸⁾ dar. Bis zu der Entscheidung des BGH vom Jahre 1951⁹⁾ wurden diese Taten von der Rechtsprechung nur als einfache Diebstähle behandelt. Jetzt ist klagestellt, dass Wohnwagen als umschlossene Räume im Sinne des § 243 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind. In der Folgezeit ist die Anwendbarkeit von § 243 Abs. 1 Nr. 2 StGB weiter bejaht worden bei Diebstählen aus abgeschlossenen Bürowagen und abgeschlossenen Personenwagen¹⁰⁾ sowie aus dem Beförderungsraum eines Lieferkraftwagens, wenn er auch zum Be-

1) 2, 114, 166 (94, 110).

2) 151

3) 146, 157

4) 114

5) 2: Die Täter hatten ein ganzes Warenlager mit Kleiderstoffen ausgeräumt.

6) 15, 55, 165

7) 142: Dieser Täter "knackte" den Geldschrank allerdings nicht an Ort und Stelle, er verbreachte vielmehr einen 5 Zentner schweren Kassenschrank, nachdem er ihn allein vom Podest gelöst und auf einen Sackkarren gehoben hatte, nach Hause.

8) 119, 161

9) BGH GSSt Beschl. v. 11.5.51, BGH St 1, 158.

10) BGHSt 2, 214.

treten durch Menschen bestimmt ist¹⁾. Wer einen Kraftwagen entwendet, indem er die verschlossenen Türen mit Nachschlüsseln öffnet, begeht einen schweren Diebstahl nach § 243 Abs. 1 Ziff. 3 StGB²⁾. Nur wegen einfachen Diebstahls wird jedoch bestraft, wer den verschlossenen Kraftwagen öffnet, indem er mit Gewalt die Türklinke herausreisst³⁾!

Im ganzen zeigt die neuere Rechtsprechung die Tendenz einer erweiterten Anwendung des § 243 StGB auf dem Gebiete des Kraftwagendiebstahls⁴⁾. Sie wird dadurch dem besonderen Unrechtsgehalt gerecht, der diesen Taten innewohnt. Dadurch, dass die Gerichte gezwungen werden, beim Erstlingstäter solcher Diebstähle die gesetzliche Mindeststrafe des schweren Diebstahls⁵⁾ nicht zu unterschreiten, wird auch erreicht, dass hohe Strafen frühzeitig verhängt werden. Es ist zu erwarten, dass dadurch die Scheu der Gerichte, die Täter als gefährliche Gewohnheitsverbrecher zu verurteilen, früher überwunden wird als bisher.

Wegen der Besonderheit des Tatorts und der Objekte herausgehoben sind die Kircheneinbrüche⁶⁾. (Hierher gehören auch die Opferstockmarder, wenn ihre Taten auch meist keine Einbrüche im technischen Sinne sind). Bei der Strafe eines Täters fiel straferschwerend ins Gewicht, dass er bei mehreren Einbrüchen in katholische Kirchen versuchte, mit einem Pickel Tabernakel aufzuschlagen⁷⁾. Der Täter stahl Leuchter und Weihwasserkessel und erbrach Opferstöcke; einen sehr wertvollen Leuchter verkaufte er an einen nicht ermittelten Altmaterialhändler angeblich für DM 8.60. Einer der Diebe⁸⁾ zeichnete sich dadurch aus, dass er eigentlich jede Diebstahlsbegehungsweise unternahm: Er stahl gemeinsam mit seinem Vermieter alles, was irgendwie des Mitnehmens wert war

1) BGHSt 4, 16.

2) BGHSt 5, 205.

3) BGH NJW 1956, S.271.

4) BGH NJW 1956, S.389; BGHSt 3, 312 und 314; vgl. aber BGH NJW 1952, S.1184; BGHSt 13, 81.

5) Bei Zubilligung mildernder Umstände 3 Monate Gefängnis, § 243 Abs. 2 StGB, unter den strafschärfenden Voraussetzungen des Rückfalls (§ 244 StGB) 2 Jahre Zuchthaus (bezw. 1 Jahr Gefängnis).

6) 37, 141, 169.

7) 169

8) 168

(Fahrräder, Lebensmittel, Kleidung, Geschirr, Verbandzeug, Werkzeug, Waffen, Geld, Uhren, Radios, Genussmittel, Geflügel, Altmetall u.a.), dies an jedem Ort (Wohnungen, Geschäfte, Neubauten Bauhütten, Mannschaftswagen, Kantinen, Ställe u.a.) und zu jeder Gelegenheit, sei es am hellen Tage oder nachts.

Der Überblick zeigt, dass zu den alten "bewährten" Arbeitsweisen immer wieder neue Begehungsweisen getreten sind, wobei die Diebstähle von und aus Kraftfahrzeugen vor allem auf die technische Entwicklung zurückgeführt werden können¹⁾.

IV. Ergebnisse

Tabelle 10:

Zusammenstellung der aufgetretenen
Diebstahlsbegehungsweisen

Begehungsweise	1935 - 44		1951 - 53		Gesamt	
	M	W	M	W	M	W
WarenD,-ED (aus Lagern, Werkstätten u.a.)	5	1	8	-	13	1
GeschäftsD,-ED (Läden)	1	-	15	2	16	2
GasthausD,-ED	1	-	1	-	2	-
WohnungsD,-ED(Klingelf. EinschleichD)	4	-	8	2	12	2
D aus sonst.Hausräumen (Keller,Speicher u.a.)	5	-	3	-	8	-
Tier- und KleintierD	3	-	-	-	3	-
KleinD (WäscheD v.a.)	5	-	1	-	6	-
Garderobend	2	-	2	-	4	-
D bei Arbeitgebern u.ä.	1	1	1	-	2	1
LogisD, EinmieteD	4	1	6	2	10	3
ED in Hütten- u.Wochenendhäuser	-	-	4	-	4	-
Kirchen-u.OpferstockD	1	-	2	-	3	-
D von Fahrzeugen	8	-	3	-	11	-
D aus Fahrzeugen	-	-	1	-	1	-
TaschenD, kleinere	-	1	1	1	1	2
Gelddiebstähle	-	-	-	-	-	-
Diebst. m. Raub oder Erpressung	-	-	3	-	3	-
Sonstige (auch ungen. Angaben)	9	2	2	-	11	2
	49	6	61	7	110	13

1) Vgl. Niggemeyer "Diebstahl und Raub", S.8. Nach Weinzierl, a.a.O., S.47, stieg die Zahl der im Bezirk München zugelassenen Kraftfahrzeuge von 81 000 auf 150 000, gestohlen wurden 1951 1 %, 1957 bereits 2% der Kraftfahrzeuge. Diebstähle aus Kraftfahrzeugen: Nach Berndt, a.a.O., S.6, be- trugen diese Diebstähle 1957 in Hamburg 4,9%, in München 6,8% und in Frankfurt/M. 10,7% aller Diebstähle.

Hellmer¹⁾ findet für 1935 - 1944 bei 120 sicherungsverwahrten Dieben folgendes Verhältnis der Tatbegehungsweisen:

FahrradD	21	Land-und BettelD	9
BekanntenD	24	Wohnungs-, Strassen- u. LadenD	14
D aus Wagen und Autos	5		

Schwerer Diebstahl:

Lebensmitteld	23
andere Haus- und Wohnungseinbrüche	24

Für die Nachkriegszeit interessant erscheint ein Vergleich mit der polizeilichen Kriminalstatistik. Diese hatte 1957 folgendes Ergebnis²⁾:

Tabelle 11:

Diebstahl in der polizeilichen
Kriminalstatistik 1957 (im Vergleich)³⁾

Begehungsweise	1957 = %		Vergleichswerte 1951 - 1953 = %	
FahrzeugD	340	25,5	3	4,4
D aus Fahrzeugen	39	2,9	1	1,5
D aus Geschäften, Banken, Lagern ...	123	9,3	26	38,8
TaschenD...	16	1,2	2	3,0
WohnungsD u.ä.	48	3,6	14	20,6
Speicher- u.KellerD	18	1,5	4	6,0
Andere D	746	56,2	18	26,3
	1330	100,0	68	100,0

Selbst wenn man bedenkt, dass die polizeiliche Statistik auch Gebrauchsentwendungen umfasst und berücksichtigt, dass die eigentliche Zunahme der Kraftfahrzeuge erst nach 1951 eingesetzt hat, zeigt der Vergleich, dass in der Praxis den Fahrzeugdieben eine weit geringere Gefährlichkeit beigemessen wurde, als z.B.

1) Hellmer, a.a.O., S.35.

2) Zitiert nach Holle, a.a.O., S. 18. Diese polizeiliche Kriminalstatistik enthält allerdings auch Gebrauchsentwendungen.

3) Das Ergebnis deckt sich ungefähr mit dem von Paul Schwarz, a.a.O., S. 9, 16 und 19 für 1945 - 1950 im Landgerichtsbezirk Koblenz gefundenen Werten.

den Wohnungs- und Geschäftsdieben. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die letztgenannten Diebstahlsarten nach dem Gesetz schon meist schwere Diebstähle sind, die bei Rückfall mit empfindlicher Strafe bedroht sind, während der Diebstahl eines Kraftfahrzeugs trotz des meist hohen Schadens in der Regel nur ein einfacher Diebstahl ist¹⁾. In den Jahren 1934 bis 1945 war der Anteil der Fahrzeugdiebe unter den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern weit höher, als sich aus den hier vorliegenden Ergebnissen und der Untersuchung Hellmer's ergibt.

Diese Beurteilung der grösseren Gefährlichkeit der Einbrecher beruht auch auf der Erfahrung, dass in dieser Gruppe ein großer Teil der wirklichen Berufsverbrecher (als der gefährlichsten Verbrechergruppe) zu finden sind, also Verbrecher, die nicht nur wie der "Nur-Gewohnheitsverbrecher" innerlich hemmungslos dem verbrecherischen Reiz erliegen, sondern bei denen der verbrecherische Hang unterstrichen wird durch eine bedeutsame Willenskraft auf verbrecherischem Gebiet. Meist handelt es sich um Täter, die bewusst arbeitsscheu eingestellt sind. Während der Gewohnheitsdieb mehr auf den Gebieten zu Hause ist, die keinen besonderen Aufwand an Körpergeschicklichkeit oder Grissenheit erfordern²⁾, gehen zu Lasten der Berufsdiebe vor allem solche schweren Diebstähle, die sowohl in ihrer Begehungsweise, als auch was die Art und den Umfang der Beute betrifft, ein hohes Maß verbrecherischer Energie aufweisen³⁾.

Interessant erscheint ein Vergleich mit Untersuchungen über die allgemeine Beteiligung der Frauen an der Diebstahlskriminalität. Nach der Arbeit von Girshausen⁴⁾ waren - abgesehen von den Kriegsjahren 1940 - 1944 - bei den einfachen Diebstählen jeweils 1/6 Frauen beteiligt. ($30/35 = 16\%$, $45/49 = 18\%$). Nach der vorliegenden Untersuchung sind die Frauen an der Kriminalität der gefährlichen Gewohnheitsdiebe jedoch nur mit 1/8 bis 1/9 beteiligt. Bei männlichen Wohnungsdieben fand Girshausen für 1930 - 1935 einen Anteil von 17,6% und fast denselben Anteil, nämlich 18%, für 1945 - 1949.

1) Zur Entwicklung in der Rechtsprechung vgl. oben S.35.

2) John, a.a.O., S.31.

3) Paul Schwarz, a.a.O., S. 52/53.

4) Girshausen, a.a.O., S.4.

Die vorliegende Arbeit weist jedenfalls für die Jahre 1951 - 1953 bei den als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilten Wohnungseinbrechern eine erhebliche Zunahme auf. Auch die Diebstähle aus Lagerräumen hielten sich nach Girshausen in den Vergleichsjahren die Waage, während hier für 1951 - 1953 eine nicht unwesentliche Zunahme festgestellt wurde. (Bei der ziemlich gleichmässigen Struktur der beiden Berichtsbezirke können die Vergleiche unbedenklich angestellt werden.) Die grösste Zunahme weisen die Geschäftsdiebe auf, weiter auch die Einbrüche in Wochenendhäuser.

§ 11: Gewalttäter mit Bereicherungsabsicht

Diese rechtlich als Kapitalverbrechen qualifizierten Taten werden wegen der allgemeinen Scheu vor Begehung von Gewalttaten, wegen der hohen Einsatzstrafen und auch wegen der besonderen Gefahren, die die Tatbegehung meist mit sich bringt, verhältnismässig selten begangen. Jedoch ist der Anteil der Vorbestraften unter den Raubtätern sehr hoch: Nach der Reichskriminalstatistik waren nach 1933 durchschnittlich 61% der Raubtätern vorbestraft, nach der Untersuchung von R.Schwarz¹⁾ in den Jahren 1949 - 1954 71,3%. Selbst Vorstrafen wegen Raubs sind nicht selten.

Einer der interessantesten Fälle der Nachkriegszeit wurde im Berichtsbezirk, wenn auch nicht in der Berichtszeit, 1946 vom Landgericht Heidelberg abgeurteilt²⁾. Der Täter, bereits als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher 1939 mit 3 Jahren Zuchthaus und Sicherungsverwahrung vorbestraft, erreichte im Jahre 1945 mit gefälschten Papieren und der Vorspiegelung, er sei der Sohn eines Oberstaatsanwalts und habe das 2. juristische Staatsexamen bestanden, seine Ernennung zum Hilfsstaatsanwalt in Mannheim vorbehaltlich des Nachweises der abgelegten 2. Staatsprüfung. Er verübte einen Raubmord an einer Frau, die sich auf eine hochstaplerische Anzeige hin von ihm in Englisch unterrichten lassen wollte. Bei den Ermittlungen der Polizei schaltete er sich als Hilfsstaatsanwalt ein!

1) Reinhold Schwarz, a.a.O., S.91.

2) LG Heidelberg, Urteil vom 28.9.1946 - KLS 8/46 - (Das Urteil lautet über 15 Jahre Zuchthaus und Anordnung der Sicherungsverwahrung.

Ein Täter, der sich des gemeinschaftlich begangenen schweren Raubs (Überfall auf einen Bauernhof) schuldig gemacht hatte, war bereits 1935 wegen drei Fällen von Strassenraub vorbestraft worden¹⁾.

Insgesamt sind in den Jahren 1951 - 1953 im Berichtsbezirk drei Raubtäter als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt worden²⁾; bezeichnend ist, dass alle drei Täter die Raubtaten jeweils gemeinschaftlich mit anderen ausführten³⁾.

§ 12: Gefährliche Gewohnheitsbetrüger und Täter verwandter

Delikte

I. Auswertung der Urteile

Etwa gleichviel Täter und Täterinnen wurden im untersuchten Aktenmaterial wegen Betrugs verurteilt wie wegen Diebstahls. Ähnlich vielfältig sind die einzelnen Begehungsarten, wobei eine Grosszahl der Abgeurteilten etwa gleichviel, gleichoft oder gleichschwer sich auch wegen Diebstahls strafbar gemacht haben⁴⁾. Oft sind die einzelnen Betrugsstaten mit anderen Delikten (vor allem Urkundenfälschung und Amtsanmassung) verknüpft.

Dem Betrug verwandte Straftaten - oft von denselben Tätern begangen - sind reine Fälschungsdelikte, Wirtschaftsstraftaten und im vorliegenden Material auch die Erpressung, die hier nur in der Form vorkommt, dass die Täter irgendein Amt o.ä. vor-täuschen.

1) 115

2) 115, 132, 136.

3) Reinhold Schwarz, a.a.O., S.36, hat für die Jahre 1920/45 und 1948/49 gefunden, dass jeweils über 40 % der Raubtaten gemeinschaftlich mit anderen begangen wurden, wobei sich seine Ergebnisse in etwa mit denen anderer ähnlicher Untersuchungen decken. (Vgl. Raumer, a.a.O., S.90; Hoelkeskamp, a.a.O., S.37; Kinzig, a.a.O., S.43) Hellmer, a.a.O. S.43, findet dasselbe Ergebnis: Von 10 Raubfällen sind vier von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen worden.

4) Vgl. Tabellen 8 und 9, S. 30/31.

Tabelle 12:

Täter mit eindeutigem Übergewicht beim Betrug

- Männliche Verurteilte 1934 - 1945 -

Urt	Deutlich überwiegende Begehungsweise
6	Bauernfänger
7	Heirats- und DarlehensB
19,21	B im Zusammenhang mit Zuhälterei
25	Scheck- und WechselB
27	MildtätigkeitsB
34	Warenherlangungs- und LeistungsB, ZechB, DarlehensB
36	ZechB
38	ZechB, B zur Erlangung kleinerer Darlehen
39	FalschgeldB
41	Hochstapelei, WechselB
43	ProvisionsB (fingierte und gefälschte Aufträge)
45	Heirats- (Darlehens-)B
46	Bauernfänger
47	Zech-, Logis- und DarlehensB, MildtätigkeitsB
50,53	HeiratsB
61	DarlehensB
62	ZechB, DarlehensB
68	schwindlerische Warenverkäufe
69	VorschussB
72	ZechB
73	DarlehensB gegenüber Arbeitskameraden
74	Heiratsschwindel (Hochstapelei)
82	WarenlieferungsB (verknappte Waren)
83	Zech- und LogisB
	- Weibliche Verurteilte 1934 - 1945 -
84w	B zur Erlangung kleiner Darlehen

Tabelle 13:

Täter mit eindeutigem Übergewicht beim Betrug

- Männliche Verurteilte 1951 - 1953 -

Urt	Deutlich überwiegende Begehungsweise
101	ScheckB
102	Warenlieferungs- und LeistungsB
103	MildtätigkeitsB
109	Heimkehrerschwindel
111	UnterstützungsB
112	Heimkehrerschwindel, HeiratsB

(Fortsetz.S.43)

Fortsetzung Tabelle 13 (S.42)

Urt	Deutlich überwiegende Begehungsweise
113	ohne nähere Angaben
116	Heimkehrer- (auch Mildtätigkeits-)B, WarenlieferungsB
118	Warenerschwindelung, ZechB, VerdingungsB
123	KonkursB
127	WarenlieferungsB
128	VertreterB (fingierte Aufträge und Inkasso)
129, 134	WarenlieferungsB
139	ohne nähere Angaben
148	Ausnutzung der Kenntnis strafbarer Handlungen anderer
152	VertreterB (fingierte Aufträge, Verpfändung von Mustergeräten, Inkassoschwindel)
153	VertreterB (fingierte Aufträge)
164	Heiratsschwindel (Hochstapler)
172	Zech- und LogisB, Erschwindelung von Waren und Anzahlungen
- Weibliche Verurteilte 1951 - 1953 -	
176w	VertreterB (Auftrags- und Inkassoschwindel), Hochstapelei
177w	DarlehensB (Ausnutzung des Verhältnisses zu Männern)
179w	Hochstapelei
181w	B im Zusammenhang mit Beschäftigung in einem Amüsierlokal amerikanischer Truppen

II: Betrugstaten unter Vorspiegelung nicht vorhandener persönlicher Eigenschaften (Persönliche Betrügereien)

Hierher gehören zunächst die Täter, die Mitleid erregen wollen, um auf diese Weise zu Geld oder Gegenständen zu kommen. Ich möchte sie hier als "Kleintuer" bezeichnen, denn das ist der Faktor, der dieser Gruppe gemeinsam ist.

So gehen vor allem die Bettelbetrüger¹⁾ vor, aber auch die gerade für die Nachkriegszeit typischen Heimkehrerschwindler²⁾, die oft ein grauenhaftes Gefangenenschicksal vorschwindeln, um das Mitleid der Leute zu erregen. Schliesslich gehen in ähnlicher Weise die angeblich politisch Verfolgten oder angeblichen Flücht-

1) z.B. 47.

2) 109, 128, 116 (symptomatisch für diesen Täter sind auch ideell konkurrierende Delikte nach § 271, da er sich laufend falsche Papiere erschwindelte) 143 (mit hochstaplerischem Einschlag).

linge¹⁾ vor. Ein Täter hat es dabei verstanden, sich in der nationalsozialistischen Zeit als verfolgter Nationalsozialist, heute als verfolgter Demokrat und als KZ-Opfer auszugeben²⁾! Ein Täter, der - allerdings als Krimineller - tatsächlich im Konzentrationslager Mauthausen war und heute an einer Knochentuberkulose erkrankt ist, versuchte Mitleid mit seiner ekligen, offenen Wunde zu erwecken, indem er vorspiegelte, diese sei auf Mißhandlungen im KZ zurückzuführen³⁾. Einem Opfer entlockte er in der Zeit vor der Währungsreform 12.000,-- RM, indem er vorgab, dass für ihn als ehemaligen KZ-Insassen ein günstigerer Notenumtausch vorgesehen sei. Einem anderen erzählte er, er müsse in Nürnberg bei den Kriegsverbrecherprozessen über die Vorgänge im KZ Mauthausen als Zeuge aussagen, habe aber keinen Anzug; so erschwindelte er sich einen Anzug, eine Uhr und 500,-- RM Reisegeld.

Verwandt mit diesen Betrügereien sind die Schwindeleien, bei denen die Täter als angebliche Sammler für Missionen oder Wohlfahrtsorganisationen auftreten.

Wegen vieler Übereinstimmungen gehören in diese Gruppe auch die sog. "Grussbesteller"⁴⁾, die unter dem Vorwand, von Mitgefangenen, Mithäftlingen, Frontkameraden usw. beauftragt worden zu sein, Grüße zu bestellen, Angehörige und Freunde aufsuchen, sich dort bewirten lassen und schliesslich auch bereit sind, dem Kameraden Geld oder Päckchen zu überbringen bzw. diese Gegenstände in das Gefängnis oder Lager "auf Grund ihrer guten Beziehungen" einzuschmuggeln. Einer der Täter kombinierte die Methode damit, dass er während des Krieges Angehörige von Kriegskameraden dadurch zur Hergabe erheblicher Geldbeträge bestimmte, dass er angab, er werde zur Truppe ins besetzte Gebiet zurückkehren und dort könne er für sie auch Stoffe kaufen und nach Deutschland zurückbringen⁵⁾. Der Täter rechnete natürlich damit, dass von einer Anzeige wegen des Verbots, sich Stoffe aus dem besetzten Ausland zu beschaffen, abgesehen würde.

1) 107

2) 96

3) 103

4) 62, 73 (Feldpäckchenschwindel), 96 (der Täter suchte die Frau eines Zellengenossen auf), 118; weiblich: 175w (stiehlt auch während ihrer Besuche).

5) 63.

Viel bekannter und weitaus gefährlicher sind die Täter, die als mehr erscheinen wollen, als sie tatsächlich sind. Ich bezeichne sie hier als "Grosstuer" (und "Wichtigtuer").

Hauptform sind die Hochstapler¹⁾, die wieder in den mannigfachsten Formen auftreten. Ein typischer Vertreter dieser Art, der früher einmal Masseur und Krankenpfleger war, gab sich als Arzt aus; er machte sich seine Wirtin in ehebrecherischer Weise geschlechtlich hörig und veranlasste sie bald auch zur Hergabe grösserer Darlehen. Mit dem so erlangten Geld spielte er sich überall als der "Geldmensch" auf; als das Geld ausging, betrog er andere auf ähnliche Weise²⁾.

Gerade bei dieser Begehungsform sind auffallend viele Frauen vertreten.³⁾

In diese Gruppe gehören weiter die Betrüger, die vorgeben, den Opfern Sachen⁴⁾ oder Arbeit⁵⁾ beschaffen zu können (Sach- oder Arbeitsbeschaffungsschwindler). Sie sind kaum von den reinen Hochstaplern zu unterscheiden. Kennzeichnend für sie ist meist die Ausnutzung irgendeiner Notlage. der Opfer.

Schon nahe an Erpressung grenzen die Amtsanmassungsbetrügereien. In ihnen spiegelt sich das Zeitgeschehen in umgekehrter Weise wie bei den angeblich politisch Verfolgten wider. So gab sich ein Täter. im Kriege unter Berufung auf ein unberechtigt getragenes Parteiabzeichen als SS-Mann von der Gestapo (bezw. als Polizeibeamter) aus, der die Preise kontrollieren müsse; er erwies sich dann auch als bestechlich⁶⁾.

1) 41, 74 (Offizier, Träger hoher Orden - typisch für die Kriegszeit), 107.

2) 56.

3) 176w (Täterin war früher mit einem Adligen verheiratet), 179w (die Angeklagte gab sich in einem Fall als Frau Dr. B aus und bestellte einen Präsentkorb; darauf verlangte sie einen Teil "sofort zum Mitnehmen", der Rest wurde an eine erfundene Adresse abgerufen); 180w.

4) 68, 135, 112 (unter Ausnutzung der Koreakrise).

5) 134 (der Täter spiegelt Arbeitsuchenden vor, er könne eine Arbeitsstelle verschaffen, sie müssten allerdings ein Arbeitsgerät mitbringen, das er ihnen beschaffen könne" dafür lässt er sich Geld geben und verschwindet). 129 (Opfer seiner Taten waren ausschliesslich Mitgefangene).

6) 77.

Typisch für die Nachkriegszeit ist folgender Fall:¹⁾

Der Täter hörte von einem Mithäftling, dass eine Witwe ein Gewehr versteckt hatte. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis begab er sich zu ihr und versprach, die Wirkungen einer angeblich bereits erfolgten Anzeige zu vereiteln, da er auch bei der SS gewesen sei; jetzt sei er bei den Franzosen bei 500 Mark Gehalt angestellt. Er nächtigte bei der Witwe und verkehrte auch geschlechtlich mit ihr. Mehrmals lockte er Geld aus ihr heraus und gab ihr Schuldscheine dafür, um sie in Sicherheit zu wiegen. Das Geld hat er zusammen mit anderen, die er freihielt, sinnlos verprasst. Auch später nützte er in ähnlicher Weise irgendwie seine Kenntnis von strafbaren Handlungen seiner Opfer aus.

"Zeitlos" sind dagegen die Betrügereien eines Verurteilten, der unter dem Vorwand, er sei Entstörer der Post, die Ausführung irgendwelcher Arbeiten vortäuschte und dafür Gebühren erhob²⁾. Ein anderer Täter³⁾ spiegelte vor, er könne auf Grund seiner guten Beziehungen Gefangene nach Hause bringen; er verstand es auf diese Weise, Geld von Angehörigen herauszulocken.

Auch die Heiratsschwindler⁴⁾ sind meist (aber nicht notwendigerweise) hochstaplerische Typen. Unter allen im untersuchten Aktenmaterial vorkommenden Betrügern sind sie - lässt man die Zeitverhältnisse ausser Betracht - am häufigsten und nur unter den männlichen Tätern vertreten.

III: Gegenständliche Betrügereien

Bei einer weiteren grossen Gruppe von Betrugstaten werden - unabhängig von der Vorspiegelung bestimmter persönlicher Eigenschaften - bestimmte Leistungen in Aussicht gestellt bzw. für eine bereits erbrachte Leistung bestimmte Eigenschaften versichert. Man kann diese Taten zusammenfassen unter dem Begriff "gegenständliche Betrügereien".

1) 148.

2) 116.

3) 112.

4) 7, 50, 53, 64, 74 (mit typisch hochstaplerischem Einschlag), 112, 117, 130, 135, 164.

Die Unterscheidung zwischen Betrügereien unter Inaussichtstellung einer Leistung und Vortäuschung einer angeblich bereits erbrachten Leistung deckt sich nicht mit der im Strafrecht gebräuchlichen des Eingehungs- und Erfüllungsbetrugs, wenn auch manche Fälle des Eingehungsbetrugs zur ersten Art, manche Fälle des Erfüllungsbetrugs zur letzteren Art gehören.

Zu den Betrügereien unter Vortäuschung des Leistungswillens und der Leistungsmöglichkeit gehört vor allem die grosse Gruppe der Zechpreller, die trotz der wegen der meist geringen Schadenshöhe erheblichen Dunkelziffer auch in den untersuchten Akten häufig vertreten ist¹⁾.

Ebenfalls Geldleistungen werden von den Scheck- und Wechselbetrügern in Aussicht gestellt, meist ohne dass eine Zahlungsmöglichkeit vorhanden ist²⁾. Oft verbunden sind diese Betrügereien mit Fälschungshandlungen: Der mit falschem Namen unterzeichnete Scheck stellt nur eine intensivere Form dieser Betrügereien dar³⁾.

Auch der Darlehensbetrug⁴⁾ gehört hierher. Die mitunter sehr gewissenlosen und gemeinen Täter handeln oft mit besonderer Raffinesse, wie folgender, vom Schöffengericht Freiburg abgeurteilter Fall⁵⁾ zeigt:

A suchte den Landwirt K im Februar 1935 dreimal auf und setzte ihm durch unaufhörliches Zureden derart zu, dass dieser trotz langen Sträubens schliesslich doch Zutrauen zu ihm fasste. K. überredete endlich seine Mutter, dem A ihr Spargeld (100 Mark) für ein angeblich sehr gewinnbringendes Geschäft leihweise zur Verfügung zu stellen. A machte daraufhin mit K auf dessen Kosten eine gemeinsame Fahrt nach Pforzheim; dort händigte er ihm, nachdem er ihn zunächst gründlich an der Nase herumgeführt hatte, ein Päckchen aus, welches angeblich Platindraht für 500 - 600 Mark enthielt, in Wirklichkeit aber wertlos war. Das Päckchen sollte K als Sicherheit für das von ihm für den angeblichen Ankauf nochmals hingebene Geld (61 RM) behalten. In Wirklichkeit hatte A mit dem Geld Waren für seinen Hausierhandel gekauft.

1) 4, 62, 72 (der Täter liess zum Schein seine Kopfbedeckung zurück), 101, 143, 172.

2) 101, 128.

3) 25, 41.

4) 7, 23, 102.

5) 23.

Schon in früheren Verfahren hatte derselbe Täter mit dem Trick gearbeitet, er habe auf der Post ein Wertpaket mit Platin einzulösen, mit dem sich ein gutes Geschäft machen liesse.

Ähnlich gelagert ist folgender vom Landgericht München I 1951 abgeurteilter Fall¹⁾:

Zuerst schwindelte der Angeklagte einem Taxifahrer vor, er müsse einen wertvollen, verpfändeten Brillantring einlösen und veranlasste ihn, ihm DM 170,- zu geben. Darauf ging er mit dem Taxifahrer an das angegebene Haus, verliess dieses aber durch den rückwärtigen Ausgang.

Wenige Tage später spiegelte er einem Antiquitätenhändler vor, er habe in der Handelskammer bei einem Regierungsrat eine Kasette mit Schmuck im Werte von 15 - 20.000 DM hinterstellt, die er nur gegen 3.000 DM einlösen könnte. Mit dem Versprechen, dem Händler den Verkauf dieses Schmuckes in Kommission zu geben, bestimmte er ihn, ihm die 3000 DM zu geben. Beide gingen zur Handelskammer; dort liess er den Händler im 2. Stock warten, während er über den 3. Stock das Haus verliess.

Nachdem das Geld auf dem Oktoberfest in wenigen Tagen mit Mädchen und in grosser Gesellschaft, die er freihielt, verprasst war, versuchte er einen Bankier auf ähnliche Weise zu betrügen; dieser ging zum Schein darauf ein, liess ihn aber von der Polizei festnehmen.

In vieler Beziehung ähneln diesen Betrugshandlungen die grossen Kreditbetrügereien, einschliesslich der betrügerischen Konkursverfahren²⁾.

Ein Leistungswille in Bezug auf Arbeitsleistungen wird vorge-täuscht beim Verdingungs- und Handgeldbetrug³⁾, der in den vorliegenden Urteilen ausschliesslich von landwirtschaftlichen Arbeitern begangen wurde.

Auch bei den Betrugshandlungen unter Vortäuschung einer ordnungsgemässen Leistung soll mit den Tätern, die in den Einzelfällen meist den kleinsten Schaden verursachen - und deren Bedeutung deshalb vielfach unterschätzt wird - begonnen werden: den Hausierbetrügern⁴⁾.

Weiter gehören hierher in der Regel die Auftrags- und Provisions-schwindler (Vertreterbetrüger), die einerseits durch Schlecht-lieferung oder durch Einforderung eines Vorschusses ohne Weiter-

1) 102.

2) 123.

3) 118 (der Angeklagte schädigte 58 Bauern um insgesamt 796 DM), 147.

4) 126.

leitung des Auftrages oder durch Vortäuschung einer in Wirklichkeit nicht vorhandenen Inkassoberechtigung die Kunden schädigen¹⁾, andererseits durch Vorlage fingierter oder gefälschter Aufträge Provisionen erschwindeln²⁾.

Nur zeitbedingt ist die Begehungsart einer Täterin, die mit falschen Lebensmittelkarten arbeitete³⁾.

Eine Begehungsart, die weder rein persönlicher, noch gegenständlicher Art ist, enthält ein Urteil des Landgerichts München⁴⁾: Der Täter hatte in einem Büro eines Steinmetzgeschäfts Rechnungsformulare und mehrere Seiten eines Geschäftsbuchs gestohlen; er suchte einige der Schuldner auf, kassierte und quittierte auf den entwendeten Formularen.

IV: Reine Fälschungsdelikte

Eng verwandt mit den Betrügereien sind die reinen Fälschungsdelikte, die im Unterschied zu dem mit Fälschungen begangenen Betrug⁵⁾ nicht auch nach § 263 StGB verfolgt werden, sei es wegen der Spezialität gewisser Fälschungsdelikte, sei es, weil die Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, fehlt oder nicht nachweisbar erscheint.

Auch solche Täter kommen in den untersuchten Akten vor: Ein Verurteilter wegen Falschmünzerei⁶⁾ und einer wegen mehrmaliger falscher Angaben im Gefangenenbuch (unter dem Gesichtspunkt der mittelbaren Falschbeurkundung, § 271 StGB)⁷⁾.

Daneben ist bei einer Reihe von Tätern, deren Gewohnheitsverbrechereigenschaft ausschliesslich aus ihren Betrügereien hergeleitet wurde, die Begehung selbständiger Fälschungsdelikte symptomatisch⁸⁾.

1) 70, 176w (Der Täter nahm Anoncenaufträge an für einen Lesezirkel, obwohl dieser in dem betreffenden Gebiet garnicht verbreitet war), 127, 128, 172.

2) 43, 128, 152, 153, 172.

3) 91w.

4) 107.

5) Vgl. 43 (Fälschung von Bestellscheinen)

6) 39.

7) 140.

8) z.B. 116 (+§271), 43 (+§268 a.F.).

V: Erpressung

Der einzige in den Akten gefundene Erpresser hat sich als Mittel seiner Taten der Amtsanmassung bedient¹⁾. Die Begehungsart ist für die Nachkriegskriminalität in Deutschland besonders typisch:

V hatte sich mit K zusammengetan. Am 20.8.1948 beobachteten sie am Hauptbahnhof einen Mann, der geschmuggelte Zigaretten anbot. Sie hielten ihn an, wiesen sich durch Vorzeigen gefälschter Ausweise als CIC-Beamte²⁾ aus und beschlagnahmten seinen Warenvorrat, 2 Stangen Zigaretten. Noch im Laufe desselben Tages bemerkten sie, wie der Mann wiederum seinem Gewerbe als Schwarzhändler nachging. Sie stellten ihn erneut und nahmen ihn mit in das Hotel in dem sie wohnten. Dort "verhörten" sie ihn und nahmen ihm seine Aktentasche samt Inhalt, nämlich 6 Stangen Zigaretten, 2 Tafeln Schokolade und 230 DM Bargeld weg. V sagte dem Schwarzhändler, er werde einen Teil seiner Sachen wieder zurückerhalten, wenn er ihnen andere Schwarzhändler verrate. Dieser nannte ihnen daraufhin einen Bekannten (W) und erzählte ihnen, dass dieser am nächsten Tag am Bahnhof eintreffe. Am 21.8. trafen V und K den W am Bahnhof, sie gaben sich wieder als CIC-Beamte aus, nahmen auch ihn in ihr Hotel mit und nahmen ihm dort 2 Goldplomben, 2 Eheringe, 1 Goldmünze und 116 DM weg. Dann erzählte V dem W, dass der andere (H) ihn verraten habe. Darüber war W erbost und er verriet aus Rache seinerseits, dass H in seiner Wohnung ein reichhaltiges Warenlager habe. Er besorgte sich einen Schlüssel zu der Wohnung des H und führte den V hin. Dort fielen dem V 120 Stangen Zigaretten, 26 Karton Schokolade, 2 Ringe, 3 Herrenanzüge, Wäsche und sonstige Kleinigkeiten, sowie 2500 DM Bargeld in die Hände. Er erklärte alles für beschlagnahmt, verpackte die Sachen in einem dem H gehörenden Koffer und gab daraufhin dem K dessen eigene Sachen und die 116 DM wieder zurück. Der Gesamtschaden des H betrug über 5000 DM. Später tat sich V mit einer Frau (S) zusammen. Sie arbeiteten auf folgende Weise: V gab sich wieder als CIC-Beamter aus, suchte Bauern auf und erpresste von ihnen durch die Drohung sofortiger Festnahme wegen Schwarzschlachtung "Kautionen"; der Tatbeitrag der S bestand darin, dass sie einen amerikanischen Freund zur Teilnahme an den Fahrten überredete, damit die Aktion durch die Anwesenheit eines Amerikaners in Uniform an Glaubwürdigkeit gewänne. - Der Erlös wurde geteilt.

VI: Ergebnisse

Die geschilderten Fälle beweisen, dass der Betrug in seinen kriminologischen Erscheinungsformen wie kein anderes Delikt

1) 132.

2) CIC = Criminal Investigation Corps (Kriminalbeamte der damaligen amerikanischen Besatzungsmacht).

"wesentlich durch die Entwicklung von Technik und Verkehr, Konjunktur und Krise, Vielgestaltigkeit der Handelsbeziehungen u.a.m. beeinflusst wird"¹⁾, in den Akten wird darüber hinaus der besondere Einfluss der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse deutlich; viele Betrugsarten beruhen auf der Ausnutzung von Zeiterscheinungen²⁾, die über das ganze Land oder auch nur lokal verbreitet sein können.

Tabelle 14:

Zusammenstellung der aufgetretenen
Betrugsbegehungsweisen

Begehungsweise	1935 - 1944		1951 - 1953		Gesamt	
	M	W	M	W	M	W
Erschwindelung von Waren u. Leistungen (nicht Geld)	2	-	5	-	7	-
ZechB insbes.	9	-	2	-	11	-
LogisB insbes.	5	-	1	-	6	-
Erschwindelung von Zahlungen für versprochene Lieferungen oder Leistungen (einschl. HandgeldB)	6	-	10	1	16	1
ProvisionsB (fingierte u. gefälschte Aufträge insbes.)	1	-	3	-	4	-
InkassoB insbes.	-	-	3	2	3	2
Scheck- und WechselB	3	-	1	-	4	-
DarlehensB	11	2	3	2	14	4
Heiratsschwindel insbes.	6	-	5	-	11	-
Hochstapler insbes.	2	-	2	2	4	2
UnterstützungsB (einschl. Heimkehrer und Grußbesteller)	-	-	7	1	7	1
MildtätigkeitsB	4	-	2	1	6	1
B beim Absatz gestohlener Gegenstände	-	-	3	-	3	-
B im Zusammenhang mit Zuhälterei	2	-	-	-	2	-
Sonstiger B (bezw. unvollständige Angaben)	4	2	3	1	7	3
	55	4	50	10	105	14

Eine Betrachtung der einzelnen Urteile zeigt, dass in nahezu allen Fällen der Verurteilungen wegen Betrugs der einzelne Ge-

1) Niggemeyer, Betrug, S. 7.

2) So auch Zirpins, a.a.O., S. 15 und 18.

wohnheitsverbrecher mehrere, oft eine Vielzahl von Einzeltaten begangen hat, jedoch lassen sich meist Hauptrichtungen feststellen, Gruppen ähnlicher Taten, die für den einzelnen Täter symptomatisch sind. In dieser gesteigerten Zahl von Einzeltaten bei Rückfällen zeigt sich gerade die besondere Gefahr auch der Täter, bei denen der Schaden im Einzelfall recht gering sein mag. Hellmer¹⁾ fand bei 76 Betrügern, bei denen der Hergang der Tat aus dem Urteil ersichtlich ist, a) 14 Fälle des einfachen Darlehensschwindels, b) 13 Heiratsschwindler und c) 10 Logis-, Zech- und Mietschwindler und d), e) und f) je sechs Fälle des An- und Abzahlungsbetrugs, des Vertreterschwindels und des Verwertungsbetrugs. Dem entsprechen im vorliegenden Material für 1934 - 1945 von 55 Urteilen gegen männliche Angeklagte:

a) 11 - b) 6 - c) 14 - d) 8 - e) 4 - f) 0.

Die Zahlenwerte entsprechen sich etwa bei a) und e), während hier bei c) und d) ungefähr die Täterquote doppelt so hoch, bei b) und f) wesentlich niedriger ist.

Von 50 Urteilen gegen männliche Verurteilte 1951 - 1953 entfallen auf die Gruppen

a) 3 - b) 5 - c) 3 - d) 15 - e) 7 - f) 3,

Das bedeutet eine erhebliche Zunahme vor allem der An- und Abzahlungsbetrügereien und des Vertreterschwindels.

In der Untersuchung von Sauter²⁾ sind beim Rückfallbetrug sowohl die Zahl der unter diesen Voraussetzungen begangenen Taten, als auch der so handelnden Täter in eine Beziehung zu den Zahlen beim gewöhnlichen Betrug gebracht worden. Sauter findet, dass 21,3 % aller Betrugshandlungen unter den Rückfallvoraussetzungen begangen wurden, aber nur 17,2 % aller Betrugstäter waren wegen Rückfalls Verurteilte. Die Divergenz erklärt Sauter - wohl richtig - damit, dass es viel häufiger der Fall ist, dass der Rückfallbetrüger wegen mehrerer Taten abgeurteilt wird, als der gewöhnliche Betrüger. Sauter glaubt damit einen sicheren Anhaltspunkt dafür gefunden zu haben, dass der dem Betrug an sich be-

1) Hellmer, a.a.O., S.44.

2) Sauter, a.a.O., S.93.

reits anhaftende "Zug zum chronischen"¹⁾ beim Rückfallbetrüger noch entschieden deutlicher hervortritt²⁾. Das kann nach der vorliegenden Untersuchung für die Gewohnheitsbetrüger nur unterstrichen werden!

§ 13: Gefährliche Gewohnheitsabtreiber

Bei den untersuchten wenigen Fällen weist die Abtreibung meist eine Mittelstellung zwischen einem Bereicherungs- und einem Sittlichkeitsdelikt auf. Zwei Täter³⁾ ⁴⁾ sind als gefährliche Gewohnheitsabtreiber verurteilt worden; beide Täter nahmen für die Abtreibungshandlungen ein Entgelt entgegen; sie missbrauchten die Frauen, die zu ihnen kamen, anlässlich der Abtreibungshandlungen aber auch geschlechtlich. Der zweitgenannte Täter hatte im September 1952 mit seiner Schwiegertochter, in deren Haushalt er lebte, Geschlechtsverkehr; als sie sich dann schwanger fühlte, trieb er die Leibesfrucht ab und missbrauchte jeweils vor den wiederholten Abtreibungshandlungen die Schwiegertochter geschlechtlich. So ging er auch bei den anderen Frauen, die zu ihm kamen, vor; es war ihm dabei gleichgültig, ob diese jung oder alt, ledig oder verheiratet waren; einer so missbrauchten Frau, deren geringe Intelligenz er erkannte, machte er vor, nur im Anschluss an einen Geschlechtsverkehr mit ihm könne die Abtreibungshandlung Erfolg haben.

Bezeichnend ist, dass beide Täter im Zeitpunkt der zur Verurteilung führenden Taten bereits 53 bzw. 51 Jahre alt waren. Nach der Untersuchung Kriegers⁵⁾ betrug das Durchschnittsalter gewerblicher Abtreiber 52 Jahre. Krieger erklärt es damit, dass ältere Personen viel mehr das Vertrauen der Schwangeren besitzen. Hinzu kommt m.E. noch der - auch von Krieger bestätigte - Umstand, dass die Abtreibungsdelikte im Spiegel der Strafhöhen

1) Sauer, a.a.O., S.422.

2) Sauter, a.a.O., S.94.

3) 133 (Der Täter befasste sich seit 1927 laufend mit Abtreibungen).

4) 160.

5) Krieger, a.a.O., S.43.

und der darin zum Ausdruck gekommenen Unrechtswertung von den Gerichten sehr zurückhaltend beurteilt werden, vor allem auch, soweit es die Voraussetzungen der Gewerbsmässigkeit betrifft.

§ 14: Gefährliche Sittlichkeitsverbrecher

Eine sehr grosse Zahl von Tätern ist gerade in den Jahren 1951 - 1953 in den untersuchten Akten wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilt worden¹⁾, besonders von solchen Landgerichten Bayerns, die ein überwiegend ländliches Hinterland haben.

Im wesentlichen sind die Sittlichkeitsdelikte in vier Erscheinungsformen vertreten: Homosexualität, Exhibitionismus vor Kindern und Vornahme unzüchtiger Handlungen (nicht homosexueller Art) an Kindern, Zuhälterei und Kuppelei, Notzucht. Ein Urteil, das zwar nur wegen Körperverletzung ergangen war, betraf im Grunde ebenfalls ausschliesslich Misshandlungen von Frauen aus sexuellem Motiv. Die Urteile wegen Zuhälterei hatten jeweils auch im Zusammenhang mit der Zuhälterei begangene Betrügereien zum Gegenstand.

Tabelle 15:

Gesetzesbestimmungen, nach welchen die Täter verurteilt wurden, a) 1934 - 1944

§§ des StGB	Urt
175a Ziffer 3	66
175a Ziff.3, 176 I Z.3	80, 81
176 Abs.1, Ziff.3	30, 71, 17, 18
181a	19, 21
223	26

Tabelle 16:

Gesetzesbestimmungen, nach welchen die Täter verurteilt wurden, b) 1951 - 1953

§§ des StGB	Urt
175a Ziffer 3	155
175a Z.3, 176 I Z. 3	93, 95, 97, 99, 100, 105, 121, 122, 149, 154
176 Abs.1 Ziff.3	145, 92, 98, 174
177	159 (+§176 I Z.1), 160 (+§ 218 III), 167

I: Homosexualität

Die Gefährlichkeit des Homosexuellen beruht vor allem auf der Einsichtslosigkeit gegenüber der Abwegigkeit ihres Verhaltens. Hierin liegt auch der Ursprung der latenten Bereitschaft des Homosexuellen, seine Umgebung zu gleichgeschlechtlicher Unzucht zu verführen. Wie ein Süchtiger ist der Homosexuelle bestrebt, immer wieder und oft mit erstaunlicher Energie darauf hinzuwirken, dass auch der Nächste sich gleichgeschlechtlich betätige¹⁾. Hierauf ist der hohe Anteil der einschlägig Vorbestraften bei den Verurteilungen nach § 175a StGB²⁾ zurückzuführen.

Unter den gefährlichen Sittlichkeitsverbrechern nehmen die Homosexuellen den breitesten Raum ein; weitaus die meisten von ihnen sind, wie die Tabellen zeigen, gefährliche Jugendverderber, die sich sogar an Kindern unter 14 Jahren vergangen haben.

Typisch für eine ganze Reihe von Tätern ist hierbei, dass sie sich die Opfer durch Geschenke gefügig gemacht haben³⁾; andere Täter verwenden wieder andere Lockmittel, wie eine elektrische Eisenbahn, mit der der Junge spielen darf⁴⁾, die Mitnahme auf Motorradfahrten⁵⁾, Bewirtung mit Nahrungs- und Genussmitteln (Alkohol, Zigaretten, Süßigkeiten)⁶⁾.

Die jugendlichen Opfer wurden durch Gespräche über sexuelle Dinge oder durch Vorzeigen pornographischer Bilder oder Literatur zu den Unzuchtshandlungen angereizt⁷⁾.

Ein besonders anschauliches Beispiel für das Vorgehen solcher Täter gibt ein Urteil des Landgerichts Traunstein⁸⁾:

-
- 1) Grabsberger, a.a.O., S.70.
 - 2) Doetsch, a.a.O., S.43 fand im Landgerichtsbezirk Koblenz in den Jahren 1945 bis 1949 unter 21 Abgeurteilten 6 (=2/7) einschlägig Vorbestrafte. Bei den wegen Unzucht mit Kindern Abgeurteilten waren von den Mädchenschändern 12 (=1/8), von den Knabenschändern 8 (=1/2) einschlägig vorbestraft (a.a.O.S.44).
 - 3) 97 (Geld für Speiseeis, Kaffee und Kuchen), 121, 100 (Silberpapier und Geld), 154 (10 Pfennig), 155.
 - 4) 80.
 - 5) 122.
 - 6) 81, 99.
 - 7) 80, 99, 122.
 - 8) 99.

Der Täter freundete sich mit Knaben an und lud sie bald in Gruppen zu sich in sein Zimmer ein. Dort suchte er den Jugendlichen den Aufenthalt angenehm zu machen, indem er ihnen Zigaretten verabreichte und mit ihnen Karten spielte. Dabei verstand er es, das Gespräch auf sexuelle Dinge zu lenken und reizte dadurch in verfänglicher Weise die Neugier und die Triebhaftigkeit der Jungen. So gelang es ihm schliesslich, die Jungen zu gegenseitiger, auch gruppenweiser Onanie, teilweise sogar zum After- und Mundverkehr zu verführen. Im ganzen trieb er sein Unwesen mit 7 Jungen im Alter von 13 bis 18 Jahren in insgesamt mindestens 200 Einzelfällen. Er gründete eine "Jugendgruppe" und animierte die Knaben vor allem durch Geld- und Zigaretten geschenke zum Wiederkommen¹⁾.

Ein anderer Täter, der ebenfalls eine ganze Gruppe um sich versammelt hatte, ersann eine eigene "Religion", bei der die Betätigung des Geschlechtstriebes verherrlicht und mit einem Gotteskult verknüpft wurde; in den "Gottesdiensten" wurden dann gemeinschaftlich die Unzuchtshandlungen verübt²⁾.

Bezeichnend ist übrigens, dass von allen homosexuellen Tätern nur zwei u.a. auch mit gleichaltrigen, erwachsenen Männern Unzucht getrieben haben³⁾.

II. Unzucht mit Kindern (ausser Homosexualität)

Häufig vertreten sind auch solche Täter, die anstelle vollendeten homosexuellen Verkehrs sich sexuelle Befriedigung durch Vornahme anderer unzüchtiger Handlungen an Kindern (reine Form der Verbrechen nach § 176 Abs. 1 Ziff. 3 StGB) verschaffen, meist sogar schon durch das blosse Zurschaustellen ihres Geschlechtsteils bei geflissentlichem Betrachten durch Kinder Wollustgefühle empfinden. Als Exhibitionisten treten manche solche Täter auch gegenüber Erwachsenen auf und machen sich dann unter dem Gesichtspunkt der Erregung öffentlichen Ärgernisses (§ 183 StGB) strafbar; Täter, die sich nur gegenüber Erwachsenen exhibieren, kommen in den untersuchten Akten als gefährliche Gewohnheitsverbrecher allerdings nicht vor.

1) Zwei weitere Täter, die Gruppenverkehr ebenfalls bevorzugten und bei denen es auch zu Perversionen wie After- und Mundverkehr kam: 121, 149.

2) 105.

3) 122, 159.

Kinderschänder neigen in erheblichem Umfang zum Rückfall. Obwohl für das Delikt Zuchthaus angedroht ist, machen die Gerichte von dieser Strafdrohung nur verhältnismässig selten Gebrauch¹⁾. Da aber bereits bei der ersten Verurteilung die Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis bei Zubilligung mildernder Umstände nicht unterschritten werden darf, scheuen die Gerichte bei Rückfällen nicht vor erheblich höheren Strafen zurück. Hieraus erklärt sich, dass trotz des oft späten Beginns der Kriminalität und einer geringeren Anzahl von Vorstrafen die Gerichte recht bald zur Beurteilung der Täter als gefährliche Gewohnheitsverbrecher kommen. Meist vergehen sich die Täter an kleinen Mädchen^{2) 3)}. Willensschwache und haltlose, auch gerade ältere Männer sind besonders häufig vertreten. Oft verstehen es diese gefährlichen Jugendverderber, sich den Anschein eines grossen Kinderfreundes zu geben.⁴⁾

Es kommen auch Täter vor, die sowohl vor Mädchen als auch vor Knaben exhibieren und die die Knaben auffordern, bei ihnen zu onanieren⁵⁾. Täter, die lediglich Knaben an sich ziehen, kommen in der Form blosser Exhibition in den Akten nicht vor; beim Umgang nur mit Knaben kam es immer zu Berührungen, die wenigstens als Versuch der Onanie beurteilt werden konnten.

III. Zuhälterei

Kriminologisch anders geartet sind die Fälle der gewerbsmässigen Kuppelei und Zuhälterei, bei denen es dem Täter auf einen Erwerb aus den von der Rechtsordnung nicht gebilligten geschlechtlichen (unzüchtigen) Beziehungen ankommt. In den Akten sind lediglich zwei Täter wegen Zuhälterei (§ 181 a StGB) verurteilt worden⁶⁾. Charakteristisch bei beiden Tätern war die Arbeitsscheu. Beide Verurteilungen sind in der Vorkriegszeit im Bezirk nur eines

1) Niggemeyer, Sittlichkeitsdelikte, S.12.

2) 30, 71, 92, 98 (ausgesprochener Exhibitionist), 145 (Exhibitionist, der in eine Kinderschule ging, um dort den noch nicht schulpflichtigen Kindern sein erregtes Glied zu zeigen, wobei er sie aufforderte, es in den Mund zu nehmen).

3) Doetsch, a.a.O., S. 44 fand in den Jahren 1945 - 1949 97 Mädchenschänder und 16 Knabenschänder.

4) z.B. 92.

5) 95.

6) 19, 21.

Landgerichts (Freiburg) erfolgt¹⁾.

IV: Notzucht und Gewalttaten aus sexuellem Motiv.

Schliesslich sind unter den Tätern einige wegen Notzucht bzw. sonstiger gewaltsamer Vornahme unzuchtiger Handlungen an Frauen Bestrafte²⁾.

Bei diesen Taten führt der Unrechtsgehalt der Taten bei Rückfall schon recht bald zur Verurteilung als gefährliche Gewohnheitsverbrecher. Der Anteil der wegen Sittlichkeitstaten Vorbestraften betrug nach Doetsch³⁾ im Landgerichtsbezirk Koblenz 1930 - 1935 4 von 34 Abgeurteilten, 1945 - 1949 6 von 34 Abgeurteilten. Bei den hier vorliegenden Fällen sind zwei der Täter mehrfach wegen Sittlichkeitsdelikten (darunter einmal bzw. zweimal wegen Notzucht) vorbestraft; der dritte Täter, der zugleich wegen Abtreibung verurteilt wurde, hat zwei Vorstrafen wegen Abtreibung.

Einer der Notzuchtstäter⁴⁾ beging im Grunde alle Arten von Sittlichkeitsdelikten mit Männern, Frauen oder Kindern beiderlei Geschlechts; auch kamen mehrmals anormale, perverse Züchtigungen zur Reizung seines Geschlechtstriebes vor. Weil es sich um einen ganz aussergewöhnlichen Fall handelt, seien die einzelnen Taten dieses Sittlichkeitsverbrechers in ihrer zeitlichen Reihenfolge aufgezählt:

- 1.) 2.8.51 nachts: Der Täter beging einen Notzuchtsversuch an einer 25-jährigen Hilfsschwester.
- 2.) September 51: Er zeigte einem 10-jährigen Jungen pornographische Abbildungen.
- 3.) Spätherbst 51: Er zeigte zwei 15-jährigen Jungen die gleichen Abbildungen, onanierte vor ihnen und brachte sie dadurch so weit, bei ihm ebenfalls zu onanieren. Später wiederholte er dies nochmals.
- 4.) Spätherbst 51: Der Angeklagte zog einem 8-jährigen Mädchen den Schlüpfer aus und griff an das entblösste Gesäss des Kindes.

1) Die Tatsache, dass in den Jahren 1951 bis 1953 in den über 30 Landgerichtsbezirken Baden-Württembergs und Bayerns nicht eine solche Verurteilung erfolgt ist, ist ein Zeichen dafür, um wieviel schwerer die Zuhälterei damals bewertet wurde, wenn man bedenkt, dass in diesem grossen Bezirk in der Berichtszeit 1934 - 1945 eine grosse Zahl von Verurteilungen erfolgt sein musste.

2) 159, 160, 167.

3) Doetsch, a.a.O., S.45.

4) 159.

- 5.) 13.11.51: Notzuchtsversuch an einer 31-jährigen Arbeiterin.
- 6.) Dezember 51: Gegenseitige Onanie mit einem 21-jährigen Mann.
- 7.) Februar 52: Sexuelle Befriedigung dadurch, dass er drei 13-jährige Jungen durch Schläge auf das entblösste Gesäss züchtigte.
- 8.) April 52: Der Täter zog einem 7-jährigen Mädchen den Schlüpf-fer aus und griff ihm an das entblösste Gesäss.
- 9.) April 52: Er griff zwei 10- und 13-jährigen Mädchen nach un-sittlichen Reden durch den Schlüpf-fer an ihren Geschlechtsteil.
- 10.) 13.5.52: Der Angeklagte griff zwei 11-jährigen Schülern an ihren entblössten Geschlechtsteil; als er dann seinen eigenen Geschlechtsteil herausholte, liefen die Knaben davon.
- 11.) 16.5.52: Notzuchtsversuch an 13-jährigem Mädchen.

Ein lediglich wegen Körperverletzung verurteilter Täter¹⁾ ist kriminologisch ebenfalls hier einzuordnen, da er der Frau die Ver-letzungen nur beibrachte, um sie gefügig zu machen und um dadurch eine sexuelle Befriedigung zu erlangen:

E hatte ein Verhältnis mit ständigem geschlechtlichen Umgang mit der D. Im Frühjahr 1935 schlug er die D mehrmals in aller Öffent-lichkeit auf der Strasse derart, dass jeweils Passanten einschreiten mussten. Am 15.3. packte er die D in Erregung an den Kleidern, warf sie zu Boden und würgte sie so, dass sie Würgemale, die noch lange Zeit sichtbar waren, davontrug; anschliessend weinte er und verkehrte schliesslich mit ihr geschlechtlich. Am 22.3. zerriss er der D am Dreisamufer an der Lessingstraße in Erregung die Klei-der, so dass ihre Brust entblösst wurde; die D floh vor ihm, wurde aber vor der elterlichen Wohnung von E erreicht. Dort würgte er sie, bis ihre Mutter dazu kam und ihn wegriss. Am 23.3. drohte er der D, sie zu erwürgen und veranlasste sie dadurch, erneut mit ihm zu gehen. Beim Bahndamm angelangt, packte er sie am Mantel, zog sie durch einen Wasserdurchlass auf die andere Seite des Bahndamms warf sie dort zu Boden und drückte seine Fäuste auf ihren Hals. Als die D sich wehrte, drückte er fester zu, bis die D anfang zu röcheln. Dann zog er sie an den Haaren zurück in den Wasserdurch-lasse und warf sie in die Wasserrinne, kniete mit beiden Knien auf ihren Leib, würgte sie mit der einen Hand am Hals und drückte die andere gefaustet auf ihr linkes Auge, so dass das Wasser in der Rinne über ihr Gesicht lief. Dann liess er sie los. Er sagte zu ihr: "Es hätte nicht viel gefehlt, dann wärest Du fertig gewesen!" Die D gestattete ihm darauf aus Angst vor weiteren Gewalttätig-keiten den Geschlechtsverkehr. Totschlagsversuch und Notzucht war vom Gericht teils aus subjektiven, teils aus Nachweisgründen verneint worden. - Der E war wegen ähnlicher Taten vorbestraft. -

Sexualmörder kommen in den untersuchten Akten nicht vor.

1) 26.

V: Ergebnisse

Tabelle 17:

Zahlenmässige Zusammenstellung der
Sittlichkeitsdelikte

	1935 - 1944	1951 - 1953	Gesamt
Unzucht mit Kindern -Mädchen-	4	3	7
Unzucht mit Kindern -Knaben-	2	10	12
Nur Verführung Minderjähriger zu gleichgeschlechtlicher Unzucht	1	1	2
Zuhälterei	2	-	2
Notzucht (1 x bei Abtreibung)	-	3	3
Körperverletzung aus sexuellem Motiv	1	-	1
ohne genaue Angaben	1	1	2
	11	18	29

§ 176 Abs. 1 Ziff. 3 StGB erweist sich auch hier als die im Rahmen der Sittlichkeitsdelikte am meisten von der gerichtlichen Praxis angewandte Bestimmung. Dabei wird angenommen, dass diese Straftaten seit dem Jahre 1938 um 55% zugenommen haben¹⁾. Im untersuchten Material beträgt der Anteil der Unzucht mit Kindern bei den Sittlichkeitsdelikten über 50% in den Jahren 1934 - 1945 und in den Jahren 1951 - 1953 mehr als 2/3. Hellmer²⁾ fand bei 29 Gewohnheitsverbrechern, die 1934 - 1945 wegen Sittlichkeitsdelikten verurteilt wurden, 12 Verurteilungen wegen Unzucht mit Kindern, also einen etwas geringeren Anteil. Diese Zunahme im Verhältnis der Verurteilungen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher entspricht also dem Vergleich der allgemeinen Kriminalität der Sittlichkeitsdelikte; sie ist - anders als der Vergleich der wegen Sittlichkeitsdelikten verurteilten Täter mit den Tätern von Vermögensdelikten - wohl kaum auf die Veränderung des Berichtsbereichs zurückzuführen, wie sich gerade aus dem Vergleich mit der Untersuchung Hellmers ergibt. Die allgemeine Zunahme dieser Delikte kann demnach auch im Rahmen der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher bestätigt werden.

1) Keutgen, a.a.O., S.195.

2) Hellmer, a.a.O., S.50.

§ 15: Brandstifter und Sachzerstörer

In den untersuchten Akten der Vorkriegszeit befand sich lediglich ein Urteil des Schwurgerichts Freiburg¹⁾, in dem zunächst unter dem Gesichtspunkt der Brandstiftung ein Täter als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher verurteilt wurde. Nachdem die Sache in der Revision zurückverwiesen worden war, wurde der Täter allerdings nicht mehr unter Anwendung des § 20 a StGB verurteilt, obwohl der Täter bereits dreimal wegen Brandstiftung bzw. Verleitung hierzu vorbestraft war. (Die Strafe betrug allerdings - bei einem Schaden von ca. 70.000 RM - auch im zweiten Urteil noch 8 Jahre Zuchthaus).

Ein Täter in der Nachkriegszeit²⁾ wurde hauptsächlich wegen Diebstahls und Betrugs als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher verurteilt; bei ihm kamen Brandstiftungen als Rachedelikte vor.

§ 16: Gewalttäter aus Rauflust und Widersetzlichkeit

Lediglich ein Täter³⁾ wurde als typischer "Schläger" verurteilt. Bei einem Kappenabend räumte der Angeklagte zusammen mit seinem 11 Jahre jüngeren Bruder eine grössere Gaststätte in Freiburg aus, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Der Angeklagte hatte schon 15 Vorstrafen wegen Körperverletzung; meist stand er bei Begehung der Taten unter Alkoholeinfluss⁴⁾.

Bei einem Täter war die Rauflust gepaart mit Widersetzlichkeit gegen Polizeibeamte; er war auch schon mehrfach deswegen vorbestraft⁵⁾.

1) Schwurgericht Freiburg vom 23.6.1936, 2 Ks 3/36. (Der Fall wird hier - trotzdem er bei den Urteilszahlen nicht verwendet werden kann - lediglich als Beispiel dafür erwähnt, dass trotz eines erheblichen Unrechtsgehalts der Tat und trotz mehrerer gleichartiger Vorstrafen auch in den Vorkriegsjahren nicht "automatisch" die Sicherungsverwahrung angeordnet wurde).

2) 156.

3) 49.

4) Anlässlich eines Strafverfahrens wegen Blutschande konnte ich den Werdegang des jüngeren Bruders verfolgen: Auch dieser wurde wegen Schlägereien in Trunkenheit mehrfach vorbestraft. (Vgl. Akten der Staatsanwaltschaft Freiburg - 3 Ls 25/56 - Schöffengericht Freiburg).

5) 28.

4. Kapitel: Besonderheiten der Begehungsweise der Verbrechen

§ 17: Beteiligung anderer an den Straftaten

I: Zusammenwirken mehrerer Gewohnheitsverbrecher

Ein Zusammenwirken mehrerer als gefährliche Gewohnheitsverbrecher Verurteilter konnte nur in zwei Fällen, die mir durch Zufall bekannt wurden, festgestellt werden; beide Verurteilungen erfolgten ausserhalb des untersuchten Bezirks bzw. der Berichtszeit. Ich erwähne die Fälle, weil sie von allgemeinem Interesse sind.

In einem Falle¹⁾ verbanden sich nach zunächst erfolgreichem Ausbruch aus der Sicherungsverwahrungsanstalt Schwäbisch-Hall im Dezember 1943 vier Verwahrte (darunter der im Jahre 1936 im Bezirksbezirk verurteilte Täter 32), um den Lebensunterhalt durch Diebstähle zu fristen. Drei der Ausbrecher sind nach Ergreifung in Anwendung von § 1 des Gesetzes vom 4.9.1941 zum Tode verurteilt und am 10.5.1944 hingerichtet worden.

Der zweite Fall spielte 1949 in der Gegend von Köln. Hier taten sich eine 37-jährige Serviererin und ein 43-jähriger Elektriker zur Begehung von Trickdiebstählen zusammen: Die Geschädigten wurden durch Eingabe von Medikamenten betäubt und dann bestohlen: Insgesamt standen 16 Fälle zur Aburteilung, davon vier Fälle des vollendeten, zehn des versuchten Mordes²⁾.

II. Zusammenwirken mit Nicht-Gewohnheitsverbrechern

Verschiedene Täter hatten sich mit anderen, die selbst noch nicht gefährliche Gewohnheitsverbrecher waren, zur gemeinschaftlichen wiederholten Begehung von Diebstählen verbunden³⁾.

Bezeichnend ist, dass die Täter sich in einem Fall im Gefängnis kennengelernt hatten und dort bereits die Taten verabredeten.

1) Sondergericht Stuttgart vom 23.3.1944, SoKIs 63/44.

2) Schwurgericht Köln vom 7.5.1949, 23 Ks 1/49 ("Swinka").

3) 15, 125 (Einbrüche in Gartenhütten und Wochenendhäuser), 165 (9 Teilnehmer, Einbrüche vorwiegend in Lagerhäuser).

In einem anderen Falle¹⁾ hatte der Täter sich dort bereits des künftigen Hehlers vergewissert.

Auffallend ist die hohe Zahl von Gehilfen und Hehlern aus den Kreisen der Verwandten, Verschwägerten und Verlobten: Frauen stehen Schmiere²⁾ oder hehlen³⁾; umgekehrt sind bei zwei Diebinnen die Ehemänner als Hehler bestraft worden⁴⁾.

Ein Fall fällt dadurch besonders aus dem Rahmen, dass als "Baldowerer" (Auskundschafter der Gelegenheiten) für Einbruchsdiebstähle ausgerechnet ein Polizeibeamter in Erscheinung getreten ist⁵⁾. Dieser fungierte weiter als Warner, wenn irgendwelche polizeilichen Massnahmen drohten.

Ein Angeklagter war zahlender Kostgänger seiner Hehler. Um ihn bei Laune zu erhalten und um weiterhin an der Diebesbeute teilzuhaben, duldeten diese, dass der Angeklagte laufend mit ihrer 15-jährigen Tochter nächtigte⁶⁾.

Eine besondere Rolle spielt die Mittäterschaft beim Raub: sämtliche Verurteilungen der Jahre 1951/1953 sind wegen gemeinschaftlich begangener Taten erfolgt⁷⁾. Auf der anderen Seite spielt eine Teilnahme anderer bei der Vielzahl der Betrugsverurteilungen keine Rolle: Lediglich in einem Falle, wo gleichzeitig Konkursvergehen und Verstrickungsbruch angeklagt waren, ist ein Mittäter verurteilt worden⁸⁾, in einem Betrugsfalle eine Gehilfin⁹⁾.

Die Tatsache der hohen Beteiligung Dritter an Abtreibungshandlungen wird in einem Urteil bestätigt: Die Taten sind jeweils unter Beteiligung der Schwängerer und der Vermieterin des Verurteilten (seiner Konkubine) begangen worden¹⁰⁾.

1) 151

2) z.B. 168, 131, 171

3) 88w, 182 w

4) 165

5) 168

6) 115, 136

7) 123

8) 116

9) 160

§ 18: Sonstige Besonderheiten der Begehungsweise

I: Versuch

Eine grosse Anzahl von Verurteilungen betrifft auch in Tatmehrheit begangene Versuche weiterer gleicher oder anderer Straftaten. Dagegen ist nur ein Täter wegen eines einzigen Versuchs einer Straftat (unter den Voraussetzungen des § 20 a StGB) verurteilt worden; es handelte sich allerdings um einen Notzuchts- und Totschlagsversuch, begangen zwei Tage nach Entlassung aus der zuletzt verhängten Strafhaft¹⁾.

II: Wahlfeststellung

Bei der Feststellung der der Aburteilung unterliegenden Tat fällt ein Urteil deshalb besonders aus dem Rahmen, weil sichere Feststellungen, ob der Täter einen schweren Diebstahl oder eine Hehlerei begangen hatte, nicht getroffen werden konnten. Das Gericht nahm Wahlfeststellung zwischen beiden Delikten vor, sah diese aber als ausreichend für die Beurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher an²⁾.

§ 19: Anzahl der Einzeltaten und Tathäufigkeit

I: Allgemeine Bemerkung zur Anzahl der Einzeltaten

Obwohl es mitunter reiner Zufall sein kann, nach wieviel Einzeltaten ein Gewohnheitsverbrecher entdeckt, gefasst und der Strafverfolgung zugeführt werden kann, zeigt das untersuchte Aktenmaterial eines deutlich: Bei einer nur geringen Zahl von Einzelhandlungen scheuen die Gerichte bei den Vermögensdelikten in aller Regel vor der Verurteilung des Täters als gefährliche Gewohnheitsverbrecher und vor der Anordnung der Sicherungsverwahrung zurück.

1) 11, Strafmaß: 10 Jahre Zuchthaus.

2) 119.

Wenn hier von Einzeltaten die Rede ist, muss allerdings bemerkt werden, dass es sich nicht immer um selbständige Taten im Rechtssinne zu handeln braucht; die unterschiedliche (und oft aus reinen Zweckmässigkeitsgründen gehandhabte, aber falsche) Anwendung des Begriffs der "fortgesetzten Handlung" zwingt dazu, als Einzeltaten auch die einzelnen Teilstücke fortgesetzter Handlungen anzusehen, soweit es sich um verschiedene Tatobjekte oder um verschiedene Opfer handelt, da nur so Zufälligkeiten der rechtlichen Beurteilung ausgeschaltet werden können.

Interessanter als die Feststellung der Einzeltaten, die dem letzten Urteil zugrunde liegen, wäre oft (gerade in den Fällen, bei denen wenige Einzeltaten zur Verurteilung nach § 20 a führten) die Untersuchung, wieviel Einzeltaten insgesamt und einzeln in den Vor-Urteilen abgeurteilt wurden. Solche Prüfungen konnten aber wegen der Schwierigkeit der Beschaffung der Vorakten nicht vorgenommen werden.

II: Obere und untere Grenzfälle

In den Akten wurde bei den einzelnen Delikten folgende geringste Zahl von Einzeltaten (Untergrenze) bzw. Höchstzahl (Obergrenze) festgestellt¹⁾:

Tabelle 18:

Geringste und höchste Zahl der Einzeltaten
(Urteil jeweils in Klammern)

Delikt	Untergrenze		Obergrenze	
	M	W	M	N
einfacher Diebstahl	4 HasenD (67)	1 Geldbeuteld (183w)	60 Geldbeutel-u. AktentaschenD (52)	28 Butter- u.EierD (88w)
	4 JuwelenD (162)		38 FahrradD (130)	

(Fortsetz.S.66)

¹⁾Vgl. Tabelle 18, S.65 ff.

Fortsetzung Tabelle 18: (S.65)

Delikt	Untergrenze		Obergrenze	
	M	W	M	W
schwerer Diebstahl	2 Wohng.- EinsteigD (44)		55 Wochen- endh.ED (137)	
	3 Geschäfts ED (2)		35 Gesch.ED + 17 Versuche + 5 einf.D (170)	
	1 Auto-ED (161)		47 vers. + 4 LadenED (94)	
	3 Wohn.-ED (78)		36 NachschlD (56)	
Betrug	1 SpargeldB (100,--DM) (23)		über 100 ZehrB (47)	über 200 InkassoB (127)
	2 ArbeitgB (69)		66 EinmietB (9)	
	3 BettelB (103)			
Verleitung Minderjäh- riger zu gleichge- schl.Unzucht	1 (155)		über 60 mit 3 Jungen (81)	
			8 Jungen, jeweils fgH (149)	
			9 + 2 xUnzK (80)	
Unzucht mit Kindern	2 Taten m. gleichem Opfer (154)		mehrere hun- dert Fälle m. 20 Opfern (95)	
	2 Taten u. 1 Versuch (93)		mehr als 200 Fälle mit 7 Jungen (99))	
			mehr als 300 Fälle in 21 fgH (122)	
Zuhälterei			2 Fälle (21)	
Notzucht			2 Fälle, dazu 11 x UnzK u. 3 x gleichge- schl.Unz (159)	
			2 Fälle (167)	

In allen übrigen Urteilen liegt die Zahl innerhalb der ausgezeichneten Ober- und Untergrenzen.

III: Wechselnde Begehung verschiedener Straftaten

Eine grosse Zahl der Täter ist nicht allein auf ein Delikt oder eine Erscheinungsform spezialisiert, sondern begeht je nach Gelegenheit einmal einen Diebstahl, einmal einen Betrug o.ä. Zum Beispiel wurde ein Täter wegen 6 Betrügen, 2 Diebstählen, 1 Unterschlagung; 1 Urkundenfälschung sowie wegen Führens eines Kraftfahrzeuges ohne Führerschein in derselben Entscheidung verurteilt¹⁾, ein anderer Täter wegen 32 selbständiger Betrugshandlungen sowie wegen Unterschlagung, Untreue, Diebstahl und Urkundenfälschung²⁾, wieder ein anderer Täter wegen eines schweren Raubs, wegen zweier fortgesetzter, gemeinschaftlich begangener Einbruchdiebstähle, eines fortgesetzten gemeinschaftlichen Betrugs, einer falschen Anschuldigung und einer Bedrohung.

Auf dem Gebiete der Sittlichkeitsdelikte fällt ein besonders "polytropher"³⁾ Täter auf, der neben zwei Notzuchtsverbrechen 11 mal Unzucht mit Kindern verschiedenen Geschlechts und 3 mal gleichgeschlechtliche Unzucht mit erwachsenen Partnern begangen hat⁴⁾.

IV: Zeitliche Häufigkeit der Straftaten

Bei mehreren Tätern ist nicht nur die Anzahl der Einzeltaten, sondern deren zeitliche Häufigkeit (mehrfache Begehung innerhalb kurzer Zeiträume) hervorgehoben worden. So wurde bei einem Einbrecher angekreidet, dass er unmittelbar nach einem gelungenen nächtlichen Diebstahl noch in eine Gaststätte einstieg⁵⁾; bei einem anderen Einbrecher⁶⁾, dass er meist mehrere Diebstähle in einer Nacht verübte; besonders bemerkenswert ist, dass der Täter

1) 42

2) 76

3) Mezger, Kriminologie, S.159.

4) 159

5) 150

6) 157

zweimal bei Versuchen entdeckt worden war, einmal sich des Entdeckers mittels mehrerer Messerstiche (Totschlagsversuch) erwehrt hatte, aber gleichwohl noch am selben Tage seine Diebereien fortsetzte. Zu Lasten eines anderen Diebes wurde bei der Strafzumessung berücksichtigt, dass er innerhalb von 6 Tagen 7 Diebstähle (teilweise Einbruchsdiebstähle) beging¹⁾.

5. Kapitel: Die Tatumstände

§ 20: Der Tatort

Im allgemeinen beeinflussen Ort und Zeit das Gewicht des Rechtsbruches nicht. Für die Bestimmung der Gefährlichkeit des Verbrechers und für die Strafzumessung kann aber dem Tatort (und auch der Tatzeit) vor allem beim einfachen und schweren Diebstahl sowie bei Sittlichkeitsdelikten mitunter eine wichtige Bedeutung zukommen.

I: Einfacher Diebstahl

Beim einfachen Diebstahl werden folgende Tatorte besonders hervorgehoben:

1. Fahrraddiebstähle von Abstellplätzen bei Schulen und bei der Universität²⁾; Diebstähle auf offener Strasse, sogar in der Mittagszeit in der Nähe einer belebten Strassenkreuzung³⁾.
2. Diebstähle aus Scheunen⁴⁾ oder Hühner- und Hasenställen⁵⁾.
3. Logis- und Wohnungsdiebstähle⁶⁾, z.B. aus dem Wohnzimmer eines gastfreundlichen Bekannten⁷⁾;

1) 169

2) 130

3) 51 (Die Verübung am hellen Tage auf öffentlicher Strasse kann besondere Rücksichtslosigkeit indizieren und in der Bevölkerung die Beunruhigung oder das Ärgernis über die Tat erheblich steigern, Wetterich, a.a.O., S.93).

4) 2.

5) 20, 79.

6) 64, 107, 143.

7) 147, 182w, 183w.

4. Kleiderdiebstähle oder Geldbeutelddiebstähle aus Wirtschaften bzw. Garderoben¹⁾; ähnlich gelagert: Diebstähle in Sportplatzumkleideräumen oder Mannschaftsräumen²⁾.
5. Diebstähle aus Geschäften, Lager- und Güterhallen³⁾.
6. Diebstähle am Arbeitsplatz (bzw. an einem früheren Arbeitsplatz unter Ausnutzung der Ortskenntnisse⁴⁾).
7. Kirchen- vor allem Opferstockdiebstähle⁵⁾.

II: Schwerer Diebstahl

1. Diebstahl aus auf der Strasse abgestellten Autos⁶⁾.
2. Einbrüche in Gartenhäuser, Landhäuser, Jagdhütten, Wochenendhäuser, Almhütten⁷⁾.
3. Einbrüche in Wohnungen⁸⁾, auch Einbruchsdiebstähle aus ländlichen Gehöften in der Erntezeit⁹⁾.
4. Einbrüche in Gasthäuser, Jugendherbergen usw.¹⁰⁾.
5. Diebstähle aus Speichern und Lagern¹¹⁾, Kiosken und Läden sowie Schaufenstern und Schaukästen¹²⁾, aus Neubauten und Bauhütten oder Verwaltungsbaracken¹³⁾.
6. Einbrüche in Bekleidungskammern¹⁴⁾.
7. Kircheneinbrüche¹⁵⁾.

1) 1, 135, 22.

2) 52, 140 (Der Täter suchte laufend Fernfahrertreffpunkte oder Mannschaftsräume bei Güterabfertigungen der Bundesbahn im ganzen Bundesgebiet auf; sog. Anhalter).

3) 89w, 114, 162 (Diebstahl aus Juwelierladen während der Geschäftszeit, Trickdiebstahl), 94.

4) 107, 65 (Aus dem Keller des Augustinermuseums in Freiburg hat der Täter bei Malerarbeiten grosse Teile einer dort verlagerten Münzensammlung entwendet).

5) 37, 141.

6) 119.

7) 120, 137, 165, 168, 125.

8) 144, 147, 170, 171, 32 (Einbruch in Schlafzimmer, während der Bestohlene darin schläft), 156 (Einbruch in die Wohnung des früheren Arbeitgebers sowie in das Zimmer seiner Geliebten), ähnlich 157.

9) 131.

10) 33, 150 (Einstieg durch meist nicht sorgfältig geschlossene oder ungenügend gesicherte Küchenfenster - in mehreren Fällen

III: Andere Vermögensdelikte

Beim Raub wurde hinsichtlich des Tatortes in einem Falle bei der Strafzumessung der Überfall auf einen einsamen Berghof besonders angelastet¹⁾; in einem anderen Falle wurde bei der Beraubung eines Homosexuellen berücksichtigt, dass die Tat in einer öffentlichen Bedürfnisanstalt (einem bekannten Homosexuellen-Treffpunkt) verübt wurde²⁾.

Ein Fall der Erpressung betrifft die Tatbegehung anlässlich von Schwarzmarktgeschäften³⁾. Beim Betrug wird in 2 Fällen erwähnt, dass die Täter fortgesetzt Pfarrhäuser oder Klöster aufsuchten, um sich Mildtätigkeiten oder Darlehen zu erschwindeln⁴⁾.

IV: Körperverletzung

Der eine Fall der Körperverletzung⁵⁾ betrifft eine üble Wirtshausschlägerei.

V: Sittlichkeitsdelikte

Ein Notzuchttäter sprach - wie schon bei seinen Vortaten - seine Opfer jeweils nachts in Bahnhofsnähe in Stuttgart an und führte sie dann in Wälder in der nächsten Umgebung⁶⁾.

Bei einem Falle der Verleitung Minderjähriger zu gleichgeschlechtlicher Unzucht hat der Verurteilte die Taten jeweils begangen in einem speziell hierfür gemieteten Gasthauszimmer⁷⁾.

10)...hat der Täter später nochmals (insgesamt dreimal) Einbrüche in denselben Gaststätten verübt), 110.

11) 124

12) 151, 166, 165.

13) 168, 167.

14) 142 (Im Zuchthaus Ebrach 3 Tage nach der Entlassung), 32 (in die Kammer des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Emmendingen, wo der Täter früher untergebracht war).

15) 169.

1) 115.

2) 136.

3) 132.

4) 47, 111.

5) 49.

6) 167.

7) 155.

Bei der Unzucht mit Kindern sind im wesentlichen folgende Tatorte festzustellen:

In Verstecken im Freien oder in Scheunen¹⁾, im eigenen Zimmer oder in fremden Zimmern²⁾, im Kino³⁾ oder in der Toilette einer Mädchenschule⁴⁾.

VI: Laufender Wechsel des Tatortes

Beim Tatort wäre an sich noch hinzuweisen auf die Täter, die - meist weil sie keinen festen Wohnsitz haben - die Tatorte laufend wechseln, sei es innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik ("interlokale Verbrecher") oder auch im Ausland "internationale Verbrecher"). Im Grunde genommen handelt es sich hierbei aber nicht um eine Besonderheit des Tatortes, sondern des Täters, weshalb die Behandlung erst später erfolgt⁵⁾.

§ 21: Die Tatzeit

I: Tatbegehung bei Nacht

Bei der Tatzeit ist ganz allgemein die Begehung nachts bei sämtlichen Delikten hervorgehoben worden. (Hierbei muss noch besonders darauf aufmerksam gemacht werden, dass im Kriege (§ 2 VVO)⁶⁾ die Tatbegehung unter Ausnutzung der Verdunkelung Strafschärfungsgrund war⁷⁾, und zwar bei allen Delikten, nicht nur bei den schon dem Tatbestand nach auch bei Nachtbegehung besonders qualifizierten⁸⁾ Delikten).

Bei einem nächtlichen Lagerhauseinbruchsdiebstahl wurde betont,

1) 121, 122, 154.

2) 122, 98, 149 (Der Täter war verheiratet, er hatte sich zur Ermöglichung der Taten ein Zimmer ausserhalb seines gewöhnlichen Wohnortes gemietet und dort auch ein Geschäft betrieben, so dass sein Fernbleiben nicht auffiel), 99 (in Flüchtlingsbaracke), 122 (Dienstzimmer).

3) 122,

4) 143.

5) Vgl. S.67.

6) VolksschädlingsVO vom 5.9.1939, RGBl I, S.1679.

7) 79, 65.

8) z.B. § 243 Abs.I Ziff.7.

dass der Täter den Nachtwächter beobachtete und die Tat dann ausführte, als dieser seinen Rundgang fortsetzte¹⁾.

II: Tatbegehung bei Tag

Interessanter sind die Fälle, bei denen der Begehung tagsüber eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt. Mit Ausnahme der bereits erwähnten Unzucht mit Kindern während der Schulzeit vormittags in der Toilette eines Schulhauses²⁾ handelt es sich um Diebstahlsfälle. So werden als besonders gefährlich gekennzeichnet Fahrraddiebe, die um die Mittagszeit wegen des wieder anschwellenden Verkehrs und der dadurch bedingten Erschwerung der Überwachung der Strassen und damit der Ergreifung ihre Taten ausführen³⁾; weiter die bei Tage tätigen Wohnungsdiebe⁴⁾ und -diebinnen⁵⁾, vor allem auch dann, wenn die Täter (z.B. in der Erntezeit) sich zunächst vergewissern, dass die Wohnungseigentümer ausserhalb der Wohnung bei der Arbeit sind⁶⁾.

III: Jahreszeiten

Die Festlegung der Taten nach den einzelnen Jahreszeiten oder Monaten war in den Urteilen nicht möglich. Eine Vielzahl von Urteilen ging von der Annahme fortgesetzter Handlungen aus, ohne dass - ausser Beginn und Ende - angegeben gewesen wäre, wie sich die Einzeltaten auf die einzelnen Monate verteilen⁷⁾.

§ 22: Die Tatobjekte

Auch hier werden lediglich in den Urteilen erwähnte und sowohl bei den Schuldfeststellungen als auch bei der Strafzumessung

1) 114.

2) 143.

3) 130, 51.

4) 171.

5) 182w.

6) 131, 144, 147.

7) Girshausen, a.a.O., S. 11 zeigt, dass die Zahlen in den einzelnen Untersuchungen divergieren, so dass die einzelnen Ergebnisse nur bedingt brauchbar sind.

verwertete Besonderheiten aufgeführt.

I. Einfacher Diebstahl

Beim einfachen Diebstahl zeigt sich bei den Täterinnen, dass ganz allgemein Geld¹⁾ und Dinge des täglichen Bedarfs²⁾ gestohlen werden.

Wesentlich vielfältiger sind die Tatobjekte bei männlichen Tätern:

Weitaus an der Spitze - was die Anzahl der Täter und die Zahl der Einzeltaten betrifft - stehen die Fahrzeugdiebe³⁾, insbesondere die Fahrraddiebe.

Das folgende Beispiel⁴⁾ ist besonders geeignet, die besondere Gefährlichkeit dieser Täter vor Augen zu führen: Der Angeklagte entwendete folgende Fahrräder:

Tabelle 19:

Datum	Art	Beruf des Geschädigten	Erlös DM	Einzelfall Nr.
5.2.51	H	Tünchergeselle	75,--	1
10.2.51	H	Dekorateur	90,--	2
15.2.51	H	Student	60,--	3
19.2.51	D	Ärztin	70,--	4
22.2.51	D	Arbeiterfrau	65,--	5
25.2.51	H	Student		6
3.3.51	H	Schuster	30,--	7
5.3.51	H	Schüler	25,--	8
6.3.51	H	Architekt	60,--	9
9.3.51	D	Verkäuferin	90,--	10
14.3.51	H	Student	75,--	11
15.3.51	H	Schüler	90,--	12
19.3.51	D	Studentin	95,--	13
21.3.51	H	Angestellter	90,--	14
26.3.51	H	Lehrling	85,--	15
27.3.51	H	Lichtbildner	75,--	16
3.4.51	H	Schüler	85,--	17
6.4.51	D	unbekannt	75,--	18
9.4.51	H	Schüler	90,--	19
12.4.51	H	Beamtenanwärter	75,--	20
14.4.51	H	Schüler	95,--	21

(Fortsetz.S.74)

1) 182w, 183w.

2) 88w.

3) 5, 12, 13, 32, 48, 58, 63, 64, 142, 168 auch Motorräder, 31, 51.

4) 130 (ähnliche Fälle bei Schwarz, a.a.O., S.32 und Sauer, Kriminalsoziologie, S.360).

Fortsetzung Tabelle 19: (S.73)

Datum	Art	Beruf des Geschädigten	Erlös DM	Einzelfall Nr.
17.4.51	H	Justizassistent	80,--	22
19.4.51	H	Schüler	95,--	23
23.4.51	H	Student	95,--	24
26.4.51	D	Studentin	95,--	25
30.4.51	H	Student	100,--	26
2.5.51	H	Student	85,--	27
8.5.51	H	Student	85,--	28
9.5.51	H	Schüler	100,--	29
10.5.51	H	Student	90,--	30
16.5.51	H	Schüler	90,--	31
18.5.51	H	Schüler	100,--	32
23.5.51	H	Medizinstudent	115,--	33
6.6.51	D	Student	120,--	34
22.6.51	H	Schülerin	100,--	35
11.5.51	H	unbekannt	80,--	36
Feb. 51	H	unbekannt	70,--	37

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, dass der Angeklagte in den Monaten Februar 1951 mindestens DM 360,--

März 1951 " DM 640,--

April 1951 " DM 950,--

Mai 1951 " DM 745,--

Juni 1951 " DM 290,--,

mithin in wenig mehr als 4 Monaten zusammen etwa DM 3.000,-- durch den Verkauf der von ihm entwendeten Fahrräder erlöst hat. Zu bemerken ist noch, dass der Täter die Fahrräder in Ortschaften, die etwa 60 bis 70 km vom Tatort entfernt waren, abgesetzt hat.

Eine weitere Gruppe von Angeklagten ist spezialisiert auf den Diebstahl von Gebrauchssachen wie Kleidern¹⁾, Wäsche und Schuhen²⁾ und Arbeitsgeräten³⁾. Als eine besondere Art von "Arbeitsgerät" stahl ein Täter in einer Behörde etwa 100 Schlüssel, um sie später bei Wohnungseinbrüchen zu verwenden⁴⁾.

1) 1, 64, 140, 142.

2) 79, 90w.

3) 107, 168.

4) 56.

Häufig sind auch Diebstähle von Lebens- und Genussmitteln¹⁾. Hierzu gehören in einem weiteren Sinne auch Diebstähle von Kleintieren, wie Hühnern und Hasen²⁾. (Verurteilungen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher kamen allerdings nur vor 1945 vor).

Recht häufig sind Diebstähle von Geldbeuteln und Aktentaschen³⁾. Schliesslich kommen auch Diebstähle einer Münzensammlung⁴⁾, von Uhren und Schmuck⁵⁾, von Radiogeräten⁶⁾, Photoapparaten⁷⁾ und einer Geldkassette mit DM 1.800,-- Inhalt vor⁸⁾. Ein Täter zeichnet sich dadurch aus, dass er alles, selbst Sachen, für die er überhaupt keine Verwendungsmöglichkeit hat, zusammenstiehlt⁹⁾.

II. Schwerer Diebstahl und Raub

Auch hier beschäftigt sich eine Gruppe von Tätern mit dem Diebstahl von Nahrungs- und Genussmitteln¹⁰⁾. Ein Täter zeigte eine ausgesprochene Neigung zur Entwendung von Schallplatten¹¹⁾ (zur eigenen Verwendung).

Die grössere Intensität des verbrecherischen Willens zeigt sich meist nicht nur in der Begehungsart, sondern auch in der Wahl der Gegenstände und deren Wert. Die schweren Diebstähle von Gegenständen erheblichen Werts stehen weitaus an der Spitze: Bei den Diebstählen von Kleiderstoffen¹²⁾ und Damenstrümpfen¹³⁾ zeigt sich vor allem die erhebliche Abhängigkeit gerade des schweren Diebstahls von den jeweiligen Hehlern: Die Täter hatten sich ihres Hehlers schon vor den Taten vergewissert.

1) 32, 54 (Schinken und Speck), 8.

2) 67, 79, 20.

3) z.B. 52, 12, 73, 77, 140.

4) z.B. 65.

5) z.B. 73, 107, 162.

6) z.B. 94.

7) z.B. 132.

8) z.B. 132.

9) z.B. 48.

10) Lebensmittel: 125, 137; Genussmittel: 146, 168, 150 (Der Täter stahl ausserdem Ansichtspostkarten, die er später verhaute, wodurch er Gelegenheit erhielt, neue Diebstahlsgelegenheiten ausfindig zu machen).

11) 137.

12) 2, 114.

13) 151 (auf einmal mehrere 100 Paar).

In diese Gruppe gehören auch die schweren Diebstähle von Pelzmänteln¹⁾, Schmuck, Geld und Uhren²⁾ sowie die Kircheneinbrüche und Diebstähle von sakralen Gegenständen³⁾.

Eine andere Gruppe von Tätern verübt Einbruchsdiebstähle ohne vorherige Auswahl des Objektes. Das ist der Fall bei den Tätern, die Musterkoffer aus abgestellten Autos stehlen⁴⁾. Ein Täter fiel dadurch besonders auf, dass er alles mitnahm, was er erreichen konnte.

Eine Statistik über die einzelnen Objekte⁵⁾ des schweren Diebstahls aufzustellen, versprach wegen der Verschiedenheit der Berichtszeiträume und der Bezirke keinen Erfolg. Jedoch dürften die von Schwarz⁶⁾ gefundenen Werte auch für die vorliegenden Urteile gelten, wonach - in normalen wirtschaftlichen Zeiten - die Geld- und Wertsachendiebstähle (etwa 30%) zusammen mit den etwa gleich oft vertretenen Waren- und Gebrauchsmitteldiebstählen an der Spitze stehen. Ein Räuber hat in einem Falle lediglich einen Geldbeutel mit DM 1.50 erbeutet⁷⁾.

III: Betrug

Die Mehrzahl der Betrügereien betreffen die Erschwindelung von Geld, sei es als Darlehen oder Handgeld⁸⁾, sei es als Almosen⁹⁾ oder in Form nichtadaequater, zu hoher Gegenleistungen für irgendeine Sachleistung¹⁰⁾.

1) 165, 144.

2) 144 (Ausserdem nahm der Täter jeweils Personalpapiere zur späteren eigenen Verwendung mit), 171 (einmal ca. DM 30.000,-- in bar).

3) 169.

4) 161, 170.

5) 157.

6) Paul Schwarz, a.a.O., S.34.

7) 136. Diese geringe Beute ist allerdings beim Raub kein Ausnahmefall. Nach Reinhold Schwarz, a.a.O., S.65 liegt der Wert der Beute beim Raub in den Jahren 1920 - 1945 in 22,5% der Fälle, in den Jahren 1949 - 1954 in 16% der Fälle unter 10 Mark. Ähnlich Raumer, a.a.O., S.97 und Hoelkeskamp, a.a.O., S.110. Bei Kinzig erreichen 30% aller Bargeldraubtaten nicht die 10 Mark-Grenze, 73% liegen unter der 100 Mark-Grenze (a.a.O., S.50).

8) 7, 118 (DM 800,-- Handgeld).

9) 47.

10) 91w (Die Täterin erschwindelte 105,--RM für eine Gans; das Urteil ist allerdings aus dem Kriegsjahr 1944, der Erlös dürfte dem tatsächlichen Wert der Gans kaum entsprechen).

Die andere Gruppe umfasst Täter, die Sach- oder Werkleistungen erschwindeln. Hierzu gehören die Zech- und Logisbetrüger¹⁾ genau- so wie der Täter, der sich bei Bauern Vieh, Schnaps und Rüben erschwindelte²⁾. Ein Täter hatte sich darauf spezialisiert, sich Briefmarkenauswahlsendungen zuschicken zu lassen und die Absender um den Gegenwert zu prellen³⁾.

§ 23: Der Schaden

Die Höhe des Schadens spielt bei der Strafzumessung eine über- ragende Rolle bei den Vermögensdelikten, aber auch bei den Sitt- lichkeitsverbrechen⁴⁾.

Zum verursachten Schaden sind in den meisten Urteilen keine be- sonderen Ausführungen gemacht, oft erschöpfen sich die Feststel- lungen in der Aufzählung der Gegenstände, mitunter in der Bezeich- nung des Wertes.

I: Einfacher Diebstahl

Bei einem Täter wird - ohne genaue oder ungefähre Bezifferung des Wertes der entwendeten Gegenstände - festgestellt, dass die nach der Verhaftung noch vorgefundenen Gegenstände beim Abtrans- port zur Polizei zweimal das Polizeiauto gefüllt haben⁵⁾.

Die Höchstwerte entwendeter Gegenstände betrugen bei männlichen Tätern etwa DM 20.000,--⁶⁾ bzw. DM 11.700,--⁷⁾, bei den Täte- rinnen etwa DM 4.000,--⁸⁾. Ein Fahrzeugdieb stahl Fahrräder im Werte von DM 3.000,--⁹⁾. Bei dem Diebstahl eines Brillantringes ist bei den Schadensfeststellungen erwähnt, dass der Täter den wertvollen Ring für DM 150,-- "verscheuerte"¹⁰⁾.

1) 4, 47, 64.

2) 34.

3) 5.

4) Wetterich, a.a.O., S.80.

5) 52.

6) 162.

7) 56.

8) 182w (Bargeld).

9) 130.

10) 102.

II: Schwerer Diebstahl und Raub

Beim schweren Diebstahl wird - wie beim einfachen Diebstahl - der Wert der entwendeten Gegenstände beziffert, ohne dass der Wert noch in Beziehung zum Opfer oder auch zum Täter gebracht worden wäre. Dass der Schaden bei der Gefährlichkeit der Täter oft sehr gross ist, zeigen folgende Zahlenbeispiele:

- a) in wenigen Einzelfällen DM 16.200,-- entwendet¹⁾,
- b) bei einem einzigen Fall DM 2.000,-- Bargeld erbeutet²⁾,
- c) gestohlen wurden Stoffe im Werte von DM 8.800,--,
(Verkehrswert DM 14.000,--³⁾).
- d) eine Geldkassette mit DM 18.000,-- Inhalt gestohlen⁴⁾,
- e) für DM 15.000,-- Waren und DM 2.500,-- Bargeld entwendet⁵⁾,
- f) ein "in die Tausende gehender" Schaden verursacht⁶⁾.

Einige Urteile bringen den Schaden in eine Relation zum Geschädigten, z.B. bei einem Täter, der in 3 Einzeltaten für RM 9.250,- Stoffe stahl und mit seiner Tat "die wirtschaftliche Grundlage zweier Handwerksbetriebe vernichtete"⁷⁾; andeutungsweise auch, wenn in einem anderen Urteil hervorgehoben wird, dass der Täter bei 2 Kircheneinbrüchen DM 500,-- und DM 700,-- erbeutete.

Gerade umgekehrt ist es trotz sehr erheblichen Schadens im folgenden Fall⁸⁾: Der Täter wurde aufgrund eigenen Geständnisses überführt, einem Bäckermeister DM 10.000,--, einem Metzgermeister erstmals DM 10.500,-- und beim zweiten Mal DM 4.500,-- gestohlen zu haben. Beide Geschädigte hatten keine Übersicht über ihr zu Hause verstecktes Geld; sie hatten jeweils nur DM 2.000,-- Schaden angegeben. Das Gericht folgte der Darstellung des Angeklagten, zumal dieser in einer Vielzahl weiterer Fälle ein erstaunlich gutes Gedächtnis bewiesen hatte. Es wurde als erwiesen angesehen, dass es sich bei dem Unterschiedsbetrag um nicht verbuchte, dem Finanzamt nicht gemeldete Einnahmen der beiden Geschädigten handelte. Das wurde beurteilt als ein Umstand, der die

-
- 1) 108.
 - 2) 147.
 - 3) 146.
 - 4) 132.
 - 5) 110.
 - 6) 157, 165.
 - 7) 2.
 - 8) 171.

Schädigung ihrem Unrechtsgehalt nach ungleich niedriger erscheinen liess als bei anderen Opfern bei einem ähnlich hohen Schaden.

Die (teilweise) Wiedergutmachung des Schadens wird zu Gunsten eines Täters hervorgehoben¹⁾, andererseits wird dem Täter angelastet, dass ein Grossteil der entwendeten Sachen nicht sicher gestellt werden konnte²⁾.

In einem Urteil wird ergänzend bemerkt, dass sich der Schaden, den der Angeklagte - ein Einbrecher - angerichtet hat, nicht nur auf die abhanden gekommenen Gegenstände beschränkt, sondern auch, dass er bei der Ausführung der Diebstähle in einer ganzen Reihe von Fällen Türen und Schlösser sowie Möbelstücke durch Aufsprengen beschädigt hat³⁾.

Ein weiteres Urteil erwähnt, dass durch das gewalttätige und rücksichtslose Vorgehen des Angeklagten bei den Einbrüchen erhebliche weitere Schäden entstanden sind⁴⁾.

Beim Raub ist wegen der Schadenshöhe nochmals auf den Fall hinzuweisen, in dem der Täter lediglich DM 1.50 erbeutete⁵⁾.

III: Betrug

Hier wird in einer Reihe von Urteilen hervorgehoben, dass die Täter sich die ganzen Ersparnisse ihrer Opfer erschwindelt haben⁶⁾.

Sonst wird meist der Schaden - in Verbindung mit der Begehungsart - wertmässig beziffert⁷⁾. Der wertmässig höchste Schaden

1) 165.

2) 142.

3) 131.

4) 137.

5) 136.

6) 53, 23 (alte Mutter geschädigt), 7, 130 (Heiratsschwindler).

7) z.B. 45 (RM 550,--), 47 (RM 100,-- als Almosen), 77 (RM 900,--), 101 (RM 3.500,--), 103 (RM 12.000,--), 109 (DM 800,-- durch Heimkehrerschwindel), 128 (DM 40.000,-- und DM 3.500,--), 152 (DM 3.000,--).

ist durch Betrugereien und Konkursvergehen verursacht worden: Der Täter hat in vier Monaten DM 12.000,-- und DM 60.000,-- in seinem Geschäft "verarbeitet"¹⁾.

Auch beim Betrug wird verschiedentlich auf die - teilweise - Wiedergutmachung des angerichteten Schadens aufmerksam gemacht²⁾.

IV: Sittlichkeitsdelikte

Bei der Unzucht mit Kindern ist mehrfach der den Opfern entstandene immaterielle Schaden hervorgehoben worden; z.B. wenn festgestellt wird, dass durch die Taten die normale, sexuelle Entwicklung der Kinder empfindlich gestört wurde³⁾.

§ 24: Die Geschädigten

Bereits aus einer Würdigung von Tatbegehung, Tatort, Tatzeit und Schaden können weitgehende Schlüsse auf die Persönlichkeit des Täters gezogen werden. Oft lernen wir den Charakter des Täters noch besser kennen, wenn etwas über die dem Täter bekannten Verhältnisse der Geschädigten ausgesagt wird.

Hierbei handelt es sich - der Natur der Täter als gefährliche Gewohnheitsverbrecher entsprechend - im untersuchten Tatsachenmaterial im grossen und ganzen meist um für den Täter ungünstige Umstände; jedoch kommt es auch vor, dass aus der Stellung der Geschädigten günstige Schlüsse auf die Persönlichkeit des Täters gezogen werden können⁴⁾, ohne dass sich an der Eigenschaft als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher, für die ja auch andere Umstände massgebend sind, etwas ändert.

Die Beurteilung erfolgt in der Regel unter folgenden Gesichtspunkten:

a) Ob der Täter in gewissen Beziehungen zum Geschädigten stand

1) 123.

2) 128.

3) 81.

4) z.B. wegen mitwirkenden oder veranlassenden Verschuldens des Angegriffenen (Wetterich, a.a.O., S.102).

(Arbeitgeber, Freund, Kollege, Vermieter, Schlafgenosse, Nachbar, Verwandter, Beischläfer)¹⁾ oder

- b) ob unter Würdigung der dem Täter bekannten Verhältnisse der Geschädigten (z.B. deren schlechte wirtschaftliche Lage) ein besonderer Schaden verursacht wurde, so dass die Tat deshalb besonders rücksichtslos und gemein erschien.

Eine Tabelle konnte mangels genügender Angaben nicht zusammengestellt werden, vielmehr muss sich die Darstellung auf einige Einzelfälle beschränken.

I: Einfacher Diebstahl

Häufig wird bei Dieben hervorgehoben, dass sie ihren früheren oder ihren derzeitigen Arbeitgeber und Meister unter Ausnutzung der Kenntnis der Örtlichkeiten bestahlen²⁾. Ähnliches gilt für die Fälle, in denen Berufsgenossen³⁾ und Zimmerkameraden⁴⁾ bestohlen wurden. In diesen Fällen wird in den Urteilen immer die Tatsache des besonderen Vertrauensbruches erwähnt und dem Täter deshalb eine niedere Gesinnung bescheinigt. Eine besonders üble Gesinnung wurde einem Logisdieb vorgeworfen, der eine Dienstmagd bestahl, bei der er sich einquartiert hatte und die später ein Kind geboren hat, dessen Erzeuger der Angeklagte war⁵⁾.

Oft wird in den Urteilen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Opfer abgestellt, wenn z.B. festgestellt wird, dass die Geschädigten "die Fahrräder dringend benötigen und nicht in dem Besitz der Mittel sind, um sofort wieder Ersatz zu schaffen"⁶⁾, oder dass "die Vielzahl der Geschädigten meist einfache, wenig begüterte Menschen sind"⁷⁾. Oft wird die geringe finanzielle Leistungsfähigkeit der Opfer nur in der Form dargestellt, dass

1) Vgl. Girshausen, a.a.O., S.18.

2) 12, 156, 55, 69, 157.

3) 107, 73.

4) 64, 77, 147 (früherer Mithäftling).

5) 143.

6) 31.

7) 143.

auf den Beruf der Geschädigten hingewiesen wird¹⁾.

Schliesslich werden öffentliche Institutionen und Einrichtungen als Opfer hervorgehoben²⁾.

Bei den Diebinnen bestand zwischen den Geschädigten und den Täterinnen sehr oft ein besonderes Vertrauensverhältnis. Eine Täterin bestahl ihre Arbeitskameradinnen und ihre Dienstherrschaft³⁾, eine andere Bekannte bei Besuchen⁴⁾ und wieder eine andere die Stadtmission, nachdem sie gerade unterstützt worden war⁵⁾.

Bei einem Täter, der sich nach einem gemeinschaftlich mit anderen begangenen Diebstahl der Unterschlagung der Diebesbeute schuldig gemacht hatte, wird besonders angekreidet, dass er seine Komplizen geschädigt hatte⁶⁾.

II: Schwerer Diebstahl

Beim schweren Diebstahl sind (mit Ausnahme der Zimmerkameraden) im wesentlichen dieselben Geschädigtengruppen festzustellen wie beim einfachen Diebstahl, nämlich Arbeitgeber⁷⁾ oder öffentliche Institutionen usw.⁸⁾ oder es wird die Leistungsfähigkeit der Opfer berücksichtigt⁹⁾ oder der Berufsstand hervorgehoben¹⁰⁾.

III. Betrug

Hier werden grundsätzlich in den Urteilen Bemerkungen zur Person des oder der Geschädigten gemacht. Ganz anders als beim Diebstahl, wo der Schaden mehr ins Auge und ins Gewicht fällt, lässt sich beim Betrug der Unwertgehalt der Tat erst nach einem Eingehen auf die Verhältnisse des Geschädigten festlegen.

1) 52 (Studenten und Sportler), 130 (Schüler, Studenten, Lehrlinge oder "sonstige minderbemittelte Personen"), 140 (Fernfahrer und Ladearbeiter), 168 (Bauarbeiter).

2) 35 (Kirchen), 65 (Museum).

3) 87w.

4) 183w.

5) 88w.

6) 42.

7) 169.

8) 141, 169 (Kirchen); 166 (u.a. Kriegsbeschädigtenverband).

9) 144 (Der Täter hatte es meist auf begüterte Ausländer - Offiziere der Besatzungsmacht - abgesehen.)

10) 2 (Handwerker), 171 (Bäcker und Metzger, vgl. S. 78).

Auch hier wird zur Erleichterung des Überblicks versucht, die aufgeführten Besonderheiten zu gruppieren:

Die erste Gruppe umfasst die Urteile, die nur die Gesellschaftsschicht oder den Beruf der Opfer erwähnen¹⁾.

Eine Reihe weiterer Urteile weist in verschiedener Form auf die Leistungsfähigkeit der Opfer hin, z.B. mit der Formulierung "Leute minderbemittelter Volkskreise"²⁾ oder "kleine Leute"³⁾.

In einer grossen Anzahl von Fällen, wo minderbemittelte Leute geschädigt wurden, handelt es sich um Logisbetrügereien⁴⁾, in einem Fall hatte der Täter seine Wirtin, die er sich geschlechtlich hörig gemacht hatte, nicht nur um die Miete geprellt, sondern sie auch noch um ihre ganzen - lange gehüteten - Rücklagen gebracht; die Wirtin war eine arme Frau, die mit Zimmervermieten zum Lebensunterhalt ihrer Familie beisteuern musste⁵⁾.

Eine grosse Gruppe von Fällen zeichnet sich dadurch aus, dass die Opfer Frauen sind, zu denen der Täter in einem bestimmten Vertrauensverhältnis festerer oder lockerer, flüchtiger oder länger andauernder Art stand.

Hierzu gehören einmal die Heiratsschwindeleien, bei denen mitunter in den Urteilen auch auf die Stellung der Opfer eingegangen wird⁶⁾. Bei anderen Fällen stehen die Opfer z.B. als Verwandte⁷⁾ oder als künftige Schwiegermutter⁸⁾ oder als Geliebte, die dem Angeklagten den Haushalt führte⁹⁾, zum Täter in nahen Beziehungen.

Schliesslich sind dazu auch die sogenannten "Grußbesteller"-fälle zu rechnen, in denen die Täter die wirkliche oder vorge-täuschte Bekanntschaft mit einem Angehörigen benutzen, um sich in das Vertrauen der Opfer einzuschmeicheln. Die Beziehung des

1) 41, 6, 23, 34, 43, 38.

2) 82.

3) 46("... denen der Angeklagte an Intelligenz überlegen war").

4) 9, 22 (ärmliche Verhältnisse).

5) 45, 64.

6) 7, 50, 74, 164, 74, 53, 135.

7) 72.

8) 91w.

9) 158 (auch Diebstahl).

Angehörigen des Opfers zum Angeklagten gibt diesen Fällen meist ihr eigentliches Gesicht, so bei Grußbestellerbetrügereien gegenüber einer Soldatenmutter¹⁾ oder Frauen von Kriegskameraden²⁾ oder gegenüber von Angehörigen von Mithäftlingen³⁾.

In zwei Fällen haben die Täter Kriegerwitwen mittels schamloser Schwindeleien ausgenutzt. In einem Falle versprach der Täter, er werde sich aufgrund seiner guten Beziehungen nach dem Schicksal des kriegsvermissten Ehegatten erkundigen⁴⁾. Der andere Fall weist erpressungsähnliche Züge auf: Der Täter versprach, er werde die Wirkungen einer angeblich schon erfolgten Anzeige wegen unerlaubten Waffenbesitzes (in der Zeit unmittelbar nach Kriegschluss) aufgrund seiner Beziehungen vereiteln⁵⁾.

Bei Almosenbetrügern wird hervorgehoben, dass die Opfer Personen sind, die zur Mildtätigkeit neigen⁶⁾.

Schliesslich ist in mehreren Fällen lediglich die Anzahl der Geschädigten vermerkt worden, um ein ungefähres Bild von der Gefährlichkeit der Täter zu geben: Eine Inkassoschwindlerin hatte 189 Leute⁷⁾, ein Verdingungsschwindler (Erschwindelung von Handgeldern) hatte 58 Landwirte betrogen.

IV: Körperverletzung

Bei einem wegen Körperverletzung und widerstands bestraften Täter wurde herausgestellt, dass sich seine Tat gegen Polizeibeamte richtete.

Ein anderer wegen Körperverletzung verurteilter Täter hatte seine Braut gewürgt, als sie ihm den Abschied geben wollte⁸⁾.

V: Abtreibung

In dem Urteil gegen einen Abtreiber⁹⁾ wurde eine Reihe typischer Opfer dieser Straftat aufgezählt: Unverheiratete Mädchen, Ehe-

-
- 1) 62.
 - 2) 63.
 - 3) 77, 96.
 - 4) 112.
 - 5) 148.
 - 6) 47.
 - 7) 176w.
 - 8) 26.
 - 9) 133.

frauen mit bereits mehreren Kindern; eine Frau, deren Mann gerade im Gefängnis saß; Mädchen, die Verhältnisse mit Besatzungssoldaten unterhielten.

Ein anderer Täter hatte sich an der eigenen Schwiegertochter vergangen. Um das Geschehene dem Sohne, bei dem er lebte, zu verheimlichen, hat er das zu erwartende Kind abgetrieben. Durch die Abtreibung machte er die Schwiegertochter zu neuen Unzuchthandlungen gefügig¹⁾.

VI: Sittlichkeitsdelikte

Ein Notzuchtstäter hatte sich darauf spezialisiert, Hausgehilfinnen, die auf Arbeits- und Zimmersuche waren, zu vergewaltigen²⁾.

Opfer von Zuhältern waren in einem Falle Dirnen und arme Dienstmädchen³⁾, im anderen Fall die Ehefrau des Täters⁴⁾.

Anders als bei den Vermögensdelikten, bei denen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Opfer im Vordergrund stehen, wird bei den Opfern der Unzucht mit Kindern darauf geachtet, ob und wie deren Persönlichkeit durch die Tat angegriffen und gefährdet wird. Der Stand der sittlichen und geistigen Entwicklung wird hervorgehoben, wenn Urteile feststellen, dass die Täter sich an Schulkinder⁵⁾ oder selbst an Kinderschulkinder⁶⁾ oder andererseits auch an Schulkinder⁷⁾ vergangen haben.

In einem anderen Urteil wird berichtet, dass der Täter sich an einem Jugendlichen vergangen hatte, der vor der Tat weder Verkehr mit einer Frau noch gleichgeschlechtlichen Umgang hatte⁸⁾. Bei anderen Opfern wird im Urteil ihr dem Täter bekanntes besonderes Schicksal vor Augen geführt und in Beziehung zu dessen Schuld gebracht: Ein Täter vergriff sich an Flüchtlingskindern⁹⁾, ein anderer jeweils an solchen Kindern, die keinen Vater mehr hatten (weil er Angst vor Vergeltung durch Tötlichkeiten im Falle der Entdeckung hatte¹⁰⁾).

1) 160.

2) 167.

3) 19.

4) 21.

5) 71, 98.

6) 145.

7) 149.

8) 97.

9) 95.

10) 92.

Schliesslich können manche Opfer in einem Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis zum Täter stehen. Ein Verurteilter verging sich an seinem Stiefsohn¹⁾.

Der Gefährlichkeitsgrad des Täters ergibt aus der Zahl der Opfer u.a. in zwei Urteilen: Ein Jugendverderber trieb gleichgeschlechtliche Unzucht mit 7 Jungen im Alter von 13 bis 18 Jahren²⁾, ein anderer verging sich sogar laufend an 21 Knaben im Alter von 12 bis 18 Jahren³⁾.

§ 25: Sonstige Besonderheiten der Taten

In einem Urteil wird angeführt, dass die Taten im Gefängnis bei Verbüssung einer Vorstrafe bereits geplant worden sind⁴⁾. Bei der Bemessung der Strafe eines anderen Täters wurde berücksichtigt, dass durch seine Diebstähle ein Gefühl der Unsicherheit in die Landbevölkerung getragen wurde⁵⁾. Auch die Aufklärung der Tat wurde mitunter besonders hervorgehoben. In einem Fall wurde der Täter trotz Leugnens lediglich durch Fingerabdrücke identifiziert⁶⁾. In einem anderen Fall hatte der Täter das Pech, auf dem Nachhauseweg in der Nähe seiner Unterkunft von einer Polizeistreife kontrolliert zu werden, wobei die Beute bei ihm vorgefunden wurde⁷⁾.

6. Kapitel: Die Ursachen der Taten

§ 26: Einflüsse der Umwelt

Hier werden unter Umwelteinflüssen diejenigen Umstände verstanden, welche die Eigenart des Individuums bestimmen bzw. seine Tat bedingen⁸⁾. Der übersichtlichen Gliederung wegen wird im

1) 100.

2) 99.

3) 122.

4) 137.

5) 143.

6) 32.

7) 151.

8) Adolf Lenz, a.a.O., S.97.

übrigen der von Mezger¹⁾ geübten Einteilung gefolgt.

I. Die physische Umwelt

Darunter ist zu verstehen die Gesamtheit der körperlichen Einflüsse, die auf den Verbrecher einwirken und für die Entstehung des Verbrechens von Bedeutung sind²⁾.

Hierher gehören einmal die natürlichen Einwirkungen auf den Täter worunter die Gesamtheit der äusseren örtlichen und zeitlichen Verhältnisse verstanden wird³⁾, soweit sie nicht der sozialen Umwelt i.w.S. zuzuzählen sind.

Als natürlicher Anreiz zur fortwährenden Tatwiederholung hat sich gerade bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern die Tatsache herausgestellt, dass lange Zeit eine gerichtliche Bestrafung nicht erfolgte, weil frühere Taten nicht entdeckt und geahndet worden waren; so entwickelte sich nach und nach bei den Tätern ein Hang zur Begehung von Straftaten. Dies wird in mehreren Urteilen hervorgehoben⁴⁾. Bei Sittlichkeitstätern, vor allem Homosexuellen gab die Tatsache einer früheren Verführung oft den ersten Anstoß dazu, dass sich beim Täter ein Hang zur Begehung von Sittlichkeitsdelikten entwickelte⁵⁾. Auf der anderen Seite wird bei einer ganzen Reihe von Sittlichkeitstätern festgestellt, dass bei ihnen sich wegen Zurückweisung von Annäherungsversuchen bei Frauen eine Abneigung, zumindest ein Komplex, in Bezug auf das weibliche Geschlecht entwickelt hat, der die Entstehung eines Hangs zur Begehung von Sittlichkeitsdelikten begünstigte⁶⁾. Auf

1) Mezger, a.a.O., S.200 ff.

2) Mezger, a.a.O., S.202.

3) Mezger, a.a.O., S.203.

4) 66.

5) So wird in 66 hervorgehoben, dass der Hang zur gleichgeschlechtlichen Betätigung sich deshalb entwickelte, weil der Täter - obwohl er selbst nicht homosexuell veranlagt war - im Alter von 21 Jahren zur gleichgeschlechtlichen Betätigung verführt worden war. Vgl. weiter 93.

6) 98, 99, 121 (Der Täter verkehrte lediglich einmal im Alter von 25 Jahren mit einem 12-jährigen Mädchen, von dem er gehört hatte, dass es unsittliche Dinge mit Buben mache); 122 (Der Angeklagte hatte seine erste Mädchenbekanntschaft mit 42 Jahren, wobei es aber zu einer geschlechtlichen Befriedigung nicht kommen konnte).

etwa dasselbe will ein Urteil hinweisen, in dem ausgeführt wird, dass der Angeklagte im Laufe seines Lebens nur vereinzelt mit Strassendirnen Geschlechtsverkehr hatte¹⁾.

Im Gegensatz hierzu wird bei einem Urteil bei der Strafzumessung zu Lasten des Täters hervorgehoben, dass er sich bei Begehung seiner Tat in keinerlei Geschlechtsnot befand²⁾.

Weiter gehören zur physischen Umwelt gewollte Einwirkungen, wie z.B. der Einfluss des vor oder bei der Tat genossenen Alkohols. Bei einer Grosszahl von Tätern wird die Begehung der Tat unter Alkoholeinfluss besonders hervorgehoben³⁾, bei anderen Tätern wird der Einfluss der Alkoholsüchtigkeit auf die schlechte Entwicklung der Verhältnisse des Täters erwähnt⁴⁾. Ein Täter, der Vermögensdelikte beging, wurde als Morphinist zu immer neuen Taten veranlasst, um sich das Rauschgift besorgen zu können⁵⁾.

II. Die wirtschaftliche Umwelt

Darunter wird hier die Gesamtheit der den Verbrecher umgebenden Verhältnisse des Besitzes und der Verteilung der materiellen Lebensgüter verstanden⁶⁾. Allerdings sollen die Verhältnisse, die allein bei einem einzelnen Täter vorliegen, erst im Hauptabschnitt über die Täter behandelt werden⁷⁾, während hier lediglich der Einfluss von Allgemeinzuständen auf die Kriminalität der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher, soweit darüber etwas aus dem untersuchten Aktenmaterial entnommen werden kann, erörtert wird.

1) 92.

2) LG Konstanz KLS 64/43.

3) 49, 133 (der Täter trieb sich mit zweifelhaften Frauen in Wirtschaften herum), 156 (Brandstiftung).

4) 38 (der Angeklagte hatte immer in kürzester Zeit seine Rente vertrunken).

5) 117.

6) Mezger, a.a.O., S. 209.

7) siehe unten § 39, S.154.

Hier muss der Einfluss der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zunächst erwähnt werden. Die Mehrzahl aller Urteile - auch wenn sie Sittlichkeitsdelikte betreffen - stellen nur fest, dass "der Täter es nicht nötig gehabt hat", weil keine Notsituation vorlag. Allerdings ist nur selten zum Ausdruck gebracht worden, ob eine allgemeine oder nur eine den Täter betreffende Notlage gemeint war. In der Regel ist hierbei anzunehmen, dass die persönlichen Verhältnisse beim Täter gemeint sind, jedoch finden sich auch Urteile, die auf das Vorliegen oder Nichtvorhandensein einer allgemeinen Notlage Bezug nehmen¹⁾.

Besondere Erwähnung fand in einer ganzen Reihe von Urteilen die allgemeine Arbeitslosigkeit, sei es in der Zeit der Weltwirtschaftskrise im Anfang der Dreissigerjahre, sei es in der ersten Zeit nach dem 2. Weltkrieg bis einige Zeit nach der Währungsreform (1948). Sie wurde einerseits als verursachendes Moment der Tat angeführt²⁾; andererseits wurde ihr eine schuld mindernde Wirkung dann aberkannt, wenn das Treiben des Angeklagten bereits in die Zeit fiel, in der er Arbeit hätte finden können³⁾, oder noch in Zeiten fortgesetzt wurde, in welchen es ihm möglich gewesen wäre, durch Übernahme einer Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

III. Krieg und Nachkriegszeit insbesondere

Öfters hat zur Verursachung der Taten und zur Entwicklung eines verbrecherischen Hanges beigetragen, dass der Angeklagte infolge des Krieges aus geordneten Verhältnissen herausgerissen wurde und es danach nicht mehr vermochte, sich in die soziale Gemeinschaft einzugliedern⁴⁾.

Andererseits hat der Krieg gewöhnlich die Folge, dass gewisse Bedarfsgüter knapp werden, was für viele Taten einen ganz besonderen Anreiz gibt.

So wird in einem Falle die durch den Krieg entstandene verführerische Konjunktur bei Holzverkäufen erwähnt; nur darauf könne die

1) 8, 35.

2) 50.

3) 10, 12.

4) 36.

Leichtgläubigkeit der Geschädigten hinsichtlich der Möglichkeit, Holz in der versprochenen Menge zu erhalten, zurückgeführt werden und deren allzugrosse Bereitschaft zu solch "krummen Geschäften", bei denen die Betrogenen genau wussten, dass die Holzkäufe mit den bestehenden Verteilungsvorschriften nicht im Einklang standen¹⁾.

Andere Angeklagten machten sich die kriegsbedingte Verknappung von Schuh- und Lederwaren, von Fahrrädern und Uhren oder von Radiogeräten zu Nutze²⁾.

Der besondere Eindruck, den militärische Stellung, Orden und Ehrenzeichen auf Mädchen machten, wurde von mehreren Heiratschwindlern ausgenutzt³⁾. Einer der Täter hatte es verstanden, sich in das Vertrauen der Leute u.a. dadurch einzuschmeicheln, dass er sich - je nach Bedarf - als Angehöriger von NS-Formationen oder der Wehrmacht ausgab.

Es muss in diesem Zusammenhang allerdings darauf hingewiesen werden, dass unter Anwendung der Volksschädlings-VO und anderer für die Kriegszeit erlassener Strafschärfungsvorschriften sehr hohe Strafen ausgesprochen wurden, die eine Reihe von Tätern von weiteren Taten abzuhalten geeignet waren. Einige Täter, die in normalen Friedenszeiten kaum eine Zuchthausstrafe erhalten hätten, sind unter Anwendung der besonderen Schärfe, die im Krieg für erforderlich gehalten wurde, als Gewohnheitsverbrecher sogar zur Todesstrafe verurteilt und hingerichtet worden⁴⁾.

Auch in der Nachkriegszeit hat die Verknappung von Bedarfsgütern viele Taten verursacht, weil sie den Tätern einen besonderen Anreiz gab⁵⁾.

Für Kriminelle war die erste Zeit nach dem Zusammenbruch besonders günstig. Die anfängliche Desorganisation der Rechtspflege begünstigte sie besonders⁶⁾. Auch verstand es ein grosser Teil vielfach vorbestrafter Verbrecher sich in das Vertrauen der ört-

1) 68.

2) 76, 82.

3) 74.

4) 79 (Der 63-jährige Täter hatte sich etwa 50 Diebstähle von Hasen oder Kleinigkeiten zu Schulden kommen lassen; die Todesstrafe wurde am 1.6.1945 vollstreckt).

5) 112 (Der Täter hatte das besondere Bedürfnis seiner Abnehmer ausgenutzt).

6) LG Heidelberg, Urteil vom 28.9.1946, KLS 8/46.

lichen Kommandanten der Besatzungstruppen zu setzen, was durch die Tatsache besonders erleichtert wurde, dass die Sicherungsverwahrung, ja sogar langjährige Freiheitsstrafen, in den berüchtigten Konzentrationslagern vollstreckt wurden¹⁾, ohne dass bei den alsbald nach Einstellung der Kampfmassnahmen Entlassenen sogleich festgestellt und festgehalten worden wäre, ob sie als politische oder kriminelle Gefangene im KZ verwahrt wurden.

Mit einem grossen Teil der Zuchthausgefangenen ist in dieser Zeit ein Täter vorzeitig entlassen worden, der es in der ersten turbulenten Nachkriegszeit verstand, mittels falscher eidesstattlicher Versicherungen von der Justizverwaltung als angeblicher Assessor eingestellt und in die Stellung eines Hilfsstaatsanwalts in Heidelberg eingewiesen zu werden; in der - allerdings nur einige Tage dauernden - Zeit seiner Tätigkeit beging er einen Mord und versuchte sich sogar in die Ermittlungen einzuschalten²⁾. Ein anderer Täter wurde aufgrund seiner Schwindeleien in der sowjetischen Zone Lehrer; diese gutbezahlte Stellung genügte ihm nicht, vielmehr wurde er wieder straffällig und floh - nicht aus politischen Gründen - nach Westdeutschland³⁾.

Überhaupt darf die Teilung Deutschlands als ein die Kriminalität förderndes, weil die Verfolgung erschwerendes Moment nicht übersehen werden. Einer der Täter betätigte sich 1946 als Grenzfürer an der Zonengrenze und stahl hierbei bei seiner Mutter untergestelltes Flüchtlingsgut⁴⁾.

Ein grosser Teil unseres Volkes hat durch den Krieg seine Heimat verloren. Die Flüchtlinge konnten in der Mehrzahl nicht alsbald in anständigen Wohnungs- und Erwerbsverhältnissen untergebracht werden. Daraus erklärt sich der anfänglich hohe Anteil der Flüchtlinge an der Zahl der Verurteilten. Eine Berücksichtigung des Flüchtlingsschicksals ist in Urteilen wegen der verschiedenen Delikte erfolgt, selbst bei einem Notzuchttäter wurde die Entwurzelung durch die Nachkriegsverhältnisse besonders hervorgehoben⁵⁾.

1) siehe unten § 40, S.159.

2) LG Heidelberg, Urteil vom 28.6.1949, KLS 8/46.

3) 123.

4) 150.

5) 167.

Bei einer grösseren Anzahl von Tätern wird den ungesunden Verhältnissen in der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit, vor allem in Verbindung mit den Betätigungsmöglichkeiten auf dem sog. "schwarzen Markt", eine grosse Bedeutung auf die ungünstige Entwicklung der Täter beigemessen¹⁾.

Im Zusammenhang mit den Kriegsverhältnissen wird öfter die Lockerung der Sitten, der Anreiz zu Vermögensdelikten in der Form des sog. "Organisierens"²⁾ sowie (insbesondere bei gleichgeschlechtlicher Unzucht) die besondere Gefahr des Gemeinschaftslebens und auch des Über- und Unterordnungsverhältnisses bei der Wehrmacht und im Reichsarbeitsdienst erwähnt³⁾.

Deshalb wird andererseits als Besonderheit bei einem Betrüger erwähnt, dass er nach der Entlassung aus der Sicherungsverwahrung im Jahre 1945 nur noch einmal bis 1953 wegen Schwarzschlachtung eine Geldstrafe erhielt; die neuen Betrügereien beginnen alsbald nach der Währungsreform von 1948, also nachdem das Geld wieder ein lohnendes Betrugsobjekt darstellte⁴⁾.

Nicht immer brauchten die Kriegseinflüsse für die Täter negativ sein; bei manchen Tätern zeigte gerade die gute Führung im Kriege, auch Tapferkeit vor dem Feinde, dass ein brauchbarer Persönlichkeitskern vorhanden ist. So machte ein Täter den 1. Weltkrieg von Anfang bis Ende mit und wurde mehrmals verwundet; erst nach Kriegsschluss (12.1.1919) beging er noch als Soldat Diebstähle aus einem Proviantamt⁵⁾.

Ein anderer Täter⁶⁾ war von 1940 bis 1943 bei der Kriegsmarine, kam dann zur Waffen-SS und wurde deshalb 1945 interniert und zu 5 Jahren Arbeitslager verurteilt. Bis dahin hatte er sich straf-frei geführt. Nachdem es ihm gelungen war, aus dem Internierungslager zu fliehen, musste er untertauchen und beging in der Folgezeit laufend Straftaten, vor allem Diebstähle; die Verurteilungen erfolgten jeweils unter einem anderen Namen.

1) z.B. 171 (Der Angeklagte - ein früherer Berufssoldat - (Oberbeschlagmeister), wurde erstmals wegen militärischen Diebstahls straffällig).

2) 117, 126.

3) z.B. 93 (Der Täter wurde durch einen Unteroffizier zur Unzucht verführt).

4) 153.

5) 56.

6) 140.

Bei einem anderen Dieb¹⁾ konnten ebenfalls in der Zeit bis zu seiner schweren Verwundung 1944 in Kurland keine strafbaren Handlungen festgestellt werden. Erst nach dem Lazarettaufenthalt und der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft setzen seine Taten ein. Mittlerweile hatte der Angeklagte seine Heimat verloren und hatte zu seinem Vater (die Mutter hatte er bereits als Kleinkind verloren) und zu seiner Stiefmutter, mit der er sich vorher gut verstand, keine Beziehungen mehr, da er deren Aufenthalt nicht kannte.

IV. Soziale und kulturelle Umwelt

Hierunter wird mit Mezger²⁾ die Gesamtheit der seelischen Einwirkungen auf den Verbrecher verstanden, sei es mehr die unmittelbare (mitmenschlich, soziale) Einwirkung von Mensch zu Mensch, sei es mehr die allgemeine (kulturelle, geistige) Einwirkung im Sinne einer Übermittlung geistiger Inhalte.

Zu beachten ist dabei zunächst der individuelle Lebensgang des Täters.

Hierher gehört z.B. die Einwirkung einer schlechten Erziehung³⁾ oder schlechten Umgangs⁴⁾ auf den Täter. In mehreren Urteilen ist ausgeführt worden, dass die Grundlage zur Entwicklung eines verbrecherischen Hangs beim Täter bereits im Elternhaus durch schlechte Erziehung und schlechtes Beispiel gelegt worden ist. Ein Täter war von seiner Mutter immer wieder zu Diebstählen veranlasst worden⁵⁾.

1) 151.

2) Mezger, a.a.O., § 62, S.217.

3) 108, 130 (Der Täter brachte vor, dass er zu streng erzogen und zuviel von seinem Vater geschlagen worden sei. Demgegenüber hat das Gericht festgestellt: "Die Tatsache, dass er nirgends aushielt, beweist einerseits, dass er garnicht den Willen hatte, sich durch ernsten Willen vorwärts zu bringen, andererseits, dass strenge Zuchtmassnahmen am Platze waren").

4) 8, 35.

5) 132 ("Von unheilvollem Einfluss auf die Entwicklung waren die unerquicklichen Familienverhältnisse und das schlechte Beispiel seiner Mutter, die sich nicht entblödete, ihren Sohn schon im Alter von 12 Jahren zu Taschendiebstählen anzuhelfen! In diesem Zusammenhang ist ferner zu berücksichtigen, dass der Angeklagte gerade die entscheidenden Entwicklungsjahre, in denen sich sein Charakter hätte festigen sollen, hinter Gefängnismauern verbrachte).

Die Bedeutung des Fehlschlagens elterlicher Erziehung zeigt sich besonders in dem hohen Anteil ehemaliger Fürsorgezöglinge¹⁾ unter den Tätern.

In diesem Zusammenhang muss auch die kriminogene Bedeutung des Fehlens von Bindungen vor allem an Familie oder Elternhaus Erwähnung finden²⁾, ebenso - allerdings von etwas geringerer Bedeutung - die fehlende Bindung an Beruf oder Arbeitsstelle; in sehr vielen Urteilen wird schlechte Arbeitsleistung und dadurch bedingter häufiger Arbeitsplatzwechsel als Verbrechensursache erwähnt³⁾.

Andererseits wurde einem Angeklagten angekreidet, dass er von tüchtigen Meistern gut behandelt wurde und gut verdiente und gleichwohl den Weg des Verbrechens beschritt⁴⁾.

Natürlich kommt auch der umgekehrte Fall vor, dass nämlich der Täter gerade wegen der schlechten Verhältnisse an seinem Arbeitsplatz zum Verbrecher wird. So wurde bei einem Homosexuellen (Verurteilung wegen Verbrechens nach § 175 a Abs. I Ziffer. 3 StGB) erwähnt, dass er als Lehrling in ein Massenquartier kam und dort vom älteren Arbeitern vollends verdorben wurde; schliesslich prägten sich beim selben Täter die Dienstzeit beim freiwilligen Arbeitsdienst und bei der Wehrmacht und eine längere Kriegsgefangenschaft ungünstig aus. In der ganzen Zeit betätigte er sich homosexuell⁵⁾.

Von besonderem negativen Einfluss ist die bisherige kriminelle Lebensführung des Täters. Dies ist vor allem darin begründet, dass die Täter umso weniger Gelegenheit haben, eine einträgliche Arbeit zu finden, je mehr Vorstrafen sie haben⁶⁾. Weiter kommt hinzu, dass der Strafvollzug für Hangtäter, um die es sich bei

1) Vgl. unten § 37, IV, S.145 f.

2) 64, 180w (Der Umstand wird angeführt, dass die Täterin "in frühester Jugend die Sorgfalt und Liebe eines ordentlichen Elternhauses entbehren musste und dass sie in den entscheidenden Entwicklungsjahren in Heimen war, deren Einfluss auf ihre charakterliche Veranlagung nicht günstig eingewirkt haben mag")

3) 68, 73, 91w, 96 (Seit der Lehrlingszeit war der Verurteilte keiner regelmässigen Arbeit nachgegangen, vielmehr unstet von Ort zu Ort gezogen und hatte höchstens Gelegenheitsarbeiten ausgeführt).

4) 69.

5) 122.

6) 152.

den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern immer handelt, meist die Wirkung einer Schule des Verbrechens hat¹⁾, vor allem dann, wenn der Angeklagte die entscheidenden Entwicklungsjahre, in denen sein Charakter sich hätte festigen und stärken sollen, hinter Gefängnismauern verbracht hat²⁾.

Auf die besondere Bedeutung des Rückfalls wird bei der Untersuchung der einzelnen Täter eingegangen werden³⁾.

V. Die sog. Tatsituation

Tatsituation ist ganz allgemein die Lage, in der ein Mensch ein Verbrechen begeht⁴⁾, wobei wieder äussere Tatsituation und innere oder seelische Tatsituation (Gemütslage, in der der Täter sich bei seinen Taten befindet), unterschieden wird.

Der äusseren Tatsituation in diesem Sinne ist z.B. zuzuordnen, wenn der Täter seine Taten vor allem deshalb begeht, um der drohenden Verhaftung wegen anderer Delikte zu entgehen⁵⁾. Weiter z.B. der Anreiz, der darin liegt, dass trotz langjähriger (Unzucht-) Handlungen eine gerichtliche Bestrafung nicht erfolgte⁶⁾, weil die Taten nicht entdeckt wurden.

Äussere Tatsituation ist es auch, wenn der Täter eine besondere Gelegenheit (z.B. die Leichtgläubigkeit der Opfer beim Betrug⁷⁾ oder das Vertrauen ausnutzt, das ihm entgegengebracht wurde, weil er sich als Angehöriger von NS-Formationen oder der Wehrmacht ausgab⁸⁾. Hierher gehört schliesslich auch die Verwendung eines Adelsnamens, den eine Täterin durch Einheirat erworben, aber wieder abgesprochen bekommen hatte, als wesentliche Grundlage ihrer Betrügereien⁹⁾.

1) 39 (Der Täter erlernte während der Strafverbüßung von Mitgefangenen die technischen Einzelheiten der Falschmünzerei), 111.

2) 132.

3) siehe oben, §§ 44 ff, S.197 ff.

4) Mezger, a.a.O., § 66, S. 223; Exner, a.a.O., S. 253 ff (255).

5) 55.

6) 66.

7) 177w, 103, 112, 140 (angeblicher "Berufskollege").

8) 74.

9) 176w.

Ein Täter benutzte seine Knochentuberkulose - Wunde, um damit Mitleid bei den Opfern zu erwecken¹⁾.

Als Beispiel für die innere Tatsituation ist hier ein Fall zu nennen, in dem der Täter wegen einer im Beruf erlittenen Beinverletzung unter inneren Hemmungen litt und u.a. auch deshalb zum Verbrecher wurde²⁾.

Als Sonderfall der Tatsituation, als Fall eines psychischen Umwelteinflusses, muss die Verführung erwähnt werden. Besonders wichtig ist die Verführung als Tatarsache auf dem Gebiet der Homosexualität; das ist einer der Gründe, warum die Verführung Jugendlicher zu gleichgeschlechtlicher Unzucht im § 175 a Ziff. 3 StGB unter die Androhung der Verbrechensstrafe gestellt worden ist.

Eine Reihe von Urteilen erwähnt die eigene frühere Verführung des Täters - gewöhnlich zu dessen Gunsten - in den Strafzumessungsgründen³⁾. Bei einem Täter hat sich, obwohl er nicht homosexuell veranlagt war, durch Verführung im Alter von 21 Jahren ein Hang zu gleichgeschlechtlicher Betätigung entwickelt⁴⁾; ein anderer Täter wurde bereits als Schüler der 1. Klasse zur Unzucht missbraucht und hat sich später zu jeder Art von Unzucht (auch After- und Mundverkehr) gegen Geld bereitgefunden⁵⁾.

Aber auch bei anderen Taten kommt verführungsähnlichen Umständen als Ursachen eine grosse Bedeutung zu, wie die folgenden zwei Fälle zeigen:

Ein Täter, der mit zwei Jahren seine Mutter verloren hatte, kam mit sechs Jahren zusammen mit seiner Grossmutter, die ihn bei sich erzog, zu einer Tante nach Berlin. Der Onkel besuchte mit dem Jungen Rennbahnen und verwendete ihn zu Botengängen in Wettangelegenheiten. So kam er oft in den Besitz grösserer Geldbe-

1) 103.

2) 68.

3) 93 (bei der Wehrmacht); 100 (durch Arbeitgeber)
Über die Möglichkeit, die Verführung des Täters strafmindernd zu bewerten, vgl. Wetterich, a.a.O., S.100.

4) 66.

5) 95.

träge und fand Gefallen an diesem Leben. Er stahl deshalb - erst 12 Jahre alt - dem Onkel aus dem Waschtisch fortlaufend insgesamt etwa 4.000,-- DM (1910!) und gab das gestohlene Geld mit Freunden auf Rennbahnen und in Vergnügungsstätten aus¹⁾.

Ein anderer Täter wurde - 19 Jahre alt - dazu angestiftet, Enten zu stehlen; diese Anregung hatte allerdings bereits zur Folge, dass er nach Ausführung der Tat unter dem Anreiz des Gelingens gleich dem Anstifter dessen Uhr stahl!²⁾.

§ 27: Die Motive der Tat

Motiv ist der sinnhafte Inhalt eines Seelenvorgangs, der einen anderen Seelenvorgang zur Folge hat, also für diesen Wirkungsmoment ist³⁾. Auch das Motiv ist damit "Ursache" im weiteren Sinne des Wortes.

In einem engeren Sinne verstanden ist Motiv eine gefühlsbetonte Vorstellung, die die Kraft hat, eine Willenshandlung äusserer oder innerer Art auszulösen, also der Willensdisposition die bestimmte, konkrete Richtung zu geben. Es enthält einen intellektuellen Faktor ("Beweggrund") und einen emotionalen Faktor ("Triebfeder").

Abzugrenzen ist das Motiv im kriminologischen Bereich und als Umstand, der für die Strafzumessung von Bedeutung sein kann, von den zur Erfüllung des Straftatbestandes ohnehin erforderlichen subjektiven Erfordernissen. Zum Beispiel beginnt die Motivation bei einer Fehlerhandlung erst jenseits des "Handelns um seines Vorteils willens" usw.⁴⁾. Bei der Strafzumessung können diese Tatbestandsmerkmale keine Rolle spielen, da sie in ihrer allgemeinen Bedeutung schon bei Aufstellung der Strafdrohung berücksichtigt wurden und deshalb nicht nochmals beim Strafmass verwendet werden können⁵⁾.

Allerdings braucht das Motiv dem Handelnden bei seiner Tat nicht bewusst zu sein.

1) 104.

2) 143.

3) Mezger, a.a.O., § 24, S.91; Exner, a.a.O., S.8, Anm.1.

4) Mezger, a.a.O., § 25, S.92.

5) Wetterich, a.a.O., S.40 und 50.

I. Motive bei Vermögensdelikten

Weitaus an der Spitze der in den Akten aufgeführten Motive steht bei den Vermögensverbrechern die Habgier und das Bestreben, ohne eigene Arbeit auf Kosten der Mitmenschen ein möglichst "gutes", ungebundenes Leben zu führen¹⁾, in den meisten Urteilen kurz damit umschrieben, der Täter sei arbeitsscheu²⁾. Dass die Arbeitslust schon in jungen Jahren auftrat, wurde einem Angeklagten besonders schwer zu seinen Lasten gerechnet³⁾; ebenso, wenn der Täter aufgrund seiner Ausbildung und weil er eine gute Stelle hatte, sehr gut in der Lage gewesen wäre, sein Brot selbst zu verdienen⁴⁾.

Gewöhnlich handelt es sich bei Arbeitsscheuen um Typen unsteten Charakters, und ein grosser Teil dieser Täter beging die Taten aus einem Drang heraus, sich von Zeit zu Zeit oder sogar laufend planlos herumzutreiben⁵⁾. Bei den weiblichen Täterinnen ist dies dann oft mit der Lust, ein dirnenhaftes Leben zu führen, verbunden⁶⁾.

Als Motive bei Vermögensdelikten finden sich - oft miteinander gepaart oder auch zusammen mit der Arbeitsscheu - Trunksucht⁷⁾ und Verschwendungssucht⁸⁾. Ein Täter sagte selbst aus, dass ihn die Sucht nach Geld, "dem verfluchten Geld, mit dem ich nie rechnen und umgehen kann", zu seinen Taten getrieben hatte⁹⁾. Ein anderer Täter, der seine Beute oder deren Erlös ausschliesslich zur Befriedigung seiner "Lebsucht" verwendete ...¹⁰⁾, verkehrte hauptsächlich in teuren Lokalen, trank viel Wein, rauchte bis zu 60 Zigaretten am Tag und nahm vorzugsweise an Gesellschaftsreisen teil.

1) 7, 10, 72, 108, 120, 47, 62, 63, 74, 183w, So auch z.B. Paul Schwarz, a.a.O., S.53.

2) 8, 13, 14, 15, 20, 86w, 34, 28 und viele andere,

3) 10, 144.

4) 70.

5) 48, 53, 55, 70, 74, 137,

6) 90w, 91 w,

7) 28, 36, 38, 43, 54, 58.

8) 41, 43, 45 (Der Täter brauchte Geld, um Puppen zu kaufen, die er später verschenkte).

9) 153.

10) 130; ähnlich 102.

Schliesslich ist bei einigen Verurteilten festgestellt worden, dass sie ihre Taten begingen, um sich Genussmittel zu verschaffen¹⁾.

Typisch für unser "technisches Zeitalter" ist die Tatbegehung, weil der Angeklagte einen "Motorradfimmel" oder "Radiofimmel" hat²⁾. Ein Angeklagter beging die Taten, um seiner Spielleidenschaft zu frönen³⁾. Ein Dieb hat als Motiv seiner Taten unverblümt angegeben, dass er aus Freude am Stehlen straffällig geworden sei⁴⁾.

Mehrere Täter sind wegen ihrer finanziellen Aufwendungen für Frauen immer wieder straffällig geworden⁵⁾. Bei einem ausdrücklich als nicht arbeitsscheu gekennzeichneten Täter wurde festgestellt, dass er von den unverantwortlichen Wünschen und Forderungen zweier Frauen getrieben wurde und im übrigen sich die Mittel für einen ruhigen und schönen Lebensabend verschaffen wollte⁶⁾.

Eine Angeklagte beging ihre Taten, um durch eine großspurige Lebensweise Eindruck bei bestimmten Männern zu machen⁷⁾.

Ein Kirchendieb motivierte seine Taten damit, er habe an der Kirche, die ihm sein Leben verpfuscht habe, Rache nehmen wollen⁸⁾. Auch Rache an Familienangehörigen, die nach den Vorstrafen nichts mehr vom Angeklagten wissen wollten, wurde von einem Dieb und Brandstifter als Sinn und Zweck seiner Taten angegeben⁹⁾.

Schliesslich kommen auch Fälle vor, in denen die Täter zur Begehung von mehr oder weniger echten Notsituationen handelten. Zum Beispiel hat ein Ausbrecher seine Diebstähle zunächst deshalb begangen, um sich - da er noch Anstaltskleider trug - zuerst einmal unauffällige Kleidung zu verschaffen¹⁰⁾; er war dann weiter bestrebt, um nicht aufzufallen, von strafbaren Handlungen zu leben.

1) z.B. 141.

2) 82.

3) 119.

4) 51.

5) 135.

6) 79.

7) 177w.

8) 37.

9) 32.

10) 170.

Ein anderer Ausbrecher hat zur Verhinderung seiner Personenfeststellung Widerstand geleistet¹⁾.

Eine Täterin beging neue Taten, um ihre Schulden zu bezahlen, die sie allerdings zur Anschaffung unnützer Dinge gemacht hatte²⁾. Schliesslich dürfen selbstverständlich die Angeklagten nicht fehlen, die ihre Taten nur begangen haben wollen, um die Gerichtskosten der früheren Strafverfahren zahlen zu können³⁾.

II: Motive bei anderen Straftaten

In den Urteilen wegen Brandstiftung wurden die Taten jeweils aus Rache begangen⁴⁾.

Ein gewerbsmässiger Abtreiber hat seine Taten nicht nur aus Erwerbsstreben, sondern vor allem auch zur Befriedigung seiner Geschlechtslust begangen⁵⁾.

Bei sämtlichen Sittlichkeitsdelikten⁶⁾ werden die Taten damit motiviert, dass sie zur Befriedigung eines - oft übermässig starken - Geschlechtstriebes begangen wurden.

1) 162.

2) 87w.

3) 151.

4) 32, 156.

5) 160.

6) z.B. 93, 99, 159.

2. Teil: Die Täter

7. Kapitel: Geschlecht und Alter

§ 28: Das Geschlecht der Täter

I: Der Anteil der Geschlechter und ihre Verteilung auf die einzelnen Delikte in der Vorkriegs- und Kriegszeit

Von insgesamt 183 Urteilen, die für die vorliegende Arbeit ausgewertet wurden, waren 17 gegen weibliche Täter ergangen, das sind rund 9,3%. Die Urteile sind sämtlich wegen Vermögensdelikten ausgesprochen worden und zwar

wegen Diebstahls (D) ¹⁾	7
wegen Diebstahls und Betrugs (DB) ²⁾	5
wegen Betrugs (B) ³⁾	5

Der Anteil der Frauen beträgt bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern nur 9,3% und ist damit noch niedriger als ihre Beteiligung an der Gesamtkriminalität. In den Jahren 1934 bis 1939 waren von den rechtskräftig Verurteilten folgender Prozentsatz Frauen⁴⁾:

1934	14,1%
1935	14,31%
1936	14,36%
1937	15,5%
1938	15,8%
1939	15,6%.

Die allgemeine Erfahrung, dass die weibliche Kriminalität eine geringe Beteiligung an Gewaltdelikten, aber einen relativ hohen Anteil bei Gewohnheits- und Schwachedelikten aufweist⁵⁾, wird

1) 86w, 87w, 88w, 89w, 90w, 182w, 183w,

2) 85w, 91w, 175w, 178w, 180w.

3) 84w, 176w, 177w, 179w, 181w,

4) Mezger, Kriminologie, § 38, S.131; ähnlich allgemein Schmitz, a.a.O., S.28: 1/5 der männlichen Kriminalität.

5) Sauer, a.a.O., S.83; Exner, Kriminologie, S.141; Paul Schwarz, a.a.O., S.67; Schmitz, a.a.O., S.18: Der Diebstahl des Weibes mag sich mehr als Unterschlagung darstellen.

durch diese Feststellung nicht berührt. Der Anteil der Frauen an der Gesamtkriminalität lag in den Vorkriegsjahren beim Diebstahl (die gefährlichen Gewohnheitsverbrecher-Urteile behandeln im wesentlichen Diebinnen) um 22,6%; dass der Prozentsatz der als gefährliche Gewohnheitsverbrecher Verurteilten demgegenüber um etwa $\frac{1}{3}$ niedriger liegt als bei den Männern, beruht auf der geringeren Gefährlichkeit ihrer Straftaten, die sich einmal in der geringeren Beteiligung an schweren Diebstählen (Vorkriegsanteil an der Gesamtkriminalität 5,5%)¹⁾, zum anderen in den durchschnittlich niedrigeren Schäden und drittens in der höheren Strafempfindlichkeit der Frauen zeigt.

Unter diesen Aspekten ist der gefundene Wert der Verurteilungen von Frauen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher vielleicht sogar höher, als man erwarten würde.

Während also ganz allgemein in den Vorkriegsjahren der Anteil der Frauen zwischen 14,1% und 15,6% der Gesamtkriminalität betrug, wird im Untersuchungsbezirk bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern für 1935 bis 1939 ein Frauenanteil von durchschnittlich 8,2% gefunden.

Tabelle 20:

Anteil der Frauen bei den im Untersuchungsbezirk
in den Jahren 1934 bis 1939 abgeurteilten gefährlichen
Gewohnheitsverbrechern

Jahr	insges.	Männer	Frauen	=% der Gesamtzahl
1934	24	22	2	8,33 ²⁾
1935	8	7	1	12,5
1936	7	6	1	14,3
1937	6	5	1	16,7
1938	7	7	-	-
1939	9	9	-	-
1934 - 1939	61	56	5	8,2

- 1) v. Weber, a.a.O., S.44: Die Diebstahlskriminalität der Frau wächst um so mehr, je leichter und ungefährlicher die Tatausführung sich darstellt.
- 2) Die hohe Anzahl der Verurteilungen im Jahre 1934 erklärt sich aus der Anwendung des § 5 Abs.2 des gefährlichen Gewohnheitsverbrechergesetzes im sog. Sicherungsverfahren.

Der gefundene niedere Anteil lässt sich nicht aus der Struktur des Landgerichtsbezirks Freiburg herleiten, da dieser mit seiner ausgewogenen Mischung städtischer und ländlicher Bevölkerung nicht so wesentlich vom Reichsdurchschnitt abwich. Vielmehr erklärt sich der geringere Anteil der Frauen aus dem geringeren qualitativen Gewicht der Taten¹⁾. Bei einer Reihe von Täterinnen erschien das Strafmaß des § 20a StGB oder gar die Anordnung der Sicherungsverwahrung nicht angebracht, zumal allgemein - oft nur gefühlsmässig - von einer grösseren Strafempfindlichkeit der Frauen ausgegangen wird.

Im Reiche betrug der Anteil der weiblichen Sicherungsverwahrten am 1.1.1937 nur 4,2%²⁾. Durch diese Verhältniszahl werden bezüglich der Sicherungsverwahrung die dargelegten Gründe bestätigt.

Tabelle 21:

Anteil der Frauen bei den im Untersuchungsbezirk
verurteilten Sicherungsverwahrten³⁾

Jahre	Männer	Frauen	%
1934 - 1945	61	6	9,8
1951 - 1953	67	6	8,9
Gesamt	128	12	9,4

Die Annahme Hellmer's⁴⁾, dass der Frauenanteil nicht ins Gewicht falle und seit dem 1.1.1937 noch zurückgegangen sei, stimmt jedenfalls für den Untersuchungsbezirk nicht. In den Kriegsjahren waren immerhin 10% der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher Frauen⁵⁾.

Es ist noch darauf hinzuweisen, dass der Anteil der Frauen an der Gesamtkriminalität durch ihren hohen Anteil an einzelnen

1) Mezger, a.a.O., § 38, S.131: Auch innerhalb der einzelnen Deliktsarten erscheint die weibliche Kriminalität als die weniger schwere.

2) Schmidt, a.a.O., S.192.

3) Zahlen entnommen aus Tabellen 49 bis 52, S. 165 ff.

4) Hellmer, a.a.O., S.11.

5) Vgl. oben Tabelle 23, S.106.

Delikten, die kaum je einer Verurteilung nach § 20a StGB unterliegen können, bestimmt wird. So ist der Anteil der Frauen bei der Kindesaussetzung und der Vergiftung sehr hoch; Kindestötung (§ 217 StGB) kann nur von Frauen begangen werden¹⁾. Auch Beleidigung ist ein Delikt mit hoher Frauenbeteiligung. Andererseits ist der Anteil der Frauen an Unzuchtsdelikten (nach Exner 0,8%) sehr gering, denn die Frau ist hier meist in der (passiven) Opferrolle, und ein Grossteil der Unzuchtstaten - die Homosexualität - ist nur von Männern begangen strafbar.

Das Ergebnis soll deshalb durch einen Vergleich der einzelnen Delikte, bei denen Frauenverurteilungen vorkamen, ergänzt werden.

Schwierigkeiten bei einem solchen Vergleich verursachen natürlich die Fälle, in denen die Verurteilung sowohl wegen Diebstahls, als auch wegen Betrugs erfolgte. Ähnlich wie die Polizeistatistik auf den zur Anzeige gebrachten Taten - ohne Rücksicht auf den Täter, der mehrere Taten begangen haben kann oder auf z.B. die fortgesetzte Handlung - aufbaut, werden zu Vergleichszwecken diese Täter sowohl beim Diebstahl als auch beim Betrug aufgeführt, so dass statistisch diese Täter doppelt aufgeführt sind und sich die wirkliche Gesamtzahl der Verurteilungen um diese Doppelverurteilungen erhöht:

1) Exner, a.a.O., S. 140/141; Mezger, a.a.O., S. 131 (Vergleichszahlen allerdings aus dem Durchschnitt der Jahre 1926 - 1930).

Tabelle 22:

Anteil der Frauen bei den einzelnen Delikten
in der Vorkriegszeit

Jahr	Männer		B	Sonst.	Frauen		B	% D B	
	D	DB			D	DB		D	B
1934	9 (16)	7	2 (9)	4 4	0 (1)	1	1 (2)	5,9	18,2
1935	0 (1)	1	3 (4)	3 3	1 (1)	0	0 (0)	50,0	0
1936	3 (3)	0	1 (1)	2 2	1 (1)	0	0 (0)	25,0	0
1937	3 (3)	0	2 (2)	0 0	1 (1)	0	0 (0)	25,0	0
1938	1 (2)	1	5 (6)	0 0	0 (0)	0	0 (0)	0	0
1939	5 (6)	1	2 (3)	1 1	0 (0)	0	0 (0)	0	0
1934 - 1939	21 (31)	10	15 (25)	10 10	3 (4)	1	1 (2)	11,4	8,0

(Vergleichszahl der Reichskriminalstatistik bei Nicht-Gewohnheitsdiebinnen: 22,6% beim einfachen, 5.5% beim schweren Diebstahl).

Hieraus ergibt sich, dass der Anteil der Frauen bei den gefährlichen Gewohnheitsdieben (bei Frauen kommen im allgemeinen nur einfache Diebstähle vor) etwa nur einhalb so gross ist, wie die Beteiligung bei dieser Deliktsart (22,6%) ganz allgemein. Hauptursache hierfür dürfte neben der abschreckenden Wirkung hoher Strafen auf Frauen der Umstand sein, dass wegen der weitaus überwiegenden geringen Schadensbeträge die Gerichte trotz häufiger Wiederholung der Taten von der Verhängung hoher Strafen oder gar der Sicherungsverwahrung Abstand nehmen. Selbst unter annähernd gleichen Voraussetzungen (Anzahl der Vorstrafen, Art der Tatbegehung, Schaden usw.) werden - wie die Praxis lehrt - bei Frauen geringere Strafen ausgeworfen als bei männlichen Tätern, weil - wie schon erwähnt - bei Frauen eine grössere Strafeempfindlichkeit erwartet wird als bei Männern.

Dass die Schadensbeträge eine ganz entscheidende Rolle spielen, zeigt z.B. die Untersuchung von Drecoll¹⁾. (Danach standen 161 männlichen Warenhausdieben 50 Warenhausdiebinnen gegenüber).

Tabelle 23:

Weibliche Täter in der Kriegszeit

Jahr	gesamt		DB		D		B		So. M	Frauen %		B
	M	W	M	W	M	W	M	W		gesamt	D	
1940	3	0	0	0	2	0	1	0	0	0	0	0
1941	7	0	2	0	3(1)	0	5(3)	0	1	0	0	0
1942	7	0	1	0	2(1)	0	5(4)	0	1	0	0	0
1943	6	1	1	0	5(4)	1	2(1)	0	0	14,3	16,7	0
1944	4	2	0	0	1	1	1	1	2	33,3	50,0	50,0
	27	3	4	0	13	2	14	1	4	10,0	13,3	6,7

Verglichen mit der Vorkriegszeit²⁾ ergibt sich insgesamt für den Untersuchungsbezirk ein leichtes Absinken des weiblichen Anteils, wobei eigentümlicherweise in den ersten drei Kriegsjahren keine Frauen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt worden waren.

Auch hier liegt die Vermutung nahe, dass die hohen - vor allem noch durch das besondere Kriegsstrafrecht bedeutend verschärften- Strafanforderungen zunächst geeignet waren, die Täterinnen von der Wiederholung der Taten abzuhalten, aber auch die Richter gerade bei Frauen davor zurückschrecken liessen, die volle Schärfe des Gesetzes zur Anwendung zu bringen³⁾.

1) Drecoll, a.a.O., S.53.

2) Vgl. Tabelle 22, S. 105.

3) Bezeichnend in diesem Zusammenhang erscheint auch die Tatsache, dass die einzige im Jahre 1943 abgeurteilte gefährliche Gewohnheitsverbrecherin durch Heirat italienische Staatsangehörige geworden war (89w).

II: Anteil der Geschlechter 1951 - 1953

Tabelle 24:

Gesamtkriminalität, ohne Aufgliederung nach Delikten						
Jahr	M	W	%	davon Sicherungsverwahrung		
				M	W	%
1951	22	5	18,5			
1952	26 ¹⁾	2	7,1			
1953	36	2	5,3	67	6	8,9
1951-1953	84	9	9,7			

Der Gesamtanteil der Frauen an den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern liegt im Untersuchungsbezirk in diesen drei Jahren also um etwa 1/5 höher als in der Vorkriegszeit. Nach der Bundeskriminalstatistik²⁾ betrug der Frauenanteil bei den Verurteilungen nach § 20a StGB 1954 = 7,5%, 1955 = 5,4%, 1956 = 6,5%, 1957 = 6,1% und bei den Sicherungsverwahrten 1954 = 4,7%, 1955 = 6,1%, 1956 = 3,9%, 1957 = 3,7%. Der hier gefundene Anteil ist verglichen mit der Bundesstatistik der folgenden Jahre recht hoch.

Auch hier soll durch eine Darstellung des Anteils der Frauen bei Diebstahl und Betrug ein anschaulicheres Bild gegeben werden:

Tabelle 25:

Jahr	DB		D		B		Sonst.	Anteil d.weibl.	
	M	W	M	W	M	W		Verurteilten	%
								D	B
1951	2	1	6(4)	1(0)	9(7)	5(4)	8	14,3	35,7
1952	3	1	13(0)	1(0)	11(8)	2(1)	3	7,1	15,4
1953	3	0	23(20)	2(2)	10(7)	0	8	8,0	0
	8	2	42(34)	4(2)	30(22)	7(5)	19	8,9	18,9

1) Aus zwei Urteilen (114 und 124), die von verschiedenen Gerichten gegen denselben Täter ausgesprochen wurden, wurde eine Gesamtstrafe gebildet; sie wurden deshalb nur als eine Verurteilung gewertet.

2) Vgl. Tabelle 93, S. 283 ff.

Auffallend ist nicht nur die Häufigkeit der Verurteilungen von Männern wegen Nichtvermögensdelikten, die wohl auf die veränderte Struktur des erweiterten Untersuchungsbezirks zurückzuführen ist¹⁾, sondern vor allem der hohe Prozentsatz der Frauen unter den Betrugstätern im Jahre 1951 und deren Rückgang im Jahre 1952 und deren volles Verschwinden im Jahre 1953. Dieser Rückgang entspricht etwa auch dem Ergebnis der amtlichen Statistik, die für den Betrug im Rückfall für diese Jahre vorliegt.

Tabelle 26:

Anteil der Frauenkriminalität beim Betrug im Rückfall nach der Bundeskriminalstatistik der Jahre 1950 bis 1957

Jahr	gesamt	M	W	%
1950	2 036	1 805	231	11,3
1951	2 374	2 117	257	10,8
1952	3 104	2 790	314	10,1
1953	3 949	3 577	372	9,4
1954	4 155	3 797	358	8,6
1955	5 390	4 917	473	8,7
1956	5 241	4 769	472	9,0
1957	5 977	5 449	528	8,8

Über die Beteiligung der Frauen bei Verurteilungen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher enthält die Bundeskriminalstatistik zunächst keine Angaben; lediglich wegen der Anordnung der Sicherungsverwahrung bei Betrug bzw. Betrug im Rückfall finden sich für die Jahre 1954 bis 1957 folgende Zahlen:

Tabelle 27:

Sicherungsverwahrung bei Betrug 1954 - 1957

Jahr	gesamt	M	W	%
1954	2	2	0	0
1955	4	3	1	25,0
1956	4	4	0	0
1957	1	1	0	0

1) Die meisten dieser Urteile sind wegen Unzuchtsdelikten in den ländlichen Landgerichtsbezirken Nieder- und Oberbayerns ergangen.

Tabelle 28:

Sicherungsverwahrung bei Betrug im Rückfall
1954 - 1957

Jahr	gesamt	M	W	%
1954	39	36	3	7,7
1955	43	39	4	9,3
1956	34	32	2	5,8
1957	30	26	4	13,3
1954 - 1957	146	133	13	8,9

Aus dem Vergleich mit diesen und den später vorliegenden amtlichen Zahlen ergibt sich ein relativ hoher Frauenanteil beim Betrug in der Berichtszeit und dem Berichtsbezirk.

Während in den Vorkriegsjahren der Anteil der gefährlichen Gewohnheitsbetrügerinnen 8% betrug, war ihr Anteil¹³ 51 bis 1953 18,9% (in der Kriegszeit 6,7%); beim Diebstahl betrug der Anteil der Frauen in den Vorkriegsjahren 11,4%, im Kriege 13,3% und 1951/1953 8,9%. Es spiegeln sich hier - trotz der Verschiedenheit der Berichtsbezirke - die Tendenzen wieder, die aufgrund vieler Einzelbeobachtungen der Kriminalität gefunden wurden: Fallende Tendenz beim Betrug im Kriege und erhebliches Ansteigen in den Jahren nach der Währungsreform (wohl zusammenhängend mit dem immer weiteren Eindringen in Stellungen der Wirtschaft, vor allem in die Vertreterberufe).

§ 29: Das Alter der Täter und sein Einfluss auf Tat und Strafe

I: Auswertung der Akten

Das untersuchte Aktenmaterial lässt sich für die Jahre 1934 bis 1944 nur insgesamt, für die Jahre 1951 bis 1953 auch nach den Jahren aufgegliedert statistisch verwerten:

Tabelle 29:

Das Alter der Täter 1934 bis 1944¹⁾

	A l t e r							Gesamt
	20-25	-30	-35	-40	-45	-50	üb.50	
Anzahl M	5	12	17	17	6	7	14	78
Anzahl W	1	1	4	1	1	0	1	9
Prozent M	6,4	15,4	21,8	21,8	7,7	8,9	18,0	100,0
Prozent W	11,1	11,1	44,5	11,1	11,1	0	11,1	100,0

Tabelle 30:

Das Alter der männlichen Täter 1951 bis 1953²⁾

Jahr	A l t e r								Gesamt
	-25	-30	-35	-40	-45	-50	-60	üb.60	
1951 Anzahl	2	0	1	5	5	4	2	2	21
1952 "	1	3	2	6	7	4	1	1 ³⁾	25
1953 "	3	3	5	1	8	3	7	1	31
51-53 "	6	6	8	12	20	11	10	4	77
Proz.	7,8	7,8	10,4	15,6	26,0	14,2	13,0	5,2	100,0

Tabelle 31:

Das Alter der weiblichen Täterinnen 1951 bis 1953

Jahr	A l t e r				Gesamt
	-30	-40	-50	üb.50	
1951 Anzahl	0	0	3	2	5
1952 "	1	0	0	1	2
1953 "	0	1	1	0	2
51-53 "	1	1	4	3	9
Proz.	11,1	11,1	44,5	33,3	100,0

- 1) Nicht eingerechnet sind vier Urteile gegen männliche Angeklagte, aus denen das Alter nicht festgestellt werden konnte.
- 2) Bei einem Täter 1951 und fünf Tätern 1953 konnte das Alter nicht festgestellt werden.
- 3) Ein Täter, für den zwei Urteile vorliegen, ist nur einmal angeführt.

Die ältesten (2) männlichen Täter waren in den Jahren 1934 bis 1944 z.Zt. der Verurteilung 68 Jahre alt¹⁾, die älteste weibliche Angeklagte war 55 Jahre alt²⁾,

In den Jahren 1951 bis 1953 war der älteste männliche Täter 67 Jahre alt³⁾, die älteste Täterin 55 Jahre⁴⁾.

Interessant ist die Feststellung, welche Delikte die jüngsten und die ältesten als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilten Täter und Täterinnen begangen haben: Der jüngste der Täter⁵⁾ wurde - ganz überraschender Weise - trotz seiner nur 22 Jahre wegen Zuhälterei (!) und Betrugs im Rückfall bestraft. Von den anderen bis 25 Jahre alten Tätern wurden 1934 bis 1945 bestraft einer wegen Widerstands (es handelt sich um einen Trinker, der bereits Vorstrafen wegen Gewaltdelikten hatte), einer wegen Brandstiftung (der Täter war einschlägig vorbestraft, Gegenstand der Verurteilung war nur eine erfolglose Anstiftung), zwei wegen Diebstahls im Rückfall (einer davon⁶⁾ - ein Ausbrecher - allerdings auch wegen Widerstands).

Tabelle 32:

Jüngste Täter (20 - 25 Jahre)

1934-1944 ⁷⁾	5 (1 Zuh+B; 1 Wdst; 1 Brd; 2 DiR)
1951 ⁸⁾	2 (ED)
1952 ⁹⁾	1 (ED)
1953 ¹⁰⁾	4 (3 ED; 1 Gefangenenmeuterei+Wdst)
Jüngste Täterin: 1934 bis 1945 = 25 Jahre, Diebstahl ¹¹⁾ .	

1) 33, 81.

2) 84w.

3) 92.

4) 175w.

5) 19.

6) 77.

7) 19 (22J), 28 (25J), 44 (25J), 77 (25J).

8) 108 (22J), 110 (24J).

9) 125 (22J).

10) 136 (25J), 146 (24J), 163 (24J), 170 (25J).

11) 90w (25J).

Tabelle 33:

Älteste Täter (über 60 Jahre)

1934-1944 ¹⁾	5 (2 D+ED; 2 B -davon einer auch Zuh -; 1 UnzK)
1951 ²⁾	2 (UnzK)
1952 ³⁾	1 (BiR)
1953 ⁴⁾	1 (ED)

Tabelle 34:

Älteste Täterinnen (über 50 Jahre)

1933-1944 ⁵⁾	1 (B)
1951 ⁶⁾	2 (1 DB, 1 B)
1952 ⁷⁾	1 (B+U)

II: Vergleiche und Folgerungen

Um Vergleiche mit anderen Untersuchungen zu ermöglichen, werden die Ergebnisse in der folgenden Tabelle nach demselben Schema zusammengestellt:

Tabelle 35:

- siehe Seite 113 -

-
- 1) 21 (66J), 27 (67J), 33 (68J), 79 (63J), 81 (68J).
 2) 92 (67J), 98 (62J).
 3) 134 (63J).
 4) 161 (62J).
 5) 84w (55J).
 6) 175w (55J), 179w (53J).
 7) 181w (52J).

Tabelle 35:

Alter der Verurteilten im Vergleich verschiedener Untersuchungen

Alter	Schmidt ¹⁾ SVt Anzahl	%	Lotz ²⁾ GeGewV Anzahl	%	Heilmer ³⁾ SVt, m Anzahl	%	Netterich ⁴⁾ GeGewV, m 1934 - 1945 Anzahl	%	Zum Vergleich: Allgemeine Kriminali- tät (zit. nach Lotz ²⁾) Anzahl	%
bis 21 J	9	0,3	0	0	0	0	0	0	48508	13,0
21- 25 J	69	2,1	0	0	22	8,8	5	6,4	62338	16,0
bis 30 J	344	10,6	9	4,5	37	14,8	12	15,4	69977	18,0
bis 35 J	866	26,6	27	13,5	60	24,0	17	21,8	97301	25,0
bis 40 J	692	19,7	43	21,5	51	20,4	17	21,8)	57309	15,0
bis 45 J	438	13,4	37	18,5	33	13,2	6	7,7)		
bis 50 J	337	10,3	22	11,0	23	9,2	7	8,9)		
bis 60 J	409	12,6	46	23,0	18	7,2)			34431	9,0
üb. 60 J	144	4,4	16	8,0	6	2,4)	14	18,0	14021	4,0
	3808	100,0	200	100,0	250	100,0	78	100,0	383885	100,0

- 113 -

- 1) DJ 1938, S.193.
- 2) Lotz, a.a.O., S. 55.
- 3) Heilmer, a.a.O., S. 54 f.
- 4) Vgl. Tabelle 29, S.110.

Nach den hier gefundenen Werten sind 1934 bis 1945 43,6% der Täter zwischen 30 und 40 Jahren alt gewesen. Das Ergebnis deckt sich mit den Untersuchungen bei Sicherungsverwahrten von Schmidt (46,3%) und Hellmer (44,4%)¹⁾.

In den Jahren 1951 bis 1953 dagegen war eine etwa gleiche Zahl von Verurteilten (40,3%) im Zeitpunkt des Urteils zwischen 40 und 50 Jahren alt; nur noch 26% der Täter sind bereits zwischen 30 und 40 Jahren als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt worden. Das bedeutet, dass gerade in den Jahren der erfahrungsgemäss stärksten Entfaltung krimineller Wirksamkeit die Täter nicht mit dem Mittel der Sicherungsverwahrung von weiteren Straftaten abgehalten werden.

Da die Beteiligung junger Täter an den Verurteilungen gefährlicher Gewohnheitsverbrecher nicht sehr hoch ist und in der Nachkriegszeit noch abgenommen hat, könnte man annehmen, das liege am Fehlen der formellen Voraussetzungen der §§ 20a und 42e StGB. Das ist aber nicht so, wie sich aus der Untersuchung von Wend²⁾ ergibt. Wend findet in seiner Arbeit folgenden Beginn einer formalen Verwahrungsreife nach § 20a Abs.1 und 2 StGB:

Tabelle 36:

Alter	18 ³⁾	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30-34	35-39	40-44
Anzahl	24 (88)	21	25	33	26	16	19	18	12	18	9	6	22	10	10

Alter	45-49	50 und mehr
Anzahl	4	0

Entsprechend der Aufgliederung in den Tabellen 29 bis 31 ergibt sich folgendes:

-
- 1) Nach Hellmer, a.a.O., S.55 liegt der Schwerpunkt der Verurteilung zu SV bei 34 Jahren.
 - 2) Wend, a.a.O., S.47.
 - 3) Dazu kommen noch 64 Täter, die bereits unter 18 Jahren die formelle Verwahrungsreife erreicht hätten, falls dem nicht § 9 Abs. 5 JGG entgegenstände.

Alter	unter 20	20-25	26-30	31-35	36-40	41-45	darüber
Anzahl	45 (und 64)	137	45	22	10	10	4
% bei Wend	32,3	40,7	13,3	6,6	2,9	2,9	1,2
% Tabelle 30:	0	7,8	7,8	10,4	15,6	26,0	32,5

Aus dem Vergleich beider Tabellen kann die Folgerung gezogen werden, dass die Gerichte - trotz Vorliegens der formellen Verwahrungsreife in jungen Jahren - erst verhältnismässig spät die erforderliche Sicherungsverwahrung anordnen. Beachtlich ist nämlich die Feststellung Wend's, dass von den vielfach Vorbestraften über zwei Drittel bereits mit 25 Jahren die formale Verwahrungsreife erreicht haben, während nach dem hier vorliegenden Material nur etwa 8% in diesem Alter bereits als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt wurden. Der Schwerpunkt der Verurteilungen mit Anordnung der Sicherungsverwahrung liegt in der Praxis bei Tätern, die bereits älter als 35 Jahre sind¹⁾, während es nur wenige Täter gibt (vorwiegend wohl meist Sittlichkeitsverbrecher), die erst in diesem Alter die formelle Verwahrungsreife erreichen. (Nach Wend: 7%).

Durch die Untersuchung wird weiter die allgemeine Erfahrung bestätigt, dass eine Beteiligung der abgeurteilten Jugendlichen beim Betrug recht gering, beim Diebstahl recht hoch ist²⁾. Die jüngsten Täter und Täterinnen wurden sämtlich entweder wegen Diebstahls bestraft und wiesen Vorstrafen wegen Diebstahlsrückfall³⁾ auf, die für die Beurteilung als gefährliche Gewohnheitsverbrecher von Bedeutung waren.

- 1) Nach Rudolph, a.a.O., S. 176 erfolgt die Verurteilung zu SV überwiegend um das 40. Lebensjahr. (Das bedeutet, dass nach Vollstreckung der erkannten Zuchthausstrafe und des anschließenden Vollzugs der Mindestzeit von 3 Jahren SV die frühest mögliche Entlassung gem. § 42 f StGB bei dem Grossteil der Verwahrten erst zwischen dem 47. und 50. Lebensjahr in Aussicht steht). Hellmer, a.a.O., S.53, fand ein Durchschnittsalter der Verwahrten von 37 1/2 Jahren.
- 2) Nach der Statistik des statistischen Bundesamtes war die Beteiligung der Jugendlichen beim Betrug 1950 = 2,32%, 1951 = 2,08%, 1952 = 1,74%, 1953 = 1,67%; bei den Heranwachsenden war sie im Jahre 1953 beim Betrug nahezu 6%. (von Knoblauch, a.a.O., S.198).
- 3) Wie z.B. der wegen Zuhälterei und Betrugs Bestrafte 19 und der wegen Meuterei u.a. Bestrafte 163.

Die ältesten Täterinnen dagegen wurden sämtlich (wenn vielleicht auch zusätzlich wegen anderer Taten) wegen Betrugs bestraft.

Bei den ältesten männlichen Verurteilten sind alle Delikte vertreten:

- 3 wegen Diebstahls oder Einbruchsdiebstahls
- 3 wegen Betrugs
- 2 wegen Unzucht mit Kindern (davon 1 auch wegen Zuhälterei).

Der hohe Prozentsatz der Sittlichkeitsverbrecher unter den verurteilten alten Männern deckt sich mit den Feststellungen von Pollitz¹⁾, dass im Alter von 60 bis 70 Jahren sich die Verurteilungen wegen Sittlichkeitsdelikten zu den wegen Vermögensdelikten wie 1 : 3 verhalten.

Bei der Alterskriminalität der Frauen kommt nach Mezger²⁾ dem Betrug keine besondere Bedeutung zu, während hier sämtliche Täterinnen Betrügerinnen sind. (Das liegt vor allem daran, dass die dort aufgeführten "typischen" Delikte wohl kaum jemals geeignet sind, eine Verurteilung als gefährliche Gewohnheitsverbrecher zu rechtfertigen.

Im übrigen wird auch bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern die Feststellung bestätigt, dass das Altern mit seinen typischen biologischen und soziologischen Wirkungen zu einem starken Zurückgehen der Kriminalität führt.

Bei den jungen Verurteilten fällt besonders auf, dass sich darunter nur eine Täterin (diese war z.Zt. des Urteils auch bereits über 25 Jahre alt) fand.

Leider fehlen jegliche Vergleichsmöglichkeiten. Berücksichtigt man aber weiter, dass diese eine Verurteilung Ende 1944, in der "harten" letzten Kriegszeit, erfolgte, so kann doch ganz allgemein bestätigt werden, dass die weibliche Jugend nicht nur weit günstiger als die männliche Jugend abschneidet, sondern auch weit günstiger als die weiblichen Erwachsenen³⁾.

1) Zitiert in Mezger, a.a.O., S.129.

2) Mezger, a.a.O., S. 130 ff.

3) Sauer, a.a.O., S. 125, aufgrund der Statistiken bis 1934.

(Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass es sich hier nicht um Jugendliche oder Heranwachsende i.S. des JGG handelt, sondern um bereits Erwachsene).

Die Zahl der männlichen gefährlichen Gewohnheitsverbrecher zwischen 20 und 25 Jahren entspricht etwa den Zahlen der Kriminalität der 50 bis 55 Jahre alten Täter.

8. Kapitel: Die Familie des Täters

§ 30: Die Abstammung des Täters

I: Familienbeziehungen erbbiologischer Art (Erbliche Belastung der Täter)

Eine ganze Reihe von Urteilen erwähnt bei den Angeklagten Auffälligkeiten, die auf eine erbliche Belastung hindeuten¹⁾.

Ein Täter, dem wegen Erkrankung an Epilepsie verminderte Zurechnungsfähigkeit bei Begehung seiner Betrugsstaten zugebilligt wurde, ist deshalb anstelle von Sicherungsverwahrung in einer Heilanstalt untergebracht worden. Bei ihm konnte der verbrecherische Hang grossenteils auf seine ererbten Anlagen zurückgeführt werden²⁾: Sein Vater starb an einer Gehirnstörung ("Erschöpfungspsychose"), die er sich durch einen Sturz in Trunkenheit zugezogen hatte; ein Vaters-Bruder war taubstumm; der einzige Bruder war in Fürsorgeerziehung. Die bereits im 18. Lebensjahr auftretende Epilepsie machte den Angeklagten wehruntauglich. Nachdem seine Epilepsie als Erbkrankheit erkannt worden war, wurde er 1936 unfruchtbar gemacht.

Der Vater eines Gewohnheitsdiebes, dessen 17-jährige Schwester sich in einem Erziehungsheim befand, war vielfach vorbestraft und wurde 1943 zum Tode verurteilt und hingerichtet; noch weitere Verwandte sind als Kriminelle in Erscheinung getreten³⁾.

1) Ob ein Zusammenhang solcher Auffälligkeiten mit der Kriminalität im Einzelfall besteht, kann nur aufgrund von Wahrscheinlichkeitsurteilen, Hypothesen und Vermutungen gesagt werden. (Hellmer, a.a.O., S.223).

2) 69.

3) 125.

Schwachsinn und Haltlosigkeit der Eltern oder eines Elternteils und Begehung von Straftaten durch diese, werden noch in vielen anderen Urteilen erwähnt¹⁾. In sehr vielen Fällen wird auf Trunksucht beim Vater hingewiesen und auf die dadurch bedingte Ungeeignetheit zur Erziehung²⁾.

Oft erscheint eine erbliche Belastung deshalb wahrscheinlich, weil ausser dem Verurteilten dessen Geschwister (möglicherweise auch die Eltern) deutliche Merkmale entweder einer ererbten Krankheit oder eines Hanges zur Verbrechensbegehung aufweisen;

Ein wegen Unzucht mit minderjährigen Knaben Angeklagter war der Sohn eines Trinkers; er hatte drei Geschwister. Eine Schwester kam mit 22 Jahren nach der Geburt eines unehelichen Kindes in eine Heil- und Pflegeanstalt. Der Angeklagte selbst verfügte nur über das Wissen eines Schülers der 3. Volksschulklasse, während die übrigen Geschwister normal sind³⁾. Schliesslich kamen auch Verurteilungen von Brüdern eines Angeklagten wegen derselben Straftaten vor⁴⁾; in einem Falle ist der Bruder des Verurteilten ebenfalls ein mehrfach vorbestrafter gefährlicher Gewohnheitsdieb⁵⁾.

Hellmer⁶⁾ findet Auffälligkeiten in der Aszedenz bei 16,8% der Fälle. Bei der Hälfte dieser auffälligen Täter wurden Trinker als Elternteile festgestellt. Bei aller Vorsicht, die bei Verhältniszahlen hier am Platze ist, kann ein Anteil der Täter mit möglicher erblicher Belastung an dieser Grössenordnung aufgrund dieser Arbeit bestätigt werden.

II: Familienbeziehungen soziologischer Art

Von besonderer Bedeutung ist das Verhältnis zu Eltern, Geschwistern und Verwandten.

1) Vater: 14, 90w, 143 (Der Täter ist unehelich geboren; sein Vater war vielfach vorbestraft; 89w (Vater hat sich erhängt); Mutter: 167 (Dazu war der Vater Trinker; Schwester der Mutter war - wie die Angeklagte - wegen Schizophrenie in einer Anstalt untergebracht gewesen). Allgemein: 68, 100 (Schwester befand sich in einer Heilanstalt) 117.

2) 44, 78, 80, 97, 121, 132, 182w, 161, 164.

3) 121.

4) 75.

5) 3.

6) Hellmer, a.a.O., S.223.

Dass Eltern und Geschwister in normalen - guten und ordentlichen - Verhältnissen leben, die Angeklagten also wirklich "aus der Art geschlagen sind", wird in einer Reihe von Urteilen erwähnt¹⁾. Bei der Prüfung der Frage, ob von der Anordnung der Sicherungsverwahrung abgesehen werden könnte, wurde auch mehrere Male berücksichtigt, dass Eltern, Geschwister oder Verwandte bereit waren, den Angeklagten trotz der Taten nach Verbüßung der Strafe bei sich aufzunehmen oder für anderweitige Unterbringung zu sorgen²⁾.

Die Angehörigen eines anderen Verurteilten wollen nichts mehr von diesem wissen, zumal er zweimal den Hof seines Bruders aus Rache in Brand gesteckt hatte und die Familie weitere Racheakte befürchten musste³⁾. (Die Verhältnisse in der Familie waren aber auch sonst nicht gut, was sich daraus ergibt, dass von 8 Kindern insgesamt 5 - nämlich 3 Buben und 2 Mädchen - in Zwangserziehung genommen werden mussten).

Besonders ungünstige Verhältnisse in Elternhaus werden in einer Reihe von Urteilen hervorgehoben:

Die Ehe der Eltern eines wegen vielfacher schwerer Diebstähle Bestraften⁴⁾ war schon früh unheilbar zerrüttet und wurde, als der Angeklagte 12 Jahre alt war, geschieden; der Vater hatte vorher der Mutter wegen ihres lockeren Lebenswandels dauernd heftige Vorwürfe gemacht, sprach schliesslich mehr und mehr dem Alkohol zu und verlor schliesslich wegen Trunksucht seinen Arbeitsplatz. Der Angeklagte, der zunächst bei der Mutter blieb, wurde von dieser zu Taschendiebstählen angelernt und infolgedessen in einem Heim untergebracht. Nach der Schulentlassung wurde er in die neue Familie des Vaters aufgenommen, kam aber mit der Stiefmutter, einer Tschechin, nicht aus. Er ging bald weg und stand von da auf eigenen Füßen⁵⁾.

1) 4, 35, 47 (Der Vater war Rechnungsrat), 102 (Der Täter entstammt einer angesehenen Bürgerfamilie, sein Vater ist im Weltkrieg gefallen. Die Mutter führte ein gutgehendes Weinlokal in München; sie setzte den Bruder als Alleinerben des nicht unbeträchtlichen Vermögens ein), 152 (Die Geschwister des Verurteilten befinden sich teilweise in geachteten Spitzenpositionen, während der Angeklagte Strafen von über 26 Jahren Dauer verbüßte), 106, 19 (Der Angeklagte wurde vom Vater wegen seines schlechten Lebenswandels verstossen).

2) 4, 84w.

3) 32.

4) 150.

5) 132.

Bei einem anderen Angeklagten hat sich schlecht ausgewirkt, dass die Mutter bei der Besetzung des Sudetenlandes 1945 von den Tschechen in Haft genommen wurde und nicht mehr zurückkehrte¹⁾.

Viele Täter stammen aus kinderreicher Familie.

Oft hat sich das Vorhandensein vieler Kinder im Elternhaus negativ auf die Erziehung und damit auf die verbrecherische Laufbahn des Täters ausgewirkt²⁾.

Ein wegen Unzucht mit Kindern bestrafter Täter musste als 6. von 11 Kindern eines Fabrikarbeiters in seiner Jugend mit mehreren Geschwistern in einem Bett schlafen³⁾.

Bei vielen Tätern, die aus kinderreichen Familien stammen, wurden im Urteil über die Verhältnisse der Eltern keine näheren Ausführungen gemacht, sondern lediglich die Zahl der Geschwister erwähnt⁴⁾.

Eine Reihe Verurteilter sind Waisen oder Halbwaisen.

Dass der frühzeitige Verlust eines oder beider Elternteile auf die Entwicklung zum Kriminellen von ausschlaggebender Bedeutung sein kann⁵⁾, findet auch im untersuchten Aktenmaterial seine Bestätigung. Bemerkenswert ist, dass von den wenigen - acht - frühzeitigen Waisen oder Halbwaisen unter den Tätern allein zwei, also ein Viertel, Frauen waren. Die eine dieser Täterinnen⁶⁾ vertrat sich nicht mit ihrer Stiefmutter und verliess schon mit 12 Jahren das Elternhaus, um zunächst bei Bauern zu arbeiten. Die Ehe der Eltern der anderen wurde für nichtig erklärt; sie kannte weder Vater noch Mutter⁷⁾.

1) 170.

2) Vgl. Hellmer, a.a.O., S. 210 ff.

3) 122.

4) 58 (8. eheliches Kind, Eltern und 11 Geschwister leben) 70 (13 Geschwister), 99, 109 (mindestens 12 Kinder zu Hause; der Angeklagte hat aber so wenig Verbindung mit seinen Angehörigen, dass er keine näheren Angaben machen kann), 118 (6 Geschwister), 32 (7 Geschwister), 35, 164 (9. von 10 Kindern).

5) Lotz, a.a.O., S.66, findet bei 100 gefGewV 23% ohne Vater, 18 % ohne Mutter; 13 % sind unehelich geboren. Vgl. Schnell und Stumpfl - zitiert bei Lotz a.a.O. -: ohne Vater sind aufgewachsen 22% (22%) der Rückfallverbrecher, ohne Mutter 17,4% (11%); unehelich geboren wurden 16% (3%). Bei Hellmer, a.a.O., S.214, sind von 250 Verwahrten 44 Vaterwaisen (=17,6%), 23 Mutterwaisen (=9,2%) und 15 Vollwaisen (=6%). Hellmer verwendet (a.a.O., S.215) allerdings einen etwas anderen Begriff der Verwaisung als Lotz.

6) 178w.

7) 180w.

Bei einigen männlichen Angeklagten wurde angeführt, dass sie schon in früher Jugend elternlos waren und bei fremden Leuten aufwuchsen¹⁾. Die anderen Beispiele beschränken sich auf die Angabe des Verlustes eines Elternteiles ohne nähere Angaben über die Einwirkung dieser Tatsache auf den Werdegang des Täters²⁾.

Etwas besonders gelagert ist folgender Fall³⁾: Der Vater, ein Gänsehirt, starb 3 Wochen vor der Geburt des Angeklagten. Die Mutter brachte die Familie (4 Kinder) mit Gelegenheitsarbeiten, Nährarbeiten und Wascharbeiten durch. Sie gebar noch ein weiteres uneheliches Kind. Der Angeklagte galt in der Schule als sehr intelligent, sehr geschickt und sehr anständig. Als er 10 Jahre alt war, verstarb die Mutter und er kam ins Waisenhaus, später nahm ihn ein 12 Jahre älterer Bruder zu sich. Einen Beruf erlernte der Angeklagte nicht, vielmehr war er bis zu seiner Einberufung zum Wehrdienst als Laufbursche und als Arbeiter tätig, um zum Unterhalt mit beizutragen.

Unehelich geborene Täter und Täterinnen sind oft durch diesen Umstand belastet. Dass die uneheliche Geburt ein kriminogener Faktor sein kann, ist seit langem bekannt⁴⁾. Die Verhältnisse sind hier ähnlich wie bei den Halbweisen, nur dass noch ein weiterer negativer Einfluss durch den "Makel der Geburt" hinzukommt.

Von den 186 Urteilen, die ausgewertet wurden, waren 14 Täter und 3 Täterinnen⁵⁾ unehelich geboren, das sind 8,4% der männlichen und 17,6 % der weiblichen Täter⁶⁾.

1) 137, 144, 136.

2) 147 (3 Geschwister; der Angeklagte hatte mit 6 Jahren den Vater - Tagelöhner - verloren); 102 (Der Vater ist im Weltkrieg gefallen, als der Angeklagte 14 Jahre alt war); 118 (Der Täter hat mit 10 Jahren die Mutter verloren).

3) 133.

4) Mezger, a.a.O., S.219 Anm.1 (nach den Untersuchungen von Schiedt und Schwaab).

5) Täter: 13, 30, 42, 52, 110, 118, 124, 136, 143, 152, 157, 166, 170. Täterinnen: 87w, 175w, 176w.

6) Hellmer, a.a.O., S.207 fand unter den Sicherungsverwahrten 7,2% unehelich Geborene. Der Anteil der unehelich Geborenen an der Kriminalität entspricht etwa dem Anteil an den gesamten Geburten, der z.B. im Landgerichtsbezirk Bonn 1910 = 8,1% 1925 = 8,1% und 1930 = 6,3% betrug. (Vgl. Nährich, a.a.O., S.13). Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass in überwiegend ländlichen Gegenden - wie hier - der Anteil der unehelichen Geburten in der Regel weit niedriger ist, als in den Städten (Nährich, a.a.O.). Demnach ist eine gewisse ...

Günstigstenfalls wurden die Kinder durch nachfolgende Ehe legitimiert¹⁾; etwasweniger vorteilhaft war es, wenn die Mutter einen anderen Mann als den Erzeuger heiratete, das Kind aber in die Familie aufgenommen wurde²⁾. Von schlechtem Einfluss ist es meist wenn das uneheliche Kind bei den Grosseltern aufwächst; so ist es nicht verwunderlich, dass von den wenigen unehelich geborenen Tätern zwei von den Grosseltern erzogen wurden³⁾.

Viel mehr als diese Kinder müssen jene unter dem Makel der unehelichen Geburt leiden, bei denen eine Bindung an eine Familie nicht vorhanden ist oder weitere Umstände den Makel verstärken. Das ist z.B. bei dem Verurteilten der Fall, der als Mischling ersten Grades geboren wurde, wobei (Geburtsjahr 1919) noch zu berücksichtigen ist, dass die Reifezeit dieses Täters gerade in die Zeit fiel, in der der Rassegedanke einer der tragenden Gesichtspunkte der nationalsozialistischen Politik war⁴⁾. Der Makel vergrössert sich auch dann, wenn der Geburt des Kindes mehrere uneheliche Geburten bei der Mutter vorangingen⁵⁾. Dass unehelich geborene Mädchen unter Umständen leichter anfällig sind bei Angriffen auf ihre geschlechtliche Ehre, zeigt die Täterin, die als uneheliches Kind einer Witwe geboren wurde und selbst wieder eine uneheliche Tochter hat⁶⁾.

Der Lebenslauf eines unehelich geborenen Täters stellt im ganzen eine Besonderheit dar⁷⁾: Die Mutter war Hausdame in Athen, der Vater Inhaber einer deutschen Buchhandlung. Der Angeklagte lebte in Athen bis zu seinem 9. Lebensjahr. 1935 kehrte der Vater nach Berlin zurück, der Angeklagte folgte 1936, die Mutter 1937. Dort besuchte er die Mittelschule. Seine Eltern heirateten 1940. Als Schüler war er ab 1941 laufend auswärts (Österreich, Ostpreussen, Polen). Im Krieg war er Luftwaffenhelfer. In der Familie wurde er immer "das schwarze Schaf" genannt. Von seinen Lehrern wurde

6)...allerdings statistisch nicht sehr ins Gewicht fallende Mehrbelastung der unehelich Geborenen gegeben. (Vgl. Hellmer, a.a.O. S.208.

1) 136 (nach 7 Jahren), 152, 118.

2) 87w, 30, 124 (Die Mutter des Angeklagten ist gestorben, als er 15 Jahre alt war; der Stiefvater heiratete wieder), 157.

3) 177w.

4) 166.

5) 42 (2. uneheliches Kind einer Magd), 170 (3. Kind).

6) 175w.

7) 110.

er als begabt, aber als verlogen, hinterhältig, jähzornig und unkameradschaftlich bezeichnet. Nach 1945 besuchte er die Schule nicht mehr und hat auch kein Abitur gemacht.

§ 31: Der Familienstand der Täter

I: Statistik

Tabelle 37:

Männliche Täter

Jahr	ledig	verheiratet					verwitwet	geschieden		Gesamt
		0	1	2	3	mehr				
1934-44	49	8	1	3	0	4	1	13	=	79
1951	15	2	1	0	0	0	1	3		
1952	13	3	2	0	0	0	0	6		
1953	19	2	1	1	1	1	1	6		
1951-53	47	7	4	1	1	1	2	15	=	78
insgesamt	96	15	5	4	1	5	3	28	=	157

Familienstand unbekannt: 11.

Tabelle 38:

Weibliche Täter

Jahr	ledig	verheiratet					verwitwet	geschieden		Gesamt
		0	1	2	3	mehr				
1934-44	5	1	0	0	1	1	0	0	=	8
1951	1	0	1	0	0	0	1	2		
1952	1	1	0	0	0	0	0	0		
1953	1	1 ¹⁾	0	0	0	0	0	0		
1951-53	3	2	1	0	0	0	1	2	=	9
insgesamt	8	3	1	0	1	1	1	2	=	17

1) Zweite Ehe, Kinder aus erster Ehe vorhanden.

Auffallend ist die wesentliche Übereinstimmung bei den Männern in den Jahren 1934 bis 1944 und - trotz anders struktuierten Bezirkes - 1951 - 1953. Nicht ganz 2/3 aller Täter waren ledig, etwa ein weiteres Sechstel war geschieden. Nur 20,3% der Täter 1934 bis 1945 und 17,9 % der Täter 1951 bis 1953 waren verheiratet. Hellmer¹⁾ fand, dass nur 12,4% der Sicherungsverwahrten verheiratet waren. Bedenkt man, dass viele dieser Ehen nur noch formell bestanden (wie Hellmer anhand der Überprüfung der Kontakte der Sicherungsverwahrten mit den Ehefrauen nachweisen konnte), dann kann auf einen günstigen Einfluss geordneter Familienbindungen geschlossen werden; es kann weiter angenommen werden, dass diese Bindung sich umso günstiger auswirkt, je mehr Kinder in der Ehe vorhanden sind²⁾.

Trotz der wenigen zur Verfügung stehenden Akten werden diese Feststellungen bei den Frauen bestätigt.

Bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern muss das mangelhafte Familienverhalten - wie Hellmer richtig ausführt - als Folge der Eigenart des Rückfälligen, seiner flachen Erlebnis- und Bindungsfähigkeit, beurteilt werden, und nicht als Folge seiner dauernden Kriminalität³⁾.

II: Besonderheiten des Familienstandes

Ein wegen einer Vielzahl schwerer Diebstähle im Rückfall bestrafter lediger Täter, 28 Jahre alt, wohnte bei dem mitverurteilten Ehepaar G.; er unterhielt mit deren 16-jähriger Tochter unter den Augen der Eltern und zweier noch schulpflichtiger Geschwister ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis. Die Eltern duldeten dies, damit sie weiterhin an der Diebesbeute beteiligt würden⁴⁾.

1) Hellmer, a.a.O., S.278 f.

2) Dass unter den Tätern immerhin eine Reihe kinderreicher Täter ist, entkräftet diese Feststellung nicht - eine Überprüfung der Akten ergab, dass es sich gerade hier um besonders asoziale Familien handelte -.

Lotz fand bei 100 gefährlichen Gewohnheitsverbrechern folgende Kinderzahl: 0 = 63, 1 = 23, 2 = 8, 3 = 4, 5 = 0, 6 = 1, mehr als 6 = 0.

3) Vgl. hierzu § 32, S.126.

4) 168.

Bei einem als gefährlichen Jugendverderber (§ 175a Ziff.3) verurteilten, schwachsinnigen Täter fand die Tatsache, dass er - der als "Dorfdepp" verschrieen war - in seiner Jugend angeblich einmal verlobt war¹⁾, besondere Erwähnung.

Mehrere ledige Täter und vor allem ein hoher Prozentsatz der ledigen Täterinnen haben uneheliche Kinder²⁾. Für einen besonderen moralischen Tiefstand des Täters spricht dann der Umstand, dass er sich um den Unterhalt seiner 2 unehelichen Kinder nicht kümmerte³⁾.

Ein vielfacher Heiratsschwindler hat mehrere Kinder aus früheren Schwindelehen bzw. uneheliche Kinder, die er anlässlich der zur Aburteilung stehenden Heiratsschwindelehen zeugte⁴⁾.

Relativ viele Täter sind geschieden⁵⁾. Bei anderen werden die zur Aburteilung stehenden Straftaten von den Frauen zum Anlass genommen, die Ehescheidungsklage einzureichen⁶⁾. Berücksichtigt man die weit grössere Zahl lediger Täter, dann zeigt sich, dass diese Kriminellen meist entweder gar nicht geneigt sind, feste Familienbindungen einzugehen, oder - wenn verheiratet - leicht dazu neigen, die Verbindung wieder aufzugeben. Bemerkt sei noch, dass unter den Verheirateten eine ganze Reihe Getrenntlebender aufgeführt sind, aber auch solche, die schon eine oder mehrere Ehen hinter sich hatten⁷⁾.

In weitaus den meisten Scheidungsfällen wurden die Ehen aus Verschulden des Täters geschieden; in einem Falle aus Verschulden der Ehefrau, die während der letzten langen Strafhafteit des Angeklagten ehebrecherische Beziehungen unterhielt⁸⁾ und 2 unehe-

1) 154.

2) 61, 75, 151, 164; 85w, 87w, 175w (Die Angeklagte war selbst ein uneheliches Kind einer Witwe), 177w (mit 17 Jahren) 178w.

3) 75.

4) 164. 5) Vgl. Tabellen 37 und 38, S.123.

6) 7, 172 (Bei den wegen Betrugereien Angeklagten wurde als Schärferungsgrund angenommen, dass er fortgesetzt mit seiner Tochter Unzucht trieb und sich von seiner Familie unterhalten liess).

7) Z.B. 26 (3 x schuldig geschieden), 102 (2 x geschieden),

152 (4. Ehe wegen neuer Straftaten geschieden).

8) 156.

liche Kinder gebar.

In einem anderen Fall wurde die 2. Ehe eines Angeklagten nach 1 1/2 Jahren Dauer aus beiderseitigen Verschulden geschieden, während die 1. Ehe des Angeklagten von 1928 - 1946 dauerte und - bei 11 Kindern - durch den Tod der Frau endete¹⁾.

Die Scheidung einer Täterin hatte zur Folge, dass der bisherige Ehemann nach der Scheidung ihr die Führung seines Familiennamens untersagte²⁾. Eine Betrügerin hatte 1939 einen Kaufmann mit Adelsnamen geheiratet. Die Ehe wurde nach 2 Jahren kinderlos geschieden. Der Adelsname bot aber der Angeklagten willkommene Gelegenheit zu allerlei Hochstapeleien. Erst infolge der strafbaren Handlung wurde ihr die Führung des Namens untersagt³⁾.

§ 32: Täter mit eigenem Hausstand

I: Die Ehe der Täter

In wenigen Fällen wird hervorgehoben, dass der Angeklagte an sich in "durchaus harmonischer Ehe" lebt⁴⁾. Wenn sonst überhaupt nähere Angaben über die Ehe gemacht wurden, so handelt es sich meist um negativ zu wertende Umstände, z. B. dass der Angeklagte nicht für den Unterhalt seiner Frau und seiner 9 Kinder sorgt⁵⁾, oder dass der Angeklagte, obwohl er selbst 6 Kinder im Alter zwischen 28 und 6 Jahren hat, Kinder zu gleichgeschlechtlicher Unzucht verführt⁶⁾, oder dass der Ehegatte entweder auf eigene Faust Straftaten begeht⁷⁾ oder sich an den Straftaten des Angeklagten beteiligt⁸⁾.

1) 160 (In diesem Falle ist weiter bemerkenswert, dass die Straftaten überhaupt erst einsetzten, nachdem die 1. Frau gestorben war. Die Taten (§§ 218 Abs. 3 und 177 StGB) waren auf den gesteigerten Geschlechtstrieb des Angeklagten zurückzuführen).

2) 182w.

3) 176w.

4) 74 (Der Umstand, dass der Angeklagte an sich ein harmonisches Eheleben - 3 Kinder - führte und sich gleichwohl zu den Taten verleiten liess, wurde sowohl bei der Begründung der Gefährlichkeit, als auch zu Lasten des Angeklagten bei der Strafzumessung verwertet); 100 (Der Täter war glücklich verheiratet; obwohl das eigene Kind bald starb, sorgte der Angeklagte für die Frau und 2 von ihr in die Ehe mitgebrachte Kinder).

5) 36.

6) 66.

7) 21.

8) 88w (Der Ehemann der Angeklagten war ihr Gehilfe und ihr Hehler).

Es ist ein schlechter Start, wenn die Angeklagte ihren Mann im Gefängnis kennenlernte; kein Wunder, wenn beide nachher zusammen auf der Anklagebank sitzen¹⁾!

Andererseits lebte ein anderer Verurteilter, der in einer früheren Arbeitsstelle wegen des Verhältnisses mit seiner jetzigen, damals dort beschäftigten Ehefrau entlassen wurde, mit dieser glücklich zusammen, nachdem die 1. Frau nach der Entlassung verstorben war.

Oft hat sich negativ ausgewirkt, dass der Angeklagte eine Frau heiratete, die mehrere Kinder in die Ehe mitbrachte²⁾.

Ein Angeklagter heiratete eine Frau mit 4 Kindern; dies hinderte ihn nicht, kurze Zeit nach der Eheschliessung mit einer im gleichen Haus wohnenden Frau intime Beziehungen anzuknüpfen. Als schliesslich seine Ehefrau wegen Blutschande und Kuppelei (ihres 19-jährigen Sohnes 1. Ehe) zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, veranlasste er die andere Frau, zusammen mit ihren Kindern noch in die eheliche Wohnung zu ziehen, wo er sich von ihr aushalten lassen wollte. Das Verhältnis ging auseinander, nachdem er auch diese Frau betrogen hatte. Nach Lösung des Verhältnisses bestahl er sie noch³⁾!

Ein anderer Angeklagter heiratete mit 25 Jahren eine 18 Jahre ältere Frau⁴⁾, was darauf eingewirkt haben mag, dass er auch durch die Ehe nicht die erforderlichen Bindungen und Hemmungen bekommen konnte, obwohl er ein Kind von 3 Jahren hatte.

Wieder ein anderer Angeklagter heiratete auf Anraten seiner Mutter eine 14 Jahre ältere Frau, die 2 uneheliche Kinder mit in die Ehe brachte. Während dieser Ehe bekam die Frau noch 3 uneheliche Kinder. Wie fast vorauszusehen war, wurde die Ehe aber schliesslich geschieden und der Angeklagte fand seitdem bei verschiedenen Frauen Unterschlupf⁵⁾.

1) 182 w (Dies war übrigens die 2. Ehe der Angeklagten; nach Scheidung der ersten Ehe war ihr von ihrem 1. Ehemann die Namensführung untersagt worden).

2) 153 (Der Angeklagte heiratete eine Kriegerwitwe mit 4 Kindern; in der Ehe kamen 3 Kinder hinzu; ausserdem hatte der Angeklagte einen Sohn aus erster Ehe und ein weiteres uneheliches Kind), 93 (Die Frau brachte 7 uneheliche Kinder mit in die Ehe).

3) 158.

4) 44.

5) 141.

II. Sonstige Einflüsse der Familie

Die Bindung an die eigene Familie ist ein Moment, das geeignet ist, einen Täter von Straftaten wegen der damit möglicherweise verbundenen Freiheitsentziehung abzuhalten. Je enger die Bindung, desto grösser wird der Widerstand gegen die Begehung oder Wiederholung von Straftaten ausgebildet sein; je lockerer die Bindung, desto geringer ausgebildet sind die Hemmungen und Skrupel beim Täter, desto eher wird er zur Begehung oder Wiederholung strafbarer Handlungen geneigt sein. (Dies ist ein Umstand, der bei der Prüfung der Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung von Bedeutung ist).

Wenn der Täter trotz an sich vorhandener Bindungen seine Taten beging, so wurde dies als ein Zeichen besonderer Hartnäckigkeit gewertet. So war ein Angeklagter z.B. in 2. Ehe verheiratet und die Frau zur Tatzeit schwanger¹⁾. Allerdings kam es auch vor, dass eine Ehe von vornherein überhaupt keine Hemmungen beim Angeklagten erzeugte²⁾, insbesondere dann, wenn die Ehefrau ebenfalls einen schlechten Leumund genoss³⁾.

Nicht selten werden an sich vorhandene Ehebindungen durch die Straftaten und die nachfolgende Strafhaft gelöst, was sich dann wieder negativ auf die Begehung der Straftaten auswirken mag⁴⁾. Auch wegen Trunksucht des Täters werden mitunter die Familienbande so gelockert, dass sie keinerlei hemmende Wirkung mehr zu erzeugen vermögen, vor allem dann, wenn darunter der Unterhalt der Familie notleidet⁵⁾.

Um - nicht vorhandene - Familienbindungen zu erzeugen und einem Sicherungsverwahrten damit eine Starthilfe zu geben, wurde der Vollzug der Sicherungsverwahrung in einem Falle durch Gnadenerweis bedingt ausgesetzt, damit der Verwahrte Gelegenheit hatte,

1) 14.

2) 65.

3) 71.

4) 130 (Der Täter kehrte aus Strafhaft nicht zur Familie zurück), 126 (Der Angeklagte lebt von Ehefrau, die nichts mehr von ihm wissen will, getrennt), 117 (Nachdem der Täter aus der Strafhaft entwichen war, hat die Ehefrau die Scheidungsklage eingereicht, weil der Angeklagte sich nicht um den Unterhalt kümmerte und sich mit anderen Frauen abgab).

5) 36, 128 (Die Frau des Täters unternahm deshalb 2 Selbstmordversuche).

die Mutter seines unehelichen Kindes zu heiraten; der Verwahrte ist allerdings verschwunden, ohne mit der Familie Fühlung aufzunehmen¹⁾.

Ein direkter ursächlicher Zusammenhang zwischen Familie und Straftat war in einem Falle gegeben, in dem die Söhne wussten, dass der Vater ein Gewohnheitsabtreiber war und ihn veranlassten; Abtreibungen an ihren Ehefrauen vorzunehmen²⁾; der Schwiegervater benutzte die Tatsache der Abtreibung, um die Schwiegertöchter zum Geschlechtsverkehr zu missbrauchen!

9. Kapitel: Körperliche, geistige und seelische Verfassung der Täter

§ 33: Krankheiten des Täters und ähnliche Mängel

I: Körperliche Krankheiten und Mängel

In einer ganzen Reihe von Fällen bewirkten bei früheren Strafverbüssungen schwere Krankheiten eine vorzeitige Entlassung³⁾, was die Täter aber nicht hinderte, in ihren Straftaten fortzufahren. Ein Täter wurde aus der Sicherungsverwahrung im vorliegenden Verfahren wegen unheilbaren Magenkrebses vorzeitig entlassen⁴⁾, in einem anderen Falle wurde wegen der Wahrscheinlichkeit, der Täter werde die ohnehin beträchtliche Zuchthausstrafe nicht überleben, von der Verhängung der Sicherungsverwahrung Abstand genommen⁵⁾.

Häufig wurde die Einlieferung in ein Krankenhaus dazu benutzt, auszubrechen⁶⁾.

Manchmal geben Krankheiten oder körperliche Mängel den Tätern erst die Möglichkeit, strafbare Handlungen zu begehen; so z.B. dem Täter mit einer Knochen-Tb am linken Schienbein, der unter Vorzeigen der schrecklich aussehenden Wunde und mit dem Vor-

1) 120.

2) 160.

3) 108 (Lungen-Tb).

4) 17.

5) 81.

6) 144.

bringen, dies sei auf Misshandlungen im KZ zurückzuführen, Mitleid erweckt und damit seine Unterstützungsbetrügereien begeht¹⁾.

Ein anderer Täter war während der Straftat an Tuberkulose erkrankt und wurde später als Krankenpfleger verwendet; seine hierbei erworbenen Kenntnisse ermöglichten es ihm, sich später als Arzt auszugeben²⁾.

Eigentümlicherweise finden sich ausgerechnet unter den Einbruchsdieben einige Täter mit schweren körperlichen Mängeln:

Bei einem Täter ist seit dem 3. Lebensjahr durch einen Sturz das linke Bein gelähmt³⁾.

Ein anderer sehr gefährlicher Täter (Strafe 12 Jahre Zuchthaus) brachte 20 Jahre vor der Verurteilung die Hände in eine Schneidemaschine und verlor von 7 Fingern die beiden äusseren Glieder und am linken Zeigefinger das 1. Glied; nur die beiden Daumen blieben unverletzt. Er entwickelte aber in den verstümmelten Händen eine erstaunliche Kraft und Gewandheit, selbst seine Handschrift wirkt völlig normal und gut leserlich⁴⁾.

Ein anderer Berufseinbrecher leidet an einem erheblichen Gehör- und Augenleiden⁵⁾.

Trotz Beschädigung und Bewegungsbehinderung beider Kniegelenke und Verkürzung des rechten Beines infolge Kriegsverwundung (50% erwerbsvermindert) war ein Angeklagter so gewandt, sich durch ein ziemlich enges, 2 m über dem Erdboden befindliches Oberlichtfenster hindurchzuzwängen⁶⁾.

Ein Sittlichkeitstäter hatte sich 1936 freiwillig sterilisieren lassen, allerdings mit einem eigenartigem Erfolg: Er wurde von nun an zwar nicht mehr wegen Unzucht mit Kindern, dafür aber in der Folgezeit laufend wegen Diebstahls und Betrugs bestraft⁷⁾.

1) 103.

2) 154.

3) 78.

4) 131.

5) 157.

6) 154.

7) 111 = 124 (Der Täter - im Berichtszeitraum 4 und -Bezirk
übrigens als einziger 2 mal verurteilt - ist später ohne ärztlichen Eingriff wieder zeugungsfähig und Vater eines Kindes geworden).

II. Psychische Mängel

Nach herrschender kriminologischer Auffassung kommt dem Schwachsinn für die Kriminalität eine grössere Bedeutung zu als der Geisteskrankheit¹⁾.

Dementsprechend kommen schwachsinnige Täter bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern relativ häufig vor, wie schon die grosse Zahl der Anordnungen der Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt beweist²⁾, selbstverständlich kann es sich dem Grade nach höchstens um einen Schwachsinn handeln, der die Zurechnungsfähigkeit des Täters mindert und nicht völlig ausschliesst (§ 51 Abs. 2 StGB), da sonst mangels Schuldfeststellung auch eine Verurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher gar nicht möglich wäre.

Möglicherweise beruht der Schwachsinn auf irgendwelchen Hirnverletzungen, Bei einem der Täter ist die geistige Leistungsfähigkeit durch einen Kopfschuss beschränkt, allerdings hatte er in den letzten Jahren keine Beschwerden mehr³⁾. Ein anderer, der an Gehirnschwund leidet und morphiumsüchtig ist, führt dies auf eine angebliche Kriegsverletzung zurück.⁴⁾

Selbstverständlich kommen auch im vorliegenden Aktenmaterial Grenzfälle vor. Eine Angeklagte, der in früheren Verfahren verminderte Zurechnungsfähigkeit (§ 51 Abs. 2 StGB) zugebilligt worden war, wurde im laufenden Verfahren aufgrund eines neuen Gutachtens als voll zurechnungsfähig angesehen⁵⁾.

Ein anderer Angeklagter unterfällt dem Begriff der "Pseudologia phantastica", einer Teilerscheinung einer Form der Psychopathie, die auch den Begriff der krankhaften Störung der Geisteskrankheit i.S. von § 51 Abs. 2 StGB erfüllt, ohne eine Geisteskrankheit im eigentlichen Sinne zu sein. Seine Wesensart wird im Urteil wie folgt geschildert:

Der Angeklagte sei ein primitiver, affektilabiler, gemütskalter, leicht erregbarer, explosiver und geltungsbedürftiger Mensch

1) Hellmer, a.a.O., S.139.

2) 14, 32, 37, 47, 111, 115, 116. Hellmer, a.a.O., S.140 ermittelte 17 Schwachsinnige unter 250 Verwahrten.

3) 152.

4) 169.

5) 182w.

mit pseudologischen Zügen, mit einer Neigung zu Wahnbildungen, der auf kleinste Reizungen in Schimpfkanonaden und Bedrohungen ausbreche¹⁾.

Ein anderer Angeklagter, ein Betrüger, leidet, ohne Epileptiker, also Geisteskranker zu sein, an epilepsieartigen Krampferscheinungen, die auf anderweitigen Funktionsstörungen beruhen²⁾. Er wird im übrigen im Urteil als Psychopath bezeichnet, dessen Verstandeskkräfte geringfügig verkümmert seien, was aber - wie bei vielen Betrugstätern - durch reiche Phantasie und Unbekümmertheit überdeckt werde.

Ein Täter, der von sämtlichen Gutachtern als voll verantwortlich für seine Abtreibungstaten bezeichnet wurde, leidet ebenfalls an Krampferscheinungen³⁾.

§ 34: Intelligenz der Täter⁴⁾

Auffälligerweise gehören die Täter - von den Sittlichkeitsverbrechern abgesehen - oft nicht zu den Leuten normaler Intelli-

1) 116.

2) 82.

3) 133 (1926 traten bei dem Angeklagten erstmals Krampfanfälle auf. Sie wiederholten sich von da ab jährlich mehrmals und stellten sich auch während der Strafverbüßung im Zuchthaus Bruchsal und während der Untersuchungshaft im vorliegenden Strafverfahren ein. Ausgelöst wurden diese Anfälle gewöhnlich, wenn der Angeklagte in Aufregung oder in eine ihm unangenehme Lage geriet. Er fiel dann plötzlich um, bekam einen starren Blick und schlug häufig mit Armen und Beinen um sich. Zuweilen trat ihm dabei Schaum vor den Mund und einmal wies er nach einem Anfall auch einen Zungenbiß auf. Nach Beendigung der Anfälle, die höchstens 10 Minuten dauerten, wusste der Angeklagte nicht, was mit ihm vorgefallen war. In keinem Falle wurde beobachtet, dass der Angeklagte zu Beginn des Anfalls einen Schrei ausgestossen hätte, dass später eine blaurote Verfärbung eingetreten wäre, dass der Angeklagte, ohne zuerst zu erwachen, sofort im Anschluss an den Anfall in einer tiefen Schlaf verfallen wäre und dabei laut geschnarcht hätte. Wegen dieser Anfälle wurde er in der psychiatrischen Abteilung des Zuchthauses Bruchsal untersucht und beobachtet und er selbst suchte 1947 in Straubing einen Facharzt für Nervenkrankheiten auf. Sämtliche Ärzte kamen jedoch übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Anfälle des Angeklagten nicht epileptischer, sondern hysterischer Natur waren).

4) Intelligenz verstanden etwa als Mittel des Erfassens, Begreifens und Einsehens, das sowohl dem praktischen Fassen und Anwenden als auch dem theoretischen Begreifen und Einsehen dienen kann; Heiß, a.a.O., S.51.

genz, sondern sind entweder geistig zurückgeblieben oder aber besonders intelligent. Bei Durchsicht der Akten kann die Feststellung Hellmer's¹⁾ bestätigt werden, dass der Grossteil der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher sich am unteren Rande durchschnittlicher Intelligenz bewegt.

I: Unterbegabung

Die immer wieder in der Praxis beobachtete Erscheinung, dass Täter, die geistig etwas beschränkt sind, trotzdem bei der Tatbegehung eine grosse Raffinesse entwickeln, wird in verschiedenen Urteilen bestätigt²⁾.

Im Gegensatz hierzu wird ein anderer Täter als ideenarm bezeichnet; er bediente sich bei seinen Betrügereien immer wieder des gleichen Tricks³⁾.

Sonst beschränken sich die Urteile bei Tätern mit unterdurchschnittlicher Intelligenz meist auf die Erwähnung dieser Tatsache, ohne sie mit der Tatausführung in Beziehung zu bringen⁴⁾.

II: Überdurchschnittliche Intelligenz

Wesentlich seltener sind Täter mit guter Intelligenz⁵⁾.

Ein Betrüger wird gekennzeichnet durch überlegene Intelligenz und ein gewandtes, sicheres Auftreten⁶⁾. Bei einem anderen Betrüger wurde die Gefährlichkeit damit begründet, dass bei ihm ein korrektes und beherrschtes Auftreten mit einer gewissen Fertigkeit in der Behandlung und Beeinflussung anderer Leute verbunden war⁷⁾; bei einem dritten Täter schliesslich mit dessen geistiger Regeamkeit, gewandtem Auftreten und grosser Überredungskunst⁸⁾.

1) Hellmer, a.a.O., S.176. Er fand nur 6% Täter mit überdurchschnittlicher Intelligenz.

2) Nur als Beispiel 70.

3) 172.

4) 154 (In seinem Wohnort als "Dorfdepp" verrufen), 166 (offensichtlich schwache Geisteskräfte), 100 (mangelnde sittliche und geistige Reife).

5) Der Anteil ist im vorliegenden Aktenmaterial (6 von 183 Tätern) noch etwas höher als bei Hellmer, a.a.O., S.176.

6) 46.

7) 34.

8) 153. Bei einem Heiratsschwindler wird die Fähigkeit besonders herausgestellt, die Aufmerksamkeit junger Mädchen auf sich zu lenken.

Ein Dieb zeichnet sich demgegenüber weniger durch Wendigkeit, als vor allem durch ein erstaunlich gutes Gedächtnis aus¹⁾.

Die Mehrzahl der Urteile, die überhaupt Ausführungen zur Intelligenz machen, beschränken sich auf die Aussage, dass der Angeklagte intelligent sei oder dass er ein guter Schüler gewesen sei²⁾.

§ 35: Temperament, Neigungen und Triebe³⁾

I: Gefühlsleben der Täter

In Bezug auf das Gefühlsleben der Täter beschränken sich die meisten Urteile auf die Feststellung des Fehlens oder der Verstümmelung oder Verkümmernng bestimmter bei normalen Menschen vorhandener Gefühle. Allerdings wird in den Urteilen eigentlich nie zwischen Merkmalen der Intelligenz, des Gefühls und des Charakters unterschieden.

Dies zeigt besonders das nachfolgende Beispiel, in dem die beim Täter vorhandenen, für den Typ des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers in Frage kommenden Auffälligkeiten kriminalbiologischer und kriminalpsychologischer Art kunterbund durcheinander aufgeführt werden⁴⁾: "Uneheliche Geburt, Zerrüttung der Ehe der Eltern, vernachlässigte Erziehung, früh einsetzendes unstetes Wesen, innere Unruhe, Unfähigkeit zur Einordnung (häufiger Arbeitsplatzwechsel), frühzeitiger Geschlechtsverkehr mit einer Prostituierten, früh einsetzende Kriminalität, hartnäckiges Leugnen und Irreführen der polizeilichen Ermittlungsorgane, Gefühlskälte gegenüber dem Opfer, mangelnde Reue, innere Haltlosigkeit, hochstaplerisches Auftreten, dabei bewiesene hohe Intelligenz, ausgeprägtes Einfühlungs- und Anpassungsvermögen an die wechselnden Gegebenheiten der Umwelt, rasche Auffassungs- und Reaktions-

1) 171.

2) 137, 175w.

3) Temperament verstanden als Fühlen, als von innen heraus bedingter seelischer Ursprung bestimmter Stimmungen und Reaktionen. (Heiß, a.a.O., S.45).

4) LG Heidelberg vom 28.9.1946, Kfs 8/46. (Das Urteil ist außerhalb der Berichtszeit ergangen).

fähigkeit, durchdringende Überzeugungskraft, moralische Bedenkenlosigkeit, mit der er es versteht zu blenden und Menschen zu täuschen und sich in ihr Vertrauen einzunisten, um es bei passender Gelegenheit zu missbrauchen, die Fähigkeit, die gewonnene Zuneigung von Frauen auszunutzen, eine blasierte ironisch-spöttische Überheblichkeit und genau kontrollierte Verhaltenheit bei gefühlsmässigen Reaktionen. Mit einem Wort: die Sucht, um jeden Preis ein Parasitendasein zu führen. Fehlende Reue und innere Verständnislosigkeit gegenüber dem schwersten Verbrechen, das unsere Rechtsordnung kennt, der Vernichtung eines Menschenlebens!" Als Merkmale, die etwas über das Temperament des gefährlichen Diebes, der auch ein Menschenleben auf dem Gewissen hat, aussagen, wurden hierbei vor allem die innere Unruhe und Haltlosigkeit, die Überheblichkeit und das genau kontrollierbare Verhalten bei gefühlsmässigen Reaktionen festgehalten.

In anderen Urteilen werden die Gefühlsverrohung und das verkümmerte Empfindungsleben¹⁾, oder die Stumpfheit und Gefühlsleere, Leichtsinn und Oberflächlichkeit²⁾, oder der Mangel an Pflichtgefühl und Gemeinsinn und die Unkameradschaftlichkeit³⁾ erwähnt.

Fast in jedem Gewohnheitsverbrecherurteil wurde die "innere Haltlosigkeit" aufgeführt. Das ist wohl darauf zurückzuführen, dass in den Kommentierungen zum StGB und in der Rechtsprechung diese Wortprägung für die zur Begründung der Gefährlichkeit hervorstechendste und häufigste Eigenschaft immer wieder gebraucht wird.

II: Triebe und Neigungen

Triebe und Neigungen spielen vor allen Dingen bei den gefährlichen Sittlichkeitsverbrechern die ausschlaggebende Rolle; fast in allen infrage kommenden Urteilen wird der "starke Geschlechtstrieb" erwähnt⁴⁾.

1) 67.

2) 68.

3) 74.

4) 66 (§ 175a), 99 ("Erschreckend, triebhaft und pervers"), 159 (aussergewöhnliche sexuelle Triebhaftigkeit in weit anormaler Weise gesteigert).

Bei den Dieben spielt der innere Hang zum Stehlen eine grosse Rolle¹⁾. Ein Täter konnte, wie er selbst sagt, nicht sehen, dass ein Fenster offen steht²⁾. Bei einem anderen Dieb wird eine berufsmässige Neigung zum Verbrechen und ein Abenteuerertrieb festgestellt³⁾.

III: Heterosexuelle Beziehungen

Eng verknüpft mit dem Triebleben ist bei den Tätern der Einfluss vor allem des frühen Beginns einerseits, des völligen Ausbleibens heterosexueller Beziehungen andererseits.

Sehr nachteilig für die Entwicklung eines Frühkriminellen waren die geschlechtlichen Beziehungen zu einer Dirne, die er bereits mit 13 bis 15 Jahren unterhielt⁴⁾.

Ähnlich wurde bei einer Täterin bewertet, dass sie bereits wiederholt mit 19 Jahren wegen Gewerbsunzucht bestraft werden musste⁵⁾; überhaupt zeigt sich bei den verschiedenen Täterinnen mit Vorstrafen wegen Gewerbsunzucht⁶⁾, dass die Gewerbsunzucht immer schon recht früh beginnt und dass die Täterinnen, einmal auf diesem Wege, nicht mehr in ein anderes Leben zurückfinden konnten, dies oft auch nicht wollten.

Dagegen ist das Fehlen echter heterosexueller Beziehungen bei Homosexuellen einer der Hauptgründe ihrer Verfehlungen⁷⁾. So hatte ein Täter nur vereinzelt mit Strassendirnen verkehrt, während er sonst seine Geschlechtstlust durch Onanieren befriedigt hatte⁸⁾. Ein anderer Täter⁹⁾ suchte als Soldat in Belgien ein Männerbordell auf, da er keine Neigung zu Frauen hatte und des-

1) 78 (Der Hang zum Einbrechen habe dem Angeklagten von Jugend an angehängt; er könne nicht anders. Er habe sich gegen das Einbrechen gewehrt, aber umsonst).

2) 150.

3) 77.

4) 110.

5) 175w; eine andere Täterin, die mit 13 Jahren in Fürsorgeerziehung kam, wurde damals schon als stark erotisch bezeichnet.

6) 84w, 86w, 90w, 91w, 175w.

7) 80.

8) 92.

9) 105.

halb seit seiner Jugend nicht mehr mit einer Frau geschlechtlich verkehrt hatte.

§ 36: Der Charakter der Täter¹⁾

I: Mangel an moralischer Haltung

Da es sich bei Verbrechern um Personen handelt, die etwas nach allgemeiner Anschauung Unmoralisches tun, wird in vielen Urteilen in irgendwelcher Art dieser Mangel an moralischer Haltung besonders erläutert. Viele Urteile begnügen sich allerdings mit einer mehr allgemeinen Feststellung, der Täter sei in seiner moralischen Auffassung abgestumpft²⁾ oder sittlich verkommen³⁾.

Bei einem Betrüger wird die schlechte moralische Haltung so beschrieben: Er habe einen ausgesprochenen Mangel an Pflichtgefühl, Gemeinsinn und Kameradschaftlichkeit und sei skrupellos; in dem Wanderleben des Täters komme seine Arbeitsscheu, Unverträglichkeit, Grossmannssucht und die Unfähigkeit sich einzuordnen, zum Ausdruck. Er führe ein reines Hochstaplerleben auf Kosten seiner von ihm betrogenen Mitmenschen. "Selbstmordversuche" dienten nur dem Bedürfnis, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, nicht etwa irgendeiner Einsicht in das Verfehlte seines Lebens. Er nützte die Vertrauensseligkeit einer Frau und ihre starke Zuneigung mit Rücksichtslosigkeit aus. Er habe erreicht, dass sie sich ihm vorbehaltlos hingab. In der Erkenntnis, dass das mit sehr starker Liebe an ihm hängende Mädchen ihm alles zu opfern bereit war, nutzte er diese Schwäche geschickt aus. Daneben habe er allerdings ein weiteres heiratsschwindlerisches Verhältnis mit einer anderen Frau begonnen⁴⁾.

- 1) Charakter zu verstehen als eigentlicher Kern der Persönlichkeit in einem wertbetonten, ethischen Sinne, wie er sich gerade in Krisensituationen, die eine Entscheidung über Wollen oder Nichtwollen fordern, offenbart. (HeiB, a.a.O., S.128).
- 2) 72, 73, 63 (moralisch schwachsinnig), 17 (minderwertig), 30 (ehrlöse Gesinnung).
- 3) 130 (weiter: Er habe ungeheuerlich gewissen- und verantwortungslos gehandelt).
- 4) 74.

Ein anderer Täter (Dieb) wird allgemein als minderwertiger Psychopath bezeichnet und dann im einzelnen über ihn ausgesagt¹⁾: Der Angeklagte zeigt keine Einsicht oder Reue. Um ohne Arbeit zu Geld zu kommen, ist es für ihn gleichgültig, ob er alte Kleidungsstücke oder für den Gottesdienst bestimmte Gegenstände stiehlt. Religiöse Ehrfurcht oder Achtung vor den kirchlichen Einrichtungen gibt es für den Angeklagten nicht. In seiner moralischen Verkommenheit ist er derart abgestumpft, dass er bedenkenlos Gotteshäuser entweicht, Gegenstände, die der Andacht dienen, vernichtet und das religiöse Gefühl anderer gröblich verletzt. Ohne jede Hemmung zerstört er Kunstwerke, um sich zu bereichern. Besonders verwerflich ist, dass der Angeklagte keinerlei sittliche Hemmungen hat.

Er gibt nur zu, was ihm auf den Kopf zugesagt werden kann. Im übrigen leugnet er ebenso plump wie hartnäckig. Er ist ein minderwertiger Psychopath, der sich aufs Lügen verlegt.

Sonst werden in den Urteilen besonders ins Auge fallende moralischen Eigenschaften der Täter herausgegriffen und aus wenigen Charakterzügen auf die Gefährlichkeit des Täters oder sonst zu Ungunsten des Täters bei der Strafzumessung geschlossen.

II: Schlüsse aus der Art der Tatbegehung

Als Zeichen für starke verbrecherische Energie²⁾ werden gewertet das Einzelgängertum und die Hartnäckigkeit, mit der der Täter seine Taten ausführt. Einer fand z.B. in einem Anwesen nicht hinreichende und ihm genehme Beute, und so brach er unerschrocken bei dem Nachbarn ein³⁾.

Einen starken Willen beweist auch der Täter, mit dem andere nur auskommen können, wenn sie das tun, was er gerade will⁴⁾.

Im scheinbaren Gegensatz dazu führen eine Reihe von Urteilen als besonderes Merkmal der Täter deren Willensschwäche an⁵⁾. Die

1) 169.

2) 157.

3) 34.

4) 8, 64 (und Haltlosigkeit), 137 (auch energielos; "kann den Versuchungen nicht widerstehen").

5) 171.

Willensschwäche bezieht sich allerdings nicht auf die äußeren Widerstände bei der Tatbegehung, sondern vielmehr darauf, dass diese Täter den Verlockungen zur Begehung einer Tat nicht genügend Widerstandswillen und innere Hemmungen entgegenbringen können.

Ungenügende Hemmungen sind auch bei den Verurteilten entwickelt, die gegenüber Schaden und Opfer völlig gleichgültig sind.

Ein Jugendverderber¹⁾ war sich völlig im klaren darüber, dass er die missbrauchten Kinder in ihrer sittlichen Entwicklung gefährdet und vielleicht auch für ihr ganzes Leben sittlich geschädigt hatte; dies war ihm aber gleichgültig, weil er zum Kreise der "Lebensverneiner" gehörte. - Auf der anderen Seite betrachtete er sich selbst aber als Kinderfreund!

Gleichgültigkeit gegenüber dem Opfer kann gepaart sein mit einem Mangel an Wertgefühl; dies zeigt sich z.B. darin, dass der verschwendungssüchtige Täter das den Arbeitskameraden und anderen Minderbemittelten gestohlene Geld unmittelbar nach der Tat in Bier und Wein umsetzt und in leichtsinniger Weise verpraßt²⁾.

Einen geringeren Vorwurf enthält die Feststellung, der Täter sei leichtsinnig³⁾.

Schwerer als bloße Gleichgültigkeit wiegt dagegen die ausgesprochene Einsichtslosigkeit⁴⁾. Ein krasses Beispiel ist der Täter, der auf dem Standpunkt steht, dass er - wenn er in Not sei - zum Stehlen berechtigt sei. Ein Fahrraddieb erklärte frech, die Polizeibeamten seien zum Aufpassen für die Fahrräder da, und weil sie nicht aufpassen, geschehe es ihnen recht, dass Fahrräder gestohlen werden⁵⁾.

Am häufigsten erwähnt wird die Hemmungslosigkeit⁶⁾ oder ähnlich die Skrupellosigkeit⁷⁾, Rücksichts-⁸⁾ oder Schamlosigkeit⁹⁾ des Täters.

1) 92.

2) 132.

3) 36 z.B.

4) 119, 149.

5) 142 (Auch sonst zeigte dieser Täter keinerlei Einsicht und Reue).

6) 26, 128 (auch eigensüchtig), 171 (schranken- und hemmungslose Besitzgier), 172.

7) 22, 74.

8) 135.

9) 145, 133,

Ein Täter ist "ohne jede moralische und sittliche Hemmung" vorgegangen. Er betrachtet die menschliche Gesellschaft als Feind Nr. 1 und begeht die Handlungen aus der Anschauung heraus, dass er eben seiner ganzen Veranlagung nach ein schlechter Mensch sei¹⁾.

Als besonders minderwertig werden die Charakterzüge der Feigheit und der Niedertracht bei der Tatbegehung empfunden. Ein Jugendverderber²⁾ hat wegen der Gefahr, von dem Vater eines missbrauchten Kindes verprügelt oder sogar totgeschlagen zu werden, sich bewusst an solche Kinder herangemacht, die keinen Vater haben. Als besonders niederträchtig wurde es angesehen, dass ein Betrüger eine alleinstehende und wenig lebenserfahrene Frau "bis zum Weissbluten" ausgesogen hat³⁾.

Niederträchtig handelte auch der Abtreiber, der es bei früheren Taten ausgerechnet bei zwei erst 17 und 16 Jahre alten schwangeren Mädchen darauf abgesehen hatte, die seelische Not der Schwangeren zur Befriedigung seiner Geschlechtslust zu missbrauchen. In den jetzt abgeurteilten Fällen hatte der Angeklagte in gleicher Weise seine Schwiegertochter unter Druck gesetzt⁴⁾.

III: Schlüsse aus dem Verhalten nach der Tat

Auch aus dem Verhalten während des Strafverfahrens werden Schlüsse auf den Charakter der Täter gezogen.

So wird ein "freches Leugnen der Tat"⁵⁾, sonstiges freches Verhalten⁶⁾ oder Unverfrorenheit⁷⁾ im Ermittlungs- und Urteilsverfahren ungünstig bewertet.

Zu Gunsten eines Täters wurden seine Versuche, den Schaden wieder gutzumachen und die darin zum Ausdruck gekommene Reue bei der Strafzumessung verwertet⁸⁾.

1) 136.

2) 92.

3) 112.

4) 133.

5) 149, 62.

6) 142.

7) 144.

8) 75 (Der Täter hatte den Schaden - wohl unter dem Druck der drohenden Sicherungsverwahrung - zum grössten Teile wieder gutgemacht; von der Anordnung der Sicherungsverwahrung wurde aber gleichwohl nicht abgesehen).

IV: Arbeitsscheu

Ein bei gefährlichen Gewohnheitsverbrechern, soweit sie Vermögensdelikte begehen, besonderer vorwiegend charakterlicher Mangel ist die Arbeitsscheu.

Eine Vielzahl von Urteilen erwähnen sie ausdrücklich, fast alle umschreiben sie wenigstens in ihren Zügen. Oft zeigt sich die später so auffällige Arbeitsscheu bereits schon im Verhalten während der Lehre. Das Bewusstsein, sich durch redliche Arbeit das tägliche Brot verdienen zu müssen, ist bei diesen Tätern verloren gegangen¹⁾; das gibt ihnen immer neuen Anlass zur Begehung strafbarer Handlungen. Oft ist die Arbeitsscheu auch verknüpft mit einer Lügenhaftigkeit²⁾. Kein Arbeitsscheuer will die Tatsache seines Müßiggangs wahrhaben!

Besonders gekennzeichnet als Arbeitsscheue sind in der Regel die Täter und Täterinnen, die dem Bettel, der Landstreicherei³⁾ und (Täterinnen) der Gewerbsunzucht nachgehen (vgl. § 361 Ziff. 3, 4 und 6 ff. StGB). Sie sind bei den gefährlichen Gewohnheits-Vermögensdelinquenten in grosser Zahl vorhanden; einige der Täter waren früher bereits im Arbeitshaus untergebracht⁴⁾.

Bei vielen Täterinnen wird ausdrücklich erwähnt, dass sie der Gewerbsunzucht nachgegangen sind und deshalb auch bereits im Arbeitshaus verwahrt worden waren⁵⁾.

10. Kapitel: Erziehung und Beruf

§ 37: Bildung und Erziehung der Täter

I: Das Elternhaus

Mangelnde Erziehung im Elternhaus⁶⁾ und mangelndes Verständnis der Eltern als Faktoren für die Fehlentwicklung der Täter werden in einer Reihe von Urteilen erwähnt.

1) 10.

2) 19 (Der Täter wurde aus dem freiwilligen Arbeitsdienst wegen Faulheit und dauernden Lügens fortgejagt).

3) 96 (Seit der Lehrzeit hatte er sich keiner regelmässigen Arbeit mehr zugewandt. Unstet zog er von Ort zu Ort und konnte sich höchstens zur Verrichtung von Gelegenheitsarbeiten ...

Ein Täter hatte das Pech, dass seine Mutter bereits 8 Monate nach seiner Geburt starb; der Vater war Trinker und zur Erziehung völlig ungeeignet¹⁾.

Ohne Vater und Mutter gekannt zu haben ist eine Täterin aufgewachsen. Sie wurde angeblich von ihrer Mutter bald nach der Geburt ins Findelhaus gebracht; ihr Grossvater mütterlicherseits (der Vater war Russe) holte sie dort wieder heraus, und sie blieb bis zum 12. Lebensjahr bei der Schwester des Großvaters; dann war sie 6 Jahre im Waisenhaus und kehrte danach nochmals kurz zu ihrer Grosstante zurück²⁾,

Ein Täter wurde seiner Mutter weggenommen und in Fürsorgeerziehung genommen, als er noch nicht 3 Monate alt war; dies wegen der schlechten erzieherischen Verhältnisse bei der Mutter³⁾.

Ein anderer Täter, dessen Vater im 1. Weltkrieg gefallen war, wurde schon vor Schuleintritt in ein Kinderheim gebracht⁴⁾.

Ein Jugendverderber verlor bereits mit 3 Jahren seine Mutter und blieb bis zur 4. Volksschulklasse bei seinem Vater; dann lebte er bis zum 16. Lebensjahr bei seiner Schwester, wo er in seiner Freizeit die Kinder hüten musste^{4a)}.

Ein typisches Beispiel der Fehlentwicklung wegen Versagens der elterlichen Erziehung ist folgender Fall⁵⁾:

Der Vater hatte den Angeklagten streng erzogen. Der Angeklagte litt aber als Knabe an Bettnässen und der Vater meinte offenbar,

3) ...entschliessen. Im übrigen verstand er es meisterhaft, aus der politischen Lage Vorteile zu ziehen).

4) Z.B. 13.

5) 84w, 86w, 90w (Sie lief aus ihren Arbeitsstellen immer wieder weg und wurde meist mit Geschlechtskrankheiten, mit denen sie bei gewerbsmässiger Unzucht angesteckt worden war, aufgegriffen), 91w, 175w.

6) 102, 127, 150.

1) 78.

2) 180w; ähnlich 166 (Der Täter war ein unehelicher Mischling; er wurde schon in der frühesten Jugend bei fremden Leuten untergebracht).

3) 136.

4) 145, ähnlich 165 (Der Vater des Täters fiel im 1. Weltkrieg, seine Mutter starb 1923. Der Täter kam zu einem Onkel, der sich nicht sehr um die Erziehung annahm), 167 (Seit seinem 2. Lebensjahr war der Angeklagte bei Pflegeeltern, da die Eltern gestorben waren; der Vater war Trinker und die Mutter geisteskrank).

4a) 154 (Durch Kriegsverwundung wurde der Angeklagte später 50% erwerbsunfähig; seitdem verdiente er seinen Lebensunterhalt mit Schafe- oder Gänsehüten).

5) 107.

es handle sich hier mehr um eine Kinderuntugend, als um eine organische Erkrankung. Der Angeklagte wurde deshalb als Kind oft vom Vater verprügelt, er musste gefesselt auf harten Gegenständen knien und manchmal wurde er in seinem durchnässten Hemd zum Spott der anderen in das Treppenhaus gestellt. Dadurch wurden die Bindungen an das Elternhaus stark beeinträchtigt.

Eine Täterin hatte eine sehr unglückliche Kindheit; sie vertrug sich nicht mit ihrer Stiefmutter und verliess mit 12 Jahren das Elternhaus¹⁾. Eine andere Täterin, Tochter eines Kaufmanns, kam wegen der unglücklichen Ehe ihrer Eltern in Heimerziehung. Mit 16 Jahren begann sie eine Haushaltslehre; anschliessend war sie 1 1/2 Jahre in Brüssel, angeblich bei einem Modesalon und beim Film tätig²⁾.

Ein an sich "gutes" Elternhaus hatte ein Täter: Der Vater war Bahnbeamter und ermöglichte ihm trotz grosser wirtschaftlicher Opfer das Abitur. Dass der Täter trotz dieser besseren Startbedingungen versagte, wurde erschwerend berücksichtigt³⁾.

II: Die Schule

Schlechter Schulbesuch, Faulheit und geringe schulische Leistungen sind Merkmale einer ganzen Reihe von Tätern. Ein Täter⁴⁾ hatte in seiner Schulzeit allein wegen Schulversäumnissen insgesamt 88 Stunden Karzer; nach Schulentlassung wurde vom Vater,

1) 178w, ähnlich 170 (Der Angeklagte wuchs bei seiner Grossmutter auf, wo es ihm an ordentlicher Erziehung fehlte). Auf die grosse Bedeutung des frühen Ausscheidens der Täter aus ihrer Familie weist Hellmer, a.a.O., S. 241 ff (249 f) hin. Seine Ergebnisse können aufgrund der Untersuchung bestätigt werden, wenn auch hier nicht wie bei Hellmer ein statistischer Überblick gegeben werden kann.

2) 176w.

3) 95 Dies entspricht der Rechtsprechung des RG (JW 1938, S.3157, Nr.2). Bei für den Angeklagten günstigen äusseren Lebensverhältnissen mussten an seine Widerstandskraft stärkere Anforderungen gestellt werden gegenüber an ihn herantretende Versuchungen (RG DR 1943, S.483, Nr.6; Wetterich, a.a.O., S.136).

4) 57.

dem der Junge nicht horchte, das Fürsorgeerziehungsverfahren selbst beantragt.

Ähnlich war der Vater eines anderen Täters dessen Erziehung nicht gewachsen; der Täter kam mit 13 Jahren wegen Erziehungsschwierigkeiten in Landpflege¹⁾.

Eine Täterin fiel in der Schule wegen Trägheit, Nachlässigkeit, Unpünktlichkeit, Schwänzens und phantastischer Lügereien auf, zunehmend auch mit kleineren Unehrllichkeiten. Die Leistungen waren schwach, sie blieb zweimal sitzen. Daneben ging eine sittliche Verwahrlosung einher; sie musste deshalb mit 13 Jahren bereits in Fürsorgeerziehung (Heimerziehung) genommen werden. Dort wurde sie wie folgt beurteilt: "Bei schwacher Begabung eigensinnig, frech, stark erotisch, asozial"²⁾.

Bei einer ganzen Reihe von Tätern wurde festgestellt, dass sie sitzengeblieben sind³⁾ oder sonst mangelhafte Schulleistungen aufwiesen⁴⁾. Ein Täter verliess die Schule nach der 1. Klasse⁵⁾

Von den Sittlichkeitstätern ist einer Abiturient⁶⁾, ein anderer hat kurz vor dem Abitur wegen Lungenleidens die Schule verlassen; er betätigte sich seither nie seiner Schulbildung gemäss, sondern als Hirte⁷⁾! Ein anderer wegen Unzucht mit Kindern verurteilter Täter war früher Lehrer, hatte also ebenfalls eine gute Schulbildung genossen⁸⁾. Auch ein Dieb hatte wenigstens 4 Jahre die Mittelschule besucht⁹⁾, ein anderer das Gymnasium in Wien¹⁰⁾.

Es sind zwar mehr Täter mit ausgesprochen schwachen schulischen Leistungen vertreten als Schüler von Ober- und Mittelschulen; gleichwohl kann aber nicht ausgesagt werden, dass das Schulver-sagen für sich allein bereits ein Anzeichen krimineller Entwicklung sei. Die Beispiele im letzten Abschnitt zeigen, dass auch gute Schüler schwerkriminell geworden sind¹¹⁾.

1) 168.

2) 90w.

3) 64, 82 (zweimal, dann Hilfsschule), 111 (Hilfsschüler).

4) 130, 99 (Immerhin kann er lesen und schreiben), 103 (Der Angeklagte kann nur wenig lesen und schreiben, gleichwohl ist er ein Gewohnheitsbetrüger).

5) 100.

6) 95.

7) 105.

8) 149.

9) 124.

10) 144.

11) Hellmer, a.a.O., S.260.

III: Lehre und Berufsausbildung

Schon in der Lehrzeit zeigt sich bei einer ganzen Reihe von Verurteilten eine gewisse Arbeitsscheu. Mehrere Täter sind aus ihrer Lehrstelle davongelaufen, um alsbald straffällig zu werden¹⁾.

Ein Dieb lernte nach seiner Schulzeit keinen Beruf, sondern wechselte schon damals als Hilfsarbeiter dauernd seine Arbeitsplätze; bis in die jüngste Zeit hinein hielt er es an keiner Arbeitsstelle aus, sondern verliess sie jeweils nach kurzer Zeit aus geringfügigem Anlass oder völlig grundlos, um in der Gegend herumzuvagabundieren²⁾.

Eine Art von Abenteuererlust zeigte ein Täter, der 1932 schon die damalige Reichsführerschule der Hitlerjugend in Braunschweig besuchte, später dann Feldmeister beim Freiwilligen Arbeitsdienst war, aber bereits 1943 erstmals als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher verurteilt wurde³⁾.

Bei einem Täter wird festgestellt, dass er aus einer geachteten Familie stammte, eine Privathandelsschule besuchte und später das Buchdruckerhandwerk erlernte; er wurde aber, trotzdem er ein gutes Einkommen hatte, straffällig⁴⁾.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass ein grosser Teil der Täter entweder keine Berufsausbildung hatte⁵⁾ oder eine Lehre nicht abschloss. Die Annahme, dass der Mangel der Ausbildung und des Lehrabschlusses sich kriminogen auswirkt⁶⁾, wird bestätigt.

IV: Fürsorgeerziehung insbesondere

Auffallend ist die hohe Zahl von Fürsorgezöglingen unter den Verurteilten:

1) 63, 107, 145, 150, 130.

2) 156.

3) 120.

4) 106.

5) Vgl. Tabellen 41 und 42, S.148 f.

6) Hellmer, a.a.O., S.262.

Tabelle 39:

Fürsorgezöglinge, Urteile 1934 bis 1945

	Gesamt	FE	%
männlich	83	11	13,2 ¹⁾
weiblich	8	2	25,0 ²⁾

Tabelle 40:

Fürsorgezöglinge, Urteile 1951 bis 1953

	Gesamt	FE	%
männlich	84 ³⁾	18	21,4 ⁴⁾
weiblich	9	1	11,0 ⁵⁾

Für den Gesamtdurchschnitt ergibt sich danach eine Beteiligung der Fürsorgezöglinge bei den Männern mit 29 von insgesamt 167 = 17,3%, bei den Frauen 3 von 17 = 17,6%. Hierbei muss noch beachtet werden, dass eine Reihe von Urteilen (z.B. wegen abgekürzter Fassung der Urteilsgründe) keine Angaben darüber enthält, ob der Täter in Fürsorgeerziehung war, so dass der Anteil der Fürsorgezöglinge wahrscheinlich noch höher ist.

Auffallend ist, dass der Anteil der Fürsorgezöglinge unter den Verurteilten 1951 bis 1953 um etwa ein Drittel höher ist als 1934 bis 1945. Das hängt mit der selteneren Anwendung der §§ 20a, 42e StGB in der Nachkriegszeit zusammen: unter den nach strengeren Maßstäben ausgewählten Tätern müssen sich nach der Erfahrung mehr Fürsorgezöglinge befinden.

Dass lediglich bei einer Täterin 1951 bis 1953 die Fürsorgeerziehung angeordnet wurde, besagt nichts, weil gerade bei den Urteilen gegen Täterinnen sich einige mit abgekürzter Fassung (§ 267 Abs. 4 StPO) befinden.

1) 10, 12, 13, 42, 44, 49, 51, 53, 57, 65, 74.

2) 90w, 87w.

3) Ein Täter zweimal verurteilt.

4) 103, 104, 108, 115, 117, 118, 125, 131, 132, 135, 136, 137, 141.

5) 182w.

In den meisten Fällen liegt der Natur der Fürsorgeerziehung entsprechend die Anordnung der Fürsorgeerziehung etwa zwischen dem 15. und 18. Lebensjahr. Einige Täter wurden allerdings - sei es wegen Versagens der Eltern, sei es wegen schon vorher begangener Diebstähle - bereits früher der Fürsorgeerziehung unterstellt¹⁾.

Bei 2 Tätern wurde das Fürsorgeerziehungsverfahren auf Antrag des eigenen Vaters eingeleitet²⁾; bei einem Täter ging eine erfolglose Schutzaufsicht voraus³⁾.

Relativ viele der Fürsorgezöglinge sind aus den Heimen ausgebrochen und entflohen und infolgedessen mehrmals untergebracht worden; oft fristeten die Täter in der Zwischenzeit durch strafbare Handlungen ihr Leben⁴⁾.

Bei einem Sittlichkeitstäter wurde festgestellt, dass sich die Durchführung der Heimerziehung negativ auswirkte, da er durch das gegenseitige Onanieren der Fürsorgezöglinge zu eigenen Unzuchtshandlungen angeregt wurde⁵⁾. Ein anderer Täter hatte während der Zeit der Fürsorgeerziehung eine ganze Reihe strafbarer Handlungen, meist Diebstähle, begangen⁶⁾.

V: Ein typisches Beispiel für eine missglückte Erziehung

Obwohl der Vater nur das Beste wollte und trotz dessen erheblicher Anstrengungen ist die Erziehung in folgendem Falle⁷⁾ gescheitert:

Der Angeklagte kam schon in seinem ersten Lebensjahr zu seinen Grosseltern nach Schwebenried bei Arnstein, bei denen er bis zu seinem 6. Lebensjahr verblieb. Mit Beginn der Volksschulzeit wurde der Angeklagte bei seinen Eltern in Würzburg, wo er die Volksschule besuchte, erzogen. Im Alter von 10 Jahren kam er ins

1) 13 (13 Jahre), 90w (seit 13 J. in Heimerziehung), 118, 104 (12 J.), 125 (3. Volksschulklasse wegen Diebstahls), 164 (13 J., Diebstahl), 166 (12 J.), 136 (schon mit 3 Monaten wegen völliger Unfähigkeit und Verwahrlosung der Mutter).

2) 57, 118 (mit 13 Jahren).

3) 115.

4) 10, 51, 49, 65, 136, 168, 118, 103, 132 (Vor Ausbruch aus der Anstalt hatte er zur Ablenkung des Aufsichtspersonals sein Bett angezündet).

5) 159.

6) 135.

7) 130.

Realgymnasium. Da er "insbesondere in Latein" nicht mitkam, brachten ihn nach einjährigem Besuch dieser Anstalt seine Eltern nach Karlstadt bei zwei alleinstehenden Damen unter, wo er die Volksschule mit guten Ergebnissen hinter sich brachte. Nach der Entlassung nahm ihn sein Vater, der damals eine Drogerie in Würzburg betrieb, als Lehrling ins Geschäft. Da sein Vater mit seinen Leistungen nicht zufrieden war und er auch in der Drogistenschule "nicht mitkam", gab ihn sein Vater einem Schlossermeister in die Lehre. Der Angeklagte will seinerzeit stets grundlos von seinen Eltern bestraft, insbesondere oft in den Keller und in den Speicher gesperrt worden sein. Deshalb und weil er für den Beruf eines Schlossers "zu schwach" gewesen sei, sei er eines Tages weggelaufen. Sein Vater habe ihn nun in einem Benediktinerkloster untergebracht. Ausweislich einer Feststellung der Abtei ist er seinerzeit wegen geistiger Anormalität nicht aufgenommen worden. Er selbst will jedoch als "Abteizögling" im Kloster gewesen, dort aber von seinem Vater bald wieder abgeholt worden sein. Es habe sich damals ein Klosterbruder an ihn herangemacht, um ihn zur Unzucht zu missbrauchen; weil er darüber gesprochen habe, sei er von dem damaligen Prior beschimpft worden, anschliessend von seinem Vater abgeholt und in ein Kinderheim verbracht worden, wo er als landwirtschaftlicher Praktikant habe arbeiten sollen. Der Angeklagte will dort acht Monate verbracht und insbesondere "Abendkurse" besucht haben. Um jene Zeit (in seinem 16. Lebensjahr) hatte der Angeklagte bereits ein intimes Liebesverhältnis mit dem bei seinen Eltern beschäftigten Dienstmädchen. Seine landwirtschaftliche Praktikantenzeit will der Angeklagte nicht zu Ende geführt haben, weil er eines Tages von diesem Dienstmädchen angerufen und gebeten worden sei, sofort nach Würzburg zu kommen. Dort habe er von ihr erfahren, dass sein Vater sich an sie habe heranmachen wollen. Da er deshalb seinem Vater Vorwürfe gemacht habe, sei er von ihm geschlagen worden, weshalb er mit dem Mädchen nach München gefahren sei. Dort habe er das Liebesverhältnis mit ihr jahrelang fortgesetzt.

§ 38: Der Beruf

I. Anteil der Berufe allgemein

Tabelle 41:

Die Berufe der männlichen Verurteilten

	1934/1945		1951/1953		Gesamt	
		%		%		%
Arbeiter u. Berufslose (ohne landw. Arbeiter)	16	19,2	18	21,3	34	20,3
Transportgewerbe	8	9,6	1	1,2	9	5,4
Land- u. Forstwirtsch.	9	10,8	8	9,5	17	10,2
Metallverarbeitung	7	8,4	12	14,5	19	11,2
Holzverarbeitung	5	6,0	3	3,6	8	4,8
Schneider	8	9,6	4	4,8	12	7,2
Maler	5	6,0	2	2,4	7	4,2
Lederverarbeitung	5	6,0	3	3,6	8	4,8
Lebensmittelverarb.	7	8,4	3	3,6	10	5,9
Kaufm. Berufe	6	7,2	12	14,3	18	10,9
Sonstige Berufe	5	6,0	13	15,4	18	10,9
	81		79		160	
Ohne Berufsangabe (o.A.)	2	2,4	5	6,0	7	4,2
	83	100,0	84	100,0	167	100,0

Hellmer¹⁾ fand 1934 bis 1945 82% ungelernte Personen (einschließlich der halbgelernten und der angelernten Hilfskräfte); nur 18% der Sicherungsverwahrten hatten einen Lehrabschluss. Im vorliegenden Material ist der Anteil der qualifizierten Beschäftigten höher; das kann aber mit der wirtschaftlichen Struktur des Bezirks zusammenhängen, in dem auch in den Vorkriegs- und Kriegsjahren in der Industrie nur wenige Arbeitsplätze für ungelernte Arbeiter zur Verfügung standen.

Tabelle 42:

Die Berufe der weiblichen Täter

	1934/1945		1951/1953		Gesamt	
		%		%		%
Arbeiterinnen	3	37,5	1	11,1	4	23,5
Büglerinnen	2	25,0	2	22,2	4	23,5
Haushalt	3	37,5	2	22,2	5	29,5
Kellnerin	-	-	1	11,1	1	5,9
Kaufm. Berufe	-	-	3	33,3	3	17,6
	8	100,0	9	100,0	17	100,0

Die überwiegende Zahl der Täter und Täterinnen stammt aus sozial schwachen Schichten²⁾, jedoch ist auch der Anteil derer, die ein Handwerk gelernt haben, recht hoch. Dass Angehörige gehobener Berufe kaum jemals als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt werden, bedarf keiner Begründung.

Auffallend hoch ist der Anteil der metallverarbeitenden Berufe 1951/1953, was natürlich mit der Veränderung des Bezirks (im Landgerichtsbezirk Freiburg sind wenige metallverarbeitende Betriebe), aber auch mit der allgemeinen Zunahme der in diesen Berufen Beschäftigten zusammenhängt.

1) Hellmer, a.a.O., S. 262.

2) Sauer, a.a.O., S. 381, Paul Schwarz, a.a.O., S. 56.

II: Einfluss des Berufs auf die Art der Straftaten?

Tabelle 43:

Männer 1934/1945¹⁾

Beruf	D	ED	ED+R	D+B	ED+B	B	Sitt	Sonst	Ges.
Arb	2	2	-	4	-	3	4	1(Zuh)	16
Tr	2	3	-	1	-	2	-	-	8
La	1	-	-	4	-	2	1	1(Brd)	9
Met	1	-	-	1	1	3	-	1(KV)	7
Ho	1	2	-	1	-	-	1	-	5
Schn	-	4	-	-	-	3	-	1(Zuh)	8
Mal	-	1	-	1	-	2	1	-	5
Led	2	-	-	2	-	1	-	-	5
Leb	1	4	-	-	-	1	-	1(KV)	7
Kfm	-	-	-	3	-	2	-	1(KV)	6
Sonst	1	1	-	2	-	1	-	-	5
o.A.									2
									83

Tabelle 44:

Männer 1951/1953

Beruf	D	ED	ED+R	D+B	ED+B	B	Sitt	Sonst	Ges.
Arb	-	3	4	2	1	2	6	-	18
Tr	-	1	-	-	-	-	-	-	1
La	-	5	-	-	1	1	1	-	8
Met	-	3	-	2	-	6	-	1(Abtr)	12
Ho	-	2	-	-	-	1	-	-	3
Schn	-	-	1	2	-	1	-	-	4
Mal	-	1	-	-	-	-	1	-	2
Led	1	1	-	-	-	-	1	-	3
Leb	-	1	-	-	1	1	-	-	3
Kfm	1	3	-	1	-	4	3	-	12
Sonst	-	4 ²⁾	-	-	2	2	5	-	13
o.A.	-	-	-	-	-	-	-	-	5
									84

1) Die Abkürzungen der Berufe ergeben sich aus den Unterstreichungen in Tabelle 41, S.148.

2) Ein Täter wurde von zwei verschiedenen Gerichten verurteilt.

Tabelle 45:

Gesamt-Männer 1934-1945 und 1951-1953

Beruf	D	ED	ED+R	D+B	ED+B	B	Sitt	Sonst	Ges
Arb	2	5	4	6	1	5	10	1(Zuh)	34
Tr	2	4	-	1	-	2	-	-	9
La	1	5	-	4	1	3	2	1	17
Met	1	3	-	3	1	9	-	2	19
Ho	1	4	-	1	-	1	1	-	8
Schn	-	4	1	2	-	4	-	1	12
Mal	-	2	-	1	-	2	2	-	7
Led	3	1	-	2	-	1	1	-	8
Leb	1	5	-	-	1	2	-	1	10
Kfm	1	3	-	4	-	6	3	1	18
Sonst	1	5 ¹⁾	-	2	2	3	5	-	18
o.A.	-	-	-	-	-	-	-	-	7
									167

Betrachtet man die Gesamtstatistik, so ergibt sich folgendes: Ohne dass der unterschiedliche Untersuchungsbezirk hierbei eine Rolle spielen kann, fällt auf, dass etwa 2/5 der Sittlichkeits-täter Arbeiter sind. Der an sich nach allgemeiner Erfahrung erwartete hohe Anteil der kaufmännisch Tätigen bei den Betrugstätern wird bestätigt. Wider allgemeinen Erwartungen haben die metallverarbeitenden Berufe (Schlosser, Mechaniker usw.) einen geringeren Anteil an den schweren Diebstählen, dagegen einen grossen Anteil an den Betrugstaten.

Bei einem Überblick über die Einzelstatistik 1951 - 1953 fällt die Zunahme der Sittlichkeitsdelikte in den Jahren 1951 - 1953 gegenüber 1934 - 1945 auf. Sie ist zu erklären durch die Veränderung des Untersuchungsbezirks²⁾ und auch durch Einsiedelung von Flüchtlingen, die früher in ausgesprochen ländlichen Gegenden wohnten.

1) Ein Täter wurde von 2 verschiedenen Gerichten verurteilt.

2) Der Grossteil der Urteile ist von den nieder- und ober-bayerischen Landgerichten ergangen, also - mit Ausnahme des Landgerichts München I - in ausgesprochen ländlichen Bezirken.

Auffallend ist, dass in den Vorkriegsjahren keine Verurteilungen wegen Einbruchsdiebstahls und Raubs erfolgten, während die Jahre 1951 bis 1953 fünf Urteile aufweisen. Dies ist auf die allgemeinen Nachkriegsverhältnisse zurückzuführen; 4/5 der Täter sind Arbeiter oder ohne Beruf (vertriebene Ausländer).

Den zahlenmässig höchsten Anteil an den schweren Diebstählen haben (neben den Arbeitern und Berufslosen) die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen (über die Hälfte = 62,5 % der dieser Berufsgruppe angehörenden Täter).

In den Jahren 1934 bis 1945 sind auffallend viele Angehörige der lebensmittelverarbeitenden Berufe (4 von 7 Tätern dieser Berufsgruppe) und viele Schneider (4 von 8 Tätern) wegen schweren Diebstahls bestraft worden; auffallenderweise ist in jenen Jahren kein Täter Angehöriger eines metallverarbeitenden Berufes.

Tabelle 46:

Frauen 1934 bis 1945

Beruf	D	D+B	B	Gesamt
Arbeiterinnen	-	1	2	3
Bügl.+Näh.	1	1	-	2
Haushalt	3	-	-	3
Kellnerin	-	-	-	-
Kfm.Tätige	-	-	-	-
				8

Tabelle 47:

Frauen 1951 bis 1953

Beruf	D	D+B	B	Gesamt
Arbeiterinnen	1	-	-	1
Bügl.+Näh.	-	1	1	2
Haushalt	1	-	1	2
Kellnerin	-	1	-	1
Kfm.Tätige	-	2	1	3
				9

Tabelle 48:

Frauen 1934 bis 1945 und 1951 bis 1953

Beruf	D	D+B	B	Gesamt
Arbeiterinnen	1	1	2	4
Bügl.+Näh.	1	2	1	4
Haushalt	4	-	1	5
Kellnerin	-	1	-	1
Kfm.Tätige	-	2	1	3
				17

Bei der Betrachtung der Statistik fällt nur der hohe Anteil der im Haushalt tätigen Frauen bei den Diebinnen (vor allem in der Vorkriegsstatistik 3 von 4 Täterinnen auf!); es wird damit eine alte Erfahrung bestätigt, dass ein grosser Teil der Diebinnen Tätigkeiten in Haushalten ausüben¹⁾. Der hohe Anteil ist auf den meist schlechten Verdienst dieser Gruppe zurückzuführen; die geringen Entlohnungen der Hausangestellten verleitet diese - neben einer leichten Zugriffsmöglichkeit - immer wieder zu Unredlichkeiten gegenüber ihrer Dienstherrschaft²⁾.

III. Besonderheiten des Berufs

Viele Täter fallen wegen ihrer unabgeschlossenen Berufsausbildung³⁾ auf bzw. weil sie die ihnen gebotene Gelegenheit, einen ordentlichen Beruf zu erlernen⁴⁾ oder auszuüben⁵⁾, nicht ausnutzten.

Vom Täter verschulderter Verlust der Arbeitsstelle⁶⁾, sei es wegen ungenügender Arbeitsleistungen, sei es im Zusammenhang mit Straftaten, kommt ebenfalls häufig vor.

- 1) Vgl. z.B. Paul Schwarz, a.a.O., S.62.
- 2) Seelig, a.a.O., S.79: Das fleissige, aber unehrliche Dienstmädchen entspricht einer von vielen Hausfrauen gemachten Erfahrung.
- 3) 136, 137, 145, 153, 161.
- 4) 35 (Metzger).
- 5) 144 (Buchbinder), 166 (Schuhmacher).
- 6) 50 (1 1/2 Jahre bei Polizei); 149 (Bis 1948 war der Angeklagte Lehrer, im Zusammenhang mit seinen Vorstrafen (§ 176 Ziff.3) wurde er entlassen; seitdem ist er Filmvorführer und Farbenhändler); 151, 170, 68, 73; 91w.

Ein Betrüger übte trotz Verbots den für ihn verbotenen Beruf¹⁾ eines Handelsvertreters aus; er will angeblich keine andere Arbeit gefunden haben, kann aber selbst nicht behaupten, dass er sich beim Arbeitsamt um Arbeit bemüht hätte. Ein anderer Täter versieht seit Jahren den Beruf eines Kraftfahrers, obwohl er nicht im Besitze einer Fahrerlaubnis und eines Führerscheins ist, und er deshalb auch schon verschiedentlich bestraft worden war²⁾.

In engem Zusammenhang mit dem Beruf stehen die Straftaten bei einem Dieb, der sich mit dem Verkauf von - gestohlenen - Ansichtskarten im Hausierhandel und weiter damit beschäftigte, in Lokalen Artistenkunststücke vorzuführen; er verschaffte sich hierbei nämlich die für seine Einbrüche notwendigen Ortskenntnisse³⁾.

§ 39: Die wirtschaftlichen Verhältnisse

I. Gesichertes Einkommen

Bei der Strafzumessung wird in einigen Urteilen zu Lasten der Angeklagten darauf hingewiesen, dass diese ihre Taten begingen, obwohl sie einen guten Verdienst⁴⁾ und ein genügendes Auskommen⁵⁾ hätten oder sonst "keine Not litten"⁶⁾, weil z.B. ihre Familie für sie sorgte⁷⁾, oder sich sogar "aushalten" liessen⁸⁾. Einem der Angeklagten hatte bei seiner letzten Entlassung aus der Strafhaft der Anstaltsgeistliche eine Stellung bei einem Bauern verschafft. Der Angeklagte bekam dort sein Essen, eine

1) 172

2) 42

3) 150

4) 69, 168, 171 (ledig, 300,--DM monatlich freies Geld),
151 (ledig, "erhebliche Mengen freien Geldes").

5) 43, 60, 75, 151, 153, 155, 164, 166, 87w, 180w.

6) 22, 58, 70, 89w, 74, 75, 112, 123, 147, 77.

7) 4, 89w.

8) 129 (Der Angeklagte bezog seinen Lebensunterhalt seit
1 Jahr aus seinem Verhältnis mit einer Witwe).

Schlafstelle und Aussicht auf einen angemessenen Lohn. Keine 5 Tage hielt er auf dieser Arbeitsstelle aus. Er versteifte sich auf eine höhere Lohnzahlung und verlangte für die Dauer eines ganzen Monats einen Vorschuss. Als der Bauer dies wegen seiner Befürchtung, der Angeklagte werde den Vorschuss einstreichen und sich nicht mehr sehen lassen, zurückwies, verliess der Angeklagte kurzer Hand die Stelle und bemühte sich von da an nicht mehr, Arbeit zu finden¹⁾.

Bei einem betrügerischen Bankrotteur wurde ausgeführt, dass er nicht aus Not handelte und kein Opfer der Nachkriegsverhältnisse wurde. Bei seiner nach der Kapitulation erfolgten Befreiung aus dem Zuchthaus bot sich ihm die Möglichkeit eines neuen Beginns. Aber in der gutbezahlten Stelle eines Lehrers hielt er es nicht aus: Er wurde wieder straffällig und musste deshalb aus der sowjetischen Besatzungszone fliehen²⁾.

Ein Dieb hatte bei keiner seiner (auch den früheren) Straftaten aus Not gehandelt. Er hatte bei nahezu allen Fällen im Zeitpunkt der Tat Arbeit, oder er hatte die Arbeit gerade aufgegeben, oder er stand im Begriff, eine neue Stelle anzutreten. In 3 Fällen hatte er die Diebstähle im Hause seines Arbeitgebers ausgeführt bzw. diesen selbst bestohlen³⁾.

Einer Betrügerin wird angekreidet, dass sie in ihrer letzten Stelle (Haushalt) nach ihren eigenen Angaben ausser freier Wohnung und Verpflegung eine Barentlohnung von DM 50,-- monatlich bekam. Sie hatte somit ein sicheres Unterkommen in einem geordneten Hauswesen (Arzt) und damit eine Basis, auf welcher sie ein geordnetes und ehrliches Leben aufbauen konnte. Aber nach kaum 1 Monat begann sie wieder zu betrügen und zu stehlen⁴⁾.

Einer anderen Betrügerin wurde demgegenüber zu ihren Gunsten angerechnet, dass sie keine Arbeit scheute, sondern in ihren Beschäftigungsstellen überaus fleissig war; diese Täterin hatte allerdings eine Vielzahl, teils sehr hoher Freiheitsstrafen verbüsst, was darauf schliessen liess, dass sie - trotz ihrer Arbeitsbereitschaft - einen eingewurzelten Hang zur Begehung von Betrügereien hatte⁵⁾.

1) 157.

2) 123.

3) 58.

4) 180w.

5) 181w.

II: Verschwenderische Ausgaben

Noch schwerer als ein ausreichendes Einkommen wurde den Tätern angerechnet, wenn sie ihren Verdienst (oder gar ihre Beute aus strafbaren Handlungen) sinnlos verprassten.

Ein Täter hatte seinen beträchtlichen Arbeitsverdienst in Höhe von mehreren 100,-- DM in kurzer Zeit durchgebracht und darauf mit den strafbaren Handlungen begonnen¹⁾; ein anderer hatte immer in kürzester Zeit seine Rente vertrunken²⁾.

Ein weiterer Täter schliesslich hatte - wie bereits schon früher - sein Entlassungsgeld in wenigen Stunden verprasst und dann sofort mit neuen Strafserien begonnen³⁾.

Bei einem Täter, der an sich ein geringes nachweisbares, auf ehrliche Weise erworbenes Einkommen hatte, wurden die Feststellungen über seinen enormen Lebensaufwand als Indiz dazu benutzt, ihm die zur Last gelegten Diebstähle nachzuweisen. Die im Urteil aufgeführte Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ist ein interessantes Beispiel für die Möglichkeit der Überführung eines nicht geständigen Täters:⁴⁾

"Aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Sch. während des Zeitraums, der für die gegenwärtigen Taten in Frage kommt, ergibt sich der zwingende Schluss, dass er die erheblichen Geldmittel, über die er verfügte, wegen des Ausscheidens anderer Straftaten nur durch Diebstähle von Bargeld oder durch Veräußerung anderer gestohlener Gegenstände erworben haben konnte. Als Flüchtling hatte Sch. lediglich Wäsche und Kleidung von angeblich 5.000,-- RM Wert mitgebracht. Davon konnte er mangels weiterer Einnahmen und mit Rücksicht auf den inzwischen erfolgten Währungsschnitt 4 Jahre später nichts Nennenswertes gehabt haben. Bis zu seiner Haftentlassung am 5.12.1949 hatte er überhaupt keine Einnahmen. Nachweisen konnte er lediglich den Empfang von geringen Unterstützungsmitteln von Dezember 1949 bis Mai 1950. Vom 1. Februar 1950 an hat Sch. monatlich DM 70,-- Soforthilfe bezogen, ausserdem hat er einmal eine Hausratshilfe von DM 100,-- erhalten. Von seiner Unterhaltshilfe hat er der Mitangeklagten G., mit der er zusammenlebte, monatlich DM 60,-- Kostgeld bezahlt; ausserdem musste er monatlich DM 10,-- Zimmermiete bezahlen, so dass nichts übrig blieb. Im Gegenteil musste er die G. um kleinere Beträge für Zigaretten anpumpen.

1) 33.

2) 38.

3) 137.

4) 131.

Sch. behauptet, er habe von seinem gewerbepolizeilich nicht gemeldeten und nicht steuerpflichtigen Handel gelebt. Er habe Eier mit jeweils 1 Pfennig Aufschlag weiter verkauft, im Wald Pilze und Beeren gesammelt und veräußert. Bei den Einnahmen hieraus kann es sich nur um Pfennigbeträge gehandelt haben. Ausserdem will Sch. mit Damenstrümpfen gehandelt haben, die er von einem sagenhaften Mann aus der Ostzone gekauft haben will. Es hat sich aber trotz Vernehmung einer Unzahl von Zeugen nur eine einzige Person gefunden, der Sch. einmal Strümpfe angeboten hat; diese hat aber den Ankauf abgelehnt. Auch seiner Braut G. hat er während der ganzen Dauer des Zusammenlebens nur einmal 2 Paar Nylonstrümpfe und ein anderes Mal 1 Paar Wollstrümpfe geschenkt, wobei der dringende Verdacht besteht, dass es sich hierbei gerade um gestohlene Strümpfe handelt. Weiter behauptet Sch., er habe Stoffe erworben und weiter verkauft; der einzige Verkauf von Stoffen, den Sch. nachweisen konnte, betraf aber Stoffe, die aus hier abgeurteilten Diebstählen stammten. Ähnliches gilt von den angeblichen Leder- und Kunstledertaschenverkäufen. In die Enge getrieben hat Sch. schliesslich den Gesamtverdienst aus sämtlichen angeblichen Verkäufen auf etwa DM 300,-- beziffert, ein Einkommen, das auf 1 1/2 Jahre verteilt monatlich durchschnittlich knapp DM 17,-- ergibt.

Auch die Mitangeklagte G. konnte den Sch. nicht nennenswert unterstützen haben, zumal sie erhebliche Anschaffungen gemacht hat, die ihre verfügbaren Mittel erschöpften. Auf der anderen Seite steht durch die Zeugenaussagen fest, dass Sch. geradezu einen unverständlichen Aufwand getrieben hat. Er ist ohne jeden vernünftigen Grund wiederholt mit Mietautos weite Strecken gefahren, manchmal allerdings auch Entfernungen, zu deren Überwindung zu Fuss nur einige Minuten nötig gewesen wären. Bei den Fahrern des Taxistandes war er ein bekannter Fahrgast, der als nobel galt, weil er oft auch die Fahrer freihielt, wenn sie ihn zu Gaststätten fuhren. In Wirtschäften gab er darüber hinaus für ihm völlig fremde Leute Schnaps- und Weirunden aus und stiftete Biere. In der "Amonshöhe", die er regelmässig besuchte, verbrauchte er allein im Monatsdurchschnitt DM 40,-- bis DM 60,--. Bei Konditoren liess er mindestens 3 Torten backen; er kaufte Schokolade, Alkohol und amerikanische Zigaretten in erheblichen Mengen. Wenn er mit Bekannten ausging, hielt er diese frei. Bekannten schenkte er Schuhe oder liess Photographien vergrössern. Eine Zusammenstellung der einwandfrei bewiesenen Mindestausgaben des Sch. für die Tatzeit ergibt folgendes: (lediglich Ergebnis)

<u>1950</u>		<u>1951</u>	
Juni	DM 95,--	Januar	DM 50,--
Juli	DM 50,--	Februar	DM 70,--
August	DM 50,--	März	DM 30,--
September	DM 100,--	April	DM 60,--
Oktober	DM 415,--	Mai	DM 310,--
November	DM 100,--	Juni	DM 140,--
Dezember	DM 500,--		
insgesamt also DM 1.970,--.			

Wenn man noch die Ausgaben für Rauchwaren und sonstige kleine Ausgaben hinzurechnet, ergibt dies mehr als über DM 2.000,--, denen eine mögliche Einnahme von DM 300,-- aus Handelsgeschäften gegenübersteht.

Anders sieht die Rechnung aus, wenn man berücksichtigt, dass Sch. in den verurteilten Fällen insgesamt DM 5.833,-- in Geld- und Sachwerten erbeutet hatte. Unter Abzug der Sachwerte bleibt immer noch eine Diebesbeute von DM 4.445,-- Bargeld, wovon ihm in den Fällen, in denen er ertappt wurde, wieder DM 978,-- abgenommen wurde, so dass eine Geldbeute von ca. DM 3.500,-- übrig bleibt. Nur auf diese Weise lassen sich die ungeheuren und verschwenderischen Ausgaben des Sch. erklären."

III: Notlage

Wenn ein Angeklagter seine Taten aus einer gewissen Notlage heraus beging, so wurde dies bei der Strafzumessung zu seinen Gunsten berücksichtigt, meist sogar dann - allerdings in geringerem Umfang -, wenn der Täter die Notlage selbst verschuldet hatte. Eine unverschuldete Notlage wurde bei einem Dieb angenommen, der wegen völliger Vermögenslosigkeit und Verweigerung der öffentlichen Fürsorge in besonders starken Maße der Versuchung ausgesetzt war. Der Täter hatte seit seiner Ehescheidung kein eigenes Zuhause mehr¹⁾.

Als eine Angeklagte nach Verbüßung ihrer letzten Strafe zu ihrem Verlobten kam, der ihr vorgemacht hatte, DM 400,-- bis DM 600,-- monatlich zu verdienen, stellte sie fest, dass dies nur leere Worte waren. Für beide standen lediglich DM 76,-- zur Verfügung, wovon DM 33,-- für Garderobe gebraucht wurden. Der Wochenverdienst des späteren Ehemanns war etwa DM 20,--²⁾.

Bei einer weiteren Täterin ist aufgeführt worden, dass sie sich zur Tatzeit in unverschuldeten wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand.³⁾

Auf die Notlage des Angeklagten wird mitunter ohne Angabe, ob vom Täter selbst verschuldet oder nicht, Bezug genommen⁴⁾.

Eine selbst verschuldete Notlage wird in mehreren Urteilen erwähnt:

1) 141.

2) 182w.

3) 178w.

4) z.B.6.

Als typischer Fall einer selbstverschuldeten Notlage gilt, wenn ein Angehöriger eines gesuchten Berufes ohne Arbeit ist, weil er sich gar nicht darum bemüht¹⁾. Ähnlich wurde einem Betrüger, der ein gutes Handwerk erlernt hatte, vorgeworfen, dass er unbedingt den Vertreterberuf ausüben wollte, obwohl er wegen der vielen hohen Betrugsvorstrafen Berufsverbot hatte²⁾.

Der Verlust guter Arbeitsstellen wegen der Vorstrafen und die dadurch bedingte nachteilige Veränderung der Einkommenslage findet in mehreren Urteilen als besonderer Fall einer verschuldeten Notlage Erwähnung³⁾: Ein Angeklagter hatte 1947 gerade eine feste Anstellung bei der Bundesbahn erhalten und wurde wegen bereits damals begangener Abtreibungshandlungen entlassen; seitdem fand er keine Arbeit und betätigte sich (typischerweise!) als Reisender in sexuellen Aufklärungsschriften⁴⁾.

11. Kapitel: Einwirkung politischer Verhältnisse

Hierunter sind die Einwirkungen auf den Täter, nicht nur auf die Tatsituation, gemeint.

§40 : Konzentrationslageraufenthalte

Von augenfälliger Bedeutung auf den Täter sind die Einwirkungen von Konzentrationslageraufenthalten in der Zeit zwischen 1935 und 1945.

Schon zur Zeit der Schaffung des gefährlichen Gewohnheitsverbrechergesetzes war wohl ins Auge gefasst worden, Sicherungsverwahrte nicht nur in Strafanstalten, sondern auch in Konzentrationslagern unterzubringen. Jedenfalls liess sich bei einem grossen Teil der Täter anhand der Vollstreckungsakten feststellen, dass die Sicherungsverwahrung - vor dem Kriege in der Regel im KZ Mauthausen, das wohl regional für den Bezirk Freiburg zuständig war - in KZ-Lagern verbüsst wurde⁵⁾. Bei einem Täter wurde

1) Z.B. 28 (Metzger), 134 (Schlosser), 172.

2) 152 (erlernter Beruf: Automechaniker).

3) Z.B. 133 (Der Angeklagte wurde arbeitslos, ging aber trotzdem immer gut gekleidet umher und verkehrte in Gaststätten, nicht selten in Gesellschaften zweifelhafter Frauen); 169.

4) 160.

5) 6, 8, 9, 22, 23, 63.

hierbei nachweislich zum Vollzug der Sicherungsverwahrung im KZ Mauthausen bereits nachteilweiser Verbüßung der Zuchthausstrafe geschritten¹⁾.

Zwei verurteilte Frauen sind im KZ Auschwitz während des Vollzugs der Sicherungsverwahrung verstorben²⁾.

Unheilvoll für die Zeit nach der Freilassung durch die Besatzungstruppen haben sich diese KZ-Aufenthalte dann später ausgewirkt. Eine grosse Anzahl vorher in KZ-Lagern sicherungsverwahrter Täter ist später wieder rückfällig geworden, wobei die neuen Straftaten oft im Zusammenhang mit der Vorspiegelung einer politischen KZ-Haft stehen³⁾.

So wurde ein Täter nach Verbüßung einer Strafe seit September 1937 zunächst in der Sicherungsanstalt Straubing und dann ab März 1943 im KZ Mauthausen verwahrt⁴⁾. Er wurde unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen in die Villa eines Fabrikanten in Annaberg eingewiesen. Unter dem falschen Vorbringen, er sei Akademiker und früherer Offizier, gelang es ihm, gesellschaftlichen und familiären Anschluss bei seinen Wohnunggebern zu finden und er heiratete im August unter Verschweigung seiner Vergangenheit die Tochter des Fabrikanten. Aus dieser Ehe ging ein Kind hervor. Das Kind kam aber erst zur Welt, als die Ehe bereits aus alleinigem Verschulden des Angeklagten geschieden war, da die Ehefrau inzwischen erkannt hatte, wem sie zum Opfer gefallen war. Vom Schöffengericht Leipzig wurde der Angeklagte wegen Rückfallsbetrugs und anderem zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis damals verurteilt.

Die meisten KZ-Einweisungen sind erst im Kriege (ab 1941) erfolgt und haben meist bis zur Kapitulation angedauert. Als KZ, in denen sich kriminelle Verwahrte (auch aufgrund polizeilicher Vorbeugehaft⁵⁾) befanden, können bei Männern ausser Mauthausen⁶⁾ noch Dachau⁷⁾, Flossenbürg⁸⁾, Auschwitz, Buchenwald und Zwirnerberg⁹⁾, Sachsenhausen und Buchweis¹⁰⁾ festgestellt werden, bei Frauen

1) 62.

2) 85w, 86w.

3) 97 (43-45), 102, 103, 107, 109, 112, 118, 143, 144, 152, 155, 162, 164, 166 (41-45), 114, 127, 137 (43-45), 115 (ab 42), 130 (40-45).

4) 164.

5) 143.

6) 6, 8, 9, 22, 23, 63, 103, 107, 109, 152, 164, 166, 137,

7) 112, 152, 162.

8) 115, 118, 143.

9) 137.

10) 166.

Ravensbrück¹⁾ und Auschwitz²⁾.

Manche Täter wurden dann gegen Ende des Krieges aus dem KZ entlassen und zu SS-Bewährungsbataillonen im Osten abgestellt³⁾.

Ein Täter, früher SS-Scharführer, war nach dem Kriege längere Zeit von der Besatzungsmacht in einem Lager interniert⁴⁾. Noch eine Reihe weiterer Angeklagter, die als kriminelle Häftlinge in Konzentrationslagern verwahrt waren, haben in der Nachkriegszeit die Tatsache ihrer Konzentrationslageraufenthalte unter der Vorspiegelung, sie seien politische KZ-Häftlinge gewesen, zu ihrem Vorteil ausgenutzt.

So wurde ein Angeklagter⁵⁾, der im Strafgefangenenlager Börgermoor und später im KZ "Cap Arcona" war, nach Kriegsende von den Alliierten auf freien Fuss gesetzt, gab sich nun unter falschem Namen als NS-Verfolgter aus und wurde in Ratzeburg Ratsherr, Mitglied des Entnazifizierungsausschusses und Leiter des Arbeitsausschusses deutscher ehemaliger politischer Gefangener. 1947 zog er nach Garmisch, wo er ebenfalls bei der Spruchkammer angestellt wurde.

Ein anderer Angeklagter erreichte mit der Vorspiegelung, er sei politischer KZ-Insasse gewesen, 1945 seine Anstellung als Polizeichef in Kahl/Main⁶⁾.

Goedecke⁷⁾ stellte fest, dass insgesamt 137 von 2120 gefährlichen Gewohnheitsverbrechern (=6,4%) im KZ waren; der Anteil ist in den hier untersuchten Akten weit höher: Von 83 insoweit verwertbaren Urteilen 1951 - 1953 sind 22 gegen solche Täter ergangen, die früher im KZ untergebracht waren, also mehr als ein Viertel.

In den Jahren 1934 - 1945 waren es 7 Täter und 2 Täterinnen, d.h. 8,4% der Täter und 25% der Täterinnen, die im KZ verwahrt wurden. Bei Hellmer⁸⁾ waren es 24,8% der Sicherungsverwahrten jener Zeit. Der von Hellmer gefundene Anteil kann - wie die Zah-

1) 176w (42-45), 177w.

2) 85w, 86w.

3) Z.B. 102.

4) 140.

5) 96.

6) 107.

7) Goedecke, a.a.O., S.59 verteilt nach strafbaren Handlungen:
R 2, ED 19, D 15+3w, B 7, U 1, Notz 1, Abtr 1, Mischtypen 88.

8) Hellmer, a.a.O., S.371.

len 1951 - 1953 zeigen - als repräsentativ für ganz Deutschland angesehen werden. Die Abweichung in der vorliegenden Untersuchung erklärt sich daraus, dass aus den Akten nicht immer ersichtlich ist, wer im KZ war; Vollstreckungsakten lagen oft nicht mehr vor.

§ 41: Kriegsfolgen

I. Flüchtlinge aus den Ostgebieten

Der Anteil der Flüchtlinge bei den in der Nachkriegszeit abgeurteilten Gewohnheitsverbrechern ist ziemlich gross¹⁾; gerade in den ersten Nachkriegsjahren fiel es den Flüchtlingen besonders schwer, in ihrer neuen Heimat Fuss zu fassen. Für Männer, die ohnehin schon eine Neigung oder gar einen Hang zur Begehung von Verbrechen besitzen, war der Weg beinahe mit Sicherheit vorgezeichnet. Die Flüchtlingseigenschaft brachte dann noch für die Täter den Vorteil, dass sie gewöhnlich bei ihrer Verteidigung ihr Flüchtlingsschicksal und den Zusammenhang der neuen Taten mit ihrer Entwurzelung durch Verlust der Heimat in die Waagschale werfen konnten.

Im Gesamtverhältnis des Anteils der Flüchtlingsbevölkerung zur Gesamtbevölkerung mag der Flüchtlingsanteil bei den als gefährliche Gewohnheitsverbrecher Verurteilten gering erscheinen. Das ist aber erklärlich: Im Zusammenhang mit dem Verlust der Ostgebiete gingen auch die Strafregister verloren (oder konnten nach 1949 von den Strafregistern der Sowjetzone keine Auskünfte mehr erhalten werden), so dass Rückfälle nicht bekannt waren und die Täter zunächst in den Genuss einer Erstlings-, nicht aber einer Rückfall-, oder gar gefährlichen Gewohnheitsverbrecherverurteilung kamen. Es wäre deshalb interessant, einen ähnlichen Vergleich bei den Verurteilungen in späteren Jahren anzustellen, da sich dieser Vorteil nach und nach (wenn auch nie ganz!) ausgleicht.

1) Aus dem Gebiet der Tschechoslowakei oder des Sudetenlandes: 93, 95, 99, 131, 132, 157, 170; aus Oberschlesien: 120, 156; Pommern: 140; Warthe: 151, 165.

II. Verschleppte Ausländer

Im Zuge der Räumung der Fremdarbeiterlager sind auch viele kriminelle verschleppte Ausländer als DP's (displaced persons), zunächst unter UNRRA-, später IRO-Betreuung im Deutschland verblieben. Bei den hier untersuchten Akten befindet sich ein Urteil gegen einen "echten" nach Westdeutschland verschleppten Ukrainer, der wegen der Schwere seiner Taten eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren und Sicherungsverwahrung erhielt¹⁾.

Die weiteren verurteilten, in Nachwirkung des Krieges nach Westdeutschland gekommenen Ausländer, hielten sich zunächst in Mitteldeutschland oder noch im Ausland auf und kamen - alle drei - im Jahre 1946 in das Gebiet der späteren Bundesrepublik: Es handelt sich um einen Russen, der aus der SBZ floh²⁾, einen Nationaltschechen, der 1946 sogar noch stellvertretender Ortsgruppenleiter der Kommunistischen Partei in Prag war³⁾ und einen polnischen Juden⁴⁾.

III. Sowjetzonenflüchtlinge

Unter den Tätern befinden sich auch einige Sowjetzonenflüchtlinge oder sonst nicht unmittelbar nach dem Kriege in die Bundesrepublik gekommene Deutsche⁵⁾. Ein Dieb war aus dem Haftlager Volkstedt in der SBZ nach dem Westen geflüchtet; er liess seine Familie - die die Tatteilnehmer und Hehler stellte - nachkommen⁶⁾.

Der Angeklagte St. war im Jahre 1942 wegen Körperverletzung mit Todesfolge, Betrug, Plünderung u.a. zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Von den Russen wurde er entlassen und fälschte seinen Entlassungsschein derart, dass als Straftat nunmehr "Wehrkraftzersetzung und Rundfunkverbrechen" eingetragen war; damit gab er sich als politisch Verfolgter aus und war bis 1947 Lehrer

1) 163.

2) 94.

3) 144.

4) 162.

5) 123 (Mecklenburg), 167, 168, 169 (Sachsen).

6) 171.

in Mecklenburg. Trotz auskömmlichen Gehalts beging er mehrere strafbare Handlungen. Er floh nach dem Westen, um der Verbüssung wegen neuer Straftaten zu entgehen; die Braut, die DM 3.000,— Kautions für ihn hinterlegt hatte, schwängerte er und verliess sie¹⁾.

12. Kapitel: Die kriminelle Laufbahn der Täter

Die Gewohnheitsverbrecherkriminalität im § 42: Vergleich der Urteile und der Vorstrafen

Die folgenden Tabellen 49 bis 52 enthalten eine Zusammenstellung der Urteile in den einzelnen Berichtsjahren. Sie bezeichnen die ausgesprochenen Unrechtsfolgen (Strafen und Massregeln), die Straftat und das Alter des Verurteilten im Zeitpunkt des Urteils.

Um den kriminellen Werdegang des Verbrechers anzudeuten, wird in den Tabellen weiter angegeben das Alter bei Beginn der Kriminalität, die Anzahl und die Gesamtdauer der früher ausgesprochenen Freiheitsstrafen. Die Vorstrafen von einer längeren Dauer als 6 Monate sind ergänzend aufgeführt mit Urteilsjahr, Dauer der jeweiligen Vorstrafen und Angabe der Straftaten, wegen der die Vorstrafe ausgesprochen wurde²⁾.

I. Männliche Verurteilte 1934 - 1945

Unter den Urteilen befindet sich eine grössere Zahl, die lediglich die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung zum Gegenstand hatten.

1) 123.

2) Die ohne Bezeichnung der Straftat angeführten Urteile in der vorletzten Spalte der Tabellen betreffen Gefängnisstrafen.

Tabelle 49 :

Männliche Verurteilte 1934 bis 1945

Jahr	Strafe u. Urt. Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz. Ges.Dauer Jahre	Wichtigste Urt.Dauer	Vorstraf. Delikte	
<u>1934</u>								
1	NachtrSV	DB	34	21	11	13	29 1J3M 32 10 33 1J	DBU
2	6JZ,SV	D	47	16	14	30	mehrmals Zu.Gef.	D
3	3JZ,SV	D	39	25	12	12	5J3MZ 4J9M	D
4	3JZ,SV	DB	35	23	9	10		B
5	NachtrSV	DB	39	17	14	20	22 2JZ 25 1J9MZ 27 2JZ 30 6M 32 2J6MZ	DBU
6	2JZ,SV	B	51	24	27	25	30 1J10M 15 1J3M 17 1J6M 19 2J9M 22 1J6MZ 24 2J9M, 10M	B
7	NachstrSV	B	34	20	15	13	29 1J3M 30 1J6M 33 2J	B
8	NachtrSV	D	42	18	10 (+ausl)	21	13 3J2M 20 3JZ 23 1J3MZ 26 6M 27 2JZ 31 3JZ	D
9	2J5MZ,SV	DB	47	15	26 (+3ausl)	32	27 2J6MZ 31 1J6MZ	BD
10	5JZ,SV	D	26	17	+10	9	28 1J	D
11	NachtrSV	D	38	16	9	13	17 4JZ 19 9M2Wo 21 1J4M 22 2J 24 10JZ	D
12	NachtrSV (später aufgehoben)	D	28	13 (19)	14	8	26 6M 29 2J3M 33 1J4M	Notz 212,43 Sitt D

noch Tabelle 49:

Jahr Urt.	Strafe u. Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen		Wichtigste Urt.Dauer	Vorstraf. Delikte
					Anz.	Ges.Dauer Jahre		
<u>1934</u>								
13	NachtrSV	D	41	13 (17)	10	19	17 1J7M 19 10M 20 1JZ 23 8M 26 1JZ 27 1J 29 6M 30 9M 32 3JZ	D
14	NachtrSV	D	42	16	35	25	mehrmals	DB
15	NachtrSV	D	30	15	12	11	23 10M 26 1J9M 31 3JZ	D, ED
16	NachtrVerf SV abgelehnt (20a bejaht)	DB	32	16	16	15 6J	28 2J8M 31 6M 32 2J8M	DBU
19	1J4MG, SV (Zuh)	B	22	19	8	3	32 7M	B
20	NachtrSV	D	32	19	18	12	26 3J3M 31 10M 33 2J	D
<u>1935</u>								
22	3JZ, SV	DB	31	16	24	15 9J	27 1J7M 28 1J6M	ED
23	2J10MZ	SV DB	39	20	19	17	32 1J 34 1J	B
24	1J4MGef	D	32	20	6	10	22 2J 27 1J6M 32 2J6M	D
25	NachtrVerf SV abgelehnt (20a bejaht)	B	28	20	14	7 5J	28 10M 30 1J7M 33 2J6M	BD
26	4JGef	KV (Sitt)	37	24	4	13	33 1J	223a
27	1J6MGef	KV (Wdst)	25	20	9	4	1J5MZ	D, KV

noch Tabelle 49:

Jahr	Strafe u. Urt. Maßregel	Straf- tat	Alt.	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Anz.	Ges.	Dauer Jahre	Wichtigste Urt.	Dauer	Vorstrafen Delikte
<u>1936</u>										
30	3JZ, SV	Sitt	51	15	29	35		20	Z	DBU
31	4JGef	DB	21	10	zuletzt 3	2		34	7M	D
32	4JZ, SV	D	38	15	13	22	11J	17 24 27 28 31 36	1J6M 3J2M 1J2M 7M 4JZ 4JZ	D
34	3JZ, SV	B	35	21	16	13	8J9M	31 35	10M 2J6MZ	B
<u>1937</u>										
35	5JZ, SV	D	36	13	8	23	14J	18 20 25 27 28 37	6M 4J6M 1J 6M 6J 1J6M	D falsche Anschuld.
36	1J6MZ, SV	B	60	nach 30 (dav. 10 in 7 Jahren)	12			30 32 33 34 35	8M 3M 5M 9M 1J6M	B
37	3JGef	D	29	21	2	1	7M		3M 4M	D (20aII)
38	2JZ, SV	B	70	27	16	42	7,5J	11 16 21 22 23 30 34 36	7M 8M 8M 10M 1J5M 1J2M 1J6M 6M	B
39	3J6MZ	B	27	20	8	7	4J	33 34 35	1J4M 6M 2JZ	D, DB, Falsch- geld

noch Tabelle 49:

Jahr	Strafe u. Straf- Urt. Maßregel	tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz. Ges.Dauer Jahre	Wichtigste Urt. Dauer	Vorstraf Delikte
<u>1938</u>							
41	5JZ, SV	B	51	21	9 18 (min- destens)	7J 11 25 26 28 33 34	9M B 7M (+176) 1J7M 2J6M 1J4M 1J7MZ
42	2J6MZ, SV	DB	27	17	10 9	4J 30 34 36	7M DU 2J 1J6MZ
43	2JZ, SV	B	39	20	18 19	5J1M 32 36	2J10M B 6M
44	2J6MZ, SV	D	25	16	14 22	5J 32 34 35	1J6M D,ED 8M 2J6MZ
45	2J6MZ, SV	B	42	20	14 22	36	1JZ B
46	3J1MZ, SV	B	32	19	11 12	4J 31 36	1J B,U 2J6MZ, SV
47	3JGef, SV	B	65	36	20 25	15J 7JZ 6M	B
<u>1939</u>							
48	5JZ, SV	DB	42	33	5 8	4J 34 35	10M DB 3JZ
49	10MGef,SV	KV	31	15	39 16	1J 37 38	5M)BD 8M)Wdst oft KV
50	2JZ	B	37	21	+5 16	+2J	1J8MZ B
51	3JZ, SV	D	26	18	5 7	+4J 33 34 37	1J D 2J6M 1J6MZ
52	6JZ, SV	D	32	18	9 14	7J1M 27 31 33 35	1J D 1J 1J1M 3J3MZ
53	6JZ, SV	B	31	15	8 16 (Ausl)	6J4M 33 36	3JZ B 1J6MZ
54	5JZ, SV	D	37	27	6 10	+4J 33 36	8M1J D 2JZ

noch Tabelle 49:

Jahr	Strafe u. Straf- Urt. Maßregel	tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Anz.	Ges.	Vorstrafen Dauer Jahre	Wichtigste Urt.	Vorstrafen Dauer Delikte
<u>1939</u>									
55	2J6MZ, SV	D	40	15	15	25	+8J	29 34	Z 5JZ D
56	NachtrSV	D	40	26	7	20	+13	19 23 26 27 31 32	2J2M 1J8M 6M 3JZ) 4JZ) 8JZ) D, ED
<u>1940</u>									
57	2J6MZ, SV	DB	27	20	6	6	3J9M	34 35 36 39	6M 7M 1J3M 1J DBU
58	2JZ, SV	D	36	25	7	11	4J	33 35 36	1J 6M 1J3M D
<u>1941</u>									
60	3JZ	DB	30	23	6 (+4ausl)	6	3J7M	37 38	8M 2J6M DB
61	3JZ, SV	B	30	23	7 (10)	8	4J6M	35 38	8M 3J DB
62	3JZ, SV	B	29	24	6 (11)	6	4J4M	36 37 38	9M 8M 2J B 164 B
63	6JZ, SV	DB	39	15	4	20	-1J	19	4M+3M D
64	5JZ, SV	DB	34	21	8	13	5J	33 34 36	8M 1J5M 2JZ DB
65	Tod (auf Nich- tigkeits- beschw. 8JZ, SV)	D	30	16	6	13	+6J	31 34	8M 5JZ ED
66	3JZ, SV	Sitt	49	45	2	5	2J4M	36	2J3M 175a
67	2J6MGef UHPfla	D	37	19	+10	18		33	9M DU

noch Tabelle 49:

Jahr	Strafe u. Urt. Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz.	Ges.Dauer Jahre	Wichtigste Urt.	Vorstrafen Dauer	Delikte	
<u>1942</u>										
68	2JZ, SV	B	39	17	12	22	35 36	6M 7M	B	
69	1J3MZ, SV UHPflA	B	32	19	9	11	+2J6M 33	1J6M 7M	BD	
70	2JZ, SV	DB	60	17	16 (+2ausl)	36	15J		B	
71	1JZ6M, SV	Sitt	59	17	34	42	22J	11 13 14 17 21 24 26 28 31 33 39	1J2M 1J1MZ 2J6MZ 2J6MZ 1J6MZ 3J3MZ 1J4MZ 1J6MZ 2J2M 10M 10M	D
72	5JZ, SV	B	34	20	6	14	4J3M	36 37	6M 2J8M	B
73	6JZ, SV	B	40	21		14	+5J			DB
<u>1943</u>										
74	3JZ, SV	B	37	15	8	16	3J6M	35	3J	B
75	2JZ, SV	DB	31	17	9	14	3J	38 40 41	8M 6M 11M	DB
76	8JZ, SV	DB	31	20	17 (+ausl)	10				DB
77	Tod	D	25	19	4	5	9M	39	8M	DBU
78	Tod	D	48	20	viele		+20J	17 21	2J 2J6MZ	ED
79	Tod	D	63	18	15 (+ausl)	45	+15J	00 02 12 18 19 20 22 23 29 34	8M 3J6MZ 1J3M 10 M 1J2M 1J 1J 1J4MZ+1J 8M 1J	D

noch Tabelle 49:

Jahr	Strafe u. Maßregel	Straftat	Alter	Alt.b. Beginn d. Kriminalität	Vorstrafen Anz.	Ges. Dauer Jahre	Wichtigste Urte.	Vorstrafen Dauer	Vorstrafen Delikte
------	--------------------	----------	-------	-------------------------------	-----------------	------------------	------------------	------------------	--------------------

1944

80	4JGef UHPflA	Sitt	30	30	keine					
81	3J6MZ	Sitt	68	60	3					
82	2JZ, SV	B	34	22	7	12	3J6M	39 42	1J2M 2JZ	DB

Urteile mit ungenügenden Angaben:

1934

17	NachtrSV	Sitt	56						
18	NachtrSV	Sitt	56		viele				

1935

21	2JZ, SV	Sitt (Zuh)	65		55	+11J	5JZ 3J6MZ 6M 1J6MZ	Raub Totschlag D Zuh	
27		B	67		12		25 29 26 33	1J4M 10M 2JZ	B

29 ohne Anga- D
ben

1936

33	10JZ, SV	D	70						
----	----------	---	----	--	--	--	--	--	--

1937

40 ohne Anga- D
ben

1940

59 ohne Anga- DB
ben

1944

83 ohne Anga- B
ben

(Bei den Urteilen ohne Angaben
sind die Akten verloren gegangen;
die Verurteilung selbst ist aus
den Registern der Staatsanwalt-
schaft ermittelt worden)

Anmerkungen zu den Urteilen in Tabelle 49

- 1 1940 neue Verurteilung wegen DBU, Sitt; saß 1951 noch ein.
- 3 Später KZ Mauthausen.
- 4 Später KZ Mauthausen.
- 5 Aus Sicherungsverwahrung entlassen 1937.
- 6 Für die Strafen 1924 war Bewährungsfrist bis 1930 bewilligt worden. Die Strafaussetzung musste 1927 widerrufen werden. Später KZ Mauthausen.
- 8 KZ Mauthausen.
- 9 KZ Mauthausen.
- 10 Wegen laufenden Namenswechsels bestehen mehrere Straflisten. 1942 im KZ verstorben.
- 12 Erste Strafe mit 19 Jahren nach Fürsorgeerziehung.
- 13 Erste Strafe mit 17 Jahren nach Fürsorgeerziehung.
- 15 Aus der Sicherungsverwahrung 1937 probeweise entlassen.
- 19 Befand sich 1946 noch in Haft.
- 20 1939 aus Sicherungsverwahrung entlassen.
- 22 KZ Mauthausen.
- 23 KZ Mauthausen.
- 26 4 Mal wegen Rohheitsdelikten vorbestraft.
- 27 Messerstecher, Angriffe auf Polizeibeamte.
- 31 Mit 10 Jahren in Fürsorgeerziehung.
- 32 1940 - 1944 in Sicherungsverwahrung, dann ausgebrochen und zum Tode verurteilt; Todesstrafe vollstreckt am 10.5.1944.
- 37 Verurteilung erfolgte nach § 20a Abs. 2 StGB.
- 38 1916 - 1921 straffrei, 1924 - 1930 unter falschem Namen herumgetrieben. Strafverbüßung bis 1939, dann erneut straffällig.
- 39 Gestorben im KZ Mauthausen.
- 41 1914 - 1919 Kriegsteilnehmer.
- 42 Als Schüler in Fürsorgeerziehung.
- 44 Mit 17 Jahren in Fürsorgeerziehung.
- 46 Nur kurz in Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1936.
- 47 Bereits mit 15 Jahren hat der Täter, wie erst später bekannt wurde, Unterschlagungen begangen. Mehrere Jahre in der Irrenanstalt.
- 49 Fürsorgeerziehung 1924/1925, später im KZ gestorben.
- 51 Längere Auslandsaufenthalte vor den Vorstrafen, 1939 Polizeiüberwachung.

Noch Anmerkungen zu den Urteilen in Tabelle 49

- 53 1925 für 2 Jahre in Fürsorgeerziehung.
Im Urteil von 1936 wurde er bereits als gefährlicher
Gewohnheitsverbrecher verurteilt und Sicherungsverwahrung
angedroht.
- 54 1920 - 1926 Fremdenlegion.
- 56 Kriegsteilnehmer 1914 - 1919.
- 57 Von 1930 an mehr als 3 Jahre in Fürsorgeerziehung.
- 58 Im Urteil 1938 Sicherungsverwahrung angedroht.
- 60 Von Sicherungsverwahrung wurde abgesehen, weil er nach
Strafverbüßung als Ausländer in die Schweiz abgeschoben
wurde.
- 62 Nach teilweiser Strafverbüßung KZ Mauthausen.
- 63 Verurteilung unter Anwendung von § 51 Abs. 2 StGB;
Sicherungsverwahrung im KZ Mauthausen.
- 65 1928 Fürsorgeerziehung (2 Jahre).
Hingerichtet am 19.7.1941.
- 66 Hat bereits mit 22 Jahren gleichgeschlechtliche Unzucht
getrieben, blieb aber ohne Strafe.
- 67 Verurteilung unter Anwendung von § 51 Abs. 2 StGB.
- 69 Von 1935 - 1938 und 1939 - 1940 in einer Heil- und Pflegean-
stalt untergebracht; jetzige Verurteilung unter Anwendung
von § 51 Abs. 2 StGB, Verwahrung später in KZ Mauthausen.
- 70 Im KZ gestorben.
- 71 Von den Vorstrafen waren allein 14 Jahre Zuchthaus.
- 76 Verschiedene Auslandsaufenthalte und Ausweisungen
(Ausländer).
- 77 Hingerichtet am 6.4.1943.
- 78 Von 1916 an lange Liste deutscher, belgischer und hollän-
discher Strafen.
Hingerichtet am 6.4.1943.
- 79 Hingerichtet am 1.6.1943.
- 80 Verurteilung unter Anwendung von § 51 Abs. 2 StGB.
Wurde mit 15 Jahren selbst homosexuell verführt.
- 82 Verurteilung unter Anwendung von § 51 Abs. 2 StGB.

Tabelle 50:

II. Weibliche Verurteilte 1934 bis 1945

Jahr	Strafe u. Straf- Urt. Maßregel	tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz.	Ges.Dauer Jahre	Wichtigste Urt.	Vorstrafer Dauer Delikte
<u>1934</u>								
84w	NachtrVerf B SV abgelehnt (20a bejaht)		55				23	1JZ B
85w	NachtrSV DB		33	24	11	8 +3J	29 31 33	1J 7M 1J BD
<u>1935</u>								
86w	1J6MGef,SV DB		38	20	19	17 +2J6M	30 34	7M+6M 1J1M DB
<u>1936</u>								
87w	1J2MZ, SV D		34	17	16	16 8J		D
<u>1937</u>								
88w	3JZ, SV D		39	12	16	21 +11J	17 18 19 22 24 26 32 34	6M 1J2M 1J 1J3M 1J1M 3J6M 10M 1J3M D
<u>1943</u>								
89w	1J6MZ, SV D		35	20			40 41	6M 10M D
<u>1944</u>								
90w	1J6MZ, SV D		25	20	5	4 3J	41 42	8M 1J6MZ D
91w	3JZ DB		31	22	4	7 +1J6	35 38	1J 3M fahrl. Tötung B

Anmerkungen zu den Urteilen in Tabelle 50

- 84w Auch schon wegen Gewerbsunzucht vorbestraft.
- 85w Sicherungsverwahrung verbüsst bis 1937, dann bedingt entlassen. 1939 erneut zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1943 im KZ Auschwitz verstorben.
- 86w Auch schon wegen Gewerbsunzucht vorbestraft.
- 87w Früher bereits Fürsorgeerziehung.
- 88w Kam nach Diebstählen in der Schule bereits mit 14 Jahren in Fürsorgeerziehung.
- 90w Mit 13 Jahren Fürsorgeerziehung.
- 91w 1938 im Arbeitshaus untergebracht.

Tabelle 51:

III. Männliche Verurteilte 1951 bis 1953

Jahr	Strafe u. Straf- Urt. Maßregel	tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Anz.	Ges.Dauer Jahre	Vorstrafen	Wichtigste Urt.Dauer	Vorstrafen Delikte
<u>1951</u>									
92	5JZ, SV	Sitt	66	46	4	21		46 2J6MZ	176
93	2JZ, SV	Sitt	37	26	2	2	2J6M	47 1J 49 1J6M	175, 176
94	8JZ, SV	D	30		10	4	11J	48 2J 48 1J 49 3J 50 4J	D Waffeng. ED ED
95	6JZ, SV	Sitt	38	20				40 1J2M	176
96	2J8MZ, SV	DB	48	16	7 (+ausl)	31 +10J		40 2JZ 41 4JZ, SV 49 1J5M	BD
97	2JZ, SV	Sitt	44	18 (Sitt 27)	12	26 +9J		30 1J1M 32 7M 36 1J3M 41 1J6MZ, SV 47 3J	D D, Sitt
98	2J6MZ, SV	Sitt	62	38	6	17		38 1J	183
99	3J6MZ, SV	Sitt	51	51	keine				
100	2J9MZ, SV	Sitt	42	29	2	6	5J6M	38 1J6M 45 4JZ, SV	175a

noch Tabelle 51:

Jahr	Strafe u. Urt. Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz.Ges.Dauer Jahre			Wichtigste Urt.Dauer		Vorstrafen Delikte
<u>1951</u>										
101	5JZ, SV	B	49	24	22	21	13J	40 47	2JZ 4JZ	B
102	2J6MZ, SV	B	49					48	2JZ	B
103	2JZ, SV	B	37	15		22	11J	36 36 41	7M 1J5M 2JZ,SV	B
104	6JZ, SV	D	51	12	+12	39	+20J	19 21 26 28 30 31 34 46 49	1J 2J 1J6MZ 1J1M 1J6MZ 1J1M 4JZ,SV 2J 10M	D, ED 259 D, ED 245a
105	5JZ UHPflA	Sitt	45	31		13		37	1J	176
106	7JZ, SV	DB	40	23	+10	7	+10J	37 46	6JZ,SV 3JZ	ED
107	6JZ, SV	DB	42	14	12	24	25J	23 24 25 26 29 30 32 35 46	1J 6M 6M+9M 2J 5M 1J3M 1J4M 3J6MZ,SV 1J5MZ	D
108	5JZ, SV	D	22	9	4	5	7J6M	43 45 Mind 47 48	4M JGef unbest. 2J6M 1J6M 3JZ, SV	
109	1J6MZ, SV	B	44	22	27	19	+9J	35 38 39 42	9M 1J3M 10M 3J6MZ, SV	B,Bettel

noch Tabelle 51:

Jahr Urt.	Strafe u. Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz.Ges. Dauer Jahre	Wichtigste Urt.Dauer	Vorstrafen Delikte
--------------	-----------------------	---------------	------------	--	--	-------------------------	-----------------------

1951

110	5JZ, SV	D	24	18	3 3 7J	47 3J 48 3J 50 1J	ED
111	3JZ, SV	B	35	17	9 14 15J	33 6M 35 1J6MZ 39 6M+9M 41 4JZ 44 4JZ 46 4M 47 3J2MZ	176 176 DB
112	2J6MZ, SV	B	48	17	9 14 10J	34 2JZ 39 1J 40 5JZ,SV 47 1J2MZ 49 1J	B
113		B	ohne Angaben				

1952

114	5JZ, SV	D	50	10	17 30 +16J	34 5JZ,SV 47 2JZ	ED
115	8JZ, SV	DR	41	16	6 24 +10J	32 5M 35 7JZ 46 1J 49 1J7M	D schw.R. ED
116	3J6MZ, SV	B	32	17	8 11 7J9M	40 1J4M 42 6M 44 5JZ,SV 48 9M	B
117	3JZ, SV	DB	36	14	7 17 6J	30 5M 34 1J3M 37 3J4M 39 2JZ 44 1J 47 7M	BD B B UrKF D
118	4JZ, SV	B	38	14	11 18 10J	34 1J5M 35 7M 37 4JZ 46 1J6MZ 49 2J6MZ	B

noch Tabelle 51:

Jahr	Strafe u. Urt. Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz.Ges.Dauer Jahre			Wichtigste Urt.Dauer		Vorstrafen Delikte
<u>1952</u>										
119	2JZ, SV	D	39	18	12	19	9J	34 35 46 47 50	1J 2J3MZ 3M 2JZ 6M	D
120	3JZ, SV	D	43	24	+5	15	+6J	43 48	4JZ,SV 1J6MZ	D
121	3J6MGef,SV	Sitt	45	26	3	15	8J8M	31 35 46	3J 8M 5J	176
122	5JZ, SV	Sitt	37	36 (11-12)	keine					
123	4JZ, SV	B	30	20	3	9	7J	40 42	1J6M 5JZ	B Plündrg.
124	3JZ, SV	D	50	10	17	30	16J	21 22 23 24 28 32 34 47	6M 5M 7M 3J 2J 1J6M 5JZ,SV 2JZ	ED D ED ED
125	4JZ, SV	D	29	9	4	4	1J4M	48 49	4M 1J	D,Bettel
126	3JZ, SV	DB	45	15	23	30	+8J	29 36 42 48	4M 2JZ 4JZ,SV 9M	D B B ED
127	2J9MZ,SV	B	47	19	13	26	+16J	23 24 25 30 31 33 35 49	6M+8M 9M 6M 6M 1J 1J6MZ 3JZ,SV 1J4M	D
128	3J6MZ,SV	B	44	27 (+2ausl)	6	14	+4J	40 49	1J10MZ 1J7MZ	B

noch Tabelle 51:

Jahr	Strafe u. Urt. Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz.Ges.Dauer Jahre			Wichtigste Urt.Dauer	Vorstraf. Delikte
<u>1952</u>									
129	1JZ, SV	B	44	17	12	25	+14J	30 9M 31 1J10M 34 1J 37 2J6MZ 40 3J6MZ,SV 48 5M 49 1J6M	BD D B D D BD BD
130	5JZ, SV	DB	46	16	19	26	+22J	22 9M 24 6M 25 8M 26 1J3M+6M 28 1J1MZ 30 6M 32 2J6MZ 36 5JZ,SV 47 3J6MZ	D DB D B D DB B
131	12JZ,SV PolAufs	D	40	14	+17	24		46 8M+9M 47 4M 48 10M	ED D
132	5JZ, SV	D	29	12 (17)	6	7	8J	39 1J4M 40 8M 41 1JZ 42 2JZ 46 2J(Mil.Reg)	D
133	4JZ, SV	Abtr	54	21 (29)	10	29	14J	19 2J 23 1J6M 30 5M 31 2JZ 36 6J6MZ 43 1J6M 48 10M	D D Abtr Abtr AbtrVers
134	3J6MZ, SV	B	62	19	20	39	21J	13 1J4M 19 2J6M 24-36 9 x B 36 3JZ+SV 47 4JZ	B
135	2JZ, SV	DB	42	16	+10	16	+15J	35 2J3MZ 39 2J6MZ+SV 46 3J6MZ 49 2JZ	B D BD

noch Tabelle 51:

Jahr	Strafe u. Urt Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz.Ges.Dauer Jahre			Wichtigste Urt.Dauer		Vorstrafen Delikte
<u>1952</u>										
136	5JZ, SV	DR	25	11	19	10	9J4M	43 46 46 47 48 50	1J 10M 1J6M 5M 2J8M 2J9M	DB 132,UF DU
137	5JZ, SV	D	40	16	9	21	12J	35 36 38 40 49	1J5M 1J2M 2J3MZ 3JZ+SV 2J6M	DB DB D
138		D		ohne Angaben						
139		B								
<u>1953</u>										
140	6JZ, SV	DB	30	26	+7	3	+2J	50	1J2M	D
141	3JZ, SV	D	40	21	16	17		41 47 50	6JZ,SV 2J 4M	
142	5JZ,SV	D	25	15	5	6	6J5M	46 49 49	2JZ 6M 2J6MZ	Meuterei ED ED
143	7JZ, SV	DB	39	19	11	17	+7J	36 37 39 46 47 48	8M 1J 2J5MZ 1J 5M 1J4MZ	B DB
144	3J6MZ, SV	Sitt	52	18 (Sitt 48)	37	31	+14	19 21 28 33 39 40 46 44 49 50	10M 6M 1J1M 6MarbH 9MarbH 1J 6M 5JZ,SV 4M 1J5M	D schw.R B
										176 ³

noch Tabelle 51:

Jahr Urt	Strafe u. Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz.Ges.Dauer Jahre			Wichtigste Urt.Dauer		Vorstrafen Delikte
<u>1953</u>										
146	4J6MZ, SV	D	24	16	5	5	6J	46 8M 47 5M 48 1J3M 51 1J	D ED D	
147	5JZ, SV	D	41	18	11	18	+10J	31 7M 33 1J 34 10M 35 1J9MZ 38 2J6MZ,SV 48 1J8M 48 3JZ	B BD DB	
148	3JZ	B	31	20	10	10		41 11M	B	
149	4J6MZ, SV	Sitt	52	36	3	12	+4J	48 2J2M 36 2J	176 ³ 175a	
150	5JZ, SV	D	46	19	15	27	15J	32 2J8M 35 2J 38 5JZ,SV 47 5Jz,PolAufs 52 3M	ED U	
151	4JZ, SV	D	31	24	4	4	+5J6M	46 3J 48 2M 50 1J 50 1J6M	ED	
152	5JZ	B	57	28	24	28	+26J	23 4J3M 28 6M 30 4M 31 1J9M 33 2J6M (34 NachtrSV) 38 3J6MZ,SV 47 1J6M 48 1J6MZ 50 1J3MZ	B	
153	7JZ, SV	B	53	21	16	27	+9J	33 1J6MZ 35 1J8MZ 38 4JZ,SV	B	
154	2JZ, SV	Sitt	55	44	3	10	4J	40 8M 43 1J6M 50 1J8M	176	

noch Tabelle 51:

Jahr Urt	Strafe u. Maßregel	Straf- tat	Al- ter	Alt.b. Beginn d.Kri- minali- tät	Vorstrafen Anz.Ges.Dauer Jahre			Wichtigste Urt.Dauer		Vorstrafen Delikte
<u>1953</u>										
155	3JZ, SV	Sitt	59	41	5	15	-6J	35 37 39 47 50	9M 1J 2J3MZ 3M 1J6MZ	175a
156	5JZ, SV	DB	42	19	11	23	+8J	31 35 40 50 52	6M 8M 6JZ 7wo 8M	D U D
157	7J6MZ, SV	D RMord versuch	32	20	8	10	6J6M	40 46 47 48 50	1J5MZ 5M 1J 1J6M 1J4M	ED
158	3J6MZ, SV	DB	42	8	8	15		46 47	1J3M 1M	B
159	2JZ, SV	Sitt	45	10 (24)	7	25	+2J6M	31 33 35 49	1J4M 10M 6M 1M	177,43 175a 185 183
160	5JZ	Sitt Abtr	51	46	2	2	3J6M	48 50	9M 2J10M	Abtr Abtr
161	2J6MZ, SV	D	62	17	22	43	+17J	09 12 30 35 41 (46 m.8JZ bestät.) 52	1J7M 17M 4JZ 1JZ lebensl.Z 7M	R D ED D ED
162	4JZ	D	56	24?	2?	2		50 (d.amer.Ger.) 51	6M+6M 5M	D
163	4JZ, SV	D	24	19	3 amer.	5				20a II
164	4JZ, SV	B	43	13	14	24	+5J6M	36 46 49	1J6MZ, SV 1J3M 2J6MZ	B

noch Tabelle 51:

Jahr	Strafe u. Maßregel	Straftat	Alt-ter	Alt.b. Beginn d.Kriminalität	Vorstrafen Anz.Ges.Dauer Jahre			Wichtigste Urt.Dauer	Vorstrafen Delikte	
<u>1953</u>										
165	6JZ, SV	D	48	17	11	27	14J	24 25 28 33 36 47 50	1J6M 1J 4JZ 9M 2JZ 1J6MZ 2J6MZ	ED R ED
166	2J6MZ, SV	D	33	20	8	13	+7J6M	40 41 45 47 49	8M 1J1MZ 8mschw.Kerker 2J3M 3JZ	D ED ED
167	5JZ, SV	Sitt	34	18	10	13	+7J	37 38 42 43 44 47 49 50	1J2M 9M 1J) 4J) mil.Verg. 5J) 2J 2M 2J6MZ	Sitt D Notz,B KV(sittl) Notz,D
168	4JZ	D	30	17	5	9	11J6M	41 42 46 48 49	1J JugGef 5JZ,SV 4JZ 1J3M 1J2M	D D ED
169	4JZ	D	28	21	10	6	+4J6M	46 50 51 52	6M 1J6MZ 1J3MZ 6M	D 175 D
170	5JZ	D	25	19	5	4	+5JZ	49 50 51	4+3M 1J 3J6MZ	ED
171	7JZ, PolAufs	D	40	30	3	8	+1J	42 46 50	6M 3M 2JZ	D ED ED
172	3J3MZ +4JZ	B	44	22	20	20	3J?	39 40 ? 50	7M 5M 4JZ mil.Verg. 2J6MZ	
173		(D)								
174		(Sitt)								
							ohne Angaben			

ohne Angaben

Anmerkungen zu den Urteilen in Tabelle 51

- 93 1940 - 1945 Kriegsdienst.
- 94 DP, bis 1953 russischer Soldat, dann deutscher Kriegsgefangener. Die erwähnten Vorstrafen sind lediglich die der Nachkriegszeit, einschliesslich der Strafen, die durch amerikanische Gerichte verhängt wurden; die Strafen waren noch nicht voll verbüsst.
- 95 1939 - 1946 Wehrdienst, unterbrochen durch die Strafverbüssung.
Verurteilung unter Anwendung von § 20a Abs. 2 StGB.
- 96 6 Jahre Fremdenlegion, mehrere Auslandsaufenthalte und ausländische (österreichische) Strafen.
1941 - 1945 Verbüssung der Sicherungsverwahrung vor Strafverbüssung aus dem Urteil von 1941.
- 97 2 Jahre in Fürsorgeerziehung, 1941 - 1945 in Sicherungsverwahrung bezw. polizeilicher Vorbeugehaft im KZ.
- 100 1945 Sicherungsverwahrung.
- 103 Mit 15 Jahren Fürsorgeerziehung, 1938 - 1940 im Arbeitshaus, ab 1941 als Sicherungsverwahrter im KZ.
- 133 1914 Fürsorgeerziehung, am Ende des 1. Weltkrieges noch Soldat. 1934 in Sicherungsverwahrung (3 Jahre verbüsst), anschliessend unter Polizeiaufsicht bis 1945 (KZ).
Die Verurteilung 1946 erfolgte unter falschem Namen und in Unkenntnis der Vorstrafen.
- 105 1940 - 1945 Soldat.
- 106 Ab 1937 in Sicherungsverwahrung.
- 107 Von 1937 bis 1945 in Sicherungsverwahrung.
- 108 1941 - 1943 in Fürsorgeerziehung, nachdem er mit 14 Jahren bereits die erste Strafe von 4 Monaten Jugendgefängnis erhalten hatte.
Die Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1948 wurde nicht verbüsst.
- 109 2 Jahre Sicherungsverwahrung im KZ verbüsst.
- 110 Vorstrafen nur teilweise verbüsst, da jeweils aus der Strafhafentflohen.
- 111 Verurteilung 1946 erfolgte in Unkenntnis der Vorstrafen.
- 112 Von 1940 an in Sicherungsverwahrung.
Die Strafe 1944 (2JZ) wurde ausgesprochen, obwohl zu der Zeit noch kein Rückfall vorlag.
Die Verurteilung von 1940 wurde im Jahre 1946 auf 3 Jahre Zuchthaus zurückgeführt.

Noch Anmerkungen zu den Urteilen in Tabelle 51

- 114 Derselbe Täter wie Nr. 124.
Von der Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1924
wurden 2 Jahre und 4 Monate verbüsst, danach bis 1945 im
KZ Auschwitz.
- 115 Von 1942 bis 1945 im KZ.
- 116 Ab 1944 in Sicherungsverwahrung.
Die Verurteilung von 1948 erfolgte unter falschem
Namen.
- 118 Von 1941 bis 1945 im KZ.
- 120 Von der Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1943
wurde nach dem Kriege (1949/50) 1 Jahr verbüsst.
1933 2 Monate in der Fremdenlegion.
- 121 Die Verurteilung erfolgte unter Anwendung von § 51 Abs.2
StGB.
- 122 War schon als Kind sittlich verdorben, Straftaten wurden
aber nie entdeckt.
Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft 1935 - 1946.
- 124 Wie 114.
- 126 Sicherungsverwahrung ab 1942.
- 127 In Sicherungsverwahrung bis 1945.
- 129 Von 1940 an in Sicherungsverwahrung.
- 130 Sicherungsverwahrung bis 1945.
- 131 Mindestens 11 Vorstrafen in der Tschechoslowakei,
6 Nachkriegsverurteilungen in der Bundesrepublik.
- 132 Seit dem 17. Lebensjahr fast nur im Gefängnis.
- 134 Von der Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1936
wurden bis 1945 5 Jahre und 6 Monate verbüsst.
- 135 Kam mit 16 Jahren für 4 Jahre in Fürsorgeerziehung,
von der Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1939
wurden 4 Jahre verbüsst.
- 137 1940 Sicherungsverwahrung.
- 140 Vorstrafen teilweise unter anderem Namen.
- 141 In Fürsorgeerziehung vom 7. bis zum 21. Lebensjahr.
Die Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1941 wurde
nach Teilverbüsung im Jahre 1949 aufgehoben.
- 143 Von 1941 - 1945 im KZ als polizeiliche Vorbeugehaft.
- 144 Ab 1941 Sicherungsverwahrung.
In den ausländischen Vorstrafen sind allein 13 Jahre Kerker
in Österreich enthalten.

noch Anmerkungen zu den Urteilen in Tabelle 51

- 145 1928, sowie 1938 - 1940 (3Jahre) im Arbeitshaus;
die Sicherungsverwahrung von 1944 wurde nicht verbüsst.
- 146 1948 eine weitere Vorstrafe durch ein amerikanisches
Militärgericht zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis wegen
Raubs.
- 147 Die Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1938 wurde von
1940 - 1945 verbüsst.
- 150 Die Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1938 wurde von
1943 - 1945 verbüsst.
- 152 2 Mal Sicherungsverwahrung, nämlich von 1934 - 1938 aufgrund
nachträglicher Anordnung sowie von 1942 - 1945 aus dem Ur-
teil von 1938.
- 153 Die Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1938 wurde
1942 - 1945 verbüsst.
- 155 Von 1941 - 1945 im KZ.
- 157 Die Strafe von 1940 (1 Jahr 5 Monate Zuchthaus) erhielt der
Täter wegen des Diebstahls eines Hemdes eines Frontsoldaten.
- 158 Früher in Fürsorgeerziehung, von 1941 - 1945 in Sicherungs-
verwahrung.
- 161 War lange Zeit in der spanischen Fremdenlegion.
- 162 Über die Vorstrafen liegen keine Unterlagen vor, der Verur-
teilte ist ein polnischer Jude, der jeweils unter Alias-
namen auftrat.
- 164 Die Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1936 wurde
1938 - 1945 verbüsst.
- 165 Bei der Verurteilung 1947 waren die Vorstrafer nicht bekannt
- 166 Die Anordnung der Sicherungsverwahrung wurde in den Urteils-
gründen bejaht, der Ausspruch fehlt jedoch im Urteilstenor.
Von 1942 - 1945 im KZ, 1945 - 1946 in Österreich.
- 168 Die Sicherungsverwahrung aus dem Urteil von 1942 wurde
nicht verbüsst.
Bei der Verurteilung von 1948 waren die Vorstrafen nicht
bekannt.
- 172 Es wurden 2 Gesamtstrafen verhängt.

Tabelle 52:

IV. Weibliche Verurteilte von 1951 bis 1953

Jahr	Strafe u.	Straf-	Al-	Alt.b.	Vorstrafen			Wichtigste		Vorstrafen
Urt	Maßregel	tat	ter	Beginn	Anz.Ges.	Dauer	Urt.Dauer	Delikte		
				d.Kri-		Jahre				
				minali-						
				tät						
<u>1951</u>										
175w	4JZ, SV	DB	55	19	23	36	+8J	22 35 38 49	3J 1J 2J6M 1J	DB
176w	3JZ	B	46	20	11	27				
177w	5JZ	B	44	25	7	19	7J	34 34 38 42	7M 1J2M 3JZ 1J6MZ,SV	B
178w	1J6MZ,SV	DB	50	23	18	26	+6J	41 43 44 49	1J4MZ 3JZ,UHPfla 1J3MZ 1J2MZ,UHPfla	
179w	3JZ, SV	B	52	23	18	28	+9J	31 33 34 43 50	9M 1J3M 2J3MZ 4J1MZ,SV 5M	B
<u>1952</u>										
180w	3JZ, SV	DB	29	18	10	9	8J	43 44 46 48 50	9M 2J6MZ 1J 2J 9M	D BD D
181w	4JZ, SV	B	52	17	17	33	+18J	19 21 22 29 30 33 38 50	1J 1J6M 3J 1J 10M 5M 6JZ 6M	B
<u>1953</u>										
182w	3JZ, SV	D	34	14	7	16	+7J6M	39 44 46 50	1J 1J6MZ 3J,UHPfla 2JZ	D
183w	1J3MZ	D	46		15			43 49	1J10MZ,SV 1JZ	D D

Anmerkungen zu den Urteilen in Tabelle 52

- 175w Bereits mit 27 Jahren 19 Strafen.
177w Ab 1942 zur Sicherungsverwahrung im KZ.
178w Seit 1924 laufend straffällig, bereits zweimal in Heil- und Pflegeanstalt untergebracht (1943 + 1949). Die Strafe von 1944 wurde 1947 auf 7 Monate und 2 Wochen Gefängnis zurückgeführt. Die Verurteilung 1949 erfolgte unter Anwendung von § 20a StGB.
183w Aus der Sicherungsverwahrung von 1943 1949 gnadenweise vorläufig entlassen. Unvollständige Angaben, da abgekürzte Urteilsfassung nach § 267 Abs. 4 StPO.

V. Auswertung der Tabellen

Interessant ist es, an Hand der in der Tabelle festgehaltenen Angaben über die Vorstrafen festzustellen, ob man bei der letzten Verurteilung schon hätte die Prognose künftigen Rückfalls stellen können, ob man also den Rückfall bei richtiger Anwendung der Sicherungsverwahrung hätte verhindern können.

Als Versuch einer Rückfallprognose, allerdings nur bei Vermögensdelikten, bietet sich z.B. die Prognosetafel von Brückner¹⁾ an, allerdings mit der kritischen Bemerkung, dass näher hätte erklärt werden müssen, wie ein Täter die Höchstzahl von 20 Schlechtpunkten erreichen kann.

Die Punkttabelle Brückners lautet wie folgt:

I. A) Bei Frühkriminellen:

Beginn der Kriminalität im Alter von

- | | |
|-------------------|----------|
| a) 14 - 17 Jahren | 2 Punkte |
| b) 18 - 20 Jahren | 1 Punkt |

B) Bei Spätkriminellen

- | | |
|---------------------------|----------|
| a) 5 - 10 Vorstrafen | 1 Punkt |
| b) 11 und mehr Vorstrafen | 2 Punkte |

II. Zahl der verbüssten Freiheitsstrafen

- | | |
|---------------|----------|
| a) 1 - 3 | 1 Punkt |
| b) 4 - 6 | 2 Punkte |
| c) 7 und mehr | 3 Punkte |

1) Brückner, a.a.O., S.95.

III. Dauer der Verwahrung (nach Brückner einschliesslich Sicherungsverwahrung, Heil- und Pflegeanstalt oder Fürsorgeerziehung)

- a) mindestens 1 Jahr ohne Unterbrechung 1 Punkt
- b) mindestens 2 Jahre ohne Unterbrechung oder 2 x 1 Jahr jeweils ohne Unterbrechung 2 Punkte

IV. Die drei letzten Rückfallintervalle je Intervall

- a) bis 6 Monate 3 Punkte
- b) bis 12 Monate 2 Punkte
- c) bis 24 Monate 1 Punkt

V. Verhältnis zur Arbeit

- a) keine Arbeitswilligkeit oder Tätigkeit, nur, um Straftaten zu begehen 2 Punkte
- b) Nichtbeendigung einer angefangenen Lehre, erlernter Beruf nicht ausgeübt oder kein Beruf 2 Punkte
- c) unregelmässige Tätigkeit 1 Punkt

Brückner kommt an Hand einer Untersuchung an 270 Strafgefangenen zu folgenden Einstufungen¹⁾:

- I. 1 - 2 Punkte: mit hoher Wahrscheinlichkeit straffrei, Rückfallneigung gering.
- II. 3 - 7 Punkte: wahrscheinlich straffrei, vereinzelte Rückfälle nicht ausgeschlossen.
- III. 8 -10 Punkte: Aussicht auf straffreie Führung, jedoch Rückfälle möglich.
- IV. 11-14 Punkte: Rückfälle wahrscheinlich, Aussicht auf straffreie Führung unwahrscheinlich.

Die Überprüfung an Hand späterer Verurteilungen ergab Rückfälle in

- | | |
|----------------|--------------|
| I. = 5,5 %; | IV. = 89,5%; |
| II. = 17,4 %; | V. = 100,0%. |
| III. = 37,2 %; | |

1) Brückner, a.a.O., S.96.

Auch bei den unvollständigen Angaben über die Rückfallintervalle kam Brückner¹⁾ (wohl mit Schätzungen?) zu etwa gleichen Ergebnissen.

Im vorliegenden Material sind nur in einigen Urteilen genaue Angaben über die Rückfallgeschwindigkeit enthalten; meist wird sie so umschrieben, dass der Täter innerhalb längerer Zeiträume immer wieder kurz nach der Entlassung (ohne genaue Bezeichnung des straftatfreien Intervalls) straffällig geworden sei²⁾. Mit ziemlicher Sicherheit kann zumindest bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern der Nachkriegszeit in den meisten Fällen von einem Rückfallintervall bei den einzelnen Straftaten von unter 6 Monaten ausgegangen werden. Nahezu in allen gegen Vermögensverbrecher ergangenen Urteilen wird darüberhinaus eine negative Einstellung zur Arbeit (Arbeitsscheu)³⁾ oder/und Nichtbeendigung einer Lehre oder berufsfremde Tätigkeit⁴⁾ oder überhaupt Berufslosigkeit⁵⁾ usw. festgestellt. Es kann deshalb, um Vergleiche mit den Ergebnissen von Brückner zu ermöglichen, von einer für die Täter günstigen Schätzung von 7 Punkten bei den Rückfallintervallen und 3 Punkten bei der Einstellung zur Arbeit ausgegangen werden.

Für das Jahr 1951 z.B. ergeben sich dann bei den Tätern mit ausreichenden Angaben folgende Punktwerte:

Tabelle 53:

Urt	we-	S=Vorstr.	Punk-	Freih.Str.	Punk-	Verw. Punk-	+10 Punkte		
gen	F=Beginn	te	(nur üb.	te	Dauer	te	(Schätzg)		
	d.K.		6 Monate)		Jahre				
		I		II		III	IV,V		
94	D	S	10	1	4	2	10	2	15
96	DB	F	16	2	+4	2	13	2	16
101	B	S	22	2	+2	1	+6	2	15
103	B	F	15	2	3	1	4+2AHs	2	15
							+FE+SV		
104	D	F	12	2	9	3	+18	2	17
106	DB	S	10	1	+7	3	+10	2	16
107	DB	F	14	2	9	3	25+8SV	2	17
108	D	F	9	2	4	2	+7+2FE	2	16
109	B	S	27	2	4	4	9+2SV	2	16
110	D	F	18	1	3	1	7	2	14
111	B	F	17	2	8	3	15	2	17
112	B	F	17	2	5	2	10	2	16

1) Brückner, a.a.O., S.96 unten, Anm.4.

2) Vgl. unten § 46, S. 206 ff.

3) Vgl. oben § 36, IV, S.141.

4) Vgl. oben § 37, III, S.145 f.

5) Vgl. oben § 38, S.148 ff.

Danach ergibt sich, dass von diesen 12 Tätern unter Berücksichtigung dessen, dass als Vorstrafen lediglich solche über 6 Monate Dauer überhaupt festgehalten wurden, bei 11 schon anlässlich der letzten Verurteilung eine "Rückfälligkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit" hätte erkannt werden können und bei Anordnung der Sicherungsverwahrung schon damals unter Umständen die neuerlichen schweren Taten hätten vermieden werden können. Dabei erscheint die Punktskala Brückners lange nicht erschöpfend. Anzeichen für negative Prognosen sind auch sonst noch gegeben, von denen eine grosse Zahl - aber auch da nicht erschöpfend - in den Methoden von Schiedt¹⁾ und Schwaab²⁾ (bezw. bei Exner³⁾) aufgezählt sind.

§ 43: Der Beginn der Kriminalität

I. Beginn der Kriminalität bei den Männern

Tabelle 54:

Urteile 1934 bis 1945

Alter bei Beginn vollendete Jahre	Anzahl der Urteile	Alters- klassen	%	S t r a f t a t e n				
				D	DB	B	KV	Sitt
bis 14	4	strafunmündig 4	5,4	3	1			
15	9		12,1	5	2	2		
16	6		8,1	4	2			
17	8	Jug 23	10,8	2	5	1		
18	4		5,4	4				
19	6		8,1	3		3		
20	11	Hw 21	14,8	2	2	6	1	
21-25	16		21,7	3	4	8	1	
26-30	3	19	4,1	2	1			
über 30	7	7	9,5		1	3		3
	74	74	100,0					
ohne Angaben	9							
	83							

1) Schiedt, Rückfallsprognose, S. 41 ff.

2) Schwaab, Soziale Prognose, S. 33 ff.

3) Kriminologie, S. 310; Mezger, Kriminologie, S. 230/231.

Zur kriminellen Prognose allgemein, ihre Bedeutung und die Methoden kritisch Geerds, a.a.O., S. 92 ff.

Verblüffend ist die Feststellung, dass von 74 Verurteilten insgesamt 48 (= 64,7%) bereits vor ihrer Volljährigkeit mit ihren Straftaten begannen. Etwa 2/3 der Täter sind demnach Frühkriminelle. (Davon haben mit der Kriminalität begonnen vor Strafmündigkeit 4, zwischen vollendetem 14. und 17. Lebensjahr (Jugendliche)¹⁾ 23, und nach vollendetem 18. Lebensjahr bis zur Erreichung des 21. Lebensjahres (Heranwachsende)¹⁾ 21).

Bemerkenswert ist weiter, dass sämtliche 3 Sittlichkeitstäter, bei welchen sich im Urteil Angaben über den Beginn der Kriminalität befanden, als Spätkriminelle bezeichnet werden können. Sie sind erstmals nach dem 30. Lebensjahr straffällig geworden, soweit sie nicht in früheren Jahren ganz andere Straftaten (Diebstähle oder Betrügereien) begangen haben und deshalb - wegen des bei vielen Kriminellen typischen Umschlagens der Kriminalität im höheren Alter auf Sittlichkeitsdelikte - auch wegen ihrer früheren Vermögensdelikte als gefährliche Gewohnheitsverbrecher zu bezeichnen waren. Bei zwei dieser 3 spätkriminellen Sittlichkeitsverbrecher²⁾ ist aber festgestellt worden, dass sie bereits in ihrer Jugend homosexuell missbraucht worden waren.

Dass diese Täter dann recht schnell die formelle Strafschärfungsreife erreichten, hängt mit der Verbrechensnatur der Sittlichkeitsdelikte zusammen. Deshalb sind die Täter schon bei der ersten Bestrafung, nicht erst beim Rückfall mit mehr als 6 Monaten Gefängnis bestraft worden. So erklärt sich auch, dass diese 3 Täter keine³⁾ (bzw. nur 1)⁴⁾ Vorstrafe vor dem Urteil hatten, durch das sie als gefährliche Gewohnheitsverbrecher bezeichnet wurden.

Weiter lässt sich feststellen, dass bei den Nur-Dieben die Kriminalität in der Regel früher einsetzt als bei den Nur-Betrügern. Die beiden wegen Körperverletzung Verurteilten sind erstmals zwischen 20 und 25 Jahren, also in der Zeit der vollen Entwicklung ihrer Körperkräfte, straffällig geworden.

1) Vgl. § 1 JGG vom 4.8.1953 (BGBl I, S.751).

2) 66, 80.

3) 80, 81.

4) 66.

Die hier vorliegenden Ergebnisse decken sich zwar nicht ganz mit der Untersuchung Piecha's¹⁾, nach der die vielfach rückfälligen Sicherungsverwahrten ihre kriminelle Laufbahn "fast ausnahmslos" vor Erreichung des 18. Lebensjahres begonnen haben. Die Folgerung, der Frühkriminalität eine besondere Bedeutung als prognostischem Faktor beizumessen, wird jedoch auch bei dem hier gefundenen Anteil Frühkrimineller voll unterstrichen.

Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse anderer Untersuchungen aus der Vorkriegszeit zeigt eine ziemliche Übereinstimmung:

Tabelle 55:

Der Beginn der Kriminalität im Bilde verschiedener Untersuchungen der Vorkriegszeit

Alter bei d. ersten Tat Jahre	Lotz ²⁾ 200 gef. GewV	Schmidt ²⁾ Sicher. Verwahrte	Schnell ²⁾ 500 Rückf. Verbrecher	Möller ³⁾ 135 gef. GewV (1. Verurtlg.)	Hellmer ⁴⁾ 250 gef. GewV					
	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%		
bis 16	76	38,0	1356	41,6	80	16,0	40	29,6	68	27,2
bis 18	49	24,5			106	21,0	33	24,4	60	24,0
bis 21	42	21,0	1010	31,0	160	32,0	30	22,2	65	26,0
bis 25)	33	16,5	493	15,1	95	19,0	21	15,7	30	12,0
bis 30)			238	7 ,3	39	7,8	11	8,1	16	6,0
bis 40)			129	4,0	20	4,0	0	0	6	2,4
üb. 40)			32	1,0	2	0,2	0	0	5	2,0
	100,0	3258	100,0	502	100,0	135	100,0	250	100,0	

Den 64,7 % Tätern in der vorliegenden Untersuchung, die bereits als Minderjährige erstmalig strafbare Handlungen begingen, entsprechen bei Lotz 83,5%, bei Schmidt 72,6%, bei Schnell 69,0%, bei Möller 76,2%, bei Hellmer 77,2%. Demnach ist der Anteil der

1) Piecha, a.a.O., S. 139.

2) Lotz, a.a.O., S.30. (Dort auch zitiert Schmidt, DJ 1938, S.193, Schnell und die Reichskriminalstatistik 1934), nach der nur 17% aller Verurteilten überhaupt als Minderjährige erstmals straffällig wurden.

3) Möller, a.a.O., S.53.

4) Hellmer, a.a.O., S.63. Vgl. weiter Galy, a.a.O., S.194, die bei 300 Verbrechern, die zu Strafen von mehr als 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, 54,35% Frühkriminelle ermittelte.

Frühkriminellen in den untersuchten Akten von sämtlichen Untersuchungen am niedrigsten, was mit der wirtschaftlichen Struktur des Untersuchungsbezirks zusammenhängen mag.

Möller²⁾ hat darüberhinaus Durchschnittsalter bei den Vorstrafen errechnet, die auch für die vorliegenden Urteile ziemlich zutreffen. Danach erfolgte die erste Verurteilung durchschnittlich mit 19 Jahren, die erste Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten mit 21 1/2 Jahren und zu Zuchthaus mit 28 1/2 Jahren, während die formelle Verwahrungsreife bereits mit 27 Jahren erreicht wurde.

Wend¹⁾ findet in seiner Untersuchung über vielfach Vorbestrafte einen Anteil von 46%, die in einem Alter unter 18 Jahren erstmalig verurteilt wurden, weitere 47% waren bei der ersten Verurteilung zwischen 18 bis 25 Jahren alt und nur 8% waren älter als 25 Jahre. Von diesen Frühkriminellen waren 73% bereits mit 25 Jahren formell verwahrungsreif²⁾. Die hier gefundenen Ergebnisse, die lediglich die erste Verurteilung betreffen, müssen also noch unter diesem Aspekt der Rückfälligkeit bzw. wiederholter Tatbegehung in jugendlichem Alter gesehen werden, damit die Feststellungen ihr richtiges Gewicht bekommen.

Tabelle 56:

Beginn der Kriminalität Männer 1951 bis 1953

Alter b. Beginn vollende- te Jahre	1951	1952	1953	Alters- klassen	%	S t r a f t a t e n				
						D	DB	B	KV	Sitt
bis 14	3	8	3	14 Unm.	18,4	8	4	2		
15	1	1	1		3,9	1	1	1		
16	1	4	1		7,9	3	3			
17	1	2	3	15 Jug	7,9	3		3		
18	2	1	3		7,9	3		1		2
19	0	2	5		9,2	3	2	2	(1)	
20	1	1	3	18 Hw	6,6	2		2		1
21-25	3	2	7	12	15,8	6	1	4		1
26-30	2	2	3	7	9,2	1	1	2		3
über 30	5	1	4	10	13,1			1		9
	19	24	33	76	100,0	30	12	18	(1)	16
ohne An- gaben	3	2	2	7						
	22	26	35	83						

1) Wend, a.a.O., S.46 und S.47.

2) Vgl. oben § 29 und zugehörige Tabellen, S.109 ff.

Auch bei den Urteilen der Nachkriegszeit, die Angaben über den Beginn der Kriminalität enthalten (76), kann festgestellt werden, dass weitaus die Mehrzahl der Täter, vor allem der Diebe, mit der Begehung strafbarer Handlungen bereits vor Erreichung der Volljährigkeit beginnen, nämlich 47. (Vor Strafmündigkeit 14, als Jugendliche 15, als Heranwachsende 18). Nahezu 2/3 aller als gefährliche Gewohnheitsverbrecher Verurteilten können auch in dieser Zeit als Frühkriminelle bezeichnet werden.

Verglichen mit 1934 - 1945 ist der Anteil der Frühkriminellen mit 61,8% noch geringer; schon ein flüchtiger Blick zeigt, dass das auf die weit höhere Zahl von Sittlichkeitstätern, die auch hier in der Regel Spätkriminelle sind, zurückzuführen ist, lässt man die Sittlichkeitstäter ausser Betracht, dann ist der Anteil der Frühkriminellen 44 von 60 = 73,3%. Von den Tätern, deren Kriminalität mit dem 26. Lebensjahr und später einsetzt (17), sind zwölf Sittlichkeitstäter. Bei den Vermögensdelikten stehen 44 Frühkriminellen 16 Täter gegenüber, deren bekannte Taten erst nach Volljährigkeit einsetzen.

Über die Ursachen des frühen Beginns der Kriminalität werden in einigen Urteilen Ausführungen gemacht. Fehlerziehung in Elternhaus und Schule¹⁾ und früher Verlust der Eltern²⁾ werden als ursächlich für die Fehlentwicklung erwähnt.

II. Beginn der Kriminalität bei den Frauen

Tabelle 57:

Urteile 1934 bis 1944

Alter bei Beginn		Altersklassen		Straftaten		
				D	DB	B
bis 14	1	Strafmündig	1	1		
15 - 17	1	Jug	2	1		
18 - 20	3	Hw	3	2	1	
21 - 25	2	Erw	2		2	
	7		8	4	3	0
(ohne Angaben = 1)						

- 1) 136 (Bereits mit 11 Jahren stahl der Täter); 158 (Der Angeklagte ist der Sohn eines Kaufmanns; er bestahl im 2. Schuljahr Schulkameraden und versuchte seinen Lehrer zu betrügen).
 2) 104 (Der Täter verlor mit 2 Monaten bereits die Mutter. Sein Vater war Kellner; er wurde daher von der Grossmutter erzogen und geriet unter den Einfluss eines schlechten Onkels).

Sämtliche Täterinnen der Vorkriegs- und Kriegszeit sind wegen Diebstahls bestraft worden, drei Täterinnen¹⁾ daneben wegen Betrugs. Zwei Täterinnen haben bereits unter 18 Jahren mit Diebstählen begonnen, drei weitere im 20. Lebensjahr; lediglich 2 Täterinnen (auffälligerweise beide wegen Diebstahls und Betrugs bestraft) begannen mit ihren Straftaten erst mit 22 bzw. 24 Jahren.

Tabelle 58:

Beginn der Kriminalität bei den Frauen
1951 bis 1953

Alter bei Beginn		Altersklassen	Straftaten			
			D	DB	B	
bis 14	1	Strafungs- mündig	1	1		
15 - 17	1	Jug	2			1
18 - 20	3	Hw	3	2	1	
21 - 25	3	Erw	3		1	2
8			8	3	2	3
(ohne Angaben = 1)						

(ohne Angaben = 1)

Auffallend ist zunächst, dass verglichen mit der Vorkriegszeit von 5 Täterinnen 1951 3 wegen Betrugs, 2 wegen Betrugs und Diebstahls²⁾ bestraft worden sind. Wenn in den Vorkriegsjahren sich sämtliche Täterinnen zumindest unter anderem mit Diebstahls befassten, so im Jahre 1951 sämtliche mit Betrug.

Im Jahre 1952 gilt für die beiden Täterinnen dasselbe:

1 wurde wegen Betrugs, 1 wegen Betrugs und Diebstahls bestraft.³⁾

Dagegen sind die beiden Verurteilten aus dem Jahre 1953 wieder beide (und zwar ausschliesslich) wegen Diebstahls bestraft worden.

1) 85w, 86w, 91w.

2) 175 w, 178w,

3) 180w.

§ 44: Anzahl und Dauer der Vorstrafen

Bedauerlicherweise enthalten nicht sämtliche Urteile erschöpfende Angaben über Anzahl und Dauer der Vorstrafen, sei es, dass nach § 267 Abs. 4 StPO von der Möglichkeit einer abgekürzten Fassung der Urteilsgründe Gebrauch gemacht wurde, sei es, dass bei der Würdigung der Persönlichkeit nur einige, gewöhnlich die zuletzt verhängten und naturgemäß schwereren Vorstrafen erwähnt wurden. Bei abgekürzter Fassung werden oft nur die zur Bestimmung des Tatbestandes im Hinblick auf § 245 StGB bzw. § 20a Abs. 1 StGB erforderlichen Vorstrafen aufgeführt.

Gleichwohl ergibt das Material - unter der Annahme der Wahrscheinlichkeit, dass bei Akten ohne genügende Angaben das Verhältnis der Vorstrafen etwa genauso ist, wie bei den Urteilen, die brauchbare Angaben enthalten - ein recht gutes Bild über die Vorstrafen gefährlicher Gewohnheitsverbrecher.

I. Die Vorstrafen der in der Vorkriegs- und Kriegszeit verurteilten Männer

Bei den männlichen Tätern ist nur in 5 Fällen von der Möglichkeit des § 20a Abs. 2 StGB Gebrauch gemacht worden. Der eine Täter, ein Dieb¹⁾, hatte bereits zwei einschlägige Vorstrafen (3 Monate und 4 Monate Gefängnis), die beide in einem Jahr ausgesprochen wurden; die neue Tat war aber bereits vor der letzten Verurteilung begangen worden. Ein anderer Dieb²⁾ hatte sich lange straffrei geführt, so dass trotz mehrerer Vorstrafen die Voraussetzungen des § 20a Abs. 1 StGB nicht gegeben waren. Wieder einem anderen Dieb konnten die Voraussetzungen von § 20a Abs. 1 StGB nicht nachgewiesen werden, und man hat deshalb wegen der Anzahl der alten Vorstrafen und der Vielzahl der abzuurteilenden Einzeltaten (Opferstockdiebstähle) von der Möglichkeit des § 20a Abs. 2 StGB Gebrauch gemacht.

1) 37.

2) 63.

Ein Täter¹⁾ schliesslich wurde wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt und Sicherungsverwahrung angeordnet, wobei die Taten sich über einen langen Zeitraum erstreckten und die Voraussetzungen des § 20a Abs. 1 StGB nur für einen Teil der Einzelhandlungen erfüllt waren, während für die späteren Handlungen § 20a Abs. 2 StGB in Anwendung kam; im ganzen handelte es sich um 17 Einzelfälle, begangen von Oktober 1948 bis November 1951.

Ein homosexueller Jugendverderber²⁾ hatte überhaupt noch keine Vorstrafe, er wurde allerdings wegen 9 Fällen der Verführung Minderjähriger zu gleichgeschlechtlicher Unzucht, teilweise auch wegen Unzucht mit Kindern verurteilt.

Bei den nach § 20a Abs. 1 StGB verurteilten Tätern schwankt die Anzahl der Vorstrafen naturgemäß zwischen zwei und vielen. Massgebend für die Anwendung des § 20a Abs. 1 StGB bei einer geringen Zahl von Vorstrafen war dann deren Schwere und vor allem der Unrechtsgehalt der neuen Taten. Die Dauer der Vorstrafen schwankt zwischen 9 Monaten³⁾ und 22 Jahren⁴⁾.

Versucht man einen Durchschnitt zu errechnen, so ergibt sich folgendes:

Tabelle 59: (Errechnet aus 39 Urteilen mit vollständigen Angaben)

Jahr	Anzahl	Dauer		verwertbare Urteile
		J	M	
1934	16	6		1
1935	18	7	- 6	2
1936	15	7	- 10	2
1937	14	6	- 6	4
1938	17,5	6	- 8	6
1939	6,5	5	- 9	7
1940	6,5	3	- 10	2
1941	6,5	4	- 3	6
1942	16 ⁵⁾	10	- 4	4
1943	9	5	- 6	4
1944	7	3	- 6	1
Gesamt	11,4	6	- 4	39

1) 153.

2) 80.

3) 77 (neues Urteil Todesstrafe).

4) 71 (davon 14 JZ); andere Urteile mit bemerkenswert langer Vorstrafendauer: 78 (über 20 Jahre); 47, 70, 79 (jeweils über 15 Jahre).

5) Hierbei allerdings zwei aus dem Rahmen fallende Urteile, 16 Vorstrafen - 15 Jahre und 34 Vorstrafen - 22 Jahre, (70, 71).

Dieses Ergebnis (Durchschnitt von 11,4 Vorstrafen) deckt sich genau mit dem von Wend¹⁾ errechneten Durchschnitt von 11 Vorstrafen. Hellmer²⁾ fand durchschnittlich 13,8 Vorstrafen bei Sicherungsverwahrten.

Auffallend ist - trotz zweier aus dem Rahmen fallender Urteile im Jahre 1942 - das Absinken von Anzahl und Dauer der Vorstrafen in der Kriegszeit: Das hat erklärlicherweise zwei Ursachen: Einmal die grössere Schärfe der Gesetzesbestimmungen selbst und ihrer Anwendung, zum anderen, dass die bei Schaffung des § 20a StGB vielfach und mit langen Strafen Vorbestraften bis dahin in der Regel bereits wieder straffällig und erneut abgeurteilt worden waren bzw. (nach § 5 des Gewohnheitsverbrechergesetzes) noch vor Verbüßung ihrer letzten Strafe im Wege des nachträglichen Sicherungsverfahrens in Sicherungsverwahrung gekommen waren. Der Durchschnitt der Vorkriegsjahre (1939 eingeschlossen) ergäbe 13 Vorstrafen mit insgesamt 6 Jahren 5 Monaten verbüßter Strafe.

II. Die Vorstrafen der Täterinnen 1934 bis 1945

Von den bis 1945 abgeurteilten Täterinnen ist keine nach § 20a Abs. 2 StGB verurteilt worden. Aus insgesamt 6 verwertbaren Urteilen ergibt sich (zum Vergleich mit den Männern) folgender Durchschnitt:

Tabelle 60:

Jahr	Anzahl	Dauer		verwertbare Urteile
		J	M	
1934	11	3		1
1935	19	2	- 6	1
1936	16	8		1
1937	16	11	- 3	1
1944	4,5	2	- 3	2
Gesamt	12	4	- 10	6

1) Wend, a.a.O., S.13 und S.49.

2) Hellmer, a.a.O., S.55. Vgl. weiter Lotz, a.a.O., S. 46 ff, der bei über 70% aller Gewohnheitsverbrecher zwischen 10 und 20 Vorstrafen feststellte. Nach Rudolph, a.a.O., S. 176 ff hatten 73% der Sicherungsverwahrten 10 und mehr Einträge im Strafregister.

Auch bei den Frauen fällt die erhebliche Schärfe der beiden Kriegsurteile auf. Für die Vorkriegszeit würde sich ein Durchschnitt von 15,5 Vorstrafen mit 6 Jahren 2 Monaten Verbüßung ergeben, was fast dem männlichen Durchschnitt entspricht. Das steht im Gegensatz zu der sonstigen Erwartung, dass Frauen etwas milder angefasst werden; denn das würde bedeuten, dass mehr Vorstrafen und eine erheblich längere Verbüßungsdauer als Voraussetzung für eine Verurteilung als gefährliche Gewohnheitsverbrecherin gefordert werden müssten.

III. Die Vorstrafen der 1951 bis 1953 abgeurteilten Männer

Von den 1951 bis 1953 in Süddeutschland abgeurteilten Tätern sind 6 unter Anwendung von § 20a Abs. 2 StGB als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt worden¹⁾. In 5 Fällen davon handelte es sich um homosexuelle Sittlichkeitsverbrecher, bei denen die neuen (in zwei Fällen waren es überhaupt die ersten) Verurteilungen zwischen 7 und 21 fortgesetzte Verführungsfälle Minderjähriger zu gleichgeschlechtlicher Unzucht, jeweils in mehreren hundert Teilhandlungen betreffen. Der weitere nach § 20a Abs. 2 StGB abgeurteilte Täter wurde wegen Gefangenenneuterei, Widerstands und Körperverletzung bestraft; er hatte zwar bereits drei durch amerikanische Gerichte verhängte Strafen verbüßt, mangels zur Verfügung stehender Akten musste aber (trotz § 20a Abs. 4 StGB) auf § 20a Abs. 2 StGB zurückgegriffen werden²⁾.

1) 95 - 2 Vorstrafen 1J3M insges.; 99 - keine Vorstrafe
105 - 2 Vorstrafen, 1J; 122 - keine Vorstrafe
159 - 7 Vorstrafen, aber länger zurückliegend.
2) 163.

Tabelle 61:

Anzahl und Dauer der Vorstrafen und frühere
Anordnungen der Sicherungsverwahrung

1951			1952			1953					
Urt.	Vorstrafen	frühere	Urt.	Vorstrafen	frühere	Urt.	Vorstrafen	frühere			
Anz.	Ges.	AOSV	Anz.	Ges.	AOSV	Anz.	Ges.	AOSV			
	Dauer	Jahr		Dauer	Jahr		Dauer	Jahr			
92	4		114	17	16J	1934	140	7	2J6M		
93	2	2J6M	115	6	10J		141	16		1941	
94	10	11J	116	8	7J9M	1944	142	5	6J5M		
95	2	1J6M	117	7	5J10M		143	11	7J		
96	7	10J	1941	118	11	10J		144	10	20J6M	1941
97	12	9J	1941	119	12	9J		145	37	14J	1944
98	6			120	5	6J	1943	146	5	6J	
99	-			121	3	8J8M		147	5	6J	1938
100	2	5J6M	1945	122	-			149	3	4J	
101	22	13J		123	3	7J		150	15	15J	1938
102	-			124	17	16	1934	151	4	5J6M	
103		11J	1941	125	4	1J4M		153	16	9J	1938
104	12	20	1934	126	23	8J	1942	154	3	4J	
106	10	10J	1937	127	13	16J6M	1935	155	5	5J9M	
107	12	25	1934	128	6	4J		156	11	8J	
108	4	7J6M	1948	129	12	14J	1940	157	8	6J6M	
109	27	9J	1942	130	19	22J	1936	158	8		1941
110	3	7J		131	17			159	7	3J	
111	9	15J		132	6	8J		161	22	17	1941
112	9	10J	1940	133	10	14J				(lebensl.Z.)	
				134	20	21J	1936	163	3		
				135	10	15J	1939	164	14	6J	1936
				136	19	9J4M		165	11	14J	
				137	9	11J6M	1940	166	8	7J6M	
								167	10	7J	

Eine Errechnung der Durchschnittszahlen ergibt folgendes Bild:

Tabelle 62:

Jahr	Anzahl d. Vorstraf.	Dauer J - M	verwertbare Urteile
1951	10	11	14
1952	11	11	22
1953	10	8	27
Gesamt	10 ¹⁾	9 - 8	63

Verglichen mit der Auswertung der Zahlen 1934 bis 1944 ergibt sich insgesamt eine erhebliche Verschärfung der Voraussetzungen vor allem im Hinblick auf die Dauer der Vorstrafen. Von der Möglichkeit der Verurteilung als gefährliche Gewohnheitsverbrecher wird weit weniger Gebrauch gemacht²⁾; dasselbe gilt auch im Vergleich mit den Vorkriegsjahren 1934 - 1939, wenn der Unterschied auch nicht so gross ist.

Goedecke³⁾ fand bei seinen 2034 - nach polizeilichen Gesichtspunkten zusammengestellten - Tätern mit 6 - 10 Vorstrafen 692 und mit 11 - 15 Vorstrafen 519; der hier gefundene Durchschnitt von 10 Vorstrafen dürfte auch bei jenen Tätern erreicht werden, wenn man bedenkt, dass über 60% zwischen 6 und 15 Vorstrafen aufweisen.

IV. Die Vorstrafen der Täterinnen 1951 bis 1953

Auch von den 1951 bis 1953 abgeurteilten Täterinnen ist keine nach § 20a Abs. 2 verurteilt worden. Es ergibt sich folgender Durchschnitt:

1) Vgl. Wend, a.a.O., S. 13 und S.49; Durchschnitt 11.

2) Eine der Ursachen, warum der räumliche Bezirk, den diese Arbeit umfasst, in den drei Jahren 1951 bis 1953 so erweitert werden musste, um eine genügende zahlenmässige Vergleichsbasis zu erhalten.

3) Goedecke, a.a.O., S.57.

Tabelle 63:

Jahr	Anzahl d. Vorstraf.	Dauer J - M	verwertbare Urteile
1951	16,5	7 - 9	4
1952	13,5	13	2
1953	7	7 - 7	1
Gesamt	14	9 - 3	7

Verglichen mit den Urteilen der Vorkriegszeit 1934 - 1937 (Durchschnitt 15,5 Vorstrafen mit 6 Jahren 2 Monaten Verbüßung) ergibt sich absolut und relativ eine Verschärfung der Voraussetzungen: Keine Täterin wurde bei einer geringeren Vorstrafendauer als 7 Jahre verurteilt, im Schnitt liegt die Vorstrafendauer um 1/3 höher. Im Vergleich mit den beiden Urteilen der Kriegszeit (4,5 Vorstrafen 4 Jahre 10 Monate Dauer Verbüßung) ist der Unterschied noch krasser. Damals wurden die Täterinnen im Durchschnitt schon bei etwa 1/3 der später erforderlichen Vorstrafendauer ^{als} gefährliche Gewohnheitsbrecherinnen verurteilt.

Nach Goedecke¹⁾ haben von den gefährlichen Gewohnheitsverbrecherinnen 70 von 90 zwischen 6 und 15 Vorstrafen; da es sich bei dem von Goedecke untersuchten Personenkreis in den meisten Fällen nicht um nach § 20 a StGB Verurteilte handelt, sondern um vor allem gerade auf Grund der Anzahl der Vorstrafen nach polizeilichen Gesichtspunkten zusammengestellte Täterinnen, dürfte der hier gefundene Durchschnitt etwa der allgemeinen Erwartung entsprechen.

Auch bei den Urteilen der Nachkriegszeit ergibt sich im Vergleich mit den in derselben Zeit verurteilten Männern eine verblüffende Ähnlichkeit: Die errechnete Durchschnittsdauer der Vorstrafen der Männer beträgt 9 Jahre und 8 Monate, die der Frauen 9 Jahre und 3 Monate. Die Durchschnittsanzahl der Vorstrafen der Männer ist 10, die der Frauen ist 14. Die Durchschnitte liegen also recht nahe beieinander!

1) Goedecke, a.a.O., S. 57.

§ 45: Die Wirkung der Vorstrafen

I. Der Erfolg früheren Straf- und Maßregelvollzugs

In einer Vielzahl von Urteilen wurde die völlige Wirkungslosigkeit selbst hoher Vorstrafen¹⁾, sogar trotz der Androhung der Sicherungsverwahrung für den Fall der Wiederholung²⁾ hervorgehoben. Auch wurde neben der Wirkungslosigkeit der Strafe das Scheitern anderer Maßregeln, z.B. der Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt³⁾ und der Fürsorgeerziehung⁴⁾ betont. Auch das Scheitern einer bedingten Entlassung wurde mitunter erwähnt⁵⁾.

Eine besondere Ausnahme macht ein Urteil des Sondergerichts Freiburg vom 22.4.1943⁶⁾: Bei einem 62 Jahre alten Fuhrmann wird ausdrücklich etwas - an sich doch Positives - festgestellt, nämlich dass der Täter sich wegen einer Anordnung der Sicherungsverwahrung von 1935 bis 1942 straffrei führte. Das hinderte das Gericht allerdings nicht daran, den Angeklagten, von dem weiter festgestellt wurde, dass er nicht arbeitsscheu ist und dass er von zwei Frauen schlecht beeinflusst wurde, wegen etwa 50 Hasendiebstählen (begangen unter Ausnutzung der Verdunkelung) zum Tode zu verurteilen. (Bereits am 1.6.1943 wurde das Urteil vollstreckt).

II. Die Wirkung früherer Verurteilungen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher

Eine grosse Anzahl von Tätern war bei der erneuten Verurteilung in den Jahren 1951 bis 1953 bereits früher als gefährliche Ge-

1) M: 62, 66, 65 (5JZ), 73, 95, 102, 136, 141, 142, 149, 165, 172. F: 180w.

2) M: 42, 46, 58, 64, 124, 118 (Von der Anordnung der Sicherungsverwahrung war bei der Vorverurteilung lediglich wegen der Jugend des Täters abgesehen worden). F: 86w, 177w.

3) M: 69 (2 Mal mehrjährig durchgeführt).

4) M: 157. F: 88w.

5) M: 168. F: 179w (Die Angeklagte hatte nach dem Urteil 1950 4 Mal Strafaufschub und verschwand bei der Ablehnung eines 5. Gesuchs). 182w.

6) 79.

wohnheitsverbrecher, sei es mit oder ohne Anordnung der Sicherungsverwahrung, vorbestraft und diese Urteile samt Strafverbüßung haben sich als wirkungslos erwiesen¹⁾. Dies ist dann bei der Begründung der Gefährlichkeit der Täter und der Wiederholungsgefahr besonders betont worden. Bei drei Tätern ist sogar in zwei früheren Urteilen Sicherungsverwahrung angeordnet und vollstreckt worden²⁾; ein Täter war bereits 1941 zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt worden (das Urteil wurde 1946 mit der Verurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher zu 8 Jahren Zuchthaus bestätigt³⁾).

Als ein besonderes Zeichen der Wirkungslosigkeit ist es angesehen worden, dass ein Täter noch während des Vollzugs seine neuen Taten plante⁴⁾.

Über die innere Einstellung eines Täters zum Vollzug der gegen ihn verhängten Strafe und Massregeln enthält ein Urteil bemerkenswerte Ausführungen⁵⁾: Während der Strafverbüßung arbeitete der Verurteilte nur immer, was er musste. Er wird als bequem, wichtigtuerisch, oberflächlich, unzuverlässig, gegen Mitgefangene streitsüchtig und boshaft, gegen Beamte vorlaut und verlogen geschildert. Er suchte schlechten Anschluss und machte sich bei den Gefangenen zum Wortführer. Die Strafe trug er gleichgültig.

Allerdings tritt die innere Gleichgültigkeit der Verurteilten recht selten so offen in Erscheinung. Meist führen sich die langjährigen Strafgefangenen und Verwahrten während des Vollzugs recht gut, um möglichst rasch möglichst viele Vergünstigungen zu erhalten.

1) a) mit früherer Anordnung der Sicherungsverwahrung:
96, 97, 100, 103, 104, 106, 107, 108, 109, 112, 114, 116,
120, 124, 126, 127, 129, 130, 134, 135, 137, 141, 144, 145,
147, 150, 152, 153, 157, 164, 168, 177w, 179w, 183w.

b) lediglich Verurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher und Strafschärfung nach § 20a StGB:
161, 178w.

2) 152, 129, 177.

3) 161.

4) 137.

5) 145.

§ 46: Die Rückfallgeschwindigkeit

Gerade im Hinblick auf die Wirkung der Vorstrafen, weiter zur Feststellung, ob im Täter bereits ein "eingewurzelter Hang" zur Begehung von Straftaten vorhanden ist, kommt der Rückfallgeschwindigkeit besondere Bedeutung zu. Hohe Rückfallgeschwindigkeit führt meist zur Bejahung eines solchen Hangs, sie lässt die Wirkungslosigkeit von Strafen augenfällig werden und wird deshalb auch zur Begründung der Gefährlichkeit des Täters und der Notwendigkeit der Anordnung der Sicherungsverwahrung herangezogen; lange Intervalle zwischen Verbüßung und neuen Straftaten sprechen zugunsten der Täter und führten in einigen Fällen konsequent zur Ablehnung der Anordnung der Sicherungsverwahrung¹⁾.

Ist bei einem etwas längeren Zeitraum zwischen Verbüßung der letzten Strafe und neuer Tat (in wenigen Fällen!) Sicherungsverwahrung angeordnet worden, so handelt es sich bei den neuen Taten um verhältnismässig schwere Fälle²⁾.

Der sofortige Wiederbeginn mit strafbaren Handlungen nach Vollstreckung der letzten Strafe wird in einer Vielzahl von Fällen dazu herangezogen, die Unverbesserlichkeit und Gefährlichkeit des Täters zu begründen, besonders dann, wenn die letzte Verbüßung eine hohe Strafe oder gar Sicherungsverwahrung betraf, denn das Motiv, rasch zu Geld zu kommen, ist bei Berufsverbrechern unmittelbar nach ihrer Entlassung oder Flucht aus der Strafhaft besonders wirksam³⁾, der sofortige Rückfall deshalb ein typisches Anzeichen für das Vorhandensein eines verbrecherischen Hangs. Zum Teil beschränken sich die Ausführungen in den Urteilen ganz allgemein auf die Feststellung sofortigen Rückfalls⁴⁾. Manche Urteile führen aus, der Angeklagte sei in langen Zeiträumen ununterbrochen und kurz nach der Entlassung wieder straffällig geworden⁵⁾.

1) 84w (Intervall 6 Jahre), 177 w (Intervall 5 Jahre).

2) Z.B. 72 (erschwert durch die Vielzahl früherer, wenn auch länger zurückliegender Vorstrafen).

3) Seelig, a.a.O., S.208.

4) Z.B. 8, 12, 20, 30, 34, 55, 61, 70, 75, 82, 134, 136, 140, 144, 146, 153, 157, 166, 167, 169; 180w, 182w.

5) Z.B. 25, 45, 60 (6 Strafen in 2 Jahren), 68, 152, 154.

Oft wird die Tatsache hoher Rückfallgeschwindigkeit - wie bei einer Diebin - so umschrieben, die Täterin sei innerhalb von 4 Jahren kaum 7 Monate auf freiem Fuss gewesen und habe 5 Tage nach Entlassung aus Untersuchungshaft in anderer Sache eine neue Tat begangen¹⁾.

In einer Reihe von Urteilen wird - ohne nähere Angaben über die Vorstrafen - festgestellt, dass die neuen Taten bereits am Entlassungstag²⁾ oder innerhalb der der Entlassung folgenden Woche³⁾ begonnen wurden. Ein Täter⁴⁾ wurde jeweils alsbald nach Verbrauch des Entlassungsgeldes, ohne sich an das Arbeitsamt oder Hilfsstellen gewendet zu haben, wieder rückfällig.

In einer ganzen Reihe von Fällen wurde mit der Begehung neuer Straftaten bereits begonnen noch vor Verbüßung der zuletzt ausgesprochenen Strafe (zwischen Hauptverhandlung und Vollzug⁵⁾) oder noch während einer zugebilligten Strafaussetzung zur Bewährung, sei es bezüglich der ganzen Strafe⁶⁾ oder - bei bedingter Entlassung nach Teilvollzug - eines Teils der Strafe⁷⁾, oder auch bei Verschonung vom Vollzug der Sicherungsverwahrung⁸⁾. Einige Täter haben nach geglücktem Entweichen aus der Strafanstalt mit neuen Taten begonnen⁹⁾, andere haben nachgewiesenermaßen ihre neuen Taten bereits noch während des Vollzugs der letzten Strafe im Gefängnis geplant¹⁰⁾.

Interessant wird die Feststellung der Rückfallgeschwindigkeit erst im Vergleich mit der Dauer der letzten Strafverbüßung, wie sie in vielen Urteilen getroffen wird:

1) 90w.

2) 78, 151 (trotz Zuweisung einer Arbeitsstelle).

3) 162.

4) 137.

5) 147 (am Tag der Hauptverhandlung).

6) 44 (2 Tage nach dem Urteil neuer Diebstahl).

7) 51, 94; 106 und 121 (sofort nach Entlassung), 136 und 137 (8 Tage nach Entlassung).

8) 97, 120.

9) 108.

10) 111, 137.

Tabelle 64:

a) Rückfall innerhalb der der Strafverbüßung
folgenden Woche

Urteil	letzte Strafe	Straftat	neue Tat	Intervall
9	1J6MZ	B	B (66 Fälle)	sofort
36	1J6MG ¹⁾	B	B	sofort
54	2JZ	D	D	1 Tag
58	6WoG	D	D	gleicherTag
93	1J6MZ	175, 176	175	2 Tage
102	2JZ	B	B	1 Tag
142	2JZ ²⁾	D	ED	3 Tage
150	5JZ	D	ED	Entlassungs- tag

b) Rückfall später als 1 Woche nach Strafverbüßung

3	5J3MZ	D	D	2 Monate
23	1JG	B	B	18 Tage
32	4JZ	Brdst	D	1 Monat
39	2JZ	Falschm	Falschm	1 Monat
41	2JZ	B,UF	B,UF	2 Monate
42	1J6MZ	DB	DB	wenige Wochen
46	2J6MZ (SV ausges.)	B	B	wenige Wochen
52	3J3MZ	D	D	4 Monate
62	2JG	B,UF	B	6 Wochen
101	4JZ	B	B	17 Tage
178w	1J2MZ	D	D	4 Monate
103	5JZ (als gefGewV)	B	B	1 Woche
104	4JZ (als gefGewV)	D	D	1 Jahr
145	1J5MG	UnzK	UnzK	5 Monate

1) Vor letzter Straftat 3 Tage Intervall.

4.11.11 2) Mit den Vortaten hatte der Täter 3 Monate nach Verbüßung
einer Zuchthausstrafe von 2J6M begonnen.

In einigen Fällen enthalten die Urteile auch sehr eingehende Angaben über die Vorstrafen und über die Rückfallgeschwindigkeit bei den Vorstrafen. So wird in einem Urteil¹⁾ festgestellt, dass auch bei den Vorstrafen die Rückfallgeschwindigkeit sehr hoch gewesen sei; der angeklagte Betrüger hatte mit den 1934 abgeurteilten Taten zwei Monate nach Verbüßung der vorangegangenen Vorstrafe von 1 Jahr und 5 Monaten Gefängnis, mit den 1936 abgeurteilten Betrugs- und Diebstahlstaten fünf Tage nach Verbüßung von fünf Monaten Gefängnis und mit der 1938 abgeurteilten Reihe von insgesamt 18 Betrügereien und Diebstählen neun Monate nach Verbüßung von zwei Jahren Zuchthaus wieder begonnen.

Ein anderes Urteil hob hervor, dass (bei 9 Taten) der grösste zwischen Taten und Entlassung liegende Zwischenraum 1 Jahr betrug, wobei der Angeklagte sich zwischenzeitlich überdies 2 Mal in einer Heil- und Pflegeanstalt befand²⁾. Ein - in den Straftaten sehr vielseitiger - Täter³⁾ hat jeweils folgende Rückfallintervalle aufzuweisen:

Jahr	letzte Verurteilung Strafe Straftat	Intervall	jetziges Urteil Straftat
1912	1J2M SB,KV	4 Monate	D u.a.
1913	1J3MZ D u.a.	6 Wochen	Notzucht
1914	2J6MZ Notzucht	4 Monate	D
1917	3J6MZ D	6 Wochen	?
1921	1J6MZ ?	3 Monate	D
1924	3J3MZ D	whrd.bed. Entlassg.	D
1928	1J4MZ (+Rest)	4 Wochen	D
1933	2J2MG ⁴⁾	3 Wochen	D
1939	10M 176	9 Monate	176

1) 64.

2) 69.

3) 71.

4) Der Täter wurde zwischen November 1935 bis August 1938 nicht straffällig! Zwischenzeitlich hatte er sich verheiratet, äusserdem war das gefährliche Gewohnheitsverbrechergesetz erlassen worden.

Bei einem Dieb und Betrüger¹⁾ wird die Tendenz zu ausserordentlich raschem Rückfall durch eine Gegemüberstellung von fünf Entlassungstagen mit den neuen Tatzeiten veranschaulicht:

<u>Strafentlassung</u>	<u>Begehung neuer Straftaten</u>
11.2.1933	9.5.1933
19.2.1934	25.und 26.2.1934
28.8.1935	6.10.1935
6.2.1936	6.2.1936
13.12.1938	19.12.1938

Als besonders anschauliches Beispiel sei schliesslich noch ein Urteil der Strafkammer Stuttgart zitiert²⁾:

Der Angeklagte wurde am 7.4.1949 durch das Amtsgericht Karlsruhe wegen Diebstahls und Einbruchsdiebstahls zu 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt, die er bis 30.7.1949 in Bruchsal verbüßte. Bereits auf dem Wege von Bruchsal nach Stuttgart beging er in Mühlacker einen neuen Diebstahl, stellte sich aber gleich der Polizei und wurde am 12.10.1949 durch das Amtsgericht Karlsruhe (§ 242 StGB) zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 15.12.1949 war diese Strafe verbüßt und am 19.12.1949 wurde der Angeklagte schon wieder straffällig, indem er in Stuttgart einen Einbruchsdiebstahl beging. Hierfür erhielt er am 10.2.1950 vom Schöffengericht Stuttgart eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr, die er zum Teil bis zum 31.8.1950 verbüßte; für die Reststrafe wurde ihm Bewährungsfrist bis 31.8.1953 bewilligt. Wiederum 4 Tage nach der Entlassung aus der Strafhaft begann er erneut mit Straftaten und beging bis zum 15.9.1950 in Stuttgart, Böblingen, Freiburg, Tübingen und Rastatt sieben Einbruchsdiebstähle und einen einfachen Diebstahl. Bei dem letzten Einbruch in der Nacht zum 16.9.1950 wurde er von der Polizei gestellt und in Haft genommen. Am 11.12.1950 gelang es ihm bei einer Vorführung zum Amtsgericht Rastatt aus der Untersuchungshaft zu entweichen. Von da ab verübte er bis zu seiner Verhaftung am 28.12.1950 in Gernsbach, Tübingen, Stuttgart, Neu-Ulm, Pasing/Obb., Bingen und Bingerbrück 33 teils schwere, teils einfache Diebstähle. Wegen all dieser Taten wurde er durch Urteil der Strafkammer des Landgerichts Baden-Baden vom 13.12.1951 wegen fortgesetzten schweren Rückfalldiebstahls in zwei Fällen zu der Gesamtstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe verbüßte er bis zum 20.6.1952 in der Strafanstalt Freiburg. An diesem Tage entwich er aus der Strafhaft und begann sofort wieder mit Einbruchsdiebstählen.

1) 143.

2) 170.

Durch die ausgewerteten Urteile wird die Erfahrung, dass die wiederholte Begehung von Straftaten zu krimineller Gewöhnung führt und dass die Rückfallgefahr mit der Zahl der Vorstrafen steigt und die Rückfallintervalle gewöhnlich immer kürzer werden¹⁾, als Regel bestätigt.

Die Ergebnisse der Untersuchungen Wend's²⁾, wonach bei vielfach Vorbestraften die Rückfallintervalle in der Regel am kürzesten sind und die Wirkung des Strafvollzugs am geringsten ist, werden durch die hier untersuchten Akten und die ausgewählten besonderen Beispiele bekräftigt. Der Folgerung Wend's, dass eine Regel für das Auftreten längerer oder kürzerer Intervalle bei bestimmten Arten von Verbrechern oder in einem bestimmten Stadium des kriminellen Lebens nicht aufgestellt werden könne und dass die Rückfallgeschwindigkeit bei jedem einzelnen Verbrecher und bei jeder einzelnen Straftat von dem stets verschiedenen Zusammenreffen innerer und äusserer Umstände abhängig sei, muss nach den untersuchten Urteilen beigespflichtet werden.

§ 47: Besonderheiten der Vorstrafen

I. Bemerkungen in den Urteilen zur Dauer und zum Vollzug der Vorstrafen

Bei einigen Urteilen wurde die Dauer der Strafverbüßungszeit für Vorstrafen verglichen mit der Zeit, in der der Täter tatsächlich in Freiheit war. Es wurde entweder allgemein festgestellt, dass der Täter niemals so lange in Freiheit war, wie seine zuvor verbüsste Gefängnisstrafe gedauert hat³⁾ bzw. dass der Täter den grössten Teil seines Lebens im Zuchthaus zugebracht hat⁴⁾, oder es wurde darauf hingewiesen, dass der Täter bereits in jungen Jahren eine erhebliche Strafe verbüssen musste und seither laufend zu langen Strafen verurteilt wurde⁵⁾.

1) Eschenbach, a.a.O., S.41.

2) Wend, a.a.O., S.51.

3) 7, 153.

4) 33.

5) 165, 168 (bereits mit 19 Jahren 5JZ und SV), 150.

Eine Diebin war innerhalb von 4 Jahren 5 Mal bestraft worden; sie war in dieser Zeit insgesamt nur 7 Monate wirklich auf freiem Fuss, die übrige Zeit in Strafhaft und Untersuchungshaft oder zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten in Kliniken¹⁾.

Bei der Verbüssung von durch amerikanische Militärgerichte nach 1945 verhängten Strafen kann man feststellen, dass diese Strafen meist recht hoch waren, aber dann auch nur teilweise verbüsst wurden²⁾.

Ausser der Verbüssung von Vorstrafen verdient auch die Anordnung und der Vollzug anderer Maßregeln Beachtung.

In einer ganzen Reihe von Urteilen wird erwähnt, dass im Kriege die Täter oder Täterinnen jahrelang im Wege der polizeilichen Vorbeugehaft, sei es nach Verbüssung der Strafe, sei es nach Aussetzung des Vollzugs der Strafe oder Sicherungsverwahrung, in Konzentrationslagern untergebracht waren²⁾.

Schliesslich kommt es bei manchen Tätern vor, dass sie bereits bei früheren Urteilen unter Polizeiaufsicht gestellt wurden³⁾ oder dass ein Berufsverbot ausgesprochen wurde⁴⁾, ohne dass diese Massnahmen einen Erfolg gehabt hätten.

Vom Vollzug einer in einem Kriegsurteil angeordneten Sicherungsverwahrung wurde in einem Falle zunächst trotz einer zwischenzeitlichen Strafe von 2 Jahren Gefängnis abgesehen, im Urteil von 1952 wurde Sicherungsverwahrung dann neu angeordnet⁵⁾. In einem anderen Urteil⁶⁾ wurde trotz vorangegangener zweimaliger Anordnung der Sicherungsverwahrung von der erneuten Anordnung abgesehen.

Eine sehr grosse Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der genauen Feststellung der Vorstrafen zu.

1) Z.B. 162 (Verbüssung zur Hälfte).

2) 176w, 177w, 147.

3) 150, 168.

4) 172.

5) 171 (Bei einem anderen Täter (161) war im Kriege (1941) auf lebenslänglich Zuchthaus erkannt worden und deshalb von einer Anordnung der Sicherungsverwahrung abgesehen worden; die Strafe wurde später ohne Anordnung der Sicherungsverwahrung auf 8 Jahre Zuchthaus zurückgeführt).
141.

6) 152.

Einige Täter¹⁾ liessen sich bei Vorstrafen unter falschem Namen verurteilen, um so der Anwendung der Rückfallvorschriften oder der Anordnung der Sicherungsverwahrung zu entgehen. Andere Täter wieder, die im Ausland oder in den besetzten Ostgebieten geboren waren, verschwiegen bei Vorverurteilungen aus demselben Grunde einfach ihre Vorstrafen und erreichten so ein wesentlich günstigeres Strafmass²⁾.

Ein Angeklagter hatte früher einen falschen Namen auch deshalb gebraucht, um sich vor der Verbüssung von gegen ihn aus politischen Gründen verhängten (SS-Angehöriger) 5 Jahren Arbeitslager zu bewahren.³⁾

Einem Angeklagten, der im abgeurteilten Verfahren seine Vorstrafen bestritt, mussten diese erst in einem schwierigen Verfahren nachgewiesen werden⁴⁾:

Der Angeklagte bestritt, am 3.9.1946 vom Landgericht Gotha bestraft worden zu sein und behauptete, er habe sich vom Januar bis Juli 1945 im Lazarett in Arnstadt, dann in russischer und polnischer Kriegsgefangenschaft befunden und sei schliesslich aus letzterer trotz seiner schweren Verwundung zu Fuss auf Krücken in die Westzone geflüchtet, wo er seit dem Jahre 1946 in Busenborn gearbeitet habe. Er will auch vor Antritt seiner ersten Arbeitsstelle im Kreiskrankenhaus in Hersfeld gelegen haben. Diese Angaben des Angeklagten hielt das Gericht für unwahr; sie seien von ihm offensichtlich deswegen gemacht worden, um der Verbüssung der Reststrafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis zu entgehen. Aus der beglaubigten Urteilsabschrift des Landgerichts Gotha in Verbindung mit den Photokopien von Unterschriften und Schriftstücken des Angeklagten aus jenem Verfahren, welche der Kreisstaatsanwalt in Arnstadt übersandte, habe sich eindeutig ergeben, dass der Angeklagte mit dem vom Landgericht Gotha verurteilten F.J. identisch sei. Diese Überzeugung wurde weiter dadurch gestützt, dass der Angeklagte ausweislich der Kartei des Kreiskrankenhauses in Hersfeld dort nie stationär behandelt wurde und weiter dadurch, dass er sich laut Auskunft des Bürgermeisteramts Busenborn erst seit Januar 1947 dort befunden habe.

II. Entweichen aus dem Vollzug

Als besonderes Zeichen von Gefährlichkeit eines Täters gelten

1) 116.

2) 165, 168.

3) 140.

4) 151.

Ausbrüche aus den Strafanstalten¹⁾ oder den Verwahrungsanstalten²⁾. Sie werden deshalb ebenso wie blosse Ausbruchsversuche, in einer Vielzahl von Urteilen erwähnt. Gemeinschaftlich unternommene Ausbruchsversuche oder Ausbrüche wurden einige Male bereits (unter dem Gesichtspunkt der Meuterei) unter den Vorstrafen erwähnt³⁾; Soloausbrüche nur in einigen Fällen, da das Entweichen Gefangener nach amerikanischem Militärregierungsgesetz⁴⁾ strafbar war⁵⁾. Auch sonstige schlechte Führung in der Strafhaft (z.B. Sachbeschädigung durch Zertrümmerung der Zelleneinrichtung) wurde übel vermerkt⁶⁾.

Mehrere Urteile bewerten die Gefährlichkeit der Ausbrüche nach dem Umfang der in der nachfolgenden Zeit begangenen Taten. Da die Ausbrecher nach gelungenem Ausbruch nichts besitzen, auch nirgends unter ihrem richtigen Namen auftreten können, liegt es nahe, dass sie ihren weiteren Lebensunterhalt ausschliesslich durch strafbare Handlungen bestreiten. So hat ein Ausbrecher in den dem Entweichen folgenden 5 Wochen 5 Diebstähle und 17 Betrügereien mit Urkundenfälschungen begangen⁷⁾. Ein anderer Täter, dem es gelang, bei seiner Vorführung vor dem Richter anlässlich der Haftprüfung zu entweichen, verübte bis zu seiner Wiederfestnahme innerhalb von 16 Tagen in Baden-Württemberg, Bayern und im Rheinland 33 schwere und einfache Diebstähle⁸⁾.

Bei einem in einer Heil- und Pflegeanstalt Verwahrten⁹⁾ waren Racheakte gegen seinen Bruder, dem er schon einmal das Haus angezündet hatte, zu befürchten; es gelang ihm zu entweichen und er steckte das neu aufgebaute Anwesen seines Bruders erneut in Brand.

1) Aus Strafhaft: 35, 48, 94, 104, 110, 117, 132 (2x), 147 (2x), 163, 168 (2x). Aus Untersuchungshaft: 77, 136, 170. Aus Krankenhaus: 108, 144, 151.

2) Aus Heil- und Pflegeanstalt: 32, 47, 182w. Aus Fürsorgeerziehung (als Beispiele von vielen): 10 (mehrmals), 51 (Nicht aufgeführt werden hier die Fälle, in denen im Mai 45 Gefangene und Verwahrte durch Alliierte freigelassen wurden).

3) 107, 147. Goedecke, a.a.O., S. 44 hat festgestellt, dass rund 4% der von ihm als Berufs- und Gewohnheitsverbrecher bezeichneten Täter wegen Gefangenenmeuterei verurteilt wurden.

4) Auch nach Württ.-Bd.Gesetz Nr.21 vom 20.11.1945, § 3 Abs.1 Ziff.4, (Reg.Bl.Wttbg-Bd, 1946, S.2).

5) 94.

6) 148.

7) 48.

8) 170 (Ein anderer Täter entwich ebenfalls aus Untersuchungshaft; bis zur Wiederergreifung beging er 10 Betrügereien mit sehr hohen Schadensbeträgen, 77).

9) 32.

Besonders gefährlich erscheinen Ausbrecher, die dazu neigen, sich gegen eine Wiederfestnahme mit Gewalt zur Wehr zu setzen. Ein Ausbrecher¹⁾ verstand es, sich alsbald einen Walzenrevolver mit Munition zu beschaffen; er machte allerdings den ihn festnehmenden Polizeibeamten gegenüber hiervon keinen Gebrauch²⁾. Schliesslich wird der Grad der Gefährlichkeit der Ausbrecher auch nach ihrer Geschicklichkeit bestimmt.

Oft wird dies nur durch die Angabe mehrerer früherer geglückter Ausbrüche³⁾ dargestellt, manchmal auch durch die Bezeichnung des Täters als "geschickter Ausbrecher"⁴⁾.

Bei einem Täter⁵⁾ wird das Entweichen genau geschildert:

Während seiner Strafhaft in der Strafanstalt Bruchsal plante der Angeklagte S. einen Ausbruch. Diesen führte er am 30.9.1951 gemeinsam mit seinen Zellengenossen K. und Sch. durch. Das Unternehmen war von langer Hand gründlich vorbereitet. Aus eingeschmuggelten Kokosschnüren und aus Matratzen und Bettbezügen verfertigten die Täter lange Seile. Aus dem Klappbett entnahmen sie das Material zu einem grossen Haken, den sie mit den Seilen verbanden. Mit einer von K. beschafften Metallsäge sägte der Angeklagte S. das Gitter der Zelle durch, und während der Nacht liessen sich die Drei an dem gefertigten Seil in den Hof der Strafanstalt hinab, durchquerten diesen und gelangten, S. an der Spitze, wiederum mit Hilfe des Seiles auch über die Umfassungsmauer der Anstalt. Der Angeklagte S. entkam, während seine Komplizen bald wieder ergriffen und in die Strafanstalt zurückgebracht wurden.

In der Folgezeit nach diesem Ausbruch beging der Angeklagte, der sich zwischenzeitlich eine geladene Pistole besorgt hatte, einen schweren Diebstahl in einem Geschäft eines Schneidermeisters zusammen mit einem Komplizen, der sich ihm inzwischen angeschlossen hatte. Beide stahlen Textilien im Werte von DM 3.000,-- und weiter zwei Fahrräder; bei dem Festnahmeversuch schlug er den Beamten mit der Pistole nieder und konnte nochmals entkommen.

Durch das Ausnutzen einer besonderen Gelegenheit gekennzeichnet ist das Entweichen nach Einweisung in ein Krankenhaus⁶⁾, wobei

1) 35, vgl. 163.

2) Die Beamten waren im Festnahmeversuchen darauf hingewiesen worden, dass der Täter schon früher Waffen mit sich führte.

3) 10, 32, 51.

4) 96, 110, 117, 132.

5) 163.

6) 108, 144.

die Häftlinge oft vor dem Mittel der Selbstverletzung nicht zurückschrecken, um überhaupt ins Krankenhaus zu kommen¹⁾:

Nach seiner Festnahme schnitt sich der Angeklagte eine Pulsader auf und verschluckte ein 7 cm langes Stück Stacheldraht. Dies hatte seine Einlieferung in das Krankenhaus D. zur Folge. Nach seiner Rückführung in die Haftanstalt riss er sich wiederum eine Ader auf und musste in das Krankenhaus zurückverlegt werden. Dort entwich er am 10.10.1949, hielt sich tagsüber im Wald auf und führte in der kommenden Nacht einen Einbruchsdiebstahl aus. Danach wurde er erneut festgenommen. In der Folgezeit meldete sich der Angeklagte fast in jeder ärztlichen Sprechstunde unter Simulation von Beschwerden: Er verlangte bald fachärztliche, bald klinische Behandlung. Er verfälschte auch seine Körpertemperatur bis auf 42° Fieber. Er verweigerte Mahlzeiten oder erbrach diese und zeigte ein gleichgültiges, ablehnendes Verhalten. Am 4.11.1949 wurde er daher wegen Selbstmord-Neigung der Heil- und Pflegeanstalt G. überwiesen.

Weitere beliebte Gelegenheiten zu Ausbruchsversuchen liessen sich bei Untersuchungshäftlingen auf dem Wege zur richterlichen Vernehmung²⁾, bei Strafhäftlingen bei der Aussenarbeit feststellen³⁾.

Piecha⁴⁾ hat - im Gegensatz zu Kohnle⁵⁾ - m.E. mit Recht darauf hingewiesen, dass dem Entweichen schlechthin wenig prognostischer Wert beigemessen werden kann, dass vielmehr entscheidend ist, warum Zöglinge (oder hier auch Gefangene) entweichen. Leider enthalten die Urteile kaum Angaben über die Motive der Flucht. Über Piecha hinaus glaube ich allerdings nicht nur den Motiven, sondern auch der bei der Entweichung (z.B. wegen der Umstände) zutage getretenen Gefährlichkeit einen prognostischen Wert beilegen zu können. Auch die Zahl der Entweichungen kann bei der Beurteilung der Persönlichkeit nur bei Kenntnis der Motivation und Gefährlichkeit der einzelnen Entweichungen in Rechnung gestellt werden.

1) 151.

2) 136.

3) 117, 144, 147.

4) Piecha, a.a.O., S. 148/149.

5) Kohnle, a.a.O., S. 63.

§ 48: Andere behördlich angeordnete Freiheitsentziehungen und
Massnahmen

I. Vollzug von freiheitsentziehenden Massregeln

Eine grosse Bedeutung kommt ausser dem Vollzug von Strafen auch dem Vollzug von Massregeln der Sicherung und Besserung dann zu, wenn der Vollzug dieser Massregeln eine Freiheitsentziehung in sich schliesst (Sicherungsverwahrung, Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt, in einer Trinkerheilanstalt oder im Arbeitshaus). In den Zeiten einer solchen behördlichen Verwahrung können die Täter notgedrungen keine strafbaren Handlungen begehen. Da die Verwahrungszeiten insoweit eine ähnliche Bedeutung haben wie der reine Strafvollzug, ist der Vollzug dieser Massregeln auch nach § 20a Abs. 3 Satz 3 StGB dem Vollzug einer Freiheitsstrafe gleichgestellt. (Ähnliches gilt auch für die Heimunterbringung bei Fürsorgeerziehung¹⁾).

In den Urteilen werden deshalb über den Vollzug solcher Massregeln recht häufig Angaben gemacht²⁾.

Auch die blossе Androhung solcher Massregeln anlässlich von Vorverurteilungen wird - wegen des Scheiterns der damit erhofften Warnung - in einer ganzen Reihe von Urteilen erwähnt. Es entsteht sogar der Eindruck, als ob die Gerichte vor der Anordnung der Sicherungsverwahrung zurückschreckten, wenn diese nicht in einer Vorverurteilung bereits angedroht wurde.

Schliesslich wurde auch dem Scheitern der Aussetzung des Vollzugs einer früher angeordneten Sicherungsverwahrung³⁾ Bedeutung beigemessen.

II. Polizeiaufsicht

Von wenig^{er} einschneidender Bedeutung ist die Polizeiaufsicht der §§ 38 und 39 StGB. Bei einem Betrüger wurde von der Anordnung der

1) Schönke-Schröder, § 20a VI Nr. 4 unter Bezugnahme auf RG JW 1935, S. 523.

2) Vgl. statt vieler 32 (HPf1A), 91w (ArbHs), 13.

3) 46.

Sicherungsverwahrung "noch einmal abgesehen", er wurde dafür der Polizeiaufsicht unterstellt. Kaum wurde aber nach anfänglich guter Führung die polizeiliche Überwachung etwas gelockert, verschwand der Verurteilte und beging alsbald in kürzester Zeit wieder 18 Betrügereien¹⁾.

Bei einem anderen Täter²⁾ wurde 1951 in der Erwartung, er habe seinen verbrecherischen Hang in der Zwischenzeit abgelegt, davon abgesehen, seine 1945 erfolgte Entlassung aus der Sicherungsverwahrung zu widerrufen; es wurde ihm aufgegeben, sich wöchentlich einmal bei der zuständigen Polizeiwache zu melden. Später sollte er sich nur noch einmal monatlich dort einfinden, weil er seiner Meldepflicht pünktlich nachgekommen war. Der neueren Anordnung leistete er jedoch keine Folge mehr.

III. Berufsverbot

Bei einem Täter war zugleich mit der letzten Vorstrafe ein Berufsverbot ausgesprochen worden³⁾; trotz dieses Berufsverbots und der dahinterstehenden Strafandrohung (§ 145c StGB) hat der Täter laufend den verbotenen Beruf ausgeübt und wurde unter anderem auch deshalb bestraft.

§ 49: Auslandsaufenthalte der Täter

Eine ganze Reihe von Tätern brachte längere Zeit im Ausland zu, meist um wieder einmal zu verschwinden und irgendeiner Strafverfolgung wenigstens vorübergehend zu entgehen oder um den Tatort in eine Gegend zu verlegen, wo die Person und die Begehungsweise noch nicht so bekannt war, oft aber auch aus Abenteuerlust (vor allem bei "unsteten" Persönlichkeitstypen⁴⁾).

1) 53.

2) 134.

3) 172.

4) Vgl. Mezger, a.a.O., S. 184 f.

I. Fremdenlegionäre

Ähnliche Bedeutung wie einem Freiheitsentzug kommt hierbei dem Dienst in der (französischen oder spanischen) Fremdenlegion zu, und zwar insofern, als die durch zwischenzeitlichen Dienst in der Fremdenlegion verursachte straffreie Zeit nicht geeignet ist, daraus irgendwelche Schlüsse auf eine günstige Entwicklung der Persönlichkeit zu ziehen. Wenn auch diese Freiheitsaufgabe rechtlich (i.S. von § 20a Abs. 3 StGB) nicht wie eine Strafverbüßung behandelt werden kann, so ist doch in kriminologischer Sicht - ähnlich wie z.B. bei KZ-Aufenthalten - diese Zeit bei Beurteilung der straffreien Führung nicht einzurechnen.

Von den Tätern waren eine ganze Reihe Fremdenlegionäre und zwar teilweise vor Einsetzen der eigentlichen Kriminalität¹⁾ (wobei sich dann wohl das jahrelange Zusammensein mit doch meist früheren Kriminellen ungünstig ausgewirkt hat), teilweise (überwiegend) nachdem bereits Verurteilungen erfolgt waren²⁾. Ein Täter³⁾, der 1932 die Reichsführerschule der Hitlerjugend besucht hatte, später Feldmeister beim Freiwilligen Arbeitsdienst war, wurde dort entlassen und versuchte 1933 in die Legion zu gehen; nach 2 Monaten wurde er jedoch krankheitshalber entlassen.

II. "Internationale Täter"

Eine Vielzahl internationaler Täter sind ausser im Inland mehr oder weniger oft im Ausland verurteilt worden. Den Auslandsvorstrafen kommt - anders als bei den Rückfalldelikten - bei der Begründung der gefährlichen Gewohnheitsverbrechereigenschaft rechtliche Bedeutung zu und zwar nicht nur bei den Gründen der Zumessung der Unrechtsfolgen, sondern schon beim Nachweis der formellen Voraussetzungen des § 20a Abs. 1 oder Abs. 2 StGB. Ausländische Verurteilungen stehen inländischen dann gleich, wenn die im Ausland geahndete Tat auch nach inländischem Recht ein Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen wäre (§ 20 a Abs. 4 StGB).

1) 54 (französisch 1920 - 1926).

2) 96 (französisch 1921 - 1927); (spanisch, 1926 - 1927; der Täter hat dann 1936 - 1939 angeblich den Bürgerkrieg auf rotspanischer Seite mitgemacht).

3) 120 (ähnlich 170: Der Angeklagte war zunächst Fremdarbeiter in Frankreich und meldete sich nach Ausweisung zur Fremdenlegion, wurde aber zurückgeschickt).

Unter den Auslandsverurteilungen spielen naturgemäß zahlenmässig die in Nachbarländern, d.h. in Süddeutschland vor allem in den deutschsprachigen Nachbarländern Schweiz und Österreich¹⁾ ausgesprochenen Strafen die grösste Rolle²⁾. Hierbei ist bei den in Österreich und in den weiteren zwischen 1938 und 1945 dem Deutschen Reiche angeschlossenen Gebieten erlassenen Urteilen zu beachten, dass es sich um inländische Verurteilungen handelt.

In der statistischen Zusammenstellung der Vorstrafen sind deshalb, soweit möglich, die Auslandsstrafen mit aufgeführt. Zum Teil wurde auch die Verfolgung von im Ausland begangenen Taten hierher übernommen, so dass die Auslandstaten im Inland abgeurteilt wurden³⁾.

Echte internationale Täter sind weiter die abgeurteilten Ausländer, die in der Regel in ihrem Heimatland vorgängig straffällig geworden sind⁴⁾.

III. Ausländer

In den Vorkriegsjahren wurden im Bezirk Freiburg auch Ausländer als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt. Es handelte sich um echte internationale Verbrecher, die - was bei der Lage des Bezirkes nahe liegt - nicht aus dem Osten, sondern dem Süden zugezogen waren⁵⁾.

1) Ausnahme: Bei einem Rheinländer spielen die Auslandsverurteilungen in Holland und Belgien die grösste Rolle (78).

2) Überwiegend schweizer Auslandsvorstrafen: 8, 32, 60, 79. Überwiegend österreichische Auslandsvorstrafen: 35, 65, 96, 144, 162 (und italienische).

3) 33 (9 Einbruchsdiebstähle in Deutschland, 9 Einbruchsdiebstähle in Schweiz); 51.

4) 60, 144. (Eine Ausnahme macht der Fall eines in der Schweiz geborenen und aufgewachsenen Österreicher: Er wurde, was nahe liegt, erstmals in der Schweiz straffällig. Später begab er sich aber in die eigentliche Heimat seines Vaters und wurde auch dort verschiedentlich straffällig; 76).

5) 60, 76, 89w.

§ 50: Die Unrechtsfolgen im Vergleich mit den Vorstrafen

I. Männliche Verurteilte 1934 bis 1944

In diesem Zeitraum sind viele Urteile ergangen, die lediglich die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung aufgrund von § 5 des Gewohnheitsverbrechergesetzes zum Gegenstand haben¹⁾. Diese Urteile sind deshalb für einen Vergleich schlecht verwertbar, da die schuldangemessene Strafe hier zu einer Zeit gefällt worden war, als das Gewohnheitsverbrechergesetz noch nicht bestand. Eigentliche Vergleiche können nur bei solchen Urteilen angestellt werden, bei denen sofort die Voraussetzungen des § 20a StGB bei Urteilsfällung über die Strafe, nicht nur die Massregel, geprüft wurden.

Tabelle 65:

Vergleich der Strafen mit den Vorstrafen, Täter 1934-1944

Jahr Urt.	Alter	Anzahl	Vorstrafen		neue Strafe u. Maßregel	Straftat
			höchste Vorstrafe	letzte Vorstrafe		
<u>1934</u>						
3	39	12	5J3MZ	4J9MGef	3JZ,SV	D
6	51	27	1J6MZ 2J9MGef	2J9MGef +10MGef	2JZ,SV	B
9	47	26 (+3ausl)	2J6MZ	1J6MZ	2J5MZ,SV	DB
10	26	10	1JGef	1JGef	5JZ,SV	D
19	22	8	7M	7M	1J4MGef,SV	B, Zuh
21	65	55	5JZ (R)	1J6MZ(Zuh)	2J6MZ,SV	Zuh
<u>1935</u>						
22	31	24	1J7MGef (ED)	1J6M(ED)	3JZ,SV	DB
23	39	19	1J(B)	1J(B)	2J10MZ,SV	DB

1) 1, 5, 7, 8, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 20, 25, 56, 17, 18, 27.

noch Tabelle 65:

Jahr Urt.	Alter	Anzahl	Vorstrafen		neue Strafe u. Massregel	Straftat
			höchste Vorstrafe	letzte Vorstrafe		
<u>1936</u>						
31	21	3	7M	7M	4JGef	
32	38	13 (+1 ausl)	4JZ	4JZ	4JZ,SV	D
34	35	16	2J6MZ	2J6MZ	3JZ,SV	B
<u>1937</u>						
35	36	8 (+ausl)	6J	6J,1J6M (D,§164)	5JZ,SV	D
36	60	12	1J6M	1J6M	1J6MZ,SV	B
<u>1938</u>						
41	51	9	2J6M, 1J7MZ	1J7MZ	5JZ,SV	B
42	27	10	2J,1J6MZ	1J6MZ	2J6MZ,SV	D
43	39	18	2J10M	6M	2JZ,SV	B
44	25	14	2J6MZ	2J6MZ(ED)	2J6MZ,SV	D
45	42	14	1JZ	1JZ	2J6MZ,SV	B
46	32	20	2J6MZ+SV	2J6MZ,SV	3J1MZ,SV	B
47	65	20	7JZ	6M(§51II)	3JGef,SV	B
<u>1939</u>						
48	42	5	3JZ	3JZ	5JZ,SV	DB
49	31	39	8M(wdst)	8M(wdst)	10MGef,SV	KV
51	26	5	2J6M 1J6MZ	1J6MZ	3JZ,SV	D
52	32	9	3J3MZ	3J3MZ	6JZ,SV	D
53	31	8 (+1 ausl)	3JZ	1J6MZ	6JZ,SV	B
54	37	6	2JZ	2JZ	5JZ,SV	D
55	40	+15	5JZ	5JZ	2J6MZ,SV	D
<u>1940</u>						
57	27	6	1J3M	1J	2J6MZ,SV	DB
58	36	7	1J3MZ	1J3MZ	2JZ,SV	D

noch Tabelle 65:

Jahr Urt.	Alter	Anzahl	Vorstrafen		neue Strafe u.Massregel	Straftat
			höchste Vorstrafe	letzte Vorstrafe		
<u>1941</u>						
60	30	6 (+ 4 ausl)	2J6M	2J6M	3JZ(von SV abgesehen, da als Ausl.abgeschoben)	
61	30	7	3J	3J	3JZ,SV	B
62	29	6	2J	2J	3JZ,SV	B
63	39	4	4M1Wo	3M	6JZ,SV	DB (§51,II)
64	34	8	2JZ	2JZ	5JZ,SV	DB
65	30	6	5JZ	5JZ	Tod	D
66	49	2	2J3M	2J3M	3JZ,SV	§ 175a
67	37	10	9M	9M	2J6MGef UHPflA	D (§51,II)
<u>1942</u>						
68	39	12	7M	7M	2JZ,SV	B
69	32	9	1J6M	7M	1J3MZ UHPflA,SV	B (§51,II)
71	59	34	3J6MZ	10M	1J6MZ,SV	Sitt
72	34	6	2J8M	2J8M	5JZ,SV	B
<u>1943</u>						
74	37	8	3J	3J	3JZ,SV	B
75	31	9	11M	11M	2JZ,SV	DB
77	25	4	8M	8M	Tod	D
78	48	viele	2J6MZ	2J6MZ	Tod	D
79	63	15 (+ausl)	3J6MZ (1902)	1J	Tod	D
<u>1944</u>						
80	30	0	0	0	4JGef UHPflA	UnzK (§51,II)
82	34	7	2JZ	2JZ	2JZ,SV	B

Aus dieser Statistik können folgende niederste Begleitstrafen, die gleichzeitig mit der Anordnung der Sicherungsverwahrung ausgesprochen wurden, ohne Rücksicht auf das jeweils begangene Delikt festgestellt werden.

Tabelle 66:

Niederste Begleitstrafen bei Anordnung der
Sicherungsverwahrung 1934 bis 1944

Jahr	1934	1935	1936	1937	1938a)	b) ¹⁾	1939
Begleit- strafe	1J4MGef	2J10MZ	3JZ	1J6MZ	2JZ	3JGef	10MG
Vorstra- fen	8	19	16	12	18	20	39
Straftat	B,Zuh	DB	B	B	B	B	KV
Urteil	19	23	34	36	43	47	49

Jahr	1940	1941a)	b) ¹⁾	1942	1943	1944
Begleit- strafe	2JZ	3JZ	3JZ	1J3MZ	2JZ	2JZ
Vorstra- fen	7	6,5	2	9	9	7
Straftat	D	B	Sitt	B	DB	B
Urteil	58	61,62	66	69	75	82

Tabelle 67:

Durchschnittliche Höhe der Begleitstrafen bei
Sicherungsverwahrung 1934 bis 1944²⁾

1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
2/7 J/M	2/11	3/6	3/3	2/9	4/0	2/3	4/0 ³⁾	2/5	2/6 ⁴⁾	2/0

- 1) In den Jahren 1938 und 1941 sind (1938 unter Anwendung des Umrechnungsmaßstabs des § 21 StGB) mehrere Urteile mit gleich niederen Begleitstrafen ergangen.
- 2) Gefängnisstrafe vergleichshalber nach dem Umrechnungsmaßstab des § 21 StGB in Zuchthaus umgerechnet.
- 3) Dazu 1 Todesurteil (auf insgesamt 8 Urteile mit vollständigen Angaben.)
- 4) Dazu 3 Todesurteile (auf insgesamt 5 Urteile mit vollständigen Angaben.)

(Die Tabelle wurde ohne Rücksicht auf die Art der abgeurteilten Straftaten zusammengestellt).

Tabelle 68:

Begleitstrafen bei Unterbringung in einer
Heil- und Pflegeanstalt 1941 bis 1944

1941	1942	1944
2J6MGef	1J3MZ	4JGef

Wertet man sämtliche Urteile im Hinblick auf die gleichzeitig mit der Anordnung der Sicherungsverwahrung ausgesprochenen Strafen aus, so ergibt sich insgesamt (nicht nach Delikten aufgegliedert) für die Jahre 1934 bis 1944 folgendes:

Bei 50 verwertbaren Urteilen erfolgte die Anordnung der Sicherungsverwahrung unter gleichzeitiger Verurteilung zu folgenden Strafen:

Tabelle 69:

Häufigkeit von Begleitstrafen 1934 bis 1945

Z u c h t h a u s						
Gef.	unt. 2J	2-unt.3J	3-unt.4J	4-unt.5J	5-unt.6J	über 6J
3	3	14	12	1	12	2+3 Tod
6%	6%	28%	24%	2%	24%	10%

Interessant erscheint es, die Anordnung der Sicherungsverwahrung und die Höhe der Begleitstrafen in Beziehung zur Anzahl und Dauer der Vorstrafen zu setzen sowie auch zur Höhe der letzten Vorstrafe. Hierbei müssen eine Reihe von Urteilen wegen ungenügender Angaben ausgeschieden werden, drei weitere Urteile¹⁾ wegen der aussergewöhnlichen Begleitumstände (Anwendung von § 51 II bzw. weil es sich um ein ausgesprochen kriegsbedingtes Urteil handelt). Es bleiben demnach für den Vergleich der Anzahl der Vorstrafen 45 Urteile, der Gesamtdauer der Vorstrafen 34 Urteile und der Höhe der

1) 63, 70, 77.

letzten Vorstrafe 44 Urteile. Hieraus lässt sich folgender jeweiliger Durchschnitt errechnen:

Tabelle 70:

Verhältnis der Begleitstrafe bei Anordnung der
Sicherungsverwahrung zur Anzahl und Dauer der
Vorstrafen

Begleit- strafe	Gef.	Z	unt.2J	unt.3J	unt.4J	unt.5J ¹⁾	bis 6J	über 6J
Vorstra- fen	22	18	17,3	12,5	14	8,6	14	
letzte Vorstr.	7Mo	14Mo	2J1MZ o.1J3MG	2J2MZ ²⁾ 2J1MG	4JZ	2J7MZ o.3J4MG	5JZ o.1J9MG	
Dauer ges.	8,5	1J6Mo	5J	5J	11J	6,5J	14J ³⁾	

Um prüfen zu können, ob die Anzahl der Vorstrafen die Höhe der Begleitstrafen bei Anordnung der Sicherungsverwahrung beeinflusst, wird in der nachfolgenden Tabelle getrennt nach Delikten die Durchschnittsanzahl der Vorstrafen der Durchschnittsbegleitstrafe gegenübergestellt. Die beiden Urteile mit lediglich einer Gefängnisstrafe sind dabei ausser Betracht gelassen.

Tabelle 71:

Durchschnitt der Anzahl der Vorstrafen (V) und der
Höhe der Begleitstrafen (B) bei Sicherungsverwahrung
bei den einzelnen Straftaten

Jahr	1934		1935		1936		1937		1938		1939	
	V	B	V	B	V	B	V	B	V	B	V	B
B	27	2J			16	3J	12	1J6M	16	2J11M	9	6J
D	11	4J			14	4J	8	5J	10	2J6M	9	4J2M
DB	29	2J5M	21	2J11M							5	5J
Sitt	55 ⁴⁾	2J6M										

- 1) Nur 1 Urteil, deshalb zu Vergleichszwecken kaum verwertbar.
- 2) 1 Täter bereits mit Sicherungsverwahrung vorbestraft.
- 3) Nicht gut verwertbar, da bei den Urteilen die an sich harten Todesurteile der Kriegsjahre 1943 und 1944 verwertet wurden.
- 4) Der Grossteil der Vorstrafen war wegen anderer Sittlichkeitsdelikte ausgesprochen worden; wegen Unzuchtstaten jeweils eine Vorstrafe.

noch Tabelle 71:

Jahr	1940		1941		1942		1943		1944	
Delikt	V	B	V	B	V	B	V	B	V	B
B			7	3J	9	2J9M	8	3J	7	2J
D	7	2J	6	(1Tod)						
DB	6	2J6M	6	5J5M	9	2J				
Sitt			2	3J	34	2J6M				

Tabelle 72:

Jahre	1934-1939			1940-1944			1934-1944		
Delikt	Anz.	Vorstr.	BeglStr.	Anz.	Vorstr.	BeglStr.	Anz.	Vorstr.	BeglStr.
B	9	16	3J	7	8	2J6M	16	12,5	2J11M
D	10	10,5	3J10M	1 ¹⁾	7	2J	11 ¹⁾	10	3J8M
DB	4	19	3J4M	4	7	3J10M	8	13	3J7M
Sitt	1	5 ⁴⁾ (1)	2J6M	2 ²⁾	18 ³⁾ (2,5)	2J3M	3 ²⁾	30 (1,3)	2J4M

Bei der Auswertung der Statistik findet man für die Vorkriegsjahre (errechnet ohne Rücksicht auf Straftat, Einzeltaten und Schaden) eine durchschnittliche Begleitstrafe zur Sicherungsverwahrung von 3 Jahren Zuchthaus; der Durchschnitt der Kriegsjahre - ohne Berücksichtigung der drei Todesurteile! - beträgt 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus. Insgesamt liegt der Durchschnitt der Begleit-zuchthausstrafe etwa bei 3 Jahren⁵⁾.

Die wesentlich unter diesem Durchschnitt liegenden Begleitstrafen unter 2 Jahren Zuchthaus erscheinen allein interessant und wegen der Gründe, die trotz so niedriger Begleitstrafe zur Anordnung der Sicherungsverwahrung führten, untersuchungswert; es handelt sich um 3 Urteile, eines wegen Betrugs und Zuhälterei⁶⁾, eines - was ohnehin aussergewöhnlich ist - wegen Körperverletzung⁷⁾

1) Dazu 4 Todesurteile.

2) Dazu 1 Urteil mit Anordnung der Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt (4 JGef, keine Vorstrafe).

3) Wegen eines Urteils vgl. Anm. 4.

4) Vgl. Anm. 4, S. 226.

5) Vgl. Tabelle 67, S. 224.

6) 19.

7) 49.

das dritte wegen Betrugs¹⁾.

Bei den wegen Betrugs ergangenen Urteilen haben die Täter 8 bzw. 9 Vorstrafen, der Durchschnitt in den Jahren 1934 bis 1944 liegt dagegen bei betrügerischen gefährlichen Gewohnheitsverbrechern bei 12,5 Vorstrafen²⁾. Schon darin mag ein Grund dafür liegen, dass die Begleitstrafe niedriger war als in gewöhnlichen Betrugsfällen. Der auch und in erster Linie wegen Zuhälterei verurteilte Täter hatte sogar neben 6 anderen nur zwei Betrugsvorstrafen, so dass die für den Rückfallbetrug ausgeworfenen Einsatzstrafen milde ausfielen. Die eigentliche Gefährlichkeit dieses erst 22 Jahre alten Täters lag in der Zuhälterei.

Bei dem anderen wegen Betrugs verurteilten Täter³⁾ handelt es sich allerdings um einen Nur-Betrüger. Neben der geringen Anzahl von Vorstrafen ist die niedere Begleitstrafe hier durch die Annahme verminderter Zurechnungsfähigkeit bedingt, die dazu führte, dass neben der Sicherungsverwahrung auch die Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt angeordnet wurde. Die niedere Strafe entspricht der geringeren Schuld; die Gefährlichkeit des Täters dagegen wurde begründet mit der erbblologischen Belastung (Epilepsie) mit der hohen Rückfallgeschwindigkeit und dem Scheitern aller Maßnahmen behördlicher und privater Art, die zum Ziele hatten, ihn von der Begehung neuer Taten zurückzuhalten.

Bei dem wegen Körperverletzung nur mit 10 Monaten Gefängnis verurteilten Täter⁴⁾ war die Sicherungsverwahrung nach Zurückverweisung durch das Reichsgericht auf die hinsichtlich der Nichtanordnung der Sicherungsverwahrung beschränkte Revision des Staatsanwalts ausgesprochen worden. Dem Urteil muss mit einiger Skepsis begegnet werden; trotz der 39 überwiegend wegen Körperverletzung ergangenen Vorstrafen, die den Schluss auf einen unwiderstehlichen Hang des (ohnehin jähzornigen) Täters zu solchen Streitereien zulassen, erscheint der Anlass, der zur Verurteilung führte, keinesfalls geeignet, eine grosse Gefahr für die Allgemeinheit zu begründen, welche die Anordnung der Sicherungsverwahrung gerechtfertigt

1) 69.

2) Vgl. Tabelle 72 S.227.

3) 69.

4) 49.

hätte. Anlässlich eines Kappenabends wurde dem Bruder des Angeklagten in einem Gasthaus der Mantel entwendet, den beide dann in einem anderen Gasthaus fanden; sie wollten das Lokal absperren, wurden dabei hinausgeworfen und hierbei misshandelte der Angeklagte einen Unbeteiligten.

In den Fällen, die Begleitstrafen von ungefähr 3 Jahren Zuchthaus aufweisen, kann in der Regel auch davon ausgegangen werden, dass - falls es sich nicht wegen des Schadens oder der Beghungsweise im Einzelfall um ein schwerwiegenderes Verbrechen handelt - die Vorstrafenzahl und deren Höhe die hauptsächlich die Strafhöhe bestimmenden Faktoren waren. Dass trotz verschiedener Besetzung der Gerichte eine Einheitlichkeit des Strafmasses erreicht wird, ergibt sich bei einer Überprüfung der Urteile, in welchen ungefähr die in Tabelle 71 bei den einzelnen Straftaten errechneten Durchschnittstrafen verhängt worden waren¹⁾. Der hier errechnete Durchschnittswert liegt sehr nahe beim Gesamtdurchschnittswert, wie die folgende Zusammenstellung zeigt:

Tabelle 73:

Urteile, mit ungefähr der errechneten Durchschnittsstrafe

1. Betrug (Durchschnitt: 2J11MZ, Vorstrafen 12,5) Urteile um 3JZ:

Urteil	34	46	61	62	74	Durchschnitt
Strafe	3JZ	3J1MZ	3JZ	3JZ	3JZ	3JZ
Anzahl d. Vorstrafen	16	20	7	6	8	11,4

2. Diebstahl (Durchschnitt: 3J8MZ, 10 Vorstrafen) Urteile zwischen 3JZ und 4J4MZ (-grössere Streuung! -)

Urteil	3	32	51	Durchschnitt
Strafe	3JZ	4JZ	3JZ	3J4MZ
Anzahl d. Vorstrafen	12	14	5	10,3

1) Tabelle 73, S.229.

Interessant erscheint ein Vergleich der Durchschnittsbegleitstrafen bei den einzelnen Delikten¹⁾. Hier ergibt sich durchweg, daß die Strafen beim Diebstahl erheblich höher liegen als beim Betrug im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1939 um 10 Monate Zuchthaus, in den Jahren 1940 bis 1944 liegt der errechnete Durchschnitt zwar niedriger, der Schein trügt jedoch: Es ist hier nur ein Urteil mit einer Zuchthausbegleitstrafe bei Diebstahl ergangen, dagegen wurden in dieser Zeit 4 Todesurteile gegen gefährliche Gewohnheitsdiebe (gegenüber keinem Todesurteil bei den Betrügern) gefällt²⁾; unter Berücksichtigung dieser Tatsache läge in diesen Jahren der Unterschied noch erheblich höher! Der durchschnittliche Unterschied in der Gesamtzeit von 1934 bis 1945 beträgt 9 Monate.

Niedere Begleitstrafen wurden in der Regel gegen Sittlichkeits-täter ausgesprochen. Das hängt wohl mit der meist geringen Anzahl einschlägiger Vorstrafen zusammen, weiter aber auch mit der in dem hohen Alter vieler Sittlichkeitsverbrecher begründeten höheren Strafeempfindlichkeit. Da es sich häufig um krankhaft abartige Menschen handelt, erscheint deren Schuld oft geringer. Viele dieser Delinquenten sind Persönlichkeiten, die auf anderen Gebieten des Lebens sich durchaus normgerecht verhalten; umso mehr wird durch ihr abartiges Versagen ihre besondere Gefährlichkeit begründet und damit die Notwendigkeit, trotz an sich geringerer Schuld die Sicherungsverwahrung anzuordnen.

Auch der Durchschnitt der Vorstrafen einschlägiger Art ist bei den Sittlichkeitsdelikten am niedrigsten. Der Durchschnitt der einschlägigen Vorstrafen beträgt 1,3 Vorstrafen (die nicht einschlägigen Vorstrafen eingerechnet ergibt der Durchschnitt 30!).

Die höchste durchschnittliche Vorstrafenanzahl weist der Betrug mit 12,5 auf; der Diebstahl tendiert mit 10 um 20% niedriger.

II. Männliche Verurteilte 1951 bis 1953

In diesen 3 Jahren liegt wegen des grösseren Berichtsbezirks wesentlich mehr brauchbares Material vor. Auch hier betreffen (mit ganz wenigen Ausnahmen³⁾) die Urteile dieselben Delikte wie in

1) Vgl. Tabelle 71, S.226.

2) 65, 77, 78, 79.

3) 115, 136, 157 = Diebstahls + Raub, 133, 160 = Abtreibung.

der Vorkriegszeit, so dass eine Auswertung, wie sie für die Vorkriegsurteile vorgenommen wurde, auch hier interessant erscheint.

Tabelle 74:

Vergleich der Strafen mit den Vorstrafen,
Täter 1951 bis 1953

Jahr Urt.	Alter Jahre	An- zahl	höchste Vorstrafe	letzte Jahr Vorstrafe	neue Strafe u. Maßregel	Straftat
<u>1951</u>						
92	66	4	2J6MZ	46 2J6MZ	46 5JZ,SV	UnzK
93	37	2	1J6M	49 1J6M	49 2JZ,SV	Sitt
94	30	10 (mit amer)	4J	50 4J	50 8JZ,SV	D
95	38	2	1J2M	40 1J2M	40 6JZ,SV	Sitt
96	48	7 (+ausl)	4JZ,SV	41 1J6M	49 2J8MZ,SV	DB
97	44	12	2J6MZ,SV	41 3J	47 2JZ,SV	Sitt (früher D)
98	62	6	1J	38 1J	38 2J6MZ,SV	Sitt
99	51	0	0	0	3J6MZ,SV	Sitt
100	42	2	4JZ,SV	45 4JZ,SV	45 2J9MZ,SV	Sitt
101	49	22	4JZ	47 4JZ	47 5JZ,SV	B
103	37	10	2JZ,SV	41 2JZ,SV	41 2JZ,SV	B
104	51	12	4JZ,SV	34 10M (ledigl. §245a)	49 6JZ,SV	D
105	45	2	1J	37 1J	37 5JZ, Hpfla	Sitt (§51, II)
106	40	10	6JZ,SV	37 3JZ	46 7JZ,SV	DB
107	42	12	3J6MZ,SV	33 1J4MZ	46 6JZ,SV	DB
108	22	4	3JZ,SV	48 3JZ,SV	48 5JZ,SV	D
109	44	27	3J6MZ,SV	42 3J6MZ,SV	42 1J6MZ,SV	B
110	24	3	3J	48 1J	50 5JZ,SV	D
111	35	9	4JZ	44 3J2MZ	47 3JZ,SV	B
112	48	9	5JZ,SV	40 1J	49 2J6MZ,SV	B

noch Tabelle 74:

Jahr Urt.	Alter Jahre	An- zahl	höchste Vorstrafe	letzte Jahr Vorstrafe	neue Strafe u. Maßregel	Straftat
<u>1952</u>						
114	50	17	5JZ,SV	34 2JZ	47 5JZ,SV	D
115	41	6	7JZ	35 1J	46 8JZ,SV	D, R
116	32	8	5JZ,SV	44 9M (unter falschem Namen)	48 3J6MZ,SV	B
117	36	7	3J4M 2JZ	37 7M 39	47 3JZ,SV	DB
119	39	12	2J3MZ 2JZ	35 6M 47	50 2JZ,SV	D
118	38	11	4JZ	37 2J6MZ	49 4JZ,SV	B
120	43	5	4JZ,SV	43 1J6MZ	48 3JZ,SV	D
121	45	3	5J	46 5J	46 3J6MG,SV	Sitt (§ 51,II)
122	37	0	0	0	5JZ,SV	Sitt
123	30	3	5JZ	42 5JZ	42 4JZ,SV	B
124	50	17	5JZ,SV	34 2JZ	47 3JZ,SV	D
125	29	4	1J	49 1J	49 4JZ,SV	D
126	45	23	4JZ,SV	42 9M	48 3JZ,SV	DB
127	47	13	3JZ,SV	45 1J4M	49 2J9MZ,SV	B
128	44	6	1J10MZ	40 1J7MZ	49 3J6MZ,SV	B
129	44	12	3J6MZ,SV	40 1J6M	49 3JZ,SV	B
130	46	19	5JZ,SV	36 3J6MZ	47 5JZ,SV	DB
131	40	17 (dav. 11 in CSR)	3J6MZ	38 10M	48 12JZ,SV PolAufs	D
132	29	6 (1 MilReg)	2JZ	42 2JG	46 5JZ,SV	D
133	54	10	6J6MZ	36 10M	48 4JZ,SV	Abtr
134	62	20	3JZ,SV 4JZ	36 4JZ 47	47 3J6MZ,SV	B
135	42	10	2J6MZ,SV 3J6MZ	36 2JZ 47	49 2JZ,SV	DB
136	25	19	2U9M	50 2J9M	50 5JZ,SV	D,R
137	40	9	3JZ,SV	40 2J6M	49 5JZ,SV	D

noch Tabelle 74:

Jahr Urt.	Alter Jahre	An- zahl	höchste Vorstrafe	letzte Vorstrafe	Jahr	neue Strafe u. Maßregel	Straftat
<u>1953</u>							
140	30	7	1J2M	50	1J2M	50 6JZ,SV	DB
141	40	16	6JZ,SV	41	4M	50 3JZ,SV	D
142	25	5	2J6MZ	49	2J6MZ	49 5JZ,SV	D
143	39	11	2J5MZ	39	1J4MZ	48 7JZ,SV	DB
144	46	4	4JZ,SV (+6 ausl.)	41	3J4MZ	51 3J6MZ,SV	DB
145	52	37 (1 wg. Sitt)	5JZ,SV	44 (B)	1J5M (Sitt)	50 4J6MZ,SV	Sitt
146	24	5 (1 amer)	1J3M	48	1J	51 4J6MZ,SV	D
147	41	11	2J6MZ,SV 3JZ	38 48	3JZ	48 5JZ,SV	D
148	31	10	11M	41	11M	41 3JZ	B
149	52	3	2J2M	48	2J2M	48 4J6MZ,SV	Sitt
150	46	15	5JZ,SV 5JZ PolAufs	38 47	3M(U)	52 5JZ,SV	D
151	31	4	3J	46	1J6M	50 4JZ,SV	D
152	57	24	4J3M 3J6MZ,SV	23 38	1J3MZ	50 5JZ	B
153	53	16	4JZ,SV	38	4JZ,SV	38 7JZ,SV	B
154	55	4	1J8M	50	1J8M	50 2JZ,SV	Sitt
155	59	5	2J3MZ	39	1J6MZ	50 3JZ,SV	Sitt
156	42	11	6JZ	40	8M	52 5JZ,SV	DB
157	32	8	1J5MZ	40	1J4M	50 7J6MZ,SV	D, Raub- mordversuch
158	42	8	? 1J3M	41-45 46	1M	47 3J6MZ,SV	DB
159	45	7	1J4M	31	1M	49 2JZ,SV	Sitt
160	51	2	2J10M	50	2J10M	50 5JZ	Sitt, Abtr
161	62	22	lebenslZ (mit 8JZ be- stätigt)	41	7M	52 2J6MZ,SV	D
164	43	14	1J6MZ,SV 2J6MZ	36 49	2J6MZ	49 4JZ,SV	B

noch Tabelle 74:

Jahr Urt.	Alter Jahre	An- zahl	höchste Vorstrafe	letzte Jahr Vorstrafe	neue Strafe u. Maßregel	Straftat
<u>1953</u>						
165	48	11	4JZ	28 2J6MZ	50 6JZ,SV	D
166	33	8	3JZ	49 3JZ	49 2J6MZ,SV	D
167	33	10	2J6MZ	50 2J6MZ	50 5JZ,SV	Sitt
168	30	5	5JZ,SV 4JZ	42 1J2M 46	49 4JZ	D
169	28	10	1J6MZ	50 6M	52 4JZ	D
170	25	5	3J6MZ	51 3J6MZ	51 5JZ	D
171	40	3	2JZ	50 2JZ	50 7JZ,PolAufs	D
172	44	20	2J6MZ	50 2J6MZ	50 2 Gesamtstr. B 3J3MZ+4JZ	

Auch zu dieser Statistik sollen die jeweils niedersten Begleitstrafen zur Sicherungsverwahrung festgestellt werden: Im Jahre 1951 1J6MZ bei einem Betrüger¹⁾, der allerdings schon 27 Vorstrafen mit über 9 Jahren Dauer hatte und bei dem im Jahre 1942 auch bereits Sicherungsverwahrung angeordnet worden war. Im Jahre 1952 waren bei 2 Tätern²⁾ die niedersten vorkommenden Begleitstrafen jeweils 2 Jahre Zuchthaus; beide Täter wurden wegen Diebstahls verurteilt, der eine hatte 12, der andere 10 Vorstrafen von insgesamt 9 bzw. 15 Jahren Dauer.

Wertet man diese Zusammenstellung (Tabelle 74) aus, so erhält man folgendes Ergebnis:

Tabelle 75:

Durchschnittszahlen für die Anzahl und Gesamtdauer der Vorstrafen, die Höhe der letzten Vorstrafe und Verhältniszahl der Anordnung von Sicherungsverwahrung

- ohne Rücksicht auf die der Verurteilung zugrundeliegenden Delikte -

1) 109.

2) 119, 135.

noch Tabelle 75:

Jahr	Durchschnitt d. Vorstrafen		bei einer Begleitstrafe von Jahren				
			unter 3	unter 4	unter 5	unter 6	über 6
<u>1951</u>	Anzahl		6,3	4,5 ¹⁾		8,1	9,2
	letzte Gef	1J9M		0 ¹⁾		1J	2J3M
	Z	2J8M		3J2M		3J2M	2J2M
	Dauer	8J		7J5M ¹⁾		9J2M	13J6M
	früher SV	5 : 8		0 : 2		1 : 4	3 : 5
<u>1952</u>	Anzahl		11,7	12,2	7	11,6 ¹⁾	11,5
	letzte Gef	7M		1J	11M	2J1M ¹⁾	1J2M
	Z	2J		2J6M	3J9M		
	Dauer	13J6M		10J4M	8J1M	11J2M ¹⁾	10J
	früher SV	2 : 3		6 : 8	0 : 4	3 : 6	0 : 2
<u>1953</u>	Anzahl		10	9,5	11	9,2	10,6
	letzte Gef	9M		8M	1J6M	8M	1J3M
	Z	3J		2J5M	2J6M	3J9M	2J7M
	Dauer	8J		13J1M	7J1M	8J6M	7J9M
	früher SV	1 : 4		3 : 4	2 : 6	2 : 5	1 : 5
<u>1951</u>	Anzahl		8,7	10,5	9,4	10	10
bis	letzte Gef	1J1M		8M	1J2M	1J9M	1J9M
<u>1953</u>	Z	2J8M		2J7M	3J4M	3J2M	2J5M
	Dauer	9J3M		11J3M	7J6M	10J	10J
	früher SV	8 : 15		9 : 14	7 : 10	6 : 15	4 : 12

Vergleicht man diese Zahlen mit den Vorkriegs- und Kriegsdurchschnitten²⁾, so fällt die wesentlich geringere Durchschnittszahl der Vorstrafen auf; diese erklärt sich daraus, dass in den Zahlen 1934 bis 1944 viele Fälle nachträglicher Anordnung der Sicherungsverwahrung, aber auch eine viel grössere Anzahl von Verurteilungen wegen Delikten eines insgesamt geringeren Gefährlichkeitsgrades (z.B. Zechprellerei) enthalten sind.

1) Jeweils 1 Täter ohne Vorstrafe.

2) Vgl. Tabelle 70 , S. 226.

Höchst bemerkenswert ist weiter die auffallende Übereinstimmung bei den letzten Zuchthaus-Vorstrafen: Sowohl 1934 bis 1944 als auch 1951 bis 1953 waren bei Begleitstrafen um 5 Jahre Zuchthaus die letzten Vorstrafen mit durchschnittlich 4 Jahren bzw. etwa 3 1/4 Jahren Zuchthaus am höchsten.

Das kann zwanglos damit erklärt werden, dass bei den höheren Begleitstrafen sehr häufig der Unrechtsgehalt aus der Schwere der neuen Einzeltaten (bei geringerer Bewertung des Unrechtsgehalts der Vortaten) hergeleitet wird; bei den Begleitstrafen um 5 Jahre Zuchthaus scheint dagegen der Zahl, Art und Häufigkeit der Vorstrafen ein ungleich grösseres Gewicht zuzukommen.

Für die Jahre 1951 bis 1953 konnte die Zusammenstellung (Tabelle 75) in gleicher Weise auch für Vermögensdelikte (D und B) und Sittlichkeitsdelikte getrennt ausgewertet werden.

Tabelle 76:

Sittlichkeitsdelikte

Jahr	Durchschnitt d. Vorstrafen		bei einer Begleitstrafe von Jahren				
			unter 3	unter 4	unter 5	unter 6	über 6
<u>1951</u>	Anzahl		5,5	0		4	2
	letzte Gef	Z	1J10M 4J	0		2J6M	1J2M
	Dauer		5J9M	0			1J6M
	früher	SV	2 : 4	0 : 1		0 : 1	0 : 1
<u>1952</u>	Anzahl		5		10	0	
	letzte Gef		10M		10M	0	
	Dauer		3J6M		14J	0	
	früher		0 : 2		0 : 1	0 : 1	
<u>1953</u>	Anzahl			5	20	10	
	letzte Z			1J6M	1J8M	2J6M	
	Dauer			5J9M	9J	7J	
	früher	SV		0 : 1	1 : 2	0 : 1	
<u>1951</u>	Anzahl		5,4	2,5	16,6	4,6	2
bis	Letzte Gef	Z	1J5M 4J	9M	1J1M	1J8M	1J2M
<u>1953</u>	Dauer		4J10M	2J10M	10J8M	3J6M	1J6M
	früher	SV	2 : 6	0 : 2	1 : 3	0 : 3	0 : 1

Errechnet man für 1951 bis 1953 einen Gesamtdurchschnitt, so ergibt dies eine Durchschnittsanzahl der Vorstrafen von 7 und eine durchschnittliche letzte Vorstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten (und zwar sowohl bei Zuchthaus- als bei Gefängnisvorstrafen); die Gesamtdauer der Vorstrafen betrug im Durchschnitt 5 Jahre und 5 Monate. Gegen 3 von 15 Tätern (=20%) war bereits einmal Sicherungsverwahrung angeordnet worden.

Tabelle 77:

Diebstahl und Betrug

Jahr	Durchschnitt d. Vorstrafen		bei einer Begleitstrafe von Jahren				
			unter 3	unter 4	unter 5	unter 6	über 6
<u>1951</u>	Anzahl		8	9		9,7	11
	letzte	Z	2J	3J2M		3J6M	2J2M
		Gef	1J2M			1J	3J
	Dauer		10J4M	15J		9J2M	16J6M
	früher	SV	3 : 4	0 : 1		1 : 3	3 : 4
<u>1952</u>	Anzahl		11,7	12,2	6	14	11,5
	letzte	Z	2J	2J7M	3J9M	2J6M	1J2M
		Gef	11M	1J	1J		
	Dauer		13J6M	10J4M	6J1M	11J4M	10J
	früher	SV	2 : 3	6 : 8	0 : 3	3 : 5	0 : 2
<u>1953</u>	Anzahl		8	11,3	6,5	9	10,6
	letzte	Z	3J	3J4M	2J6M	3J6M	2J7M
		Gef		3M	1J3M	8M	1J3M
	Dauer		7J6M	10J3M	5J10M	8J11M	7J10M
	früher	SV	0 : 1	3 : 3	1 : 4	2 : 4	1 : 5
<u>1951 bis 1953</u>	Anzahl		10	11,7	6,3	10,5	11
	letzte	Z	2J3M	2J10M	3J4M	3J6M	2J5M
		Gef	1J1M	9M	1J2M	2J1M	1J10M
	Dauer		11J3M	11J10M	6J	10J10M	9J7M
	früher	SV	5 : 8	9 : 12	1 : 7	6 : 12	4 : 11

Der Gesamtdurchschnitt für 1951 bis 1953 betrug bei der Vorstrafenanzahl 10,2 und bei der Höhe der letzten Vorstrafe: Zuchthaus

2 Jahre und 10 Monate, Gefängnis 1 Jahr 5 Monate. Die durchschnittliche Gesamtdauer der Vorstrafen war 10 Jahre und 2 Monate 25 von 50 Tätern (=50%) waren bereits früher zu Sicherungsverwahrung verurteilt worden.

Eine gleiche Statistik wie Tabelle 69 für die männlichen Verurteilungen der Jahre 1951 bis 1953 hat folgende Ergebnisse:

Tabelle 78:

Häufigkeit von Begleitstrafen 1951 bis 1953

Jahr	Gef.	Z u c h t h a u s					
		unter 2	unter 3	unter 4	unter 5	5 - 6	über 6
1951	0 0%	1 5%	8 40%	2 10%	0 0%	7 35%	2 10%
1952	1 4%	0 0%	3 12,5%	8 33,5%	4 17%	6 25%	2 8%
1953	0 0%	0 0%	4 17%	4 17%	6 25%	7 29%	3 12%
Gesamt	1 1,5%	1 1,5%	15 22%	14 20%	10 15%	20 29,5%	7 10,5%
zum Ver-							
gleich							
1934 -	6%	6%	28%	24%	2%	24%	10%
1945							

In der Nachkriegszeit sind im Aktenmaterial besonders viele Sittlichkeitsurteile enthalten, so dass man die Angaben getrennt nach Vermögens- und Sittlichkeitsdelikten untersuchen kann, wobei die Sätze erhebliche Verschiebungen erleiden:

Tabelle 79:

Häufigkeit von Begleitstrafen bei den Sittlichkeitsdelikten 1951 bis 1953

Jahr	Gef.	Z u c h t h a u s			
		unter 3	unter 4	unter 5	über 5
1951	0 0	4 56,8%	1 14,5%	0 0	2 29%
1952	1 33%	0 0	0 0	1 33%	1 33%
1953	0 0	2 33%	1 16,5%	2 33%	1 16,5%
1951- 1953	1 6,2%	6 37,5%	2 12,5%	3 18,8%	4 25%

Tabelle 80:

Häufigkeit von Begleitstrafen bei den
Vermögensdelikten (D,B) 1951 bis 1953

Jahr	Z u c h t h a u s					
	unter 2	unter 3	unter 4	unter 5	unter 6	über 6
1951	1 7,5%	4 31%	1 7,5%	0 0%	5 38,5%	2 15,5%
1952	0 0%	3 14,0%	8 38,5%	5 24%	3 14,0%	2 9,5%
1953	0 0%	2 11%	3 17,0%	4 22%	6 33%	3 17,0%
1951 - 1953	1 2%	9 17%	12 23%	9 17%	14 27%	7 14%

Auch hier soll die Beziehung hergestellt werden zu einer früherer
Anordnung der Sicherungsverwahrung:

Tabelle 81:

Frühere Verurteilungen zu Sicherungsverwahrung

Jahr	B,D	Sitt	zusammen	Prozent der ver- wertbaren Urteile
1951	8	2	10 von 20	50%
1952	11	0	11 von 24	46%
1953	8 ¹⁾	1	9 von 24	38%
Gesamt	27	3	30 von 68	45%

Die Urteile mit den niedersten Begleitstrafen verdienen ein kur-
zes Augenmerk, wobei die niedere Vorstrafenzahl bei den beiden
Sittlichkeitstätern im Jahre 1953 auffällt:

Tabelle 82:

Niederste Begleitstrafen zur Sicherungsverwahrung²⁾

	1951	1952	1953
Begleitstrafe	1J6MZ	2JZ	2JZ
Vorstrafen	27	a) 12 b) 10	a) 3 b) 7
Straftat	B	D DB	Sitt Sitt
Urteils-Nr.	109	119 135	154 159

- 1) Ein Urteil zu lebenslänglich Zuchthaus wurde der Anordnung
der Sicherungsverwahrung gleichgestellt.
2) Vgl. für 1934 - 1945, Tabelle 66, S.224.

Die mittlere Höhe der Begleitstrafen liegt auffallend hoch bei über 4 Jahren Zuchthaus:

Tabelle 83:

Durchschnittshöhe der Begleitstrafen bei Sicherungsverwahrung (Gefängnis umgerechnet in Zuchthaus) - ohne Berücksichtigung der Straftaten -

1951	1952	1953
4J1M	4J2M	4J5M

Diese "rohen" Durchschnitte sagen noch nicht viel; berücksichtigt man noch die abgeurteilten Delikte, so ergibt sich folgendes:

Tabelle 84:

Durchschnitt der Gesamtdauer der Vorstrafen und der Höhe der Begleitstrafen bei Sicherungsverwahrung bei den einzelnen Straftaten

1951				1952				1953			
Urt.		Vorstr.		Urt.		Vorstr.		Urt.		Vorstr.	
		Strafe				Strafe				Strafe	
B	5	15J	2J10M	7	10J5M	3J5M		2	15J	5J6M	
D	4	7J2M	6J	8	11J	4J10M		9	10J8M	4J2M	
DB	3	10J6M	5J2M	4	14J7M	3J3M		5	9J4M	5J	
Sitt	6	4J ¹⁾	3J1M	2	1J5M	3J8M		6	11J ¹⁾	3J6M	

Gesamtdurchschnitt 1951 bis 1953

	Urt.	Vorstr.	Strafe
B	14	12J8M	3J6M
D	21	10J	4J9M
DB	12	10J4M	4J9M
Sitt	14	6J5M ¹⁾	3J4M

1) Der Durchschnitt der einschlägigen Vorstrafen ergibt 1951 = 2J5M und 1953 = 5J, der Gesamtdurchschnitt 3J4M (einer der Täter (1951 Nr. 97) ist zwar 12 Mal, aber nur 3 Mal einschlägig vorbestraft, ein anderer (1953 Nr. 145) 37 Mal, davon nur 1 Mal einschlägig).

Bei der Auswertung der Statistik findet man, dass die Durchschnittsbegleitstrafe in den 3 Berichtsjahren - berechnet ohne Rücksicht auf die Deliktsart, die Einzeltaten und den Schaden - 4 Jahre und 3 Monate Zuchthaus beträgt¹⁾. Dieser Durchschnitt liegt erheblich (1 Jahr und 3 Monate) höher als in der Vorkriegs- und Kriegszeit²⁾, mit anderen Worten in den bereits wieder normalisierten Jahren der Nachkriegszeit wurde in der Regel viel zögernder und erst bei viel höherer Schuld im Einzelfalle zur Massregel der Sicherungsverwahrung gegriffen als in der Vorkriegs- und Kriegszeit.

Wegen der Höhe der Durchschnittsbegleitstrafe erscheinen die Urteile von besonderem Interesse, bei denen die Begleitstrafe zur Sicherungsverwahrung nur 2 Jahre Zuchthaus und weniger beträgt³⁾:

Der eine dieser Täter⁴⁾ hatte - wie bei den meisten Vorstrafen - wertmässig nicht allzu hohe Unterstützungsbetrügereien begangen, die Gefährlichkeit ergab sich in diesem Falle vor allem aus der hohen Zahl der Vorstrafen (27), und dass eine bereits angeordnete und vollzogene Sicherungsverwahrung, aus der der Verurteilte bedingt entlassen worden war, völlig wirkungslos geblieben war.

Bei einem anderen Urteil⁵⁾ lässt sich die vergleichsweise niedere Begleitstrafe damit begründen, dass das Gericht von der Möglichkeit einer Wahlfeststellung zwischen schwerem Diebstahl i.R. und Hehlerei Gebrauch gemacht hat, was sich - trotz der Strafschärfung aus § 20a StGB - wegen des weit niederen Strafrahmens des § 259 StGB im Vergleich zu §§ 242, 243, 244 StGB auf die Strafhöhe ausgewirkt hat. Die Gefährlichkeit ergab sich aus der Wirkungslosigkeit von 3 Zuchthausstrafen von mehr als 2 Jahren Dauer.

Bei dem anderen 1952 (wegen Diebstahls und Betrugs) mit 2 Jahren Zuchthaus verurteilten Täter liegt das Schwergewicht der Feststellung der Gefährlichkeit und der Wiederholungsgefahr bei der Wirkungslosigkeit von 4 hohen Zuchthausstrafen⁶⁾; bei Bemessung der Strafe wurde die geringe Höhe des Schadens berücksichtigt.

1) Vgl. Tabelle 83 , S.240.

2) Vgl. Tabelle 71 , S.226 f. und Auswertung S. 227.

3) Vgl. Tabelle 82 , S.239.

4) 109.

5) 119.

6) 135.

Bei den beiden weiteren Urteilen mit einer Begleitstrafe von 2 Jahren Zuchthaus aus 1953 handelt es sich um Sittlichkeits-täter. Der eine davon wurde nach § 20a Abs. II StGB verurteilt¹⁾; die Gefährlichkeit ergab sich aus der Häufung einer Vielzahl von Taten innerhalb kurzer Zeit.

Der andere Täter²⁾ hatte nur 4 Vorstrafen, auch hatte er lediglich in 2 Einzelfällen einen Jungen von 11 Jahren bestimmt, an seinem Genital zu onanieren; die Gefährlichkeit wurde damit be-gründet, dass der A. bereits zwei Wochen nach Entlassung aus der Strafhaft die neuen Taten beging.

Auch hier kann in den Fällen, die die Durchschnittsbegleitstrafe zwischen 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus aufweisen, gesagt werden, dass im Regelfall diese Höhe der Strafe hauptsächlich durch die Anzahl und die Dauer der Vorstrafen und die Rückfallgeschwindigkeit bestimmt wurde. Um festzustellen, ob man hier trotz des grossen, in der soziologischen Struktur der einzelnen Landgerichtsbezirke sehr unterschiedlichen Berichtsbezirks von einer Einheitlichkeit des Strafmaßes sprechen kann, sind hier die Urteile zusammengestellt, die ungefähr die Durch-schnittsbegleitstrafe bei den einzelnen Delikten verhängten³⁾:

Tabelle 85:

Urteile mit ungefähr der in Tabelle errechneten Durchschnittstrafe

1. Betrug (Durchschnitt 3J6MZ, Vorstrafen 12,8)

Urteil	111	116	118	123	128	129	134	164	Durch-
Strafe	3JZ	3J6MZ	4JZ	4JZ	3J6MZ	3JZ	3J6MZ	4JZ	schnitt
Anzahl d.									
Vorstrafen	9	8	11	3	6	12	20	14	10,4

1) 159.

2) 154.

3) Vgl. Tabelle 85 , S. 242 bis 87, S.243.

Tabelle 86:

2. Diebstahl (Durchschnitt 4J9MZ, 10 Vorstrafen)

Urteil	108	110	114	132	137	142	146	147	150	Durchschnitt
Strafe	5JZ	5JZ	5JZ	5JZ	5JZ	5JZ	4J6MZ	5J	5JZ	4J11MZ
Anzahl d. Vorstr.	4	3	17	6	9	5	5	11	15	8,3

Tabelle 87:

Sittlichkeitsdelikte (Durchschnitt 3J4MZ, einschlägige Vorstrafen 3, 4; Vorstrafen insges. 6,5)
2J6M - 4J2M

Urteil	99	155	98	100	Durchschnitt
Strafe	3J6M	3J	2J6M	2J9M	2J11M
einschl. Vorstr. ¹⁾	0	5	6	2	3,25

Die Durchschnittszahl der Vorstrafen beim Betrug differiert hier um 1 Jahr und 5 Monate, wenn man nur die drei Urteile erfasst, die genau 3 Jahre und 6 Monate Zuchthaus ausgeworfen haben; die nächsten Urteile nach oben und unten liegen bei 3 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Zuchthaus, der Gesamtdurchschnitt unter Einbeziehung dieser Urteile liegt bei 10,4 Vorstrafen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass in einem besonders gelagerten Fall²⁾ (Schaden über DM 7.200,--) nur 3 Vorstrafen vorlagen; ohne Berücksichtigung dieses aussergewöhnlichen Urteils würde der Durchschnitt 11,43 betragen.

Auch beim Diebstahl liegt der gefundene Durchschnitt um 1,7 niedriger als der errechnete Durchschnitt, bei den Sittlichkeitsdelikten um 0,15.

Im ganzen kann gesagt werden, dass trotz der grossen Streuung des Bezirks die Gerichte dann Sicherungsverwahrung anordneten, wenn ungefähr Strafen der als Durchschnittsstrafen festgestellten Grössenordnung ausgeworfen wurden und die Durchschnittszahl von

- 1) Die angeführten vier Urteile weisen nur einschlägige Vorstrafen auf.
2) 123.

Vorstrafen festgestellt wurde. Bei Strafen geringerer Größenordnung ist von der Sicherungsverwahrung dann Gebrauch gemacht worden, wenn z.B. wegen der Zahl der Einzeltaten (auch bei den Vorstrafen) und wegen der hohen Rückfallgeschwindigkeit oder wegen der sonstigen Gefährlichkeit gerade der abgeurteilten Taten die Verwahrung des Täters zum Schutze der Allgemeinheit erforderlich erschien.

Die Durchschnittsbegleitstrafe liegt beim Vergleich der einzelnen Delikte mit 3 Jahren 4 Monaten Zuchthaus am niedrigsten bei den Sittlichkeitsdelikten, dann folgt der Betrug mit 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und - in weitem Abstand - der Diebstahl mit 4 Jahren 2 Monaten Zuchthaus, der mit dem Betrug um 15 Monate differiert.

Aus der Nachkriegszeit stehen viele Urteile gegen Sittlichkeits-täter zur Verfügung. Dies hängt mit der soziologischen Struktur des erweiterten Gerichtsbezirks zusammen. Die meisten der Urteile wegen Sittlichkeitsdelikten sind nämlich in ländlichen Gegenden Bayerns ausgesprochen worden. Die - gerade in ländlichen Gegenden - noch besonders konservativen Anschauungen, die auch wegen der Beteiligung der Laienrichter hier Eingang gefunden haben mögen, finden in den - im Verhältnis zu den in den Jahren bis 1945 in Freiburg gefundenen Durchschnittswerten¹⁾ - hohen Begleitstrafen ihren Ausdruck.

Die höchste Durchschnittsanzahl der Vorstrafen weist mit 12,8 der Betrug auf; es folgen der Diebstahl mit 10 und die Sittlichkeitsdelikte mit 3,4 einschlägigen oder 6,5 allgemeinen Vorstrafen. Darin spiegelt sich die besondere Gefährlichkeit der einzelnen Straftaten wider: Die Sittlichkeitsdelikte, die Personen gefährden, stehen in der Wertung der Schwere ihres Unrechtsgehalts bei weitem an der Spitze, so dass schon wenige Vorstrafen genügen, um den Täter als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher zu verurteilen. Ähnlich wie bei den Vorkriegs- und Kriegsurteilen²⁾

1) Vgl. Tabelle 72, S. 227, vierte Zahl von oben.

2) a.a.O., 1. und 2. Zeile.

wird der Betrug im allgemeinen weniger gefährlich empfunden als der Diebstahl, wie sich aus der höheren Durchschnittszahl der Vorstrafen und der niedrigeren Begleitstrafe ergibt.

Auffallend ist das Ergebnis eines Vergleichs der für die drei Nachkriegsjahre gefundenen Durchschnittsvorstrafenanzahl mit den entsprechenden Zahlen der Jahre 1934 bis 1943¹⁾: Die Zahlen decken sich ungefähr mit allen drei Deliktsarten, ein Zeichen dafür, dass sich jedenfalls in der Beziehung der Anordnung der Sicherungsverwahrung zu den Vorstrafen so etwas wie eine gefühls-mässige Übereinstimmung entwickelt hat, ein einheitliches "Straf-massgefühl", das gerade hier bei diesen schweren Taten zeigt, dass die Höhe der Strafe doch weniger von Zufällen und von den verurteilenden Richtern abhängt, als allgemein angenommen wird. Jedenfalls kann dies von den als Kollegialgerichten fungierenden Strafkammern hier festgestellt werden.

III. Weibliche Verurteilte 1934 bis 1944

Die beiden Urteile aus dem Jahre 1934²⁾ hatten lediglich die Prüfung der nachträglichen Anordnung der Sicherungsverwahrung aufgrund von § 5 (gefährliche=Gewohnheitsverbrechergesetz) zum Gegenstand; im erstgenannten Urteil wurde die Anordnung der Sicherungsverwahrung trotz Bejahung der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher-Eigenschaft abgelehnt, im zweiten Falle Sicherungsverwahrung angeordnet. (Die zugrundeliegende Strafe betrug lediglich 1 Jahr Gefängnis; die Verurteilte ist 1943 im Konzentrationslager Auschwitz verstorben).

1) Vgl. Tabellen 85 bis 87, S.242 f mit Tabelle 72, S. 227.
2) 84w, 85w.

Tabelle 88:

Vergleich der Strafen mit den Vorstrafen,
weibliche Täter 1934 bis 1944

Jahr Urt.	Alter Jahre	An- zahl	höchste Vorstrafe	letzte Vorstrafe	neue Strafe u.Maßregel	Straftat
<u>1935</u>						
86w	38	19	1J1M	1J1M	1J6MG,SV	DB
<u>1937</u>						
88w	39	16	3J6M	4M	3JZ,SV	D
<u>1944</u>						
90w	25	5	1J6MZ	1J6MZ	1J6MZ,SV	D
91w	31	4	1J	3M	3JZ	DB

Bei den wenigen verwertbaren Urteilen, die in der Berichtszeit ergingen, erübrigt sich eine ähnliche Aufstellung, wie sie bei den männlichen Verurteilten erfolgte. Es handelt sich weiter durchweg um Urteile wegen Diebstahls bzw. Diebstahls und Betrugs. Der Durchschnitt der Begleitstrafen liegt (Gefängnis wieder nach § 21 in Zuchthaus umgerechnet) bei 1 Jahr 10 Monaten Zuchthaus, der Durchschnitt der Vorstrafen bei 13¹⁾; die Begleitstrafe ist also im Durchschnitt bei gleicher Vorstrafenzahl geringer, eine Folge der Annahme einer höheren Strafempfindlichkeit der Frauen.

IV. Weibliche Verurteilte 1951 bis 1953

Tabelle 89:

Vergleich der Strafen mit den Vorstrafen,
weibliche Täter 1951 bis 1953

Jahr Urt.	Alter Jahre	An- zahl	höchste Vorstr.	letzte Vorstr.	neue Strafe u.Maßregel	Straf- tat		
<u>1951</u>								
175	55	23	3J 2J6M	22 38	1J	49	4JZ,SV	DB
177	44	7	3JZ 1J6MZ,SV	38 42	1J6MZ SV	42	5JZ,SV	B

1) Zum Vergleich männliche Diebe (Tabelle 88, S.227).
3J8MZ, 10 Vorstrafen

noch Tabelle 89:

Jahr Urt.	Alter Jahre	An- zahl	höchste Vorstr.	letzte Jahr Vorstr.	neue Strafe u. Maßregel	Straf- tat
<u>1951</u>						
178	50	18	3JZ UHpfla	43 1JZ UHpfla	49 1J6MZ,SV (gefGewV)	DB
179	52	18	4J1MZ,SV	43 5M	50 3JZ,SV	B
<u>1952</u>						
180	29	10	2J6MZ	44 9M	50 3JZ,SV	DB
181	52	17	6JZ	38 6M	50 4JZ,SV	B
<u>1953</u>						
182	34	7	3J UHpfla 2JZ	46 2JZ 50	50 3JZ,SV	D
183	46	15	1J10MZ, SV	43 1JZ	49 1J3MZ	D

Auch in diesem Zeitraum und in dem erweiterten Berichtsbezirk sind sämtliche Urteile wegen Diebstahls oder Betrugs oder Diebstahls und Betrugs ergangen, und zwar - soweit auch die Anordnung der Sicherungsverwahrung erfolgte - drei wegen Betrugs, drei wegen Diebstahls und Betrugs und eines wegen Diebstahls. Der Durchschnitt der Begleitstrafen - ohne Rücksicht auf die Art der begangenen Straftat - liegt bei 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, der Durchschnitt der Vorstrafen bei 14,3; die Begleitstrafe ist somit um etwa $\frac{1}{5}$ niedriger als bei den im selben Zeitraum und Bezirk verurteilten männlichen Tätern¹⁾.

Bei den einzelnen Straftaten kommt man zu folgenden Durchschnittswerten:

Tabelle 90:

Durchschnittsstrafe und durchschnittliche Vorstrafenanzahl			
Straftat	Anzahl der Urteile	Vorstrafen	Strafe
B	3	14	4J
DB	3	17	2J10M
D	1	7	3J

1) Vgl. Tabelle 83, S.240.

Auffallend ist hier die Feststellung, dass die durchschnittliche Höhe der Begleitstrafe beim Betrug so hoch, genau genommen sogar etwas höher liegt als bei den im gleichen Zeitraum und Bezirk verurteilten Männern¹⁾.

Die Urteile weisen keine Besonderheiten auf, allerdings sind alle Täterinnen schon erheblich mit Zuchthaus, zwei der drei auch schon mit Sicherungsverwahrung vorbestraft, so dass die Höhe der Vorstrafen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung ausschlaggebend gewesen sein dürfte.

Sämtliche Urteile liegen im Strafmass zwischen 3 und 4 Jahren Zuchthaus, nur eines²⁾ weicht wesentlich nach unten ab, (in einem weiteren, noch mehr nach unten abweichenden Urteil³⁾ wurde bezeichnenderweise auch Sicherungsverwahrung nicht angeordnet), ein Urteil mit 5 Jahren Zuchthaus⁴⁾ weicht erheblich nach oben ab. Das nach unten aus dem Rahmen fallende Urteil mit Sicherungsverwahrung ist wegen Diebstahls und Betrugs ergangen; die Täterin hatte 18 Vorstrafen, darunter schon mehrere Zuchthausstrafen, zweimal war bereits die Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt angeordnet worden; die Zuerkennung vermindelter Zurechnungsfähigkeit dürfte bei der Bemessung der niederen Begleitstrafe ausschlaggebend gewesen sein.

Vergleicht man die 1951 bis 1953 ergangenen Urteile mit den Urteilen der Vorkriegs- und Kriegszeit⁵⁾, so stellt man fest, dass der Durchschnitt der Begleitstrafe mit 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus fast doppelt so hoch ist, auch der Vorstrafendurchschnitt liegt mit 14,3 etwa 10% höher. Die höchste Begleitstrafe, die in der Vorkriegs- und Kriegszeit bei 3 Jahren Zuchthaus lag, ist 1951 bis 1953 von drei Urteilen überschritten worden.

Das ist nicht ein Zeichen grösserer Härte, sondern hängt damit zusammen, dass in dem grösseren Bezirk mit Großstädten wie München, Stuttgart, Nürnberg, Mannheim, Karlsruhe naturgemäss

1) Vgl. Tabelle 85, S. 242.

2) 178w.

3) 198 w(1J3MZ).

4) 177w.

5) Vgl. oben III, S. 245 f.

schwere Taten häufiger vorkommen. An sich ist die Anzahl mit 7 Verurteilungen, die Sicherungsverwahrung anordnen, für diesen grossen Bezirk recht gering.

§ 51: Der Vollzug und die Wirkung der ausgesprochenen Strafe
und Massregel

Über den Werdegang der Täter nach den Verurteilungen konnten lediglich Feststellungen bezüglich der Urteile der Jahre 1934 bis 1945 getroffen werden, da nur insoweit die gesamten Akten, einschliesslich Vollstreckungsakten eingesehen werden konnten, während bei den Nachkriegsurteilen die Vollstreckung im Zeitpunkt, als die Urteile ausgewertet wurden, noch im Gange war, und darüber hinaus auch nur die Urteile, selten die gesamten Akten, zur Auswertung zur Verfügung standen. Einige der Nachkriegsurteile enthalten allerdings Feststellungen über die Wirkung früherer Verurteilungen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher.

Ganz allgemein kann gesagt werden, dass die in den Urteilen gestellte ungünstige Prognose sich meist nach der Entlassung bewahrheitet. Nach Schwaab¹⁾ sind von 400 Vermögensverbrechern, die nach mindestens 3 Strafen, die den formellen Voraussetzungen der Sicherungsverwahrung entsprechen, in den Jahren 1932/1933 aus bayerischen Strafanstalten entlassen worden waren, 69% bis zum Frühjahr 1938 erneut bestraft worden.

Diese Entwicklung zeichnet sich allerdings bereits vor der Verurteilung als gefährliche Gewohnheitsverbrecher, die oft recht spät erfolgt, ab. Brauneck²⁾ hat z.B. festgestellt, dass von 256 wegen Vermögensdelikten bestraften Probanden innerhalb von 6 Jahren über 28% mehr als 4 mal rückfällig geworden sind, 11 Täter (4,3%) sogar mehr als 20 mal. 41 Probanden (=16%) waren nach der Entlassung nie länger als 1 Jahr in Freiheit, so dass mit der Weiterentwicklung zum gefährlichen Gewohnheitsverbrecher zu rechnen war.

1) Schwaab, a.a.O., S.23; Brauneck, a.a.O., S.33.

2) Brauneck, a.a.O., S.23.

I. Besonderheiten des Vollzugs

Bei einer Vielzahl von Fällen wurde anstelle einer Sicherungsverwahrung eine polizeiliche Vorbeugehaft in Konzentrationslagern vollzogen; einige der Verurteilten sind im KZ gestorben¹⁾, andere sind - wie politische KZ-Häftlinge - von den einrückenden Alliierten entlassen worden und haben den Status als KZ-Häftlinge dazu benutzt, in einflussreiche Stellen einzurücken, die sie als vorzügliche Ausgangsposition zur Begehung neuer Straftaten benutzen²⁾.

Ein Sittlichkeitstäter³⁾ war 1948 bedingt aus der Heil- und Pflegeanstalt entlassen worden. Er musste wegen Begehung von 9 neuen Taten im Mai 1950 erneut in einer Heil- und Pflegeanstalt eingeliefert werden. Wegen der neuen Fälle verurteilte ihn das Schöffengericht Lörrach zu 4 Jahren Gefängnis und ordnete gemäß § 456 b StPO aus Zweckmässigkeitsgründen den Vollzug der Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt vor dem Vollzug der neuen Freiheitsstrafe an.

II. Führung im Vollzug

Über die Führung im Vollzug finden sich nur in zwei Akten besondere Bemerkungen:

Ein Dieb hatte die Wiederaufnahme seines Verfahrens betrieben und einen im selben Zuchthaus einsitzenden Mitgefangenen bezichtigt, einen seiner Einbruchsdiebstähle begangen zu haben. Sein Antrag wurde als unbegründet verworfen, da sich herausstellte, dass die Beschuldigung des Mitgefangenen wissentlich falsch war⁴⁾.

Ein im Mai 1936 verurteilter Dieb bereitete bereits im September 1936 auf raffinierte Weise einen Fluchtversuch aus dem Zuchthaus Bruchsal vor, der vereitelt werden konnte. Im Anschluss an die Strafhaft kam er zum Vollzug der Sicherungsverwahrung in die da-

1) Zum Beispiel 39 im KZ Neuengamme.

2) Vgl. § 40, S. 159 ff.

3) 80.

4) 35.

malige Sicherungsanstalt Schwäbisch Hall. Dort bereitete er mit drei anderen seit Frühjahr 1943 eine Flucht vor, die ihnen am 8.7.1943 unter raffinierter Ausnutzung der Umstände (man hatte Nachschlüssel und eine Leiter hergestellt und Kleider für alle vier besorgt) auch gelang. Wegen der in den folgenden 7 Tagen verübten Einbrüche in Bauernhäuser wurden die damals wieder ergriffenen drei Täter (der 4. war noch flüchtig) am 23.3.1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet (10.5.1944)¹⁾.

III. Wirkung bedingter Entlassung

Einige Akten enthalten Bemerkungen über die Wirkungslosigkeit einer bedingten Entlassung.

In aller Regel ist ein längerer Vollzug erforderlich, um einen Sicherungsverwahrten entlassungsreif zu machen²⁾.

Ein erheblicher Teil der Sicherungsverwahrten ist - wie die nachfolgend geschilderten Fälle zeigen - derart lebensuntüchtig und freiheitsunfähig, dass keine Wiedereingliederung in die Freiheit erwartet werden kann. Für viele ist deshalb die Anstalt zur "Heimat" geworden³⁾.

Ein Täter war aus der nachträglich angeordneten Sicherungsverwahrung bedingt entlassen worden, obwohl er als Gefangener wegen seiner schlechten Führung vom Stufenstrafvollzug ausgeschlossen worden war; er wurde 1940 wegen Diebstahls, Betrugs und Sittlichkeitsdelikten erneut verurteilt und saß 1951 noch ein⁴⁾.

Bei einer wegen Diebstahls und Betrugs verurteilten Täterin, bei der nachträglich (Art. 5 Abs.II des Gesetzes gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher) Sicherungsverwahrung angeordnet wurde,

1) 32.

2) Rudolph, a.a.O., S.178. Er hält mindestens eine Vollzugsdauer von 3 Jahren für erforderlich.

3) Rudolph, a.a.O., S. 179. Rudolph fordert deshalb die Schaffung von Sicherungsanstalten mit Asylcharakter.

4) 1.

musste eine Aussetzung des Vollzugs zur Bewährung wegen neuer strafbarer Handlungen, wegen der die Täterin erneut zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, widerrufen werden¹⁾.

IV. Sonstige Entlassung

Auch einige nach Vollzug und Anordnung der Beendigung der Maßregel entlassenen Täter sind in der Folgezeit wieder straffällig geworden.²⁾ Bei einem wegen Rückfallbetrugs verurteilten Täter, der 1945 von den Alliierten entlassen worden war, wurde der Vollzug der Sicherungsverwahrung nicht fortgesetzt. Der Täter wurde 1949 vom Schöffengericht Mosbach (-das damals zuständig war-) wieder als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt; von der erneuten Anordnung der Sicherungsverwahrung wurde allerdings abgesehen³⁾.

§ 52: Besondere Verbrecher

I. "Berufsverbrecher"

Eine ganze Reihe von Tätern wird dadurch gekennzeichnet, dass sie ihre Taten "gewerbsmässig"⁴⁾ oder "geschäftsmässig"⁵⁾ begingen, bei anderen wird festgestellt, dass sie "mit den Gepflogenheiten des Berufsverbrechertums durchaus vertraut" seien⁶⁾ oder berufsmässig zum Verbrechertum und zu Abenteuern⁷⁾ neigten oder ohne Umschweife entschlossen seien, von der Begehung neuer Diebstähle zu leben⁸⁾. In einer Vielzahl von Fällen werden die Täter nach eingehender Würdigung ihrer Person und ihrer Begehungsweise als Berufsverbrecher (meist Berufseinbrecher) bezeichnet⁹⁾. Ein Dieb

1) 85w. Weitere Beispiele wirkungsloser, bedingter Entlassung aus SV oder UHpfla: 34, 80.

2) 37, 38.

3) 45.

4) 130 (Diebstahl), 143 (Zechpreller).

5) 13 (Fahrraddiebstahl).

6) 2.

7) 77.

8) 166.

9) 94, 106, 110, 120, 131, 140, 144, 150, 152, 157, 161, 165.

hat, als er bei der polizeilichen Vernehmung vorgehalten bekam, warum er keine Arbeit angenommen habe, unter Anspielung auf seine strafbare Handlung erklärt, er habe doch einen Beruf und habe doch stets gearbeitet; er hat sich damit selber als Berufs- und Gewohnheitsverbrecher gekennzeichnet¹⁾.

II. "Interlokale Verbrecher"

Eine ganze Anzahl von Angeklagten zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Taten jeweils an einem anderen Ort begingen ("Interlokale Verbrecher").

Von den im Jahre 1953 verurteilten Tätern waren z.B. 13 ohne festen Wohnsitz²⁾, so dass ein Wechsel des Begehungsortes nahe lag. Bei einigen Urteilen wird ausdrücklich hervorgehoben, dass die Täter sich im ganzen Bundesgebiet herumtrieben³⁾, was ihnen durch das sog. "Anhalten" von Kraftfahrzeugen recht leicht gemacht wird; oder dass jede grössere Strafe von einem anderen Gericht ausgesprochen wurde⁴⁾.

Schliesslich sind an dieser Stelle noch zwei sog. "Pendler" zu nennen; das sind Täter, die an sich einen festen Wohnsitz haben, zur Erschwerung der Ermittlungen die Taten aber jeweils an einem anderen in der Nähe befindlichen Ort begehen⁵⁾.

Wieviele der Täter die Tatorte laufend wechselten, liess sich anhand der ausgewerteten Urteile nicht feststellen; doch dürfte nach vorsichtiger Schätzung die von Wend⁶⁾ festgestellte Tatsache bestätigt werden, dass ein hoher Prozentsatz (bei Wend mehr als 2/3) der Täter "interlokale Täter" sind.

1) 170.

2) 140, 143, 144, 150, 156, 161, 162, 163, 165, 188w, 166, 170.

3) 136, 140, 157, 161, 170, 106.

4) 150.

5) 104 (Ulm-Stuttgart), 151 (Mannheim-Heidelberg).

6) Wend, a.a.O., S.53.

§ 53: Einige Lebensläufe gefährlicher Gewohnheitsverbrecher

Zum Schluß der Auswertung der Urteile seien noch einige bemerkenswerte Lebensläufe von typischen Gewohnheitsverbrechern angeführt, um diese auch weiteren Untersuchungen zugänglich zu machen. Es handelt sich um fast wörtliche Wiedergaben aus den erwähnten Urteilen.

I. Sittlichkeitsverbrecher

Unzucht mit Kindern¹⁾

Der Vater von R. ist im 1. Weltkrieg gefallen. R. wurde im Kinderheim seit der Zeit vor dem Schuleintritt erzogen. Später lief er aus der Malerlehre davon. Die erste Strafe verbüßte er mit 18 Jahren. Danach befand er sich auf Wanderschaft und ging keiner geregelten Arbeit mehr nach. 1923 heiratete er, 1937 wurde die Ehe kinderlos geschieden. R. hat 37 Vorstrafen, hauptsächlich wegen Bettels, Landstreicherei, Diebstahls und Betrug. (1928 einmal wegen schweren Raubs 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis).

Schon im Schulbogen wurde R. als Dieb und Lügner bezeichnet. 1924 - 1936 war er in Potsdam. Er wurde u.a. bestraft: 1919 mit 10 Monaten Gefängnis wegen Diebstahls, 1921 mit 6 Monaten Gefängnis wegen Diebstahls. Anschließend trieb sich R. als Bettler mit Zigeunern herum. 1928 erhielt er 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis wegen schweren Raubs, 1933 6 Monate Gefängnis und 4 Wochen Haft wegen Betrugs und Landstreicherei; danach war er 12 Monate im Arbeitshaus! (R. lieb sich als Bettler fremde Kinder aus!). 1936 wurde er zu 9 Monaten Gefängnis wegen Betrugs im Rückfall (typischer Bettelbetrug) verurteilt. 1938 bis 1940 war er wieder im Arbeitshaus. 1940 erhielt er 1 Jahr Gefängnis wegen eines unverschämten Bettelbetrugs, 1941 6 Monate Gefängnis wegen Betrugs im Rückfall. Der polizeilichen Vorbeugehaft entging er durch freiwillige Meldung zur Wehrmacht (bis 1943). 1944 wurde R. als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, Sicherungsverwahrung wurde angeordnet. Als letzte Vorstrafe wegen Betrugs wurden 1949 4 Monate Gefängnis verhängt.

Nun schlug seine Kriminalität in Sittlichkeitsdelikte um. 1950 wurde er zu 1 Jahr und 5 Monaten Gefängnis wegen Unzucht mit Kindern verurteilt. (Als Gewürzhausierer hatte er sich an Kinder zwischen 4 und 8 Jahren herangemacht und sie aufgefordert, sein Glied in den Mund zu nehmen). Die neuen Taten beging er nach einem Intervall von 6 Monaten seit Verbüßung der letzten Strafe in einer Schule gegenüber 5 noch in die Kinderschule gehenden Mädchen; als Mittel zum Anlocken der Kinder verschenkte er Bonbons.

1) 145.

II. Betrüger

1. Pseudologischer Schwindler¹⁾:

Der Angeklagte wurde 1920 geboren. Er wurde erstmals im Jahre 1937 durch das Amtsgericht U. wegen Fahrens ohne Führerschein mit einer Geldstrafe von RM 6,-- bestraft. Schon im Jahre 1939, also als 19-jähriger, erhielt er wegen Betrugs in 2 Fällen eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Im Jahre 1938 wurde gegen ihn wegen Betrugs eine Arreststrafe von 5 Tagen verhängt und im Jahre 1940 wurde er wegen Fahrens ohne Führerschein zu einer Geldstrafe von RM 30,-- verurteilt. Im Winter 1939 und anfangs des Jahres 1940 verübte der Angeklagte schwere Betrügereien, indem er sich gegenüber verschiedenen Personen als Postbeamter ausgab und behauptete, er müsse die Telefonanlage in ihrer Wohnung nachsehen. Dafür verlangte er Geldbeträge in verschiedener Höhe und erteilte Quittungen mit falschen Unterschriften. In zwei Fällen erschwandelte er unter falschem Namen kleine Darlehensbeträge. Er wurde daher am 19.6.1940 wegen Betrugs und Betrugsversuchs in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und wegen Unterschlagung zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr und 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Im August 1941 beging der Angeklagte wieder ähnliche Betrügereien, indem er vorspiegelte, er müsse als Angestellter der Reichspost Entstörungsarbeiten an Rundfunkgeräten vornehmen. Um diese Betrügereien begehen zu können, hatte er seine Arbeitsstelle grundlos verlassen. Er wurde deshalb durch das Amtsgericht H. am 23.2.1942 wegen Rückfallbetrugs und Pflichtdienstverweigerung zu insgesamt 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe hatte er am 10.7.1942 verbüßt.

Am 18.8.1944 wurde der Angeklagte als Volksschädling und Gewohnheitsverbrecher wegen fortgesetzten Betrugs im Rückfall zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Sicherungsverwahrung verurteilt. Wie sich aus dem Strafregistrauszug ergibt, wurde der Angeklagte in diesem Urteil als vermindert zurechnungsfähig erklärt.

Im Jahre 1940 beging der Angeklagte unter falschem Namen 5 Betrügereien. Er gab sich in der Regel bei Geschäftsleuten als Sohn eines Weingutbesitzers aus und ließ sich unter weiteren unrichtigen Behauptungen verpflegen und Sachen geben.

Nach seiner Verhaftung drohte er 3 Zeugen in Briefen damit, er würde seine sämtlichen Beweise an die kommunistische Partei und deren Zeitungen zum öffentlichen Aufruf mit Namensnennung weiterleiten, falls sie ihre Anzeige gegen ihn nicht zurücknehmen würden.

Der Angeklagte wurde wegen dieser Straftaten unter dem falschen Namen wegen 5 Vergehen des Betrugs und wegen 3 Vergehen der versuchten Nötigung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 9 Monaten verurteilt. Der Strafkammer waren dabei die Vorstrafen, die der Angeklagte unter seinem richtigen Namen erlitten hatte, nicht bekannt. Neben der Strafe wurde die Unterbringung des

Angeklagten in eine Heil- und Pflegeanstalt angeordnet. Im Urteil wurde ausgeführt, daß der Angeklagte von einem Sachverständigen als voll verantwortlich beurteilt worden sei, daß bei ihm nach Ansicht dieses Gutachters aber eine gewisse Bereitschaft zu Erregbarkeit und eine psychopathische Veranlagung vorliege. Ein anderer Sachverständiger hielt dagegen eine Psychopathie mit schwerem Krankheitswert für vorliegend. Der Angeklagte sei ein primitiver, affektlabiler, gemütskalter, leicht erregbarer, explosiver und geltungsbedürftiger Mensch, mit pseudologischen Zügen, Neigung zu Wahnbildungen, der auf kleinste Reizungen in Schimpfkanonaden und Bedrohungen ausbreche und dem der § 51 Abs. 2 StGB zuzubilligen sei. Zur Unterbringung wurde ausgeführt, daß mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten sei, daß der Angeklagte sofort nach der Entlassung wieder für die Bevölkerung recht gefährliche Betrügereien begehen werde und daß er für die Bevölkerung eine erhebliche Gefahr und Quelle der Beunruhigung darstelle.

Der Angeklagte wurde am 22.12.1948 nach Verbüßung einer Teilsstrafe in eine Nervenlinik eingeliefert. Am 26.9.1949 wurde dem Gericht von dort mitgeteilt, daß der Angeklagte sich tadellos geführt, zuverlässig gearbeitet und keine Schwierigkeiten gemacht habe, und daß die Voraussetzungen des § 42b StGB nicht mehr gegeben seien. Da die Nervenlinik trotz geäußerter Zweifel der Strafkammer T. bei ihrer Ansicht geblieben ist, wurde die angeordnete Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt ausgesetzt und der Angeklagte aus der Nervenlinik entlassen.

Die neuen Straftaten begannen im Jahre 1950.

2. Betrügerischer Vertreter¹⁾:

Der 52 Jahre alte Angeklagte ist der Sohn eines Malermeisters. Nach seinen eigenen Angaben besuchte er bis zum 14. Lebensjahr die Volks- und Mittelschule und machte anschliessend eine abgeschlossene kaufmännische Lehre durch. Im Jahre 1917 wurde er zur Kriegsmarine eingezogen, der er bis 1919, zuletzt als Obermatrose, angehörte. Danach trat er dem Freikorps Gerstenberger bei. Hier unterschlug er als Registerführer einen größeren Geldebtrag, was am 26.1.1921 zu seiner ersten Vorstrafe führte. In den folgenden Jahren war er dann bei verschiedenen Firmen tätig. Immer wieder wurde er jedoch straffällig, sei es, daß er Gelder seiner Arbeitgeber unterschlug, sei es, daß er sich betrügerisch betätigte. Schließlich häuften sich seine Straftaten in einem Maße, daß er vom Jahre 1933 ab mit nur noch kurzen straffreien Intervallen in Strafhaft einsaß. Zuletzt verbüßte er bis Oktober 1942 als Rückfallbetrüger eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren, der sich bis Mai 1945 seine Sicherungsverwahrung in der Sicherungsanstalt Schwäbisch Hall anschloß. In dieser Zeit erlernte er noch das Drechslerhandwerk.

1) 153.

Die Drechslerei ging bis zur Währungsreform recht gut. Er eröffnete einen selbständigen Betrieb. Zeitweise hatte der Angeklagte mehrere Arbeiter beschäftigt. Seine Hauptabnehmer waren Angehörige der amerikanischen Besatzungsmacht, zu denen er gute Beziehungen pflegte. An Lebensmitteln und Zigaretten litt er dadurch in dieser schlechten Zeit keine Not. Mit Ausnahme einer am 5.9.1946 erfolgten Verurteilung wegen Schwarzschlachtung u.a. wurde der Angeklagte bis dahin auch nicht wieder in einschlägiger Weise straffällig. Nach der Währungsreform ging das Geschäft jedoch immer mehr zurück, was den Angeklagten schliesslich veranlasste, sich einer anderen Tätigkeit zuzuwenden. Diese fand er ab Oktober 1948 als Anzeigen- und Abonnentenwerber für Zeitungen und Zeitschriften, sowie als Reisevertreter bei verschiedenen Firmen. Trotzdem er sich auf diesem Gebiet erst einarbeiten musste, hatte er überall gute geschäftliche Erfolge, was nicht zuletzt auf seine geistige Regsamkeit, sein gewandtes Auftreten und seine schlagende Überredungskunst zurückzuführen war. In demselben Maße aber, wie der Angeklagte dabei verdiente, wuchs auch seine schon früher hervorgetretene Sucht nach Geld und wurde ihm wieder zum Verhängnis. Hieraus erwuchsen dann die neuen Straftaten, wegen derer er vom 1.1.1950 bis 25.7.1950 in Untersuchungshaft und seit 2.6.1952 in Strafhaft einsaß.

III. Diebe

1. Wochenendhaus- und Gartenhütteneinbrecher¹⁾

Der im Jahre 1912 geborene Angeklagte wurde schon in früher Jugend elternlos. Mit 9 Jahren kam er in die Familie eines Schlossermeisters, nachdem er auch seine Mutter verloren hatte und wurde 2 Jahre später einer Bauernfamilie zur Erziehung zugewiesen. Nach dem Besuch der Volksschule begann er seine Lehre als Küfer, die aber auf Drängen eines Onkels, bei dem er das Gipserhandwerk erlernen sollte, abgebrochen wurde. Diese Lehre verliess der Angeklagte nach 2 Jahren angeblich wegen liebloser Behandlung und Ausbeutung seiner Arbeitskraft. Er arbeitete dann bei verschiedenen Bauern als Knecht, verliess aber, nachdem 1926 ein Fürsorgeerziehungsverfahren eingeleitet worden war, ohne Abmeldung seine letzte Stelle und wurde hierauf erstmals straffällig. Ein Einbruchsdiebstahl in ein Bauernhaus und der Diebstahl und die Unterschlagung je eines Fahrrades brachten ihm 1929 einen Monat Gefängnis ein; die Verbüssung dieser Strafe wurde ihm jedoch bis Dezember 1933 bedingt ausgesetzt und seine Fürsorgeerziehung angeordnet, worauf er drei Jahre lang in der Erziehungsanstalt Schönbrunn untergebracht wurde.

Nach seiner Entlassung diente der Angeklagte, nachdem seine erste Strafe inzwischen erlassen worden war, 14 Monate beim freiwilligen Arbeitsdienst. Anschliessend arbeitete er zunächst bei seinem Onkel, verschwand dort aber schon kurze Zeit später wiederum wegen angeblich zu schlechter Entlohnung unter Mitnahme eines seinem Onkel gehörigen Mantels und eines zur Bezahlung einer Rechnung überlassenen Geldebetrages, beging auf seiner Wander-

1) 137.

schaft noch einen Zechbetrug. Deswegen wurde er im April 1934 mit 3 Monaten Gefängnis bestraft, die er alsbald verbüßte.

Wegen eines am 10. August 1934, kurz nach seiner Entlassung aus der Strafhafte begangenen Fahrraddiebstahls wurde er im September 1934 erstmals wegen Diebstahls im Rückfall zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, die er bis 17. November 1934 verbüßte. Bereits am 24. November 1934 stahl er wiederum ein Fahrrad, erbrach einige Tage später eine Umkleidekabine und entwendete daraus verschiedene Gegenstände, weiter machte er sich eines erneuten Zechbetrugs schuldig und beging schliesslich einen weiteren Einbruchsdiebstahl, bei dem ihm Geld, Uhren und Ringe in die Hände fielen. Wegen dieser Straftaten verhängte das Amtsgericht S. am 23. Januar 1935 gegen ihn eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 5 Monaten und 15 Tagen Gefängnis, die er bis 22. April 1936 verbüßte. Eine nach seiner Entlassung aufgenommene Arbeit sagte ihm nicht zu, worauf er sich am 29. Juni 1936 auf Wanderschaft begab, zunächst wieder ein Fahrrad entwendete und in der Folge verschiedene Zechprellereien beging, wofür ihn das Amtsgericht M. am 3. September 1936 wegen Diebstahls i.R. und Betrugs i.R. zu der Gesamtstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis verurteilte, die er bis 19. August 1937 verbüßte. In diesem Urteil wird der Angeklagte als arbeitsscheu bezeichnet und ausgeführt, dass er sich zum gefährlichen Gewohnheitsverbrecher entwickelte.

Als solcher wurde er dann auch, nachdem er sich nach seiner Haftentlassung wieder um keine Arbeit bemühte, sondern in der Zeit vom 25. August bis zu seiner Festnahme am 12. Oktober 1937 seinen Lebensunterhalt durch eine neue Reihe von Einbruchsdiebstählen bestritten hatte, vom Schöffengericht S. am 20. Januar 1938 wegen fortgesetzten schweren Diebstahls i.R. zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Die neuerlichen Einbruchsdiebstähle waren gekennzeichnet durch ein rücksichtsloses Vorgehen des Angeklagten beim Aufbrechen von Türen und Behältnissen, wobei neben dem durch die Diebstähle angerichteten noch ein weiterer grosser Schaden entstanden war. Zwei Tage nach der am 20. Januar 1940 erfolgten Entlassung aus der Strafhafte begann der Angeklagte, der sich wiederum um keine Arbeit bemühte, eine neue Einbruchsserie, indem er in verschiedene Wochenendhäuser einbrach und daraus alles entwendete, was er gebrauchen konnte. Dabei hielt er sich in den Häusern jeweils mehrere Tage auf, bis die vorgefundenen Lebensmittelvorräte aufgebraucht waren. Als dann suchte er ein neues Wochenendhaus auf die gleiche Weise heim! Beim Einbruch in das 3. Wochenendhaus wurde der Angeklagte aber dann schon am 31. Januar 1940 wieder ergriffen und vom Landgericht K. am 4. Oktober 1940 wegen schweren Diebstahls im Rückfall in 2 Fällen als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher unter gleichzeitiger Anordnung der Sicherungsverwahrung und der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Revision des Angeklagten gegen dieses Urteil, mit der er seine Verurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher und die Anordnung der Sicherungsverwahrung bekämpfte, wurde durch Beschluss des Reichsgerichts vom 5. Dezember 1940 als

offensichtlich unbegründet verworfen. Nach teilweiser Verbüßung dieser Strafe bis 18. Januar 1943 wurde der Angeklagte als krimineller Häftling in das Konzentrationslager M. und später nach Auschwitz, Buchenwald und zuletzt in das KZ Zwiebergen überführt. Nach seiner beim Zusammenbruch im Frühjahr 1945 erfolgten Flucht wanderte der Angeklagte zu Fuss nach Württemberg, wo er, nachdem er wieder einen Einbruch in eine Jagdhütte verübt hatte, im Juni 1945 bei einem Bauern als Knecht Arbeit fand. Obwohl er dort über nichts zu klagen hatte, verübte er erneut einen Einbruch in dieselbe Jagdhütte und entwendete daraus ein Gramophon und 40 Schallplatten, um sich damit seine Langweile auf dem ihm zugewiesenen Zimmer während seiner Freizeit zu vertreiben. Am 1. Oktober 1945 wurde er wegen seiner Beziehungen zur Tochter seines Arbeitgebers fristlos entlassen, verübte drei Tage später einen Einbruch in dessen Keller und stahl daraus Lebensmittel. Nach einem erneuten Einbruch in die schon zweimal heimgesuchte Jagdhütte, bei dem er von deren Eigentümer überrascht wurde, flüchtete der Angeklagte nach E., brach dort in ein Gartenhaus ein und wurde deswegen durch Urteil des Amtsgerichts E. vom 12. Dezember 1945 wegen Hausfriedensbruchs zu 3 Wochen Gefängnis und wegen Landstreicherei zu 6 Wochen Haft verurteilt. Wegen der übrigen Einbrüche, die der Angeklagte verschwiegen, und die nicht angezeigt worden waren, unterblieb seine Verurteilung. Nach seiner Haftentlassung am 27. Dezember 1945 trat der Angeklagte bei einem Bauern in A. in Arbeit. Dort blieb er bis Ende Oktober 1946, kündigte aber auch diese Stelle wieder und arbeitete alsdann bei einem anderen Bauern im gleichen Dorf. Als es ihm nach einem Monat auch dort nicht mehr gefiel, weil er zur landwirtschaftlichen Arbeit keine Lust mehr hatte, nahm er "Urlaub" und fuhr mit seinen Ersparnissen in Höhe von DM 100,-- nach Stuttgart, wo er diese in 3 Tagen verbrauchte. Hierauf verlegte er sich wieder auf Einbrüche in Garten- und Wochenendhäuschen, wofür er am 21. April 1949 unter Zubilligung mildernder Umstände wegen 2 Verbrechen des schweren Diebstahls i.R. und eines Verbrechens des einfachen Diebstahls im Rückfall zu der Gesamtgefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt wurde. Das Landgericht sah von der Strafschärfung für gewöhnliche Gewohnheitsverbrecher und der Anordnung der Sicherungsverwahrung ab, um dem Angeklagten, der sich 3 Jahre angeblich straffrei geführt hatte, nochmals eine letzte Gelegenheit zur Umkehr zu geben. Es belehrte ihn jedoch darüber, dass er beim nächsten Rückfall keine Gnade mehr finden werde. Nach teilweiser Verbüßung dieser Strafe wurde der Angeklagte am 6. Juli 1951 entlassen, nachdem ihm für die Reststrafe am 27. Juni 1951 Bewährungsfrist bis 7. Juli 1954 bewilligt worden war.

Den bei seiner Entlassung gefassten Vorsatz, zu seinem letzten Arbeitgeber nach A. zurückzukehren, gab der Angeklagte in der Freiheit alsbald wieder auf, verbrauchte sein Entlassungsgeld von DM 125,-- in wenigen Tagen in Stuttgart und plante den Entschluss, seinen Lebensunterhalt wiederum durch fortlaufende Einbrüche in die ihn zum Teil von früher her bekannten in der näheren und fernerer Umgebung Stuttgarts gelegenen verlassenen

Wochenendhäuser, Gartenhäuser und Sporthäuser zu fristen, wobei er sich den Zutritt durch Erbrechen oder Aushängen der Läden und Einschlagen der Fensterscheiben oder durch Erbrechen der Türen unter Verwendung mitgebrachter oder am Tatort vorgefundener Haken oder Pickel verschaffte. Diesem einheitlichen Vorsatz folgend begann der Angeklagte Mitte Juli 1951, also 8 Tage nach seiner Haftentlassung, mit einer erneuten Reihe von Einbrüchen. Bis zu seiner am 29. September 1951 erfolgten Festnahme, hatte der Angeklagte zugegebenermassen 55 solcher Einbrüche verübt, von denen das Verfahren in 24 Fällen nach § 154 StPO eingestellt wurde und wegen 31 Fällen seine Verurteilung erfolgte. Bei diesen Einbrüchen fielen dem Angeklagten wieder vorwiegend Lebensmittel und Getränke in die Hand, die er teils an Ort und Stelle verzehrte; daneben stahl er aber auch Kleidungsstücke, Werkzeuge, Geld und Rauchwaren. Ausserdem richtete der Angeklagte durch sein gewalttätiges, rücksichtsloses Vorgehen teilweise erheblichen Sachschaden an.

2. Wohnungseinbrecher¹⁾

Der jetzt 45 Jahre alte Angeklagte ist der Sohn tschechischer Eltern. Er wurde in Wien geboren und besuchte dort die Volksschule und das Realgymnasium. Seine Eltern siedelten im Jahre 1919 von Wien nach Prag über, wo der Vater des Angeklagten nach seiner Darstellung als Baumeister ein eigenes Geschäft hatte. Der Angeklagte blieb bei Pflegeeltern in Wien zurück, um dort die Schule weiter zu besuchen. Durch den schlechten Einfluss seiner Pflegeeltern kam es, wie er behauptete, zu seinen ersten strafbaren Handlungen, nämlich Lebensmitteldiebstählen, zu denen er infolge der damaligen schlechten Verhältnisse leicht verführt werden konnte. Der Angeklagte erlernte später das Buchbinderhandwerk, arbeitete anschliessend kurze Zeit als Geselle, war vorübergehend bei seinen Eltern in Prag, kehrte dann nach Wien zurück und wurde dort mehrfach straffällig:

- 1) am 1.9.1922 wurde er wegen Diebstahls zu 5 Monaten schwerem Kerker verurteilt,
- 2) am 22.6.1923 wegen Diebstahls zu 3 Jahren schwerem Kerker,
- 3) am 19.6.1926 mit 18 Monaten schweren Kerkers und Landesverweisung,
- 4) am 23.12.1926 wegen Unzucht wider die Natur zu 6 Wochen schwerem Kerker,
- 5) am 5.4.1928 wegen Diebstahls und Ausweissmissbrauchs zu 5 Jahren schwerem Kerker,
- 6) am 22.6.1933 wegen Verbrechens der Unzucht wider die Natur zu 6 Wochen Kerker und wegen mehrerer Verbrechen des Einbruchsdiebstahls zu 3 Jahren schwerem Kerker.

1) 144.

Wo der Angeklagte sich in den folgenden Jahren aufgehalten hat, war in der Hauptverhandlung nicht mit Sicherheit zu klären. Während das Urteil des Landgerichts Lübeck vom 15.9.1951 feststellt, dass sich der Angeklagte von 1933 bis 1938 in der tschechischen Armee befunden habe, bestritt der Angeklagte in der Hauptverhandlung jemals irgendwelchen Heeresdienst geleistet zu haben.

- 7) Im Jahre 1941 wurde der Angeklagte erneut bestraft. Er erhielt durch das deutsche Landgericht in Prag am 11.12.1941 wegen schweren Rückfalldiebstahls 4 Jahre Zuchthaus. Gleichzeitig wurde Sicherungsverwahrung gegen ihn erkannt. Die Kriegsjahre verbrachte der Angeklagte teilweise im Zuchthaus, teilweise nach seinen Angaben im KZ. Nach Kriegsende wurde der Angeklagte nach seinen Angaben stellvertretender Vorsitzender einer Ortsgruppe der kommunistischen Partei in Prag. Er behauptete weiter, Differenzen mit der Parteileitung gehabt zu haben. Deshalb sei er im Jahre 1946 nach Deutschland gekommen. Er liess sich in München als ambulanter Händler nieder und lebte zunächst von Schwarzhandel. 1946 begab er sich vorübergehend in die russische Zone. Er wurde dort
- 8) durch Urteil des Amtsgerichts Reichenbach im Vogtland am 2.5.1947 wegen Diebstahls zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe hat der Angeklagte nur teilweise verbüsst. Am 13.6.1947 entwich er als Strafgefangener bei der Aussenarbeit. Der Angeklagte kehrte danach nach Bayern zurück und setzte sein kriminelles Leben fort. Er führte erneut Diebstähle aus und wurde
- 9) am 14.9.1948 durch das Amtsgericht München wegen eines fortgesetzten Verbrechens des schweren Diebstahls zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hat diese Straftaten im Herbst 1947 bis 29.6.1948 begangen. Die Strafe hat er teilweise verbüsst bis 9.11.1950. Der Strafrest wurde ihm bedingt erlassen. Nach seiner Entlassung aus der Strafhafte wurde der Angeklagte alsbald erneut straffällig und wurde
- 10) durch Urteil des Landgerichts Lübeck am 15.9.1951 wegen vollendeten Rückfalldiebstahls in einem Falle, wegen versuchten Rückfalldiebstahls in 2 Fällen und Besitz von Diebeswerkzeug zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren und 4 Monaten Zuchthaus und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein; das Urteil wurde infolgedessen nicht rechtskräftig. Am 2.11.1951 entwich der Angeklagte aus dem Krankenhaus in Lübeck, wo er zur Durchführung einer Blinddarmoperation aufgenommen worden war. Der Angeklagte begab sich nach München und führte hier sofort weitere strafbare Handlungen aus.

Die erneuten Diebstähle (überwiegend Wohnungseinbrüche) beging der Angeklagte Ende November 1951.

3. Unsteter Wanderdieb¹⁾

Der Angeklagte wurde am 2.11.1891 als Sohn eines Zimmermeisters in Köln/Rh. geboren. Sein Vater soll Trinker gewesen sein, seine Mutter hat als Waschfrau gearbeitet. Nach seiner Entlassung aus der Volksschule erlernte er das Zimmerhandwerk. Seine 3-jährige Lehrzeit beendete er jedoch nicht. Er verliess vielmehr kurz vor der Gesellenprüfung seine Lehrstelle und ging auf Wandering, wobei er immer wieder längere Zeit in Zimmergeschäften tätig war. Von 1911 bis 1912 war er ein Jahr lang Soldat. Im Jahre 1920 wurde der Angeklagte, nachdem er als Soldat den ganzen ersten Weltkrieg mitgemacht hatte, aus dem Baltikum als Vizefeldwebel aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Anschliessend arbeitete er bis 1926 bei verschiedenen Firmen als Zimmermann. Im Jahre 1926 ging der Angeklagte zur Legion nach Spanien, aus der er 1927, angeblich wegen Malaria, entlassen wurde. Die Zeit von 1928 bis 1936 verbrachte er zum grössten Teil im Zuchthaus. Im Jahre 1936 ging er dann mit einer Baufirma nach Spanien. Er will den ganzen Bürgerkrieg auf rotspanischer Seite als Legionär mitgemacht haben. Nach dessen Beendigung wurde der Angeklagte 1939 in Südfrankreich interniert und nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Frankreich im Jahre 1940 zur Organisation Todt verpflichtet. Die Jahre 1941 bis 1949 verbrachte der Angeklagte wiederum im Zuchthaus. Von 1949 bis zu seiner Verhaftung am 12.6.1953 zog er als Landstreicher durch die ganze Bundesrepublik.

4. Juwelendieb²⁾

Die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten sind verworren, unaufgeklärt und undurchsichtig. Er gehört zu jenen Menschen, denen es nicht gelungen ist, nach den Wirren des 2. Weltkrieges in ein geordnetes Leben zurückzufinden. Nur der Angeklagte kennt seine Vergangenheit; das Gericht ist daher seinen unwiderlegbaren Angaben gefolgt.

Danach wurde der Angeklagte am 2.5.1897 in Warschau geboren. Sein Vater hatte eine Hutfabrik. Der Angeklagte gehört dem jüdischen Glauben an. Er hat den Vornamen Beines. Er hatte noch einen Bruder mit dem Namen Wolf, der etwa im Jahre 1900 geboren ist und eine Schwester Leja, die etwa um das Jahr 1905 zur Welt gekommen ist. Er ist in Warschau aufgewachsen; dort hat er zunächst die jüdische Schule und vom 11. Lebensjahr ab bis zum Jahr 1914 die Volksschule besucht. Während des 1. Weltkrieges ist in Polen keine Schule abgehalten worden. Im Jahre 1919 hat der Angeklagte dann eine Lehrstelle als Zuschneider in Warschau angetreten; diese Lehre, die 3 1/2 bis 4 Jahre dauern sollte, hat er wegen des polnisch-russischen Krieges vorzeitig abgebrochen. Für den mittlerweile in das wehrdienstfähige Alter gerückten Angeklagten stand dann auch die Einziehung bevor. "Wer nun ausrücken konnte,

1) 161.
2) 162.

der ging". So auch der Angeklagte, der im Jahre 1922 unter falschem Namen nach Berlin ausrückte und zwar mit gefälschten Papieren. In Berlin hat der Angeklagte nicht gearbeitet; er hat vielmehr von dem Geld gelebt, das ihm seine Eltern geschickt haben. Er hat in Berlin ständig unter dem falschen Namen gelebt. Während seines Aufenthaltes in Berlin ist der Angeklagte von einem Berliner Schöffengericht wegen eines Ladendiebstahls bestraft worden. Die Höhe der Strafe konnte der Angeklagte selbst nicht mehr genau angeben; er meint aber, er habe ungefähr 3 - 4 Monate Gefängnis bekommen. Die Unterlagen über diese Straftat konnten nicht mehr beschafft werden.

Danach ist der Angeklagte im Jahre 1923 nach Warschau zurückgekehrt, wo er im Geschäft seines Vaters gearbeitet hat. Im Jahre 1927 hat der Angeklagte geheiratet. Aus der Ehe ist im Jahre 1929 ein Sohn und im Jahre 1933 eine Tochter hervorgegangen.

Die während des 2. Weltkrieges beginnende Judenverfolgung hat auch die Familie des Angeklagten nicht verschont. Der Angeklagte ist mit seinen Angehörigen im Jahre 1942 im Ghetto abgeschlossen worden. Vom Jahre 1943 ab wurden laufend Juden aus dem Ghetto abtransportiert unter dem Vorwand, sie müssten irgendwo arbeiten. Es hat sich dann aber herumgesprochen, dass diese abtransportierten Menschen vernichtet wurden, da sie nicht mehr zurückgekommen sind. Der Angeklagte nimmt an, dass auch seine Angehörigen auf diese Weise ums Leben gekommen sind. Er selbst aber hat das Ghetto im Frühjahr 1943 verlassen können und zwar auf Anraten seiner Frau. Ausserhalb des Ghettos hat er sich dann einem jüdischen Komitee, das im Verborgenen gearbeitet hat, angeschlossen und geholfen, das Ghetto mit Lebensmitteln zu versehen. Nun musste sich der Angeklagte wieder einen falschen Namen beilegen. Er hat dann von diesem vorerwähnten Komitee eine Kennkarte mit falschem Namen erhalten. Hierzu hat sich der Angeklagte noch einen Taufschein besorgt. Danach sollte er am 2.5. 1897 getauft worden sein. Diesen Taufschein hat er von einem katholischen Geistlichen in einem Ort, der etwa 30 km von Warschau entfernt liegt, erhalten. Dorthin ist der Angeklagte im Herbst 1943 gegangen, als er sich in Warschau nicht mehr halten konnte. Bei diesem Geistlichen hielt er sich etwa 7 - 8 Tage auf; dessen Schwester hatte er von Warschau her gekannt. In Lodz ist er unter seinem falschen Namen festgenommen worden und zwar für einen 3 - 4-tägigen Arbeitseinsatz. Man hat den Angeklagten dann aber nicht freigelassen. Nach 6 Tagen ist er entwichen. Als man ihn wieder festgenommen hatte, wurde er in mehreren Arbeitslagern in Lodz untergebracht. Anfangs des Jahres 1944 kam der Angeklagte schliesslich unter falschem Namen in das KZ-Lager Dachau. Er war dort als "Arier". Er hat auch einen Winkel getragen; welche Farbe dieser hatte, weiss der Angeklagte nicht mehr. Ende des Jahres 1944 oder Anfang 1945 ist es dem Angeklagten gelungen, aus dem KZ-Lager Dachau zu entfliehen. Er ist zunächst zu Fuss bis München geflohen. Anschliessend hat er sich ohne Erkennungspapiere bis in die Gegend von Kattowitz durchgeschlagen, wo er nochmals festgenommen wurde. Er hat dann gleich gesagt, dass er aus Dachau entwichen sei, worauf er ins Gefängnis

in Kattowitz gekommen ist. Ehe nun die Ermittlungen der Dienststellen in Kattowitz abgeschlossen waren, ist die polnische Exilarmee nach Kattowitz gekommen. Der Angeklagte wurde befreit. Zu dieser Darstellung des Angeklagten führen die Urteilsgründe aus:

"Dem Angeklagten ist bei der Würdigung seines Vorbringens nicht zu widerlegen, dass er als Jude verfolgt worden ist. Den Vorhalt, er sei nicht im KZ Dachau gewesen, liess er nicht gelten. Sein Vorbringen könnte ihm auch dann nicht widerlegt werden, wenn eine verantwortliche Person einer Auskunftsstelle als Zeuge gehört worden wäre, denn die KZ-Unterlagen sind nicht vollständig. Zumindest besteht im Hinblick auf die damaligen wirren Zeitumstände die Möglichkeit, dass die Unterlagen verloren sind. Erhebliche Bedenken bestehen aber gegen die Angaben des Angeklagten, er sei in Dachau als Arier geführt worden, denn diese Behauptung ist im Hinblick auf den radikalen Vernichtungswillen der Gestapostellen in Frage gestellt. Diesen Organen konnte ein Jude, wenn er einmal in ihren Händen war, kaum unkenntlich bleiben. Andererseits besteht keine Möglichkeit, diese Behauptung zu widerlegen, was aber notwendig wäre, da in den damaligen turbulenten Zeiten nichts unmöglich gewesen ist".

Im Anschluss an seine Befreiung war der Angeklagte zunächst wegen seiner Unterernährung und der damit verbundenen Gesundheitsschäden etwa 8 - 9 Monate im Krankenhaus in Kattowitz. Nach seiner Genesung hat er sich an das jüdische Komitee in Kattowitz gewandt. In diesem Kreis hat er zu erkennen gegeben, dass er Jude ist. Nach aussen hin führte er aber nach wie vor den falschen Namen und gab sich als Arier aus, weil er neue Judenverfolgungen befürchtete. Schliesslich ist der Angeklagte über die Tschechoslowakei etwa im Dezember 1946 nach Deutschland gekommen, um von hier aus nach Übersee auszuwandern. In Deutschland ist er nun unter seinem eigentlichen Namen im UNRRA-Lager Feldmoching aufgetreten. Den Dr. Titel, der ihm unter seinem falschen Namen genehm war, hat er nicht abgelegt. Er hatte nämlich am 16.1.1947 vor der Polizei in München-Feldmoching eine Kennkarte auf den Namen S., prakt. Arzt, geb. am 2.5.1886, erhalten. Der Beamte hatte sich bei der Aufnahme seiner Personalien verschrieben. In dieser Zeit hörte er von einem Juden, der aus Italien gekommen war, seine Schwester sei in Italien. Also begab er sich im Jahre 1947 auf den Weg dorthin. Da er aber von der IRO keine Reisepapiere bekam, ist der Angeklagte ohne solche abgereist. Kaum hatte er aber die deutsche Grenze hinter sich, als er von seinem eigentlichen Namen und den auf diesen Namen lautenden Papieren nichts mehr wissen wollte, weshalb, musste - wie so vieles aus dem Vorleben des Angeklagten - unaufgeklärt bleiben. Übernommen hat er aber den Beruf und so tauchte der Angeklagte in Italien als Dr. W. auf. Er ist nämlich von einem Gericht in Rom unter diesem Namen im Jahre 1948 zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er 2 Uhren, eine goldene und eine aus Nickel gestohlen hatte. Der Bestohlene soll "mur" ein Schmuggler gewesen sein. Was der Angeklagte im übrigen in Italien getrieben hat, konnte nicht festgestellt werden. Er ist von der Internationalen

Flüchtlingsorganisation (IRO) versorgt worden, die ihm auch schliesslich die Papiere für die Rückreise nach Deutschland beschafft hat. Einer geregelten Arbeit ist der Angeklagte in Italien nicht nachgegangen.

Ab Mai oder Juni 1950 war der Angeklagte wieder in Deutschland. Er ist als Dr.W. gekommen; dieser Name passte ihm auch weiterhin. Nach seiner Rückkehr wohnte er 6 - 7 Wochen im Lager Lechfeld bis zu seiner Verhaftung am 9.8.1950.

Der Angeklagte hatte nämlich bereits am 17.7.1950 in Köln einen Brillantring im Werte von etwa DM 2.500,-- gestohlen. Er war eigens zum Stehlen nach Köln gefahren. Er hatte sich ein Juweliergeschäft ausgesucht, ging hinein, brachte vor, er wolle einen Brillantring nach einem bestimmten Muster in einem Album bestellen; das Album habe er nicht bei sich, weshalb er wieder vorbeikommen werde. Schon nach etwa 20 Minuten kam er wieder und gab an, das Album werde ihn sofort gebracht und er wolle solange warten. Die Geschäftsleute boten ihm auch bereitwillig in der Nähe der Innenwand eines Schaufensters Platz an; dann widmeten sie sich der anderen Kundschaft. Nach etwa 1 Stunde meinte der Angeklagte, wenn seine Frau mit dem Album komme, solle sie auf ihn warten; er werde bald wieder zurückkehren. Alles war aber ein aufgelegter Schwindel, denn der Angeklagte hatte in der Zwischenzeit die Gelegenheit genützt, einen Ring aus der Schaufensterauslage, neben der er gesessen hat, zu stehlen. Das Schmuckstück verkaufte er dann in München für DM 600,-- an einen Unbekannten. Nach diesem Diebstahl (17.7.) hat der Angeklagte schon am 8. und 9. August 1950 erneut versucht, Schmuck zu stehlen, nämlich in Würzburg einen Ring im Werte von DM 1.100,-- und in Nürnberg einen Brillanten im Werte von etwa DM 1.900,--. Hierbei hat man den Angeklagten am 9.8.1950 ertappt und festgenommen. Durch das amerikanische Gericht in Würzburg wurde der Angeklagte am 13.9. 1950 wegen dieser beiden Diebstahlsversuche zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Ausserdem wurde er verurteilt, weil er unter falschem Namen aufgetreten war. Der Angeklagte hat aber von dieser Strafe nur etwa 3 Monate verbüsst.

Nachdem er diese Strafe abgesessen hatte, wurde er nach Köln verschubt, wo er vom Schöffengericht Köln am 13.6.1951 unter dem Namen S. zu 5 Monaten Gefängnis wegen des Diebstahls des Ringes verurteilt wurde. Diese Strafe hat der Angeklagte bis zum 23.7.1951 verbüsst.

Danach fuhr der Angeklagte nach München, um sich bei den dortigen IRO-Dienststellen nach einer Auswanderungsmöglichkeit zu erkundigen. Dort wurde er wegen weiterer Schmuckdiebereien, begangen seit September 1951, abgeurteilt. Der Angeklagte hatte nach Verbüssung seiner Strafe in Köln anschliessend die verschiedensten Städte in Deutschland aufgesucht und dort jeweils nach einer Diebesgelegenheit gespürt. Er war in vielen Städten; er hat aber, wie er selbst sagt, nicht in allen Städten eine "Gelegenheit zum Stehlen" gefunden. Er reiste auch deshalb umher, um in den verschiedensten Städten zu versuchen, einen falschen Pass eines nichtdeutschen Staates zu erlangen. Die Gelegenheit hierfür

hat sich aber einige mal zerschlagen. In Deutschland hatte der Angeklagte wohl von dem Landratsamt Schwabmünchen einen Fremdenpass auf den Namen Max Z., Mediker, geb. 2.2.1900 in Lodz, erhalten. Unter diesem Namen, mit geringfügigen Abweichungen ist der Angeklagte u.a. auch in Konstanz aufgetreten. Im Strafverfahren selbst hat er steif und fest an diesem Namen festgehalten. Erst in der Hauptverhandlung gab er an, der am 2.5.1897 geborene S. zu sein.

Der Angeklagte hat nach der Tat in Konstanz dann doch noch einen gefälschten dänischen Pass für angeblich DM 3.150.-- ergattert. Nun hat er sich noch Eric S., geb. 2.2.1900 in Kopenhagen, nennen können. Dieser Pass wurde aber zu seinem Verhängnis. Als er nämlich am 27.11.1951 mit seinem deutschen Pass nach Salzburg reisen wollte, wo er auch zuvor schon gewesen war, hatte der Zollbeamte den dänischen Pass gerade noch entdeckt und diesen aus der Manteltasche des Angeklagten herausgeholt. Der Angeklagte, der nur eine Aktentasche mit einigen Utensilien - das Geld in den Schuhen versteckt - bei sich hatte, wurde festgenommen. Der Plan des Angeklagten, mit dem gefälschten Paß nach Übersee oder wie er sagt, um die ganze Welt zu kommen, war dadurch gescheitert.

Der Angeklagte ist lungenkrank. Er hat, solange er in Deutschland war, nie gearbeitet. Er ist bis zum Jahre 1950 von der IRO betreut worden. Nachher hat er keine Unterstützung mehr bezogen. Der Angeklagte hat auch keinen Antrag auf Wiedergutmachung gestellt.

5. Wohnungs- und Geschäftseinbrecher¹⁾

Der 31-jährige Angeklagte wurde als uneheliches Kind einer landwirtschaftlichen Arbeiterin im Kreis Saaz geboren. Da die in Arbeit stehende Mutter das Kind nicht selbst aufziehen konnte, kam der Angeklagte bald nach seiner Geburt zu fremden Leuten. Der natürliche Vater des Angeklagten leistete zwar anfangs Unterhaltsbeiträge, später kümmerte er sich jedoch nicht mehr um das Kind. Sobald sich die wirtschaftliche Lage der Mutter des Angeklagten etwas gebessert hatte, nahm diese das Kind von der Pflegestelle fort und gab es in ein Waisenhaus in Saaz. Hier besuchte der Angeklagte auch die ersten Klassen einer deutschen Volksschule. Seine Leistungen entsprachen, seinen Angaben zufolge, durchschnittlichen Anforderungen. 1930 heiratete die Mutter des Angeklagten. Noch am Tage ihrer Hochzeit nahm die Mutter des Angeklagten, die sich sehr um das Kind annahm und der der Angeklagte zeit ihres Lebens auch stets grosse Anhänglichkeit bewies, ihr Kind in ihren ehelichen Haushalt. Der Stiefvater des Angeklagten hatte als Maurer und Brauer einen bescheidenen, aber einträglichen Verdienst. Er gab seinem Stiefsohn seinen Namen und war bemüht, aus diesem einen rechtschaffenden Menschen zu machen. Zusammen mit seinem Halbbruder verlebte der Angeklagte eine glückliche und sorglose Jugend. 1931 übersiedelte die Familie nach Böhmisches-Eisenstein. Die wirtschaftliche Bedrückung und die politischen Verhältnisse zwangen den Stiefvater, den Angeklagten in die tschechische Schule zu geben. Der an sich nicht besonders begabte Angeklagte erreichte infolge Schulwechsels das Klassenziel nicht mehr und musste nach mehrfacher Wiederholung der 5.

Klasse mit 14 Jahren die Schule verlassen. Die Berufswahl führte zum ersten Bruch des Angeklagten mit seinem Stiefvater. Dieser wollte aus dem Angeklagten einen Bauarbeiter machen, während die Neigung des Angeklagten einem landwirtschaftlichen Beruf galt; er wollte Schweizer werden. Bald nach seiner Schulentlassung verliess der Angeklagte das Elternhaus und begab sich in die Nähe von Prag, um dort als landwirtschaftlicher Arbeiter Stellung zu finden. Die völlige Lösung des noch nicht gereiften Angeklagten vom Elternhaus glückte diesem aber nicht. Nach wenigen Monaten schwerer landwirtschaftlicher Arbeit suchte und fand er wieder Schutz bei seinen Eltern. Die bereits kränkelnde Mutter verwendete den Jungen für kleinere Hausarbeiten und verhinderte damit, dass der Stiefvater den Angeklagten zu harter und geregelter Arbeit anhielt. Mehrere Jahre verbummelte so der Angeklagte mit für ihn nutzlosen häuslichen Arbeiten. 1935 verliess er ein zweites Mal das Elternhaus und verdingte sich als Pferdepfleger bei einem Zirkus. Mehrere Jahre zog er mit dem Zirkus umher. Das unstete, bunte und abenteuerliche Leben sagte ihm zu. Kurz vor der Besetzung Böhmens durch deutsche Truppen wurde er noch zum tschechischen Militär einberufen. Nach der Besetzung verpflichtete sich der Angeklagte, nunmehr einem Rat seines Stiefvaters folgend, als Bauarbeiter in das Reichsgebiet nach Döbeln in Sachsen. Auch an diesem Arbeitsplatz hielt es der Angeklagte nicht lange aus. Kurz vor Weihnachten 1938 kehrte er in das Elternhaus zu seiner erkrankten Mutter zurück. Bei Ausbruch des Krieges wurde der Angeklagte als Bauarbeiter auf dem Autobahngelände bei Nürnberg verpflichtet. Vom Wehrdienst war er infolge eines Hör- und Augenfehlers zunächst zurückgestellt. Zu Beginn des Jahres 1940 übernahm der Angeklagte eine Stelle als landwirtschaftlicher Arbeiter in Raindorf bei Nürnberg. Hier wurde er zum ersten Mal wegen eines Eigentumsdeliktes straffällig. Nach seinen nicht nachprüfbaren Angaben hat er aus einem in seiner Knechtskammer stehenden Koffer eines Frontsoldaten ein Hemd entwendet und erhielt wegen dieser Tat die ausserordentlich harte Strafe von 15 Monaten Zuchthaus, zu verbüssen im Zuchthaus Kaisheim. Infolge der Kriegsverhältnisse wurde der Angeklagte bis zum Mai 1944 festgehalten und in mehreren Arbeitslagern eingesetzt, zuletzt in einer Munitionsfabrik in Hohenbrunn. Nach seiner Entlassung suchte er wieder seine Eltern auf. Seine Mutter war inzwischen verstorben und sein Vater im Arbeitseinsatz. Wieder hielt es den Angeklagten nur wenige Monate zu Hause; im Juni 1944 ging er mit einem durchziehenden Zirkus nach Österreich. Im Herbst des gleichen Jahres verliess er zusammen mit einem Kameraden Österreich und begab sich als Truppführer für Ostarbeiter nach Ungarn zum Stellungsbau. Beim Näherücken der Front verliess er seine Einheit und flüchtete nach Westen in den Bregenzer Wald, wo er sich bis zum Einrücken der Amerikaner versteckt hielt. Der Angeklagte kehrte nochmals in seine Heimat zurück, beteiligte sich hier an einer Partisanenbewegung gegen die Tschechen in den böhmischen Wäldern und wurde dann ergriffen und interniert. Im November 1945 gelang ihm die Flucht nach Bayern. In Zwiesel stellte er sich amerikanischen Behörden. Er hoffte hier, bei Verwandten seines Stiefvaters Unterkunft und

Unterhalt zu finden. Als der Angeklagte das bei seiner Flucht aus der Heimat mitgenommene Geld verbraucht hatte, begann er wieder sein unstetes Leben. Er zog von Flüchtlingslager zu Flüchtlingslager. Ein Versuch, nach Übersee auszuwandern, scheiterte. Er blieb einige Wochen in Hamburg und lebte vom Verkauf von Zigaretten.

Nach Bayern zurückgekehrt, machte er vom Flüchtlingslager Schallding aus seine Streifzüge. Er verlegte sich auf Einbruchsdiebstähle und entwendete entweder allein oder mit Komplizen Lebensmittel, Kleidungsstücke, Geldbeträge, Wert- und Gebrauchsgegenstände. Der Angeklagte gibt an, er habe sich zu diesen Straftaten entschlossen, weil alle seine Bemühungen, in den Besitz ordnungsmässiger Papiere zu gelangen, gescheitert seien und er ohne Ausweise jeweils nur Gelegenheitsarbeiten vermittelt erhalten habe.

IV. Diebe und Betrüger

1. Internationale Täter¹⁾

Der Angeklagte wurde in der Schweiz als Sohn eines Österreichers geboren. Die Mutter war Schweizerin und starb 1914. Der Vater des Angeklagten kehrte erst 1923 aus russischer Kriegsgefangenschaft in die Schweiz zurück. So wuchs der Angeklagte bei Tanten und seiner Grossmutter auf. In der Schule war er ein mittelmässiger Schüler; er erlernte später das Schuhmacherhandwerk. Ab 1932 begann er (in der Schweiz) straffällig zu werden. Nach der Verbüssung einer Strafe verliess er die Schweiz und ging in den Heimatort der Familie in Krain. Von dort wurde er nach einer Strafe nach Österreich abgeschoben, er wurde aber als jugoslawischer Staatsangehöriger anerkannt.

Sein Vater starb 1935. Nachdem erhielt der Angeklagte laufend Strafen. 1936 wurde er wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeitsgefährdung nach Jugoslawien ausgewiesen. Er erhielt dort u.a. ein Jahr schweren Kerker in Laibach. Darauf wurde er auch aus Jugoslawien ausgewiesen und begab sich nach Deutschland. Hier setzte er die Reihe seiner Straftaten fort. In der Zwischenzeit war er einmal wieder in Jugoslawien, kam aber 1941 nach Konstanz. Dem Strafvollzug einer verhängten Strafe entzog sich der Angeklagte durch Flucht.

Die Straftaten des Angeklagten waren zumeist Betrügereien, Unterschlagungen, Veruntreuungen und Diebstähle, in einem Fall ausserdem eine schwere Urkundenfälschung.

2. Der Täter nutzt Gelegenheiten bei Arbeiten aus²⁾

Der Angeklagte wurde 1915 als Sohn eines städtischen Arbeiters geboren. Sein Vater kam 1944 bei einem Fliegerangriff ums Leben, während seine Mutter z.Zt. der letzten Verurteilung noch in Wiesbaden wohnhaft war. In der Volksschule war der Angeklagte ein mittlerer Schüler, sitzen blieb er nie. Nach seiner Schul-

1) 76.

2) 117.

entlassung ging er in eine kaufmännische Lehre, die er nach 2 Jahren abbrach, angeblich, weil der kaufmännische Beruf ihm keine Freude machte. Schon mit knapp 15 Jahren wurde der Angeklagte zum ersten Mal straffällig und zwar wurde er im März 1930 vom Jugendgericht Mainz wegen Betrugs, Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, erhielt aber Bewährungsfrist. Über die Straftaten, die zu dieser Verurteilung führten, kann der Angeklagte keinerlei Angaben mehr machen.

In der Folgezeit verrichtete der Angeklagte verschiedene Gelegenheitsarbeiten. Durch Urteil des Jugendgerichts Mainz vom 10.10.1933 wurde der Angeklagte wegen Unterschlagung und Diebstahls zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt, auch wurden Erziehungsmassnahmen gegen ihn angeordnet und die Vollstreckung der Strafe vorerst ausgesetzt. Trotzdem musste er am 20.4.1934 vom Bezirksschöffengericht Mainz wegen fortgesetzten Betrugs zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt werden, die er am 25.4.1935 verbüsst hatte. Die Akten über diese Vorstrafen sind verbrannt.

1936 will der Angeklagte beim Arbeitsdienst gewesen sein und mit seinen Kameraden gut ausgekommen sein. Bald darauf will er bei einer Sammlung für eine Arbeitsdienstzeitung RM 200.-- unterschlagen haben, an die weiteren Straftaten kann sich der Angeklagte nicht mehr erinnern. Er erhielt durch Urteil der Grossen Strafkammer des Landgerichts Mainz vom 26.1.1937 wegen Betrugs in 8 Fällen in Tateinheit mit schwerer Privaturkundenfälschung und Unterschlagung 3 Jahre 4 Monate Gefängnis abzüglich 4 Monate Untersuchungshaft. Während der Strafverbüssung erlernte er in der Strafhaf das Herrensneiderhandwerk, eine Prüfung legte er aber nicht ab. Als er während der Strafvollstreckung zu Arbeiten am Westwall eingesetzt war, entwich er. Der Angeklagte behauptet, anlässlich dieser Flucht die Arbeitskleider und einen Regenmantel mitgenommen zu haben. Er wurde durch Urteil des Bezirksschöffengerichts Mainz vom Mai 1939 wegen Rückfallbetrugs in 3 Fällen zu 2 Jahren Zuchthaus und RM 50.-- Geldstrafe, evtl. 10 Tage Zuchthaus verurteilt. Die Strafe von 1937 hat der Angeklagte am 25.2.1940 verbüsst, anschliessend verbüsst er die Strafe von 1939 bis 10.3.1942. Die Akten über diese beiden Bestrafungen sind ebenfalls verbrannt.

Danach war er kurze Zeit in Mainz beschäftigt. Im November 1942 verheiratete er sich. Kinder sind aus dieser Ehe nicht hervorgegangen. Obwohl er an sich wehrunwürdig war, wurde er im November 1942 zur Wehrmacht eingezogen, wo er zunächst zu einem Bewährungsbataillon kam. Im April 1943 wurde er in Afrika am linken Fuss verwundet. Nach seiner Genesung kam er nach Sizilien, wo er am Bauch verwundet wurde. In Deutschland hat der Angeklagte angeblich bei der Ausstellung eines neuen Soldbuchs den ihm nicht zustehenden Dienstgrad eines Gefreiten eintragen lassen; er wurde deshalb durch Urteil der Kommandantur der Befestigung Eifel und Saarpfalz, Zweigstelle Baumholder, im Januar 1944 wegen unbefugten Uniformtragens, Urkundenfälschung und unerlaubter Entfernung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Diese Vorstrafen sind nicht greifbar. Dem Angeklagten wurde Bewährungsfrist

bis Kriegsende bewilligt, worauf er am 13.3.1944 aus der Strafhaft entlassen wurde.

Hierauf kam er wieder zum Einsatz nach Mährisch-Ostrau, wo er im März 1945 am linken Unterschenkel verwundet wurde. Im Lazarettzug geriet er in Gefangenschaft, will aber entwichen und im August 1945 wieder in Mainz gewesen sein.

In der Folgezeit ging der Angeklagte keiner geregelten Tätigkeit nach. Ab und zu machte er Schneiderarbeiten auf dem Land und wandte sich dem Schwarzmarkt zu. In Mittenwald will er in kurzer Zeit einmal RM 5.000.-- bis RM 6.000.-- verbraucht haben. Im Januar 1946 entwendete der Angeklagte einer Witwe, bei der er Schneiderarbeiten verrichtet hatte, etwa 20 Pfund Fett, 20 Dosen Wurst und etwa 3 Pfund Schinken, ferner unterschlug er eine Aktentasche, die er leiweise erhalten hatte, und eine Uhr, die er zur Reparatur geben sollte. Nach seiner Vernehmung im Januar 1946 entzog er sich der Verantwortung durch die Flucht, so dass er erst im September 1947 festgenommen werden konnte. Durch Urteil des Amtsgerichts Ingelheim wurde der Angeklagte im Oktober 1947 wegen Diebstahls und Unterschlagung zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Schon damals stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag, ihn als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher zu verurteilen. Das Gericht sah hiervon ab mit der Begründung, der Angeklagte sei vorwiegend durch die Zeitverhältnisse zu der Tat verführt worden. Im März 1948 entwich der Angeklagte aus der Strafhaft. Die Ehefrau des Angeklagten reichte hierauf die Ehescheidungsklage ein, die Klage musste dem Angeklagten öffentlich zugestellt werden. Durch Urteil des Landgerichts Mainz wurde hierauf die Ehe im Dezember 1948 aus alleinigem Verschulden des Angeklagten geschieden. In den Gründen des Ehescheidungsurteils wurde ausgeführt, dass der Angeklagte sich nach seiner Flucht aus der Strafanstalt in keiner Weise mehr um seine Ehefrau gekümmert und zu anderen Frauen Beziehungen angeknüpft hatte. Mit einer dieser anderen Frauen hatte er sich sogar verlobt, wobei er die Tatsache, dass er verheiratet war, verschwiegen hatte.

Der Angeklagte behauptete über die auf seine Flucht folgende Zeit folgendes: Er habe sich in die Ostzone begeben und sei nach Leipzig gereist. Bei einer Kontrolle durch die Volkspolizei habe er sich einen falschen Namen zugelegt, um vor der westdeutschen Polizei sicher zu sein. Er habe sich dann auf dem Arbeitsamt vertraglich zum Uranbergbau in Sachsen verpflichtet, von wo er im November 1948 nach Joachimstal verlegt worden sei. Dort sei er im November 1949 verunglückt, so dass er bis Februar 1950 ins Krankenhaus gekommen sei. Dann sei er geflohen und über Westberlin in die Bundesrepublik gekommen und über Frankfurt nach Freiburg gereist.

In Freiburg kam er im März 1950 an. Seinen falschen Namen hatte er beibehalten. Sämtliche Straftaten beging er unter diesem falschen Namen. Noch während des ganzen Ermittlungsverfahrens behauptete er, Karl-Heinz W. zu heissen, obwohl er von seinen früheren Schwiegereltern an Hand eines Lichtbildes eindeutig als Helmut B. erkannt und durch seine Fingerabdrücke überführt worden war. Erst nach der Anklageerhebung im Juni 1951 gab er zu, Helmut B. zu sein.

3. Fahrraddieb und Darlehensschwindler

Der Angeklagte kam schon in seinem ersten Lebensjahr zu seinen Grosseltern nach Schwebenried und blieb dort bis zu seinem 6. Lebensjahr. Mit Beginn der Volksschulzeit wurde der Angeklagte bei seinen Eltern in Würzburg, wo er die Volksschule besuchte, erzogen. Im Alter von 10 Jahren kam er ins Realgymnasium. Da er "insbesondere in Latein nicht mitkam", brachten ihn nach einjährigem Besuch dieser Anstalt seine Eltern in Karlstadt bei zwei Schwestern unter, wo er die Volksschule mit guten Ergebnissen hinter sich brachte. Nach der Entlassung nahm ihn sein Vater, der damals eine Drogerie in Würzburg betrieb, als Lehrling ins Geschäft. Da sein Vater mit seinen Leistungen nicht zufrieden war und er auch in der Drogistenschule "nicht mitkam", gab ihn sein Vater einem Schlossermeister in die Lehre. Der Angeklagte will seinerzeit stets grundlos von seinen Eltern bestraft, insbesondere oft in den Keller und in den Speicher gesperrt worden sein. Deshalb und weil er für den Beruf eines Schlossers "zu schwach" gewesen sei, sei er eines Tages weggelaufen. Sein Vater habe ihn nun im Benediktinerkloster Münster Schwarzach untergebracht. Ausweislich einer Feststellung der Abtei ist der Angeklagte seinerzeit wegen geistiger Anormalität nicht aufgenommen worden. Er selbst will jedoch als "Abteizögling" im Kloster gewesen sein, dort aber von seinem Vater bald wieder abgeholt worden sein. Es habe sich damals ein Klosterbruder an ihn herangemacht, um ihn zur Unzucht zu missbrauchen; weil er darüber gesprochen habe, sei er von dem damaligen Prior beschimpft, anschliessend von seinem Vater geholt und nach Hammelburg in das Kinderheim Marienruhe verbracht worden, wo er auch als landwirtschaftlicher Praktikant habe arbeiten sollen. Der Angeklagte will dort 8 Monate verbracht und insbesondere "Abendkurse" besucht haben.

In seinem 16. Lebensjahr hatte der Angeklagte bereits ein intimes Liebesverhältnis mit dem bei seinen Eltern beschäftigten Dienstmädchen. Seine landwirtschaftliche Praktikantenzeit will der Angeklagte nicht zu Ende geführt haben, weil er eines Tages von diesem Dienstmädchen angerufen und gebeten worden sei, sofort nach Würzburg zu kommen. Dort habe er von ihr erfahren, daß sein Vater sich an sie habe heranmachen wollen. Da er deshalb seinem Vater Vorwürfe gemacht habe, sei er von ihm geschlagen worden, weshalb er mit dem Mädchen nach München gefahren sei. Dort habe er das Liebesverhältnis mit ihr jahrelang fortgesetzt. Er wurde im Februar 1923 Vater eines unehelich geborenen Kindes. Die erste Bestrafung des Angeklagten erfolgte im Dezember 1921. durch das Amtsgericht München zu zwei Monaten Gefängnis wegen Diebstahls; er will damals zum ersten Mal Fahrräder in seinem Leben gestohlen haben. Nach der Verurteilung sei er zunächst "in einem Heim bei Schleisheim untergekommen", dann in das Gefängnis Landsberg zur Strafverbüßung.

Im Februar 1922 wurde der Angeklagte durch das Schöffengericht Nürnberg wegen Diebstahls, Landstreicherei und Tragens verbotener Waffen zu zwei Monaten Gefängnis und 4 Tagen Haft verurteilt.

Er will damals nach der Entlassung aus dem Gefängnis Landsberg ohne Geld gewesen sein, habe auch von seiner Geliebten keines erhalten können und sei deshalb "gezwungen gewesen" zu stehlen; "wahrscheinlich" sei es ein Fahrrad gewesen.

Nach Verbüßung dieser Strafe verurteilte ihn das Amtsgericht Ingolstadt im Juni 1922 zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten, die 1. und 4. Strafe mit eingerechnet. In Würzburg hatte der Angeklagte bei einem Glasermeister ein Fahrrad entwendet und dieses verkauft. Im November wurde der Angeklagte aus der Strafhafte entlassen.

Nun will er von seinen Eltern nicht mehr aufgenommen worden sein. Sein Vater habe ihn auf der Strasse in den Leib getreten, seine Mutter ihm ins Gesicht gespuckt. Deshalb sei er nach Frankfurt am Main und Kassel gefahren um Verwandte zu besuchen. Sein Onkel habe ihm 20,-- Mark für die Rückfahrt gegeben. Das Geld will der Angeklagte verbraucht und dann wieder Fahrräder gestohlen haben. Im Juli 1924 wurde er deshalb vom Amtsgericht Kassel zu 6 Monaten Gefängnis - wobei der grösste Teil durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt war - und wegen späterer, in München verübter Fahrraddiebstähle dort im September 1924 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach der Strafverbüßung ging er ebenfalls wie schon vorher keiner Arbeit nach, stahl wiederum Fahrräder, so dass er im September 1925 durch das Amtsgericht München wegen Diebstahls i.R. zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Da der Angeklagte auch in Frankfurt/am Main Fahrraddiebstähle verübt hatte, verhängte das dortige Schöffengericht im März 1926 gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Diese beiden Strafen wurden auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 1 Monat zurückgeführt und vom Angeklagten bis September 1926 verbüßt.

Er kehrte nun wieder in seine Vaterstadt zurück, ging aber auch hier keiner Arbeit nach, ernährte sich vielmehr vom Verkauf gestohlener Fahrräder. Er wurde deshalb im Dezember 1926 durch das Amtsgericht Würzburg wegen vier Verbrechen des einfachen Diebstahls i.R. zu insgesamt 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Neben Diebstählen verübte der Angeklagte auch Betrügereien, wobei die Taten nicht mehr feststellbar sind und der Angeklagte sich auch nicht mehr daran erinnern können will. Er wurde deshalb im Januar 1927 durch das Amtsgerichts Windsheim zu drei Tagen Gefängnis und im Februar 1927 durch das Amtsgericht Ebersberg zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Aus den Strafen von einem Jahre und drei Monaten Gefängnis und 14 Tagen wurde durch Beschluss des Amtsgerichts Würzburg vom 7.5.1927 eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten und einer Woche gebildet, die der Angeklagte bis zum März 1928 verbüßte.

Weitere nach dieser Haftentlassung verübte Fahrraddiebstähle führten im Juli 1928 zu einer Verurteilung von 1 Jahr Zuchthaus durch das Amtsgericht Münster und Unterschlagungshandlungen zu einer Bestrafung durch das Amtsgericht Wesermünde im Juli 1928 zu 3 Monaten Gefängnis. Beide Strafen wurden zurückgeführt auf eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 1 Monat, die der Angeklagte bis zum August 1927 verbüßte. In Wesermünde war der Angeklagte

kurze Zeit in einer Wäscherei als Fahrer beschäftigt, will die Arbeit aber, weil er "zu schwach" gewesen sei, wieder aufgegeben haben. Die Unterschlagungen bestanden darin, dass er ihm von seinen Vermietern anvertraute Gelder nicht zum Ankauf von Waren verwendet, sondern für sich verbraucht hatte. Das Amtsgericht Weissenfels sprach gegen den Angeklagten im Januar 1930 wegen Betrugs und Unterschlagung 6 Monate und eine Woche Gefängnis aus, das Amtsgericht München im April 1930 wegen fortgesetzten Diebstahls i.R. zwei Jahre Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Aus diesen beiden letzten Strafen wurde mit Beschluss des Amtsgerichts München im April 1930 eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten gebildet. Im Februar 1932 wurde der Angeklagte wieder aus der Haft entlassen. Der Münchener Verurteilung lag zugrunde, daß der Angeklagte in der Zeit vom 7.9.1929 bis 29.10.1929 in den Städten Trier, Köln, Koblenz, Wiesbaden, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Ulm, Augsburg und München fortlaufend, zusammen etwa 30 Fahrräder entwendet und verkauft hatte. Erst durch seine am 31.10.1929 in München erfolgte Verhaftung konnte damals seinem Treiben ein Ende gesetzt werden. In den Gründen des Urteils des Amtsgerichts München ist folgendes ausgeführt:

Dem Angeklagten wurden mildernde Umstände versagt. Er war knapp 1 Monat aus dem Zuchthaus entlassen, als er seine Arbeit wieder im Stiche liess und unter Begleitung einer grösseren Unterschlagung von Geld, das ihm eine Frau anvertraut hatte, flüchtig ging. Hierauf lebte er von den eingangs festgestellten Diebstählen. Er ist in Anbetracht seiner Jugend sehr oft und schwer einschlägig vorbestraft und hat auch hier den Diebstahl gewerbsmässig betrieben.

Das war alles straf erhöhend; strafmildernd konnte lediglich sein nunmehriges umfassendes Geständnis verwertet werden, wenn auch dieses Geständnis von dem Angeklagten in seinem eigenen Interesse abgelegt wurde, um wie er sagte, reinen Tisch zu machen und vor späteren Strafverfolgungen geschützt zu sein. Es erschien so nach eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren schuldentsprechend. Dass der Angeklagte vom Diebstahl den Lebensunterhalt bestritt und Fahrräder wahllos gestohlen hat, die, wie er sehen konnte, lauter Leuten gehörten, die selbst nur in bescheidenen Verhältnissen leben, verrät eine ehrlose Gesinnung. Dem Angeklagten wurden daher die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt".

Kurz nach der Haftentlassung lernte der Angeklagte seine jetzige Frau kennen, sie war Porzellanmalerin. Er begann mit ihr ein Liebesverhältnis und zog mit ihr nach Rehau, wo ihre Eltern wohnten. Dort will der Angeklagte keine Arbeit gefunden haben, weshalb er nach Leipzig gefahren sei und dort wieder gestohlen habe, um leben zu können. In der Sitzung des Schöffengerichts Leipzig vom Juni 1932 wurde gegen den Angeklagten für die fortgesetzten Rückfalldiebstähle auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren erkannt. Der Angeklagte hatte nach den Urteilsgründen innerhalb dreier Wochen bis zu seiner am 29.4.1932 erfolgten Verhaftung mindestens 23 Fahrräder gestohlen und verkauft und "den Erlös aus den Diebstählen in Gesellschaft leichtfertiger Menschen ausgeben".

Auch diese Strafe, die der Angeklagte bis zum 1.11.1934 verbüßte, hielt ihn nicht von weiteren Straftaten ab, weshalb er im Februar 1936 durch das Sondergericht Dortmund wegen Unterschlagung, Besitz von Diebeswerkzeugen, fortgesetzten Fahrraddiebstahls i.R., verbotenen Uniformtragens und Tragens von Parteiabzeichen zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Sicherungsverwahrung verurteilt wurde. Diese Strafe hatte der Angeklagte im Mai 1940 verbüßt. Der Angeklagte will anschliessend in verschiedenen KZ's gewesen und erst im Juni 1945 durch die amerikanische Besatzungsmacht aus der Strafanstalt Staubing entlassen worden sein.

Der Angeklagte begab sich nach dem 15.6.1945 nach Rehau, wo er am 30.6.1945 geheiratet hat. Die Ehefrau des Angeklagten hatte neben dem am 9.1.1933 geborenen Kind, dessen Vater der Angeklagte ist, ein weiteres Kind geboren, dessen Vater der Angeklagte nicht sein kann. Der Angeklagte "galt" nach seiner Entlassung aus der Haft in Rehau zunächst als politisch Verfolgter. Er übte aber keinen Beruf aus, sondern trieb sich in verschiedenen Städten herum, so dass er zur Beschaffung seines Lebensunterhalts auf den schwarzen Markt angewiesen war. Wegen verschiedener, in der Folgezeit begangener Straftaten wurde er am 14.2.1947 gegen ihn Haftbefehl erlassen und er am 4.3.1947 festgenommen. Die Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Main erkannte in der Sitzung vom 15.7.1947 gegen ihn wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit fortgesetztem Betrug, wegen einfachen Diebstahls im Rückfall und wegen fortgesetzter unbefugter Führung eines akademischen Grades auf eine Gesamtstrafe von 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren. Der Angeklagte hatte sich als Diplomkaufmann ausgegeben und u.a. Flüchtlinge um RM 5.300.--, ihr letztes erspartes Geld, beschwindelt. Das Urteil führt inden Strafzumessungsgründen aus:

" Das Vorleben des Angeklagten beweist, dass es sich bei ihm um einen Menschen handelt, der seine ihm von der Natur mitgegebenen Fähigkeiten immer wieder zu strafbaren Handlungen missbraucht und dann, wenn er sich nach Verbüßung einer Strafe wieder der Freiheit erfreut, innerhalb ganz kurzer Zeit erneut straffällig wird. So hat er auch die nach der Entlassung aus der gewiss harten Sicherungsverwahrung ihm gegebene Chance zum Beginn eines neuen Lebens nicht genutzt, sondern sich alsbald wieder zu neuen Unehrligkeiten hinreissen lassen. Seine häufigen Rückfälligkeiten sowie die hier vorliegenden neuen Straftaten sowie seine Beziehungen zu Frauen, denen er - unter Verschweigen der Tatsache, dass er selbst verheiratet war - gewissenlos einer nach der anderen und sogar mehreren gleichzeitig die Ehe versprach, beweist, dass er keinerlei moralischen Halt mehr besitzt und sich bei ihm ein verbrecherischer Hang zu Unehrligkeiten gebildet hat. Der Angeklagte ist ein Mann, der keinerlei Milde mehr verdient, und auf den nur noch eine ganz erhebliche Strafe einen Eindruck machen kann.

Im Falle 2 kommt bei Bemessung der aus § 267 Abs. III zu entnehmenden Strafe zu diesen allgemeinen Gesichtspunkten hinzu, dass es sich um einen ganz groben Vertrauensbruch handelt, den der Angeklagte den Eheleuten H. gegenüber begangen hat. Obwohl

ihm bekannt war, dass beide als Ostflüchtlinge ihr gesamtes Hab und Gut verloren hatten und sich mit dem Rest ihrer Ersparnisse eine neue Existenz gründen wollten, hat er sich nicht gescheut, diesen eine solche Enttäuschung zu bereiten und sie auch um ihr letztes Geld zu bringen. Aus all diesen Gesichtspunkten, insbesondere auch wegen des erheblichen Vermögensschadens, und unter besonderer Berücksichtigung des bei Anwendung der oben erwähnten Sperrvorschrift aus dem Vergleich mit § 268 a.F. sich ergebenden Strafrahmens hielt das Gericht eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren für angemessen".

Der Angeklagte gibt weiter zu, dass er eine gewisse E.G., die sich mit ihm "verlobt gefühlt" hatte und deren Schwester aus Garmisch anfangs 1947 um DM 30.000,-- geschädigt hat und diesen Betrag, anstatt damit einen Industriebetrieb zu errichten, für sich verbraucht hat. Diese strafbaren Handlungen wurden seinerzeit in dem Verfahren vor dem Landgericht Frankfurt nicht angeklagt und demgemäß auch nicht zur Verurteilung gebracht. Der Angeklagte begab sich nach seiner am 10.9.1950 erfolgten Entlassung aus der Haft nach Rehau zu seiner Ehefrau. Er arbeitete zunächst als Hilfsarbeiter bei seiner Firma bis Ende November 1950, verliess dann seinen Arbeitsplatz freiwillig, um in einem Fuhrunternehmen mitzuhelfen. Hier will der Angeklagte nach wenigen Wochen die Arbeit wieder niedergelegt haben, weil der Betrieb von Pferdefuhrwerk auf Lastwagenbetrieb umgestellt worden sei und die Verwaltungsbehörde ihm einen Führerschein verweigert habe. Nun war der Angeklagte für den Sankt-Josefs-Verlag in Regensburg tätig und verkaufte auf Provision "Mit Christus durch die Welt". Da ihm die Legitimationskarte durch die Verwaltungsbehörde verweigert wurde, stellte er Ende Januar seine Vertretertätigkeit wieder ein. Er kehrte nicht zu seiner Familie zurück und suchte auch keine andere Arbeit mehr. Im Februar begannen die neuen Straftaten des Angeklagten, vorwiegend Fahrraddiebstähle.

4. Herumstreunender Dieb und Betrüger¹⁾

Der Angeklagte wurde 1909 in Deidesheim/Pfalz als Sohn eines Maurers geboren. Er kam als 4. von 8 Kindern auf die Welt. Nach seiner Entlassung aus der Volksschule fing er zunächst eine Malerlehre an. Schon im Alter von 16 Jahren wurde der Angeklagte straffällig. Er fälschte Rechnungen seines Lehrherrn und wurde deswegen durch Urteil des Amtsgerichts Pforzheim im Februar 1926 wegen Urkundenfälschung und Betrugs zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, unter Zubilligung von Bewährungsfrist. Auch wurde er unter Schutzaufsicht gestellt. Schliesslich musste er wegen seiner schlechten Führung in die Erziehungsanstalt Flehingen gebracht werden, wo er mit einer Schneiderlehre begann. In der Anstalt führte er sich schlecht, er brannte mehrfach durch und unternahm einen etwas theatralischen Selbstmordversuch. Nach Beendigung der Anstaltserziehung bestand er seine Gesellenprüfung als Schneider. Auch jetzt konnte er sich nicht zu einem geordneten Leben bereithalten, denn schon am 20.1.1931 wurde er durch

1) 115.

Strafverfügung des Bezirksamts Karlsruhe wegen Landstreicherei und Bettels zu 2 mal 6 Tagen Haft verurteilt. Diese Strafe blieb völlig ohne Wirkung auf den Angeklagten, denn schon am 27.4.1932 wurde er vom Amtsgericht Calw wegen schweren Diebstahls und Bettels zu 5 Monaten Gefängnis und 12 Tagen Haft verurteilt. In der Zeit vom 25.1. bis 27.2.1935 beging der Angeklagte in Pforzheim und Umgebung in 3 Fällen Strassenraub, davon 2 mal bei Nacht und mit besonderer Gewaltanwendung. Er wurde deswegen durch Urteil der Grossen Strafkammer beim Amtsgericht Pforzheim vom 30.4.1935 wegen mehrfach schweren Strassenraubs zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach Verbüssung im Jahre 1942 wurde der Angeklagte nicht freigelassen, er kam vielmehr in das KZ Flossenbürg. Im April 1945 kam er noch zu einem SS Pionier-Batl. und bald darauf nach Hause (Pforzheim). Schon kurz darauf und zwar am 17.11.1945 öffnete er gegen 22.00 Uhr mittels eines Dietrichs die Tür einer Gastwirtschaft und Metzgerei in Pforzheim und entwendete Fleisch, Wurst und Geld. Er wurde deswegen durch Urteil des Amtsgerichts Pforzheim im Januar 1946 wegen erschweren Diebstahls i.R. zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Als bald nach dieser Verurteilung und zwar noch vor Verbüssung des grössten Teils seiner Strafe kam der Angeklagte in ein amerikanisches Internierungslager, da ihm zur Last gelegt wurde, er habe sich als "Capo" im KZ Übergriffe zuschulden kommen lassen. Aus dem Internierungslager wurde er am 9.5.1947 entlassen. Später kam er in Haft der französischen Militärbehörden, weil er behauptet hatte, der ehemalige SS-Sturmchef Hermann K. aus Karlsbad zu sein. Am 15.5.1948 wurde er dann auch aus dieser Haft entlassen.

Am 13.2.1949 richtete der Angeklagte an die Landespolizei in Freudenstadt einen Brief, indem er sich u.a. selbst zu Unrecht verdächtigte, im Jahre 1945 6 amerikanische Flieger erschossen und gemeinsam mit einem Unterscharführer im Walde verscharrt zu haben, ausserdem 1944 in Reims 16 französische Zivilisten und 1945 16 Elsässer erschossen zu haben. Er wurde deswegen durch Urteil des Amtsgerichts Freudenstadt im Mai 1949 unter Anrechnung vermindelter Zurechnungsfähigkeit (§ 51 Abs. II StGB) wegen Vortäuschung einer Straftat zu einer Geldstrafe von DM 150,- verurteilt.

Im Juni 1949 entfernte der Angeklagte aus der Kennkarte eines verstorbenen Goldschmieds dessen Lichtbild und klebte an dessen Stelle sein eigenes Lichtbild auf, worauf er mehreren Personen gegenüber als Hermann H. auftrat. Im Juni 1949 erbrach er einen Verkaufsstand, stieg ein und entwendete Spirituosen, Zigarren, Zigaretten und Geld im Gesamtwert von DM 400,-. Er wurde deswegen durch Urteil des Schöffengerichts Neuenbürg/Wttbg. vom 8.9.1949 wegen schweren Diebstahls i.R. und Urkundenfälschung zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr und 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe hat der Angeklagte am 7.11.1950 verbüsst, wobei ihm für einen Strafrest von 3 Monaten Bewährungsfrist bewilligt wurde.

In den Zeiten, in denen er nicht in Haft gewesen ist, will der ledige Angeklagte als Hausschneider an den verschiedensten Orten

gearbeitet haben. Vor Weihnachten 1950, also mehrere Wochen nach seiner Entlassung aus der Strafhft, kam der Angeklagte als Haus-schneider zu den Eheleuten B. in Rohrbach-Obertal (bei Furtwan-gen), wo er etwa 14 Tage lang arbeitete, wobei er im Anwesen der Eheleute B. auch wohnte und gepflegt wurde. Von Rohrbach-Obertal aus begab sich der Angeklagte zur Arbeit als Hausschneider zu anderen Leuten nach Langenbach. Im Januar oder Februar 1951 holte der Angeklagte bei den Eheleuten B., die er später beraubte, noch sein Fahrrad ab.

5. Einbrecher und Betrüger (unter Verwendung gefälschter Urkun-den¹⁾)

Der Angeklagte wurde 1926 als uneheliches Kind geboren. Wegen schlechter erzieherischer Verhältnisse bei seiner Mutter wurde die gerichtliche Fürsorgeerziehung angeordnet, als der Angeklagte noch nicht ganz 3 Monate alt war. 1932 kam der Angeklagte wieder aus dem Fürsorgeheim zu seiner Mutter zurück, nachdem diese inzwischen den Vater des Angeklagten, geheiratet hatte, wodurch der Angeklagte legitimiert wurde. Im Jahre 1934 wurde die Fürsorgeerziehung aufgehoben. In Mannheim besuchte der Angeklagte 8 Jahre die Volksschule und begann nach der Schulentlas-sung eine Lehre als Schriftsetzer. Diese beendete er jedoch nicht, sondern verliess Mannheim und begab sich zu einer Bekann-ten nach Salzburg. Nach seiner Rückkehr von Salzburg half er in der Gastwirtschaft seines Vaters, die dieser 1939 in der Innen-stadt Mannheims betrieb, ohne sonst einer geregelten Arbeit nach-zugehen.

Schon im Alter von 11 Jahren begann der Angeklagte strafbare Handlungen zu begehen. 1937stahl er an einem Verkaufsstand Blu-men, 1939 versuchte er aus einer Ladenkasse Geld zu entwenden, fälschte ausserdem Sammelisten, unterschlug den gesammelten Betrag und verübte einen weiteren Diebstahl von RM 10.--.Die erste Strafe - 3 Wochen Jugendarrest - erhielt er 1940, weil er im Mannheimer Strandbad Diebstähle verübte und Geld von einem Strafunmündigen angenommen hatte, obwohl ihm bekannt war, dass dieses Geld aus einem Diebstahl stammte. Diese Strafe hat der Angeklagte bis Februar 1941 verbüsst.

Im Juni 1942 wurde er vom Amtsgericht Mannheim wegen Betrugs zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Gleichzeitig wurde erneut Für-sorgeerziehung gegen ihn angeordnet. Nach der am 10.6.1942 er-folgten Strafverbüßung war er 8 Monate in der Erziehungsanstalt Flehlingen untergebracht. Dort erlernte er das Schlosserhandwerk und wurde auf Betreiben seines Vaters, der eine neue Lehrstelle für ihn gefunden hatte, entlassen. Aus der neuen Lehre ging er im Juni 1943 durch, bestahl seinen Vater, Bekannte und Solda-ten und verübte Betrügereien, weshalb er im September 1943 vom Amtsgericht Mannheim eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr erhielt, die er bis Juni 1944 verbüßte. Infolge seiner Einberufung zur Wehrmacht wurde die Fürsorgeerziehung im Juli 1944 aufgehoben. Im September 1945 kam der Angeklagte von Berlin aus russischer Kriegsgefangenschaft zu seinen Eltern nach Mannheim zurück und erhielt bereits nach 5 Monaten eine neue Gefängnisstrafe von 10 Monaten, weil er unter dem Vorbringen, er sei bei einer amer-kanischen Dienststelle angestellt, sich in das Polizeipräsidium

Mannheim eingeschlichen und im Einwohnermeldeamt und in der Paßstelle unbefugt Urkunden ausgestellt hatte.

Im Juli 1946 wurde der Angeklagte vom Amtsgericht Mannheim wegen Diebstahls, fortgesetzter Urkundenfälschung und Unterschlagung unter Einbeziehung der vorher erkannten Strafe von 10 Monaten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe verbüßte er bis zum Juli 1947 im Jugendgefängnis Ulm und kehrte nach seiner Entlassung auch kurze Zeit zu seinen Eltern zurück. In Mannheim beging er zwei Einbruchsdiebstähle. Darauf ging er wieder nach Ulm zurück, um dort bei einem Bekannten, den er im Jugendgefängnis kennengelernt hatte, verschiedene Kleidungsstücke zu entwenden. Durch Urteil des Amtsgerichts Ulm im September 1947 wurde er wegen Diebstahls i.R. zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, die er bis Januar 1948 verbüßte.

Im September 1947 ging er, als er zu einer Vernehmung zur Kriminalpolizei Ulm verbracht wurde, flüchtig. Im Februar 1948 wurde der Angeklagte wegen der nach der Entlassung aus dem Jugendgefängnis Ulm in Mannheim begangenen Einbruchsdiebstähle vom Landgericht Stuttgart zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Aus den Strafen vom Januar und Februar 1948 wurde eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis gebildet, die der Angeklagte teilweise verbüßte, während ihm für 6 Monate bedingte Strafaussetzung gewährt wurde. Bereits 8 Tage nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt verübte er zum Teil zusammen mit einem anderen, zum Teil allein Fahrraddiebstähle, wofür er im Juni 1950 vom Landgericht Mannheim zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Zur Verbüßung dieser Strafe wurde er in die Landesstrafanstalt Mannheim eingeliefert. Im März 1951 wurde er dort von einer Augenkrankheit befallen und zur Behandlung und Operation in das Krankenhaus Mannheim überführt. Von dort wurde er Anfang Juni 1951 entlassen, ging kurze Zeit zu seinen Eltern und streifte anschliessend im gesamten Bundesgebiet umher, bis er im Juli 1951 erneut in Duisburg verhaftet wurde.

Schluss: Ergebnisse und Ausblick

13. Kapitel: Vergleiche mit den Gesamtergebnissen der Reichs- und Bundeskriminalstatistik

§ 54: Die Gewohnheitsverbrecher in der Kriminalstatistik

I. Reichskriminalstatistik 1934 - 1936, mit Hauptergebnissen 1937 - 1939¹⁾

In der amtlichen Reichskriminalstatistik liegen Zahlen nur für Verurteilungen nach § 42e StGB vor, dagegen keine Zahlen für Verurteilungen nach § 20a o h n e gleichzeitige Anordnung der Sicherungsverwahrung. Eine Aufschlüsselung nach Delikten ist nur für die Jahre 1934 - 1936 erfolgt. Sicherungsverwahrung ist angeordnet worden:

Tabelle 90:

Anordnungen der Sicherungsverwahrung im
Deutschen Reich 1934 - 1939

	1934	1935	1936	1937	1938	1939	zusammen
ordentl. Verfahren	1356	864	773	703	925	1827	
nachtr. Verfahren	2367	600	173	62	39		
zusammen	3713	1464	946	765	964	1827	9679 ²⁾

1) Statistik des Deutschen Reiches, Band 507, S. 174 ff und Band 577, S. 100 ff (1935), S. 254 ff (1936), S. 26, S. 34 (1937 und 1938), (1939).

2) Von einer falschen Gesamtzahl 7700 ist für 1934 - 1939 Seibert, a.a.O., S.257, ausgegangen.

Tabelle 91:

Anordnung der Sicherungsverwahrung bei den einzelnen Straftaten¹⁾

Straftat	1934	1935	1936
113, 114	2		2
118, 119	1		
120	1		
122	4	3	
123	1		
125	1		
früh. 134a ²⁾	1		
Geldfälschg. 146, 147	35	14	5
151	1	1	
154	4	1	1
154, 157 oder 158	4	2	
159 1 F.	1	3	1
164	1		1
173	3		
174 Nr. 1	1	1	1
175 (175a)	5	2	16
175b			2
176 Nr. 1	5	2	1
176 Nr. 2	1		
176 Nr. 3	81	55	38
177	7	13	6
180	1		
181 Nr. 1	1		
181 Nr. 2	1	1	
181a	31	16	3
183	21	9	3
185, 186	5	4	1
187	1		
211	7	1	7
212, 213	23	11	5
214 aF	6	6	
218	3		
218 Abs. 4 ³⁾	18	10	6
222	1		
223, 223a	10	5	4
224, 225	1	2	
226	6	2	2
227			1
239	1		
240	1		
242	21	11	4
242, 244	898	272	166
243	155	44	33
243, 244	1414	554	342

- 1) Gesetzesbestimmung nach der die Verurteilung erfolgte (einschliesslich der Verfahren nach Art. 14 des AG vom 24.11.1933, RGBI 1933 I, S. 1000 ff) und § 429e StPO. Statistik des Deutschen Reiches, Band 507, S. 174 ff und Band 577, S. 100 ff und 254 ff.
- 2) 134a aF = öffentl. Beschimpfung des Reiches usw.
- 3) 218 Abs. 4 aF = gewerbsmässige Abtreibung.

noch Tabelle 91:

Straftat	1934	1935	1936
245a	6	1	3
246	16	3	5
249	9	8	3
250 1-4	65	32	22
251	2		1
252	5	2	
255	4	1	3
250 5	3	3	1
253	10	6	5
257	1		
258	7		
259	25	7	3
260	14	8	4
261	18	4	
263	32	13	7
264	629	296	195
265	1	1	
266	2	4	
267	1		
268	41	13	17
271	2		2
292 ff	3	3	2
294	6		1
303	1	1	
308	10	2	6
306	6	3	6
309	1		
Sprengstoff-Verbr.	2	1	1
Verrat militärischer Geheimnisse	1		
Unbefugte Behandlung v. Geschlechtskranken	1		
Waffengesetz	3		
VO z. Schutz von Volk und Staat	1	1	
Unbefugt. Tragen von Uniformen	6	3	5
Unternehmen der Tötung eines Richters usw.	2		
Devisenvergehen		3	1

II. Bundeskriminalstatistik 1950 - 1957¹⁾

Auch in der Bundeskriminalstatistik liegen für 1950 - 1953 keine Zahlen für Verurteilungen ausschliesslich nach § 20a StGB (ohne Anordnung der Sicherungsverwahrung nach § 42e) vor, ab 1954 sind die Verurteilungen als gefährliche Gewohnheitsverbrecher schlechthin ersichtlich, von 1956 an sogar aufgeschlüsselt nach § 20 a I und II.

Tabelle 92:

Anordnung der Sicherungsverwahrung 1950 - 1957

1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	zus.
130	95	118	95	127	163	176	188	1092

1) Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bände 158, 172, 229; weiter zitiert in Niggemeyer, a.a.O., S.10.

§ 55: Vergleich der Gesamtstatistik mit dem Material der Arbeit

Den insgesamt 9679 Verurteilungen im gesamten Reich in den Jahren 1934 bis 1939 gegenüber nehmen sich die hier für den gleichen Zeitraum vorliegenden 61 Urteile, die noch nicht einmal alle Sicherungsverwahrung anordnen, recht bescheiden aus.

Tabelle 94:

Verurteilungen der Freiburger Gerichte
1934 bis 1939

	1934	1935	1936	1937	1938	1939	zusammen
M	20	9	5	6	7	9	56
W	2	1	1	1	-	-	5
	22	10	6	7	7	9	61

Allerdings ist auch die Bevölkerungszahl des Berichtsbezirks und seine wirtschaftliche Struktur gering im Vergleich zum damals (1938, 1939) bereits "Grossdeutschen Reich". Anders dagegen fällt ein Vergleich in den Jahren 1951 bis 1953 aus.

Tabelle 95:

Verurteilungen in Baden-Württemberg und Bayern
1951 bis 1953

	1951		1952		1953		zusammen	
	20a	SV	20a	SV	20a	SV	20a	SV
M	22	21	26	26	35	25	83	72
W	5	5	2	2	2	1	9	8
	27	26	28	28	37	26	92	80

Hier sind von insgesamt 208 in diesen Jahren in der Bundesrepublik erfolgten Verurteilungen mit Anordnung der Sicherungsverwahrung doch eine grosse Reihe erfasst. Aufgrund der Sammlung

von 80 von insgesamt 208 Sicherungsverwahrung aussprechenden Urteilen ist es schon möglich, ein recht zutreffendes Bild der Kriminalität zu finden, jedenfalls ein zutreffenderes, als es die dünnen Zahlen der Statistik, auch wenn sie vollständig sind, vermögen.

In den Vorkriegsjahren betrug der Jahresdurchschnitt der Verurteilungen zu Sicherungsverwahrung etwa 1600¹⁾, in den Jahren 1950 bis 1957 etwa 136, also ungefähr 1/12 des Durchschnitts der Vorkriegsjahre²⁾.

Aus diesen mitgeteilten Zahlen ist jedenfalls ersichtlich, dass in den Jahren 1946 und 1947 zunächst so gut wie kein Gebrauch von der Sicherungsverwahrung gemacht worden ist³⁾, dass aber seit 1948 in zunehmendem Maße wieder Sicherungsverwahrung angeordnet wird, ohne auch nur bei weitem die Vorkriegszahlen bis heute zu erreichen.

Trotzdem ist es verständlich, wenn - im Vergleich zu den Vorkriegszahlen - die Scheu der Gerichte, auf Sicherungsverwahrung zu erkennen, Praktikern ernste Sorgen bereitet⁴⁾.

Das wichtigste Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ist die Bestätigung der Tatsache, dass der Tatrichter schon recht frühzeitig die Gefahr künftigen Rückfalls und damit die Gefährlichkeit des Täters für die Allgemeinheit sowohl im Zeitpunkt der Verurteilung, als auch für den Zeitpunkt der späteren Entlassung mit einer hohen, in krassen Fällen mit einer "an Sicherheit grenzenden" Wahrscheinlichkeit bestimmen und wissenschaftlich untermauert begründen kann. Voraussetzung ist allerdings, dass der Richter die sich aus den bisherigen Prognoseversuchen ergebenden, für den Täter negativen Umstände kennt und richtig wertet. Da der Begriff der Gefährlichkeit eine sichere Erfolgserwartung nicht einschliesst, ist den Bedürfnissen der Praxis Genüge getan. Eines der - vielleicht nur instinktiven - Hauptbedenken gegen die Anordnung der Sicherungsverwahrung erscheint deshalb

1) Nicht 1300, wie Seibert a.a.O., S. 257 annahm.

2) In den Kriegsjahren nahmen die Verurteilungen sogar noch teilweise zu. Seibert, a.a.O., S. 257 kommt wegen des falschen Durchschnitts der Vorkriegsjahre zu dem Verhältnis 1 : 10.

3) So auch Seibert, a.a.O., S. 257.

4) Kleffel, a.a.O., S. 249.

ausräumbar.

Die Arbeit zeigt weiter, von welcher grosser Bedeutung die genaue Erforschung der Persönlichkeit des Täters ist, vor allem - aber nicht nur! - auch hinsichtlich der Vorstrafen und der Rückfallgeschwindigkeit.

Die Auswahl der Erscheinungsbilder der Taten soll nicht nur Schlüsse auf die statistische Tathäufigkeit einiger Begehungsweisen ermöglichen. Es soll vielmehr vor allem gezeigt werden, welche Bedeutung der nuancierten Betrachtung der Tatumstände für die Bewertung der Schuld des Täters zukommt, und welche Schlüsse aus der Art der Tatbegehung auf die Persönlichkeit des Täters gezogen werden können.

Die Bedeutung der Umweltgestaltung tritt bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern weit zurück. Es ist aber gut ersichtlich, wie gerade der gefährliche Gewohnheitsverbrecher seine Tatbegehung der jeweiligen Umwelt anpasst, dass er also nicht ein Opfer widriger Umwelteinflüsse ist. Die grosse Bedeutung von Elternhaus, Erziehung und Beruf des Täters bei den gefährlichen Gewohnheitsverbrechern u.a. an dem hohen Prozentsatz früheren Fürsorgezöglinge augenfällig.

§ 56: Kritische Betrachtung der Sicherungsverwahrungspraxis der Nachkriegszeit

Aus der relativ kleinen Zahl der Urteile, die in der Nachkriegszeit Sicherungsverwahrung anordneten und aus der Praxis, dass nur bei relativ hohen Begleitstrafen zu dieser Massregel gegriffen wurde, kann ganz allgemein der Schluss gezogen werden, dass gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher in der Nachkriegszeit verglichen mit der Vorkriegs- und Kriegszeit weit mildere Unrechtsfolgen verhängt wurden. Durch das vorliegenden Aktenmaterial wird das Ergebnis der Abgeurteiltenstatistik des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 1950 - 1953¹⁾ z.B. beim Betrug bestätigt:

1) v.Knoblauch, a.a.O., S.201.

Tabelle 96:

Wegen Betrugs im Bundesgebiet Abgeurteilte
1950 bis 1953

	1950	1951	1952	1953
abgeurteilt	24170	33818	45893	52460
verurteilt	19424	27872	37297	42085
davon § 264	1805	2217	2790	3577
Im Inland mehr als 4 mal vorbe- straft = %	3008 12,74	4990 14,75	6403 13,95	7875 15,01
bereits früher SV	93	76	75	54
mehr als 1JGef ¹⁾	1976(651)	1706(602)	1865(724)	1938(884)
Zuchthaus ¹⁾	342(295)	270(247)	296(291)	333(301)
SV	43	33	64	18

Aber nicht nur beim Betrug, sondern ganz allgemein wurde in der Nachkriegszeit von der Möglichkeit der Sicherungsverwahrung zu wenig und zu zögernd Gebrauch gemacht. Während in den Jahren 1934 bis 1939 die Sicherungsverwahrung, die keine nationalsozialistische Erfindung ist, in mehr als 7000 Fällen angeordnet worden war, wodurch die schwere Kriminalität weitgehend eingeschränkt wurde²⁾, sind in den Jahren 1950 bis 1955 in der Bundesrepublik nur folgende Urteile mit Anordnung der Sicherungsverwahrung ergangen:

Tabelle 97:

Urteile mit Anordnung der Sicherungsverwahrung
1950 bis 1955

Jahr	1951	1952	1953	1954	1955
Anzahl	95	118	95	113	183

1) In Klammern: Davon § 264.

2) Niggemeyer, a.a.O., S.9 (auch zu den Gründen des Rückgangs der Verurteilungen und Abhilfemöglichkeiten).

Dagegen ist in den 6 Jahren von 1934 bis 1939 Sicherungsverwahrung in rund 9600 Fällen angeordnet worden, also in einem Jahresdurchschnitt von etwa 1600 Fällen. Dreher¹⁾ weist darauf hin, dass nach dem Urteil erfahrener Beobachter es durch diese rigorose Anwendung der Sicherungsverwahrung in der Tat gelungen sei, das Gewohnheitsverbrechertum weitgehend auszuschalten. Auch erscheint die Häufigkeit der Anordnung 1934 bis 1939 weniger auffällig, wenn man sie mit den britischen Verhältnissen vergleicht: England²⁾ hat im Jahre 1948 zwei Verwahrungsformen eingeführt, die zusammen etwa unserer Sicherungsverwahrung entsprechen, das corrective training und die preventive detention. Im Sommer 1954, also auch 6 Jahre nach der Einführung, befanden sich etwa 4000 Verurteilte in diesen Verwahrungsformen.

Verglichen mit diesen Zahlen ist die - ebenfalls von Dreher mitgeteilte - Anzahl der am 1.6.1953 Sicherungsverwahrten (=318) und die Anzahl der noch im Strafvollzug befindlichen Strafgefangenen, gegen die die anschließende Sicherungsverwahrung angeordnet worden war (=473) ausserordentlich niedrig. Dreher konnte deshalb mit gutem Grund feststellen, dass die Sicherungsverwahrung in äußerster Gefahr ist, ihre Funktion als wirksames Mittel der Kriminalpolitik zu verlieren, zumal die Häufigkeitsziffern - d.h. die Zahl der bekannt gewordenen Taten auf 100 000 Einwohner-gerade der vor anderen infrage kommenden Delikte erheblich gestiegen sind³⁾.

Die deutsche Sicherungsverwahrungspraxis erscheint noch fragwürdiger, wenn man berücksichtigt, dass die Sicherungsverwahrung bei Tätern, die noch nicht 25 Jahre alt sind, praktisch überhaupt nicht und bei Tätern, die das 30. Jahr noch nicht erreicht haben, nur selten angeordnet wird. Man kann daraus schließen, dass die gefährlichen Gewohnheitsverbrecher erst dann in

1) Dreher, a.a.O., S.51.

2) Criminal Justice Act, deutsch in der Sammlung ausserdeutscher Strafgesetzbücher, Nr. 55 (zitiert nach Dreher, a.a.O.).

3) Häufigkeitsziffern einiger Delikte a) 1938 und b) 1955:
Raub und räuberische Erpressung a) 2,3 b) 7,1;
schwerer Diebstahl a) 118,6 b) 261,2;
Unzucht mit Kindern a) 21,5 b) 31,9;
(zitiert nach Dreher, a.a.O., S.51 f.)

die Sicherungsverwahrung kommen, wenn sie ihre kriminelle Laufbahn im wesentlichen hinter sich haben. Ausserdem erfolgen die Entlassungen im Durchschnitt schon nach 3 Jahren¹⁾.

Nach diesen Feststellungen, die durch die Untersuchung bestätigt werden, kann nur gefordert werden, dass die Gerichtspraxis bis zum Inkrafttreten einer Reform des Maßregelrechts von der Sicherungsverwahrung einen häufigeren und strengeren Gebrauch macht, dass vor allem auch die Gewohnheitsverbrecher durch frühzeitige Anordnung der Sicherungsverwahrung noch vor dem Erreichen des Kulminationspunktes ihrer Kriminalität unschädlich gemacht werden.

14. Kapitel: Die Behandlung der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher und der Rückfalltäter im Entwurf 1962

§ 57: Der Wegfall des § 20a StGB

Das geltende Recht sieht im § 20a StGB eine teils vorgeschriebene teils zugelassene Strafschärfung für den Fall vor, dass der Täter nach der Gesamtwürdigung bestimmter Taten ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist. Die Gefährlichkeit als ein die Strafhöhe bestimmender Umstand müsste daher wie die anderen sich aus der Person des Täters ergebenden, die Art und Höhe der Strafe beeinflussenden Umstände ein Ergebnis besonderer Schuld des Täters sein, was sie - wie die vorliegende Arbeit und die Praxis zeigen - nicht ist: Die Gefährlichkeit ist oft bei geringer Schuld besonders gross. Unverschuldete Gefährlichkeit des Täters darf in einem auf dem Schuldprinzip beruhenden Strafrecht kein Strafschärfungsgrund sein²⁾.

Wie sich aus der vorliegenden Untersuchung ergibt, scheuen die Gerichte vor der Anordnung der Sicherungsverwahrung zurück, wenn nicht zugleich erhebliche Begleitstrafen (in der Regel Zuchthausstrafen) ausgesprochen werden. Die Strafhöhe nach der Ge-

1) Dreher, a.a.O., S.52.

2) E 1962, a.a.O., Einleitung, B.I, S.97.

fährlichkeit zu bestimmen ist - weil es dem Strafrechtssystem wesensfremd ist - nie geglückt. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der Unmöglichkeit zuzuschreiben, die als Voraussetzung einer Anordnung der Sicherungsverwahrung in der Praxis übliche Strafe aufgrund der die Gefährlichkeit begründenden Umstände zu verhängen, dass in vielen Fällen mangels genügend hoher Strafe auch die Anordnung der erforderlichen Maßregel unterblieb.

Unter diesem Gesichtspunkt ist - abgesehen von den dogmatischen Bedenken - der § 20a StGB eher ein Hindernis als ein erfolgsversprechendes Mittel zur Bekämpfung des Gewohnheitsverbrechertums.

Die Prüfung, ob ein Täter gefährlich ist, muss auch aus diesem Grunde von den Feststellungen zur Strafhöhe losgelöst werden. Im Blickpunkt des Strafrechts muss vor allem die Tat des Täters, im Blickpunkt des Massregelrechtes die Persönlichkeit des Täters stehen¹⁾.

Konsequenterweise sieht deshalb der Entwurf 1962 von einer dem geltenden § 20 a entsprechenden Vorschrift ab und verweist die Gefährlichkeit ausschliesslich zu den Voraussetzungen der Maßregel.

Nur ein die Höhe der Tatschuld wie die Gefährlichkeit gleichermaßen bestimmender Umstand, nämlich der Rückfall, führt wegen des erhöhten Schuldvorwurfes auch nach dem Entwurf allgemein zur Strafschärfung.

Ausser dem Wegfall des § 20a StGB sind gegenüber dem geltenden Rechtszustand im E 1962, was die Behandlung der Rückfalls- und Gewohnheitskriminalität betrifft, drei wichtige Neuerungen vorgesehen, nämlich

1. die Strafschärfung für den zweiten Rückfall, nicht nur beschränkt auf gewisse Vermögensdelikte,
2. eine vereinfachte Regelung der Sicherungsverwahrung, teilweise jedoch unter einschränkenden Voraussetzungen,
3. die Möglichkeit einer vorbeugenden Verwahrung.

Alle drei Neuerungen sehen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand auch die Möglichkeit vor, bei der Beurteilung nicht nur inländi-

1) E 1962, a.a.O., Einleitung, Bd.I, S.97.

sche, sondern auch ausländische Vorverurteilungen zu berücksichtigen.

§ 58: Die Neuregelung des Rückfalls

§ 61 E 1962 lautet:

(1) Begeht jemand, der schon zweimal wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten verurteilt worden ist, eine mit Zuchthaus oder mit Gefängnis bedrohte vorsätzliche Straftat und ist ihm im Hinblick auf Art und Umstände der Straftaten vorzuwerfen, dass er sich die früheren Verurteilungen nicht hat zur Warnung dienen lassen, so wird er als Rückfalltäter mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist. Das Höchstmaß einer Freiheitsstrafe erhöht sich auf das Doppelte der sonst zulässigen Höchststrafe, jedoch nicht über das gesetzliche Höchstmaß der angedrohten Straftat hinaus. § 64 bleibt unberührt.

(2) Eine frühere Tat bleibt ausser Betracht, wenn zwischen ihr und der folgenden Tat mehr als fünf Jahre verstrichen sind. In der Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, in welcher der Täter auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist.

(3) Eine Verurteilung ausserhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes steht einer Verurteilung innerhalb dieses Bereichs gleich, wenn die abgeurteilte Tat nach deutschem Strafrecht ein Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen wäre.

Die bisher unbefriedigende Lösung der Strafschärfung wegen Rückfalls bei wenigen Taten (Diebstahl, Betrug, Hehlerei z.B.), wobei die Strafschärfung auch meist nur bei der Wiederholung von Straftaten der gleichen Deliktsart möglich war, ist durch § 61 E 1962 beseitigt worden.

Gerade die vorliegende Arbeit zeigt, dass wirklich gefährliche Täter wegen des Wechsels der Deliktsart und dadurch späten Vorliegens der Rückfallvoraussetzungen des geltenden Rechts auch erst spät (zu spät!) als gefährliche Gewohnheitsverbrecher erkannt und behandelt wurden, da die Gerichte davor zurückscheuen, einen Täter als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher und gar zu Sicherungsverwahrung zu verurteilen, wenn nicht schon schwere Vorstrafen vorliegen. Ein ungleichartiger Rückfall kann aber gerade kriminelle Neigungen des Täters von besonderer Stärke offenbaren¹⁾.

1) Amtl.Begründung zu § 61 E 1960, S.172.

Andererseits ist auch die Einschränkung zu begrüßen, dass - formell - gefordert wird, dass die beiden verbüssten Vorstrafen jeweils mindestens drei Monate Gefängnis betragen müssen und dass vor Ausspruch der Verurteilung wegen Rückfalls geprüft werden muss, ob der Täter sich die früheren Verurteilungen zur Warnung dienen liess oder nicht. So gewinnt bereits die Verurteilung wegen Rückfalls eine Bedeutung für die Bekämpfung des angehenden Hangverbrechertums, die die bisherige Rückfallverurteilung mit ihren nur formellen Voraussetzungen nicht hatte. Zu begrüßen ist in diesem Sinne auch die Möglichkeit der Verwertung ausländischer Urteile (Absatz 3); auch hier zeigt sich die im Hinblick auf die Bekämpfung des angehenden Hangtätertums gegenüber dem jetzigen Rechtszustand gesteigerte Bedeutung der Rückfallbestrafung.

Wichtig ist schliesslich, dass der Rückfalltäter (und auch der arbeitsscheue Täter) nach Verbüßung seiner Strafe der Sicherungsaufsicht unterstellt werden kann¹⁾.

Die allgemeine Rückfallvorschrift des § 61 E 1962 ist auch geeignet, den Wegfall der Strafschärfungsvorschrift des § 20a StGB verschmerzen zu lassen. Die gegen § 20a StGB erhobenen Bedenken der Unvereinbarkeit mit dem Schuldprinzip, weil die "Lebensführungsschuld", auf der er aufbaue, kaum lösbare Feststellungsschwierigkeiten mit sich bringe, können gegen § 61 E nicht erhoben werden, da diese Bestimmung - wie schon bisher anerkanntermassen die wenigen Rückfallbestimmungen des geltenden Rechts - auf die erhöhte Tatschuld abhebt, die darin liegt, dass sich der Täter die frühere Verurteilung nicht hat zur Warnung dienen lassen²⁾. Voraussetzung der Strafschärfung ist deshalb, dass zwischen der abgeurteilten Tat und den vorausgegangenen Taten ein solcher innerer Zusammenhang besteht, dass man dem Täter die Wirkungslosigkeit der Vorstrafe vorwerfen kann. Logischerweise wird deshalb gefordert, dass die Vorstrafen einiges Gewicht haben müssen (Freiheitsstrafen von mindestens 3 Monaten) und dass nur Vorstrafen wegen vorsätzlich begangener Straftaten genügen können. Bei der Verurteilung nach § 61 E ist eine Strafausset-

1) §§ 91 ff E 1962.

2) Amtl. Begründung zu § 61 E 1962, S.182.

zung ausgeschlossen¹⁾ und die Anordnung der Sicherungsaufsicht möglich²⁾.

§ 59: Die Reform der Massnahmen gegen gefährliche Gewohnheits-
verbrecher

I. Die Neuregelung der Sicherungsverwahrung

§ 85 E 1962 lautet:

(1) Hat jemand mindestens drei vorsätzliche Straftaten, davon wenigstens eine nach Vollendung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres begangen und dadurch jeweils Zuchthaus, Gefängnis von mindestens 6 Monaten oder Jugendstrafe verwirkt, so ordnet das Gericht neben der Strafe die Sicherungsverwahrung an, wenn die Gesamtwürdigung des Täters und seiner Taten ergibt, dass er infolge eines Hanges zu erheblichen Straftaten für die Allgemeinheit oder für einzelne andere gefährlich ist (Hangtäter).

(2) Eine frühere Tat bleibt, ob abgeurteilt oder nicht, außer Betracht, wenn zwischen ihr und der folgenden Tat mehr als 5 Jahre verstrichen sind. In die Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, in welcher der Täter auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist.

(3) Eine Tat, die ausserhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes abgeurteilt worden ist, steht einer innerhalb dieses Bereichs abgeurteilten Tat gleich, wenn sie nach deutschem Strafrecht ein Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen wäre.

Wie die amtliche Begründung³⁾ - was durch die vorliegende Untersuchung nur bestätigt werden kann - richtig ausführt, krankt die Regelung der Sicherungsverwahrung im geltenden Recht daran, dass einerseits der Anwendungsbereich (formell) zu weit gespannt ist, andererseits aber nicht gewährleistet ist, dass (trotz Vorliegens der formellen Voraussetzungen) von der Massregel überall dort Gebrauch gemacht wird, wo sie (wirklich) am Platze ist.

Ein weiterer Schönheitsfehler der gegenwärtigen Regelung wird durch § 85 E 1962 beseitigt werden: Nach dem geltenden Rechts-

1) § 72 Abs. 2, No. 4 E.

2) § 91 Abs. I, No. 1 E.

3) Amtliche Begründung zu § 85 E 1962, S.213 (und zu E 1960, S.203).

zustand bedeutet die Feststellung, dass ein Täter ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist, noch nicht, dass gegen ihn auch die Anordnung der Sicherungsverwahrung ausgesprochen werden müsste. Dies hängt vielmehr noch von der weiteren Voraussetzung ab, dass die öffentliche Sicherheit dies erfordere (§ 42e StGB). An der Nichtnachweisbarkeit dieser Voraussetzung, für deren Bestimmung dann auch noch eine Prognose betreffend das Verhalten des Verurteilten im Zeitpunkt der Verbüßung der Strafe gestellt werden musste, scheiterte zu oft die an sich erforderliche Anordnung der Sicherungsverwahrung. Wie sich gerade auch in einer Reihe von mir untersuchten Akten zeigte, wurden bei der Aufgabe der Feststellung dieser Voraussetzungen die Richter kaum überwindbaren Schwierigkeiten gegenübergestellt. Dies wird jetzt anders werden: Wird in Zukunft festgestellt werden, dass ein Täter ein Hangtäter ist, und ist auch formal die Verwahrungsreife gegeben, dann zieht das zwingend die Anordnung der Sicherungsverwahrung nach sich.

Es kommt nach § 85 E für die Anordnung der Sicherungsverwahrung nur darauf an, ob der Täter im Zeitpunkt der Verurteilung gefährlich ist. Damit wird das grösste Hindernis aus dem Wege geräumt, das einer nachdrücklichen Anwendung der Sicherungsverwahrung im geltenden Recht entgegensteht.¹⁾ Um den Fällen gerecht zu werden, in denen die Gefährlichkeit zu Beginn des Vollzugs der Massregel nicht mehr festgestellt werden kann, ist vorgesehen, die Massregeln der §§ 85, 86 E zur Bewährung auszusetzen (§§ 105 - 108 E).

Zu begrüssen ist weiter die im Entwurf auf der anderen Seite gegenüber dem jetzigen Rechtszustand enthaltene Einschränkung, daß die Verwahrungsreife nicht vor Vollendung des 25. Lebensjahres eintreten kann. Der Entwurf 1962 geht dabei davon aus, dass zur Zeit die Sicherungsverwahrung gegenüber Tätern unter 25 Jahren so gut wie gar nicht und bei Tätern zwischen 25 und 30 Jahren nur selten angeordnet zu werden pflegt²⁾. Nach der vorliegenden

1) Begründung zu E 1962, a.a.O., § 85, S.214.

2) Amtl. Begründung zu § 85 E 1962, S.214 (zu § 85 E 1960, S.204),

Untersuchung stimmt das zwar nicht ganz, denn immerhin ist in den Jahren 1951 bis 1953 von 77 Tätern, die als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt wurden, gegen 5 Täter im Alter von 20 bis 25 Jahren und gegen 4 Täter im Alter von 26 bis 30 Jahren die Sicherungsverwahrung angeordnet worden (jeweils 6 Täter dieser Altersklassen sind überhaupt als gefährliche Gewohnheitsverbrecher verurteilt worden)¹⁾. Das sind immerhin 6,5% der ausgewerteten Akten dieser Jahre für die Altersklasse der 21- bis 25-jährigen und 5,2% bei den 25- 30-jährigen, zusammen also 11,7% eine nicht so unbedeutende Zahl. Jedoch kann im Hinblick darauf, dass - entsprechend der Untersuchungs Wendung's²⁾ - die formelle Verwehungsreife nach dem geltenden Rechtszustand im Alter von 25 Jahren schon von ungefähr 70% der Täter, im Alter von 30 Jahren schon von ungefähr 85% der Täter erreicht worden war, gleichwohl bestätigt werden, dass die Gerichte bei diesen jungen Tätern nur mit Zurückhaltung bereit sind, sie bereits zu gefährlichen Gewohnheitsverbrechern zu erklären. Diese Zurückhaltung erscheint dem Praktiker nicht nur verständlich, sondern sogar geboten. Um trotz dieser altersmässigen Einschränkung in der Anwendung der Sicherungsverwahrung der Praxis eine Möglichkeit der wirksamen Bekämpfung des angehenden Hangtätlers unter 25 Jahren zu geben, ist gerade für Täter solcher Altersklassen die vorbeugende Verwahrung des § 86 E vorgesehen.

Der durch die vorliegende Untersuchung bestätigten kriminologischen Erfahrung, dass Hangtäter ihre verbrecherische Laufbahn häufig schon in der Jugend beginnen und dem daraus folgenden Erfordernis, die Tatsache der Frühkriminalität bei der Beurteilung berücksichtigen zu können, wird in § 85 E 1962 dadurch Genüge getan, dass die Anordnung der Sicherungsverwahrung auch auf Verurteilungen zu Jugendstrafe gestützt werden kann.

II. Die vorbeugende Verwahrung

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass der Anordnung der Sicherungsverwahrung oft erst eine Verurteilung vorangeht, in der die

1) Vgl. oben § 29, I, Tabelle 30, S.110.

2) Vgl. oben, S.115.

Sicherungsverwahrung trotz Vorliegens der formellen Voraussetzungen erst angedroht wird. Dies ist meist bei noch jungen Tätern der Fall, bei denen einerseits eine Zurückhaltung der Gerichte mit der Anordnung der Sicherungsverwahrung aus Gründen des Mitleids verständlich erscheint¹⁾, die andererseits aber gerade in diesem Alter eine erhebliche verbrecherische Energie entwickeln und deshalb über die Strafe hinaus zum Schutze der Allgemeinheit und zur Zurückdämmung einer bereits feststellbaren kriminellen Neigung einer der weiteren Tatbegehung möglicherweise vorbeugenden Massnahme zugeführt werden sollten.

Deshalb ist die im Entwurf 1962 vorgesehene Einführung einer vorbeugenden Verwahrung solcher jungen Täter zu begrüssen.

§ 86 E 1962 lautet:

(1) Hat jemand vor Vollendung des siebenundzwanzigsten Lebensjahres eine vorsätzliche Straftat begangen und dadurch Freiheitsstrafe von mindestens 6 Monaten verwirkt, so ordnet das Gericht neben der Strafe die vorbeugende Verwahrung an, wenn

1. der Täter vor der Tat, aber nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres, mindestens zwei vorsätzliche, mit Freiheitsstrafe bedrohte, erhebliche Straftaten begangen hat, die zu einer gerichtlichen Erziehungsmassnahme geführt haben oder durch Zuchtmittel oder Freiheitsstrafe geahndet worden sind,
2. vor der neuen Tat mindestens für die Zeit von sechs Monaten Fürsorgeerziehung in einem Heim durchgeführt oder Freiheitsstrafe vollzogen worden ist und
3. die Gesamtwürdigung des Täters und seiner Taten erkennen läßt, dass er sich zum Hangtäter entwickeln wird.

(2) Die Anordnung unterbleibt, wenn die Voraussetzungen der Sicherungsverwahrung erfüllt sind.

(3) Eine frühere Tat bleibt, ob abgeurteilt oder nicht, ausser Betracht, wenn zwischen ihr und der folgenden Tat mehr als zwei Jahre verstrichen sind. In der Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, in welcher der Täter auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist.

(4) § 85 Abs. 3 gilt entsprechend.

Die vorbeugende Verwahrung des § 86 E 1962^Q fußt auf der Tatsache, dass Hangtäter ihre kriminelle Laufbahn überwiegend schon in sehr jungen Jahren beginnen und dass diese Laufbahn ihren Höhe-

1) Es darf hierbei nicht ausser Acht gelassen werden, dass Sicherungsverwahrung in erster Instanz nur von Gerichten unter Mitwirkung von Laienrichtern angeordnet werden kann, vgl. §§ 74, 80, 24 GVG.

punkt vielfach vor dem 25. Lebensjahr erreicht¹⁾. Die Bestimmung soll dazu dienen, schon in der Zeit der Entwicklung auf solche Täter einzuwirken, die in Gefahr sind, sich zu Hangtättern zu entwickeln. Die vorbeugende Verwahrung soll einen letzten, eindringlichen Erziehungsversuch darstellen²⁾.

Eine erfolgreiche Einwirkung auf diese Gruppe junger Täter ist bisher durch den Bruch zwischen Jugend- und Erwachsenenstrafrecht erschwert. § 86 E soll unter gewissen Voraussetzungen auch gegenüber Jugendlichen und Heranwachsenden zur Anwendung kommen. Die Vorschrift stellt deshalb ein wichtiges Bindeglied zum Jugendstrafrecht dar.

Die Vorschrift ist vor allem gedacht als Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Scheu der Gerichte, gegen junge Täter die kriminalpolitisch erforderlichen Verwahrungsmassnahmen auszusprechen, junge Täter schon zu gefährlichen Gewohnheitsverbrechern zu stempeln. Weiter soll die Vorschrift auch die Möglichkeit geben, bisher weder durch Fürsorgeerziehung, noch durch Jugendstrafe von unbestimmter Dauer im Hinblick auf ihre weitere Entwicklung beeinflussbare schwersterziehbare Täter zu erfassen³⁾ und bei jungen Tätern nicht wegen der Altersgrenzen, wie sie bei den gegenwärtigen Möglichkeiten gegeben sind, den Erfolg der Verwahrung durch ein vorzeitiges Ende in Frage zu stellen.

Die Hauptschwierigkeit der Anwendung wird bei dem Erfordernis zu finden sein, eine ziemlich sichere Prognose zu stellen, dass bei Nichtanwendung der Maßregel die Gefahr der Entwicklung zum Hangtäter besteht. Nach dem gerade auf dem Gebiet der kriminellen Prognose in der letzten Zeit gemachten Fortschritten dürfte diese Schwierigkeit zu überwinden sein, wobei nicht verkannt werden darf, dass nach Einführung dieser Bestimmung das Problem der Prognose die Kriminologie noch mehr als bisher beschäftigen wird. Auch der E 1962 geht von der Überwindbarkeit dieser Schwierigkeit aus.

1) Amtl. Begründung § 86 E 1962, S.215 (und zu E 1960, S.204).

2) Amtl. Begründung zu E 1962, a.a.O., Einleitung, B II, S.100.

3) Amtl. Begründung § 86 E 1962, a.a.O., S.205.

rigkeiten aus. Junge derartige Täter werden bereits als nicht mehr beeinflussbar in der Fürsorgeerziehung oder beim Vollzug von Jugendstrafe erkannt werden können¹⁾.

Bezeichnend für diese Gruppe ist eine hohe Rückfallgeschwindigkeit. Sie ist deshalb in § 86 Abs. 3 E zur Voraussetzung der Massregel gemacht worden.

Schlusswort

Seit dem Beginn der Vorarbeiten zu der vorliegenden Untersuchung ist das Buch von Hellmer über den Gewohnheitsverbrecher 1934 bis 1945 erschienen. Das Erscheinen jener Arbeit, die sich selbst als das erste Ergebnis eines grösseren Forschungsvorhabens über die Sicherungsverwahrung bezeichnet²⁾, zeigt, dass die Erforschung der Ursachen des Gewohnheitsverbrechertums als ernsthaftes Anliegen von der kriminologischen Forschung erneut erkannt worden ist.

Vergleiche dieser Arbeit mit der Hellmers sind nur in beschränktem Umfang möglich. Die Arbeiten unterscheiden sich in der Methode in der Zusammenstellung der zugrundeliegenden Akten als Erkenntnismittel, teilweise auch in der Zielsetzung. Diese Arbeit sollte ursprünglich in die von Schönke angeregte Untersuchungsreihe über Erscheinungsformen und Strafzumessung einbezogen werden. Es stand daher im Vordergrund der Betrachtung, wie die Gerichte mit den Gewohnheitsverbrechern verfahren sind und ob sich hieraus gewisse Regeln ableiten lassen können.

Insoweit war das Ziel der Arbeit von vornherein im wesentlichen auf die Zusammenstellung von Vergleichsmaterial gerichtet. Hierbei wurde auf eine möglichst erschöpfende Auswertung der Akten Wert gelegt und der sich daraus notwendig ergebende Verzicht auf eingehende kriminologische Untersuchung der Erscheinungen bewußt in Kauf genommen. Nach Vollendung dieser Arbeit kann nur dazu

1) Amtl. Begründung zu § 86 E 1962, a.a.O., S.216.

2) Hellmer, a.a.O., Vorwort, S.5.

angeregt werden, die Untersuchungen auf Einzelfragen auszudehnen, was jetzt im Rahmen einer Dissertation nicht möglich war.

Den "nüchternen Praktiker" interessiert, wann seine Kollegen einen Täter als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher beurteilten, in welchen konkreten Fällen sie die Sicherungsverwahrung anordneten und wann nicht. Die Erfahrung zeigt, dass oft gezögert wird, die Möglichkeiten des Gesetzes voll zu gebrauchen. Durch Schilderung einer allgemeinen Praxis der Gerichte kann u.U. ein unangebrachtes Zögern vor der notwendigen Entscheidung genauso verhindert werden wie ein allzu forsches Vorgehen. Dazu beizutragen, eine weitgehende Gleichheit der Unrechtsfolgen herbeizuführen, ist ein weiteres Ziel dieser Arbeit.

Die Durchsicht der Akten hat gezeigt, dass den Gerichten Gedanken über die Strafzumessung offensichtlich geläufiger sind als Erwägungen über die Gefährlichkeit des Täters. Das Erfassen der Verbrecherpersönlichkeit erscheint schwieriger. Man kann sich deshalb des Eindrucks nicht erwehren, dass bei Prüfung der Frage der Gefährlichkeit eines Täters die meisten Gerichte sich nur an "messbaren" Kriterien, nämlich dem Unrechtsgehalt der abzuurteilenden Taten und der Anzahl und der Dauer der Vorstrafen orientieren. Es besteht eine Gefahr, dass die Gefährlichkeit eines Täters nur nach der Tatschuld beurteilt wird und dann z.B. dem hohen Schaden im Einzelfalle eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt. Auf weitere, für die Beurteilung der Verbrecherpersönlichkeit (insbesondere für die Prognose) wichtige Gesichtspunkte sollte aufmerksam gemacht werden.

Die Arbeit bestätigt von der Praxis her nicht nur die Befürchtungen, die seit langem wegen der unzureichenden Bekämpfung des Gewohnheitsverbrechertums gehegt wurden; sie gibt auch Anlass, die Erwartungen an die Neuregelung des Gewohnheitsverbrecherrechtes im Entwurf 1962 positiv zu beurteilen. Indem sie die Richtigkeit der Annahmen, die zu der Reform führten, zeigt, will die Arbeit zur Verbesserung der gegenwärtigen viel kritisierten Situation beitragen.

Lebenslauf

Am 23. April 1922 wurde ich als Sohn des Kaufmanns Gottfried Wetterich und dessen Ehefrau Anna geb. Krieger in Karlsruhe geboren.

Von 1928 bis 1932 besuchte ich die Volksschule, danach bis 1940 die Humboldt-Oberschule (Realgymnasium) in Karlsruhe, wo ich im Frühjahr 1940 die Reifeprüfung ablegte.

Am 5.10.1940 rückte ich zur Wehrmacht ein. Am 7.12.1941 geriet ich auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz in britische Kriegsgefangenschaft, aus der ich nach Aufgehalten in Ägypten, Südafrika, Kanada und England am 15.8.1947 entlassen wurde.

Sieben Semester lang studierte ich Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg und bestand im Sommer 1951 die Erste Juristische Staatsprüfung. Vom 1.12.1951 an war ich als Gerichtsreferendar im Vorbereitungsdienst des Landes Baden-Württemberg und bestand die Zweite Juristische Staatsprüfung am 27.1.1955.

Sofort anschliessend habe ich meinen Dienst als Gerichtsassessor angetreten. Seit dem 1.1.1959 war ich Staatsanwalt in Freiburg i.Brg., seit dem 27.5.1963 bin ich Landgerichtsrat in Freiburg i.Brg.

Mehrere Jahre war ich als Assistent am Institut für Kriminologie und Strafvollzugskunde und Korrekturassistent bei der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, seit Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften für Erstsemester leite ich eine Arbeitsgemeinschaft im Strafrecht. Auch leite ich eine Referendar-Arbeitsgemeinschaft beim Landgericht Freiburg i.Brg. und unterrichtete gastweise bei der Landespolizeischule in Freiburg i.Brg.

Ich bin verheiratet mit Lore geb. Müßig und Vater von drei Kindern.

Freiburg i.Brg., den 6. August 1963

